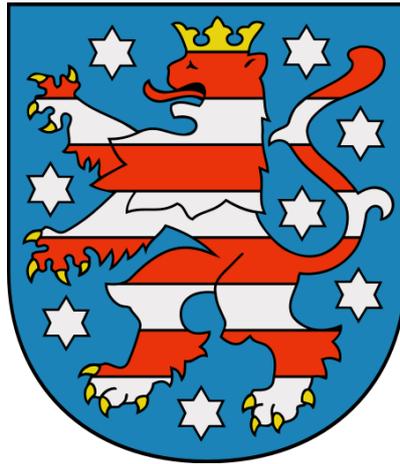


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



**„Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ –
Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche
Orientierungen der Thüringer Bevölkerung**

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2013

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)

Daniel Dwars

Dr. Axel Salheiser

Katja Salomo

Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	9
I. Einleitung	11
II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage	15
III. Zufriedenheit, Werte, gesellschaftliche Orientierungen	29
1. Beurteilung der Lebensbedingungen und Zufriedenheit	30
1.1 Allgemeine Lebensziele und Lebenszufriedenheit	30
1.2 Lebensbedingungen in Thüringen und in der Umgebung	41
2. Privatleben, soziale Inklusion und Partizipation	47
2.1 Partnerschaft, Familie und Freundschaften	47
2.2 Soziale Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe	51
3. Arbeitswelt und Berufsleben	58
3.1 Einstellungen zu Erwerbsarbeit und Berufswahl	58
3.2 Berufschancen und räumliche Mobilität	66
4. Grundlegende Werte und Gesellschaftsbilder	69
4.1 Gerechtigkeitsvorstellungen	69
4.2 Ökologie und Nachhaltigkeit	73
IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement	75
1. Einstellungen zur Demokratie und politische Präferenzen	76
2. Institutionenvertrauen und politische Partizipation	86
3. Integration und Akzeptanz von Minderheiten	91
4. Rechtsextremismus	100
4.1 Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	105
4.2 Abstrakte Vorurteile, konkrete Ursachen?	110
V. Fazit	117
Literatur	120
Anhang: Tabellarische Übersichten	125

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2013	15
Abb. 2:	Positive Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2013	16
Abb. 3:	Einheitsbilanz nach Bildungsabschluss	17
Abb. 4:	Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992–2012	18
Abb. 5:	Erwerbstätigenquote in Thüringen, 1991–2012	19
Abb. 6:	Erwerbslosenquote in Thüringen, 1991–2012	19
Abb. 7:	Eröffnete Insolvenzverfahren in Thüringen, 1999–2012	20
Abb. 8:	Verfügbares Jahresnettoeinkommen und Realeinkommensentwicklung	21
Abb. 9:	Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen, Jahrgänge 1995–2012	22
Abb. 10:	Bevölkerungsstruktur in Thüringen, 2000 und 2010	23
Abb. 11:	Durchschnittliche Lebenserwartung in den Bundesländern 2009/2011	23
Abb. 12:	Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage in Thüringen, 2008/09–2011/12	24
Abb. 13:	Kirchenmitgliedschaften in Thüringen, 2001–2011	25
Abb. 14:	Kirchenmitgliedschaften in Thüringen nach Altersgruppen, 2011	25
Abb. 15:	Ehrenamtlich Engagierte in den Bundesländern	26
Abb. 16:	Altersbereinigte Selbstmordraten im Vergleich, 1998–2011	27
Abb. 17:	Verurteilte Straftäter_innen in Thüringen, 1997–2011	28
Abb. 18:	Allgemeine Lebenszufriedenheit und ‚Glücksindikator‘	31
Abb. 19:	Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Alter	32
Abb. 20:	„Jeder ist seines Glückes Schmied“: Kontrollüberzeugung nach Berufsgruppe	34
Abb. 21:	Zukunftsaussicht nach Erwerbstätigkeit	35
Abb. 22:	Wichtigkeit ausgewählter Aspekte für das persönliche Glück	36
Abb. 23:	Wichtig für das persönliche Glück: Sparsamkeit und Selbstdisziplin nach Alter	37
Abb. 24:	Wichtig für das persönliche Glück: „ein hoher Lebensstandard und das Leben zu genießen“ nach Alter	38
Abb. 25:	Zufriedenheit mit Partnerschaft und Wohnsituation	39
Abb. 26:	Bedrohung durch Kriminalität im Alltag	40

Abb. 27: Einschätzung allgemeiner Lebensbedingungen in Thüringen und in der Umgebung	41
Abb. 28: Bewertung ausgewählter Aspekte des Lebens in Thüringen	43
Abb. 29: Bewertung ausgewählter Aspekte des Lebens in der Umgebung	43
Abb. 30: Bewertung der Bildungsangebote in Thüringen nach Erwerbstätigkeit	44
Abb. 31: Bewertung der Berufsaussichten und Bildungsangebote in Thüringen	46
Abb. 32: Bewertung der Freizeit- u. Kulturangebote, Umweltbedingungen in der Umgebung nach Landkreis	47
Abb. 33: Ehe und Partnerschaft nach Alter	48
Abb. 34: Kinder nach Alter	50
Abb. 35: Zustimmung: „Ich habe Menschen, an die ich mich vertrauensvoll wenden kann, wenn ich Probleme habe.“	52
Abb. 36: Zustimmung: „Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen“ nach Haushaltseinkommen	53
Abb. 37: Persönliche Kontakte und/oder längere telefonische Kontakte	54
Abb. 38: Tägliche private Kontakte zu Freunden, Bekannten oder Angehörigen über das Internet nach Alter	55
Abb. 39: Religiosität und Konfessionszugehörigkeit: „Ich glaube an die Existenz eines höheren Wesens.“	56
Abb. 40: Ehrenamtliche Tätigkeit nach Bildung	57
Abb. 41: Wichtigster Aspekt der Arbeit und der Berufswahl nach Bildungsabschluss	59
Abb. 42: Wichtigster Aspekt der Arbeit und der Berufswahl nach Erwerbsstatus	60
Abb. 43: Zufriedenheit mit Aspekten des Arbeitslebens	61
Abb. 44: Gefühl der gesellschaftlichen Anerkennung u. Wertschätzung nach Erwerbsstatus	62
Abb. 45: Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach Altersgruppen	63
Abb. 46: Verbesserungsmöglichkeiten der Work-Life-Balance nach Erwerbsstatus	64
Abb. 47: Beurteilung der Wirtschaft in Deutschland und Thüringen nach Erwerbsstatus	66
Abb. 48: Beurteilung der Berufschancen in Thüringen und der eigenen Umgebung nach Altersgruppen	67
Abb. 49: Abwanderungsabsichten der Thüringer_innen nach Altersgruppen	68
Abb. 50: Vorstellungen einer „gerechten“ Gesellschaft	70
Abb. 51: Gerechtigkeit der Gesellschaft in Deutschland und in Thüringen	71
Abb. 52: Gerechtigkeit der Gesellschaft in Deutschland nach Berufsgruppe	72

Abb. 53: Einschätzung: „Es muss mehr dafür getan werden, dass junge Leute aus sozial schwachen Familien studieren.“ nach Haushaltseinkommen	72
Abb. 54: Bereitschaft, für weniger umweltbelastende Produkte höhere Preise zu zahlen nach Geschlecht	73
Abb. 55: Bereitschaft, aufgrund der Energiewende höhere Strompreise zu zahlen	74
Abb. 56: Identifikation, 2000–2013	75
Abb. 57: Identifikation nach Bildung	76
Abb. 58: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2013	77
Abb. 59: Bewertung von Diktaturepochen nach Diktaturaffinität	78
Abb. 60: Bewertung von Diktaturepochen nach Demokratieunterstützung	78
Abb. 61: Demokratietypen	79
Abb. 62: Demokratiebewertung nach eigener finanzieller Lage	80
Abb. 63: „Freiheit oder Gleichheit?“ nach Erwerbstätigkeit	81
Abb. 64: „Freiheit oder Sicherheit?“ nach Erwerbstätigkeit	81
Abb. 65: „Freiheit oder Sicherheit?“ nach DDR-Bewertung	82
Abb. 66: Präferenz von Politikzielen nach Erwerbstätigkeit	83
Abb. 67: Präferenz von Politikzielen bei Bevölkerung (2013) und Mitgliedern des Thüringer Landtags (2010)	84
Abb. 68: Präferenz von Politikzielen bei Mitgliedern des Thüringer Landtags nach Fraktionszugehörigkeit (2010)	84
Abb. 69: Einschätzung: „Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in erster Linie staatliche Aufgabe“ nach Erwerbstätigkeit	85
Abb. 70: Einschätzung: „Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in erster Linie staatliche Aufgabe“ durch Mitglieder des Thüringer Landtags nach Fraktionszugehörigkeit (2010)	86
Abb. 71: Institutionenvertrauen 2000–2013	87
Abb. 72: Politische Partizipation	88
Abb. 73: Anzahl legaler politischer Partizipationsformen	89
Abb. 74: Politisches Interesse 2003–2013	90
Abb. 75: Politisches Interesse nach Bildung	91
Abb. 76: Einschätzung: „Getrennte Unterbringung von Asylbewerbern“ nach Bildung	94
Abb. 77: Zustimmung: „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“ nach Berufsgruppe	95

Abb. 78: Zustimmung: „Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben“ nach Bildung	96
Abb. 79: Einschätzung: Homosexuelle Beziehungen „unnatürlich“ nach Alter	97
Abb. 80: Einschätzung: Homosexuelle Beziehungen „unnatürlich“ nach Geschlecht	98
Abb. 81: Zustimmung: „Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“ nach sozialdarwinistischer Einstellung	99
Abb. 82: Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus 2001–2013	101
Abb. 83: Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung	102
Abb. 84: Rechtsextremismus 2001–2013: Harter Kern und Befragte mit nicht verfestigten rechtsextremen Einstellungen	103
Abb. 85: Rechtsextrem Eingestellte unter Männern und Frauen 2001–2013	104
Abb. 86: Zustimmung zu Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	106
Abb. 87: Antisemitische Einstellungen nach Alterskohorten	108
Abb. 88: Die Struktur rechtsextremer Einstellungen in Thüringen	109
Abb. 89: „Gefährliche Überfremdung“ Deutschlands, Thüringens und der Wohnumgebung durch Ausländer	112
Abb. 90: Verteilungshäufigkeit gruppenbezogener Vorurteile	115

Vorwort

Mit der dreizehnten Befragungswelle seit dem Jahr 2000 setzt der THÜRINGEN-MONITOR eine nur einmal (2009) unterbrochene Tradition der demoskopischen Dauerbeobachtung der Thüringer Bevölkerung fort. Über diesen langen Zeitraum hinweg ist er zu einer wichtigen Referenz für öffentliche Debatten und zur Grundlage für die Ausgestaltung politischer Programme im Freistaat geworden. Er ist ein auch über die Landesgrenzen hinaus sichtbarer Spiegel der Wünsche, Weltbilder, Werte, Einstellungen, Urteile und Vorurteile einer Bevölkerung, die nach dem demokratischen und marktwirtschaftlichen Neubeginn im Jahr 1990 unausgesetzt unter dem Druck wirtschaftlichen und sozialen Wandels stand.

Wie zufrieden die Menschen in einer sich wandelnden Welt mit ihrem Leben und ihren Lebensbedingungen sind, welche Lebensziele sie verfolgen, wie sie die Umweltbedingungen, die soziale, wirtschaftliche und politische Ordnung in Deutschland und in ihrem regionalen Umfeld beurteilen, ist das Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS. Sein konstantes Frageprogramm ermöglicht es, die langfristigen Linien der Entwicklung von politischen Orientierungen, insbesondere der Demokratieunterstützung der Menschen in Thüringen zu verfolgen. Dabei liegt wie in den THÜRINGEN-MONITOREN der Vorjahre ein besonderes Augenmerk auf der Beobachtung der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen.

Der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt eine repräsentative Befragung mit den folgenden Eckdaten zugrunde:

- Befragungszeitraum: 13. Mai bis 27. Mai 2013
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter Thüringer_innen, die zu Bundestagswahlen wahlberechtigt sind
- Stichprobengröße: 1.012 Befragte
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. zwei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 5), ca. vier Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50)

Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen sind in dem gesonderten Tabellenteil dokumentiert. Für die gerundeten Prozentangaben im Text gilt wie üblich, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Ich danke Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in deren Händen auch in diesem Jahr die Durchführung der telefonischen Befragung lag. Besonderer Dank gilt Frau Verena Eichler und Frau Sylvia Juhász für ihre Unterstützung bei der Projektstätigkeit.

Jena, im September 2013

Heinrich Best

I. Einleitung

Deutlicher als in den Vorjahren richtet sich der Untersuchungsfokus im THÜRINGEN-MONITOR 2013 auf die subjektiven und objektiven Lebensbedingungen der Bevölkerung. Ausgehend von der sozioökonomischen und soziodemographischen Entwicklung im Freistaat (Kapitel II) stehen die persönlichen Einschätzungen der Lebensverhältnisse, die Beurteilung der Lebensqualität und der sozialen und ökonomischen Lage in Thüringen und Deutschland im Vordergrund. Die Bewohner_innen des Freistaates haben ein klares Bild davon, was ihnen Gerechtigkeit bedeutet, sie bewerten die Sozial- und Wirtschaftsordnung in Deutschland und in Thüringen an diesem Maßstab und positionieren sich zu wichtigen sozialpolitischen Entscheidungen und gesellschaftlich verantwortlichem Handeln. Die soziale Inklusion und Partizipation der Thüringer Bevölkerung in ihren spezifischen Lebenskontexten ergänzt das Bild davon, wie die Thüringer Bevölkerung *lebt* und *leben will* (Kapitel III). Dabei jedoch bleibt die Untersuchung nicht bei einem Fernblick auf die Einstellungen und Bewertungen stehen, sondern versucht, eventuell auftretende Ambivalenzen und Paradoxien aufzuzeigen und deren Ursachen nachzugehen. Es gilt, *begünstigende und benachteiligende Faktoren* für die Bewertung sozialer und politischer Sachverhalte aufzuzeigen und deren Einfluss auf die Zufriedenheitswerte und Einstellungen der Bevölkerung zu beurteilen. Wie der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages (vgl. Deutscher Bundestag 2013) belegt, sind nicht nur ökonomische Kennwerte und Infrastrukturdaten für die Bilanzierung gesellschaftlicher Entwicklungen maßgebend, sondern sollten Aspekte der sozialen Gerechtigkeit, der Zufriedenheit, Lebensziele, Chancen und Glücksvorstellungen der Bevölkerung stärkere Berücksichtigung in politischen Entscheidungsprozessen finden.

Unter Beibehaltung der Forschungsperspektive früherer THÜRINGEN-MONITORE ist in Kapitel IV u. a. zu prüfen, inwieweit sich die subjektiven und objektiven Lebensbedingungen in Thüringen auf die politische Partizipation, die Demokratieakzeptanz und Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung auswirken. Insbesondere ist die *Demokratieablehnung* bzw. *Diktaturaffinität* in unterschiedlichen Befragten Gruppen von Relevanz. An konkreten Beispielen ist des Weiteren zu prüfen, wie die Thüringer_innen Toleranz und Akzeptanz – die Grundwerte einer offenen, integrativen und pluralistischen Gesellschaft (vgl. Landesprogramm 2010) – verinnerlicht haben. Als Maßstab für die Lebensqualität in einer Gesellschaft dient nicht nur, wie die sogenannte Mehrheitsgesellschaft lebt, sondern auch, welches geistige und kulturelle Klima sich Gesellschaftsmitgliedern bietet, die als „anders“ oder „fremd“ empfunden werden. Zu fragen ist also, inwieweit Menschen mit Migrationserfahrung oder -hintergrund, mit besonderen Herausforderungen, mit alternativen Lebensentwürfen usw. von der Gesellschaft akzeptiert, inkludiert und gleichgestellt, oder ob sie abgelehnt, abgewertet und ausgeschlossen werden. Einstellungen, die solchen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsphänomenen zugrunde

liegen, werden mittlerweile häufig unter dem Stichwort „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (vgl. Heitmeyer 2012, Groß / Zick / Krause 2012) zusammengefasst.

Eng verzahnt mit der wissenschaftlichen Beobachtung *rechtsextremer Einstellungen* muss eine Diskussion über die Güte der Messung erfolgen: Worüber genau sprechen wir, wenn wir aus soziologischer und politikwissenschaftlicher Perspektive vom Phänomen Rechtsextremismus sprechen? Und wie ist zu gewährleisten, dass rechtsextreme Einstellungen auch adäquat *als solche* erfasst werden können? Um Forschungsinstrumente, die auch im THÜRINGEN-MONITOR Verwendung finden, auf einen kritischen Prüfstand zu stellen und Potentiale ihrer Weiterentwicklung zu diskutieren, wurde vom Kompetenzzentrum Rechtsextremismus an der Friedrich-Schiller-Universität Jena am 03. und 04. Mai 2013 der Workshop „Erträge und Tendenzen der Rechtsextremismusforschung“ durchgeführt. An dieser Veranstaltung nahmen neben Expert_innen der deutschen Rechtsextremismus-Forschung und Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Aktionsnetzwerke auch die Autor_innen des THÜRINGEN-MONITORS teil. Im Mittelpunkt stand ein Erfahrungsaustausch über die Praktikabilität der wissenschaftlichen Konsensdefinition des Begriffes „Rechtsextremismus“. Weitere Impulse lieferte die Landtagsdebatte zum THÜRINGEN-MONITOR 2012; thematisiert wurde beispielsweise die auffällige Diskrepanz zwischen der politischen Selbsteinstufung von Befragten auf der Links-Rechts-Skala und ihrem tatsächlichen Antwortverhalten bei Fragen der Rechtsextremismusskala. Vertreter_innen verschiedener Fraktionen des Thüringer Landtags hatten in der Debatte angeregt, kritisch zu prüfen, was Befragte im Genaueren mit ihren Aussagen verbinden, ob die Zustimmung oder Ablehnung einzelner, als rechtsextrem zu klassifizierender Aussagen tatsächlich auf gefestigten Einstellungen und ideologischen Überzeugungen beruht oder inwieweit auch Verständnisprobleme bei einigen Frageformulierungen und Antwortvorgaben auftreten, die sich in widersprüchlichem Antwortverhalten niederschlagen könnten.

In der Befragung zum THÜRINGEN-MONITOR 2013 kam deshalb erstmals die Methode des „Random Probings“ zum Einsatz, bei der die Befragten im Anschluss an jeweils nur eine Frage aus dem Rechtsextremismus-Fragenkatalog in eigenen Worten kurz erläutern sollten, was sie unter den verwendeten Schlüsselbegriffen („Überfremdung“, „deutsche Interessen gegenüber dem Ausland“, „unwertes Leben“ sowie „Dikatur im nationalen Interesse“) verstehen. Durch eine Zufallsauswahl wurde entschieden, welchen der vier Schlüsselbegriffe die Befragten näher erläutern sollten, so dass jeweils ein Viertel der Befragten den selben Begriff erläutert hat. Aufgrund des „Random Probings“ lässt sich besser beurteilen, inwieweit den Befragten die inhaltliche Bedeutung und Tragweite einiger Aussagen bewusst ist. Neben den Fragen, mit denen die Dimensionen der Rechtsextremismusskala sowie (seit letztem Jahr) auch Antisemitismus erfasst werden, wurden in diesem Jahr zusätzliche Fragen ins Fragenprogramm des THÜRINGEN-MONITORS aufgenommen, nämlich Indikatoren des sogenannten *sekundären* Antisemitismus und der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ – der Abwertung und Ausgrenzung diverser Minderheiten, z. B. von Sinti und Roma oder von Langzeitarbeitslosen. Bei diesen Fragen ist zu prüfen, inwieweit sie sich in das Konzept rechtsextremer

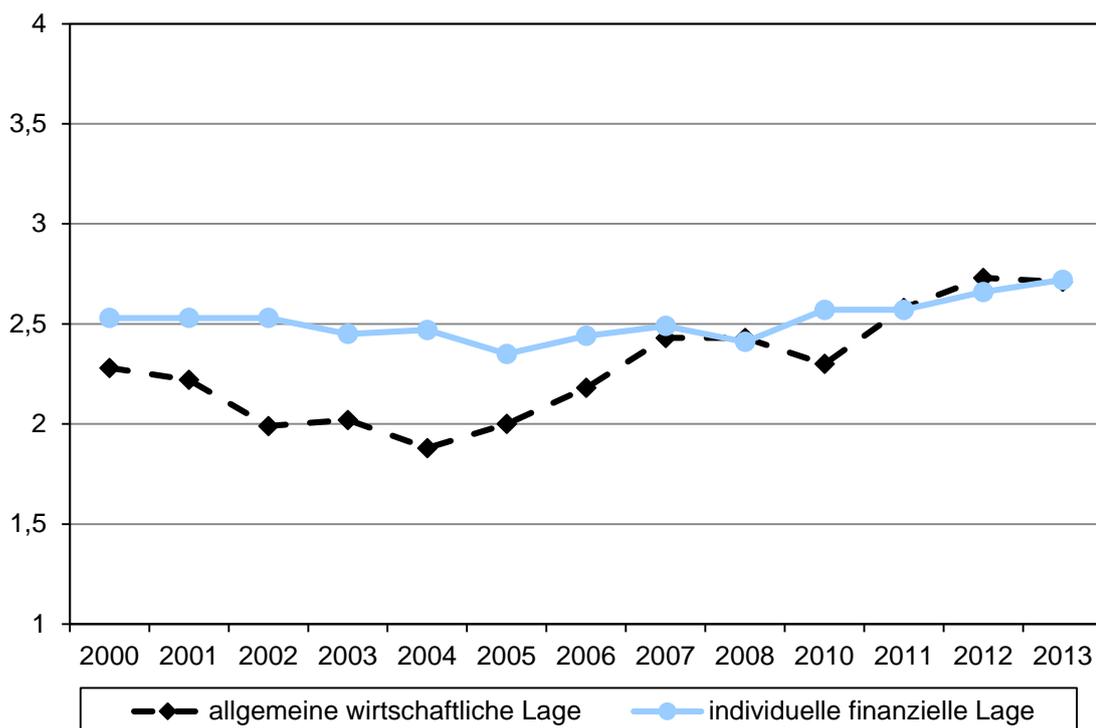
Einstellungen einordnen lassen oder ob es sich um ganz unterschiedliche Einstellungsdimensionen handelt (Kapitel IV.4).

Die diesjährige Erhebung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen im Mai 2013 stand unter dem Eindruck des Beginns des Strafprozesses gegen Mitglieder und Unterstützer des rechtsextremen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU). Deswegen wurden die Thüringer_innen auch gefragt, inwieweit sie vom NSU gehört haben und mit welchem Interesse sie die Berichterstattung über den Prozess gegen die Hauptverdächtige Beate Zschäpe und ihre Mitangeklagten verfolgen. Nur zehn Prozent der Befragten antworteten, nicht vom NSU gehört zu haben, wobei allerdings der Anteil in der jüngsten Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen mit 25 Prozent sowie bei Thüringer_innen mit einem Schulabschluss unter der 10. Klasse bzw. ohne Schulabschluss auf 18 Prozent erhöht ist. Nach eigener Aussage verfolgen viele Thüringer_innen, nämlich 38 Prozent, die Berichterstattung über den NSU mit starkem bis sehr starkem Interesse, weitere 38 Prozent mit mittlerem Interesse, lediglich 24 Prozent bekunden wenig oder überhaupt kein Interesse. Die öffentliche Debatte über rechtsextreme Verbrechen war und ist ein wichtiger Grund, der Verbreitung von Ursachen und Konsequenzen demokratiefeindlicher, rassistischer und menschenfeindlicher Tendenzen *im Alltag und in der Mitte der Gesellschaft* nachzugehen. Dem Ziel der sachlichen Information und Aufklärung der gesellschaftlichen Öffentlichkeit hat sich auch der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR verschrieben.

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage

In dem nach 1989 einsetzenden gesellschaftlichen und sozialen Wandlungsprozess hat sich in Ostdeutschland aus der Verbindung der mentalen und strukturellen Hinterlassenschaft der DDR mit den Ergebnissen der umfassenden Transformation des vereinten Deutschland eine eigene Lebenswelt entwickelt. Den Fragen, wie diese Lebenswelt in Thüringen aussieht und wie sie durch die Thüringer Bevölkerung beurteilt wird, geht der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR nach. Dafür sollen zunächst in diesem Einleitungskapitel die *wahrgenommenen* und *realen* Lebensbedingungen in Thüringen betrachtet werden.

Abb. 1: *Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2013¹*
(Mittelwerte auf einer Skala von 1 = schlecht/ab 2012: sehr schlecht bis 4 = sehr gut)



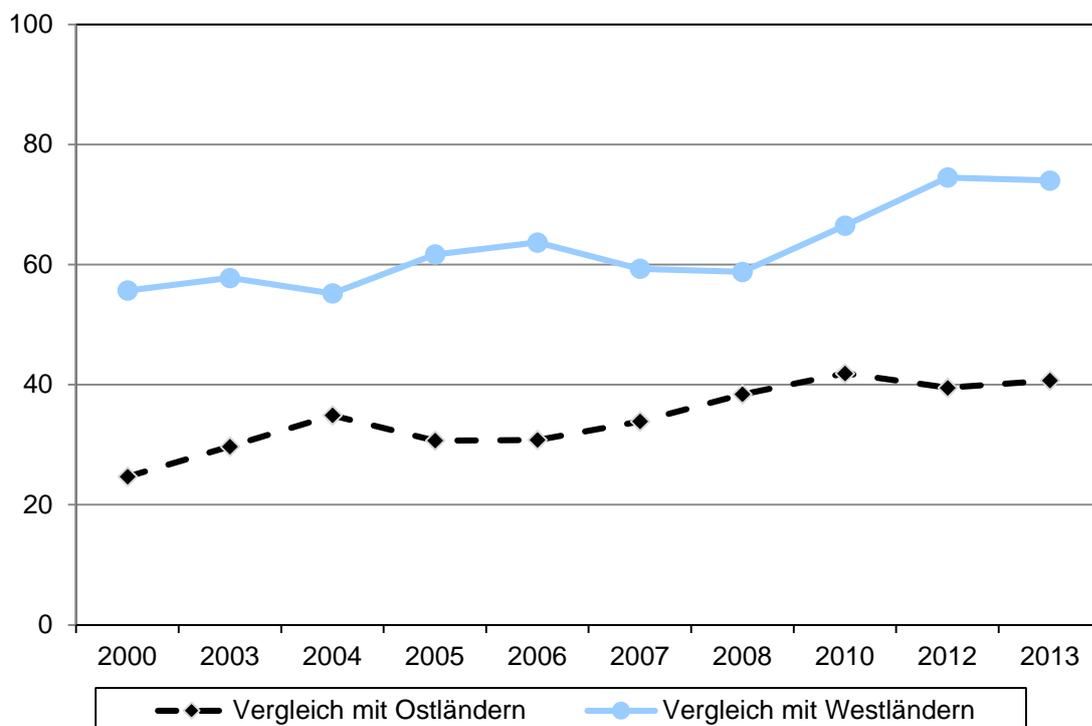
Einen ersten Hinweis auf die Lebenssituation und Lebensqualität der Thüringer_innen gibt die subjektive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Thüringens sowie der eigenen finanziellen Situation der Befragten. Hier ist es zunächst erfreulich, dass die Thüringer 2013 sowohl die allgemeine wirtschaftliche Lage des Freistaats als auch

¹ Der hier im Vergleich zur *Abbildung 1* des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS abweichende Datenpunkt für das Erhebungsjahr 2012 resultiert aus der Korrektur eines Codierfehlers.

ihre eigene finanzielle Situation als gut bewerten. Insgesamt geben 61 Prozent aller Thüringer_innen an, finanziell gut aufgestellt zu sein, weitere neun Prozent sogar sehr gut. Wie erwartet hat der Erwerbsstatus einen deutlichen Einfluss auf diese Einschätzung. Während die Erwerbstätigen zu drei Vierteln eine gute oder sehr gute finanzielle Lage attestieren, trifft das auf nur ca. ein Drittel der Arbeitslosen zu. Sie sind somit auch die einzige Bevölkerungsgruppe Thüringens, die ihre eigene Situation mehrheitlich negativ bewertet. Im Zeitverlauf wird ein positiver Trend der Einschätzung der eigenen finanziellen Lage erkennbar. Auf einer 4er-Skala (von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“) liegt der Durchschnittswert leicht über 2,7 und übertrifft damit den bisherigen Höchstwert des Vorjahres noch einmal (Abb. 1).

Abb. 2: Positive Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2013

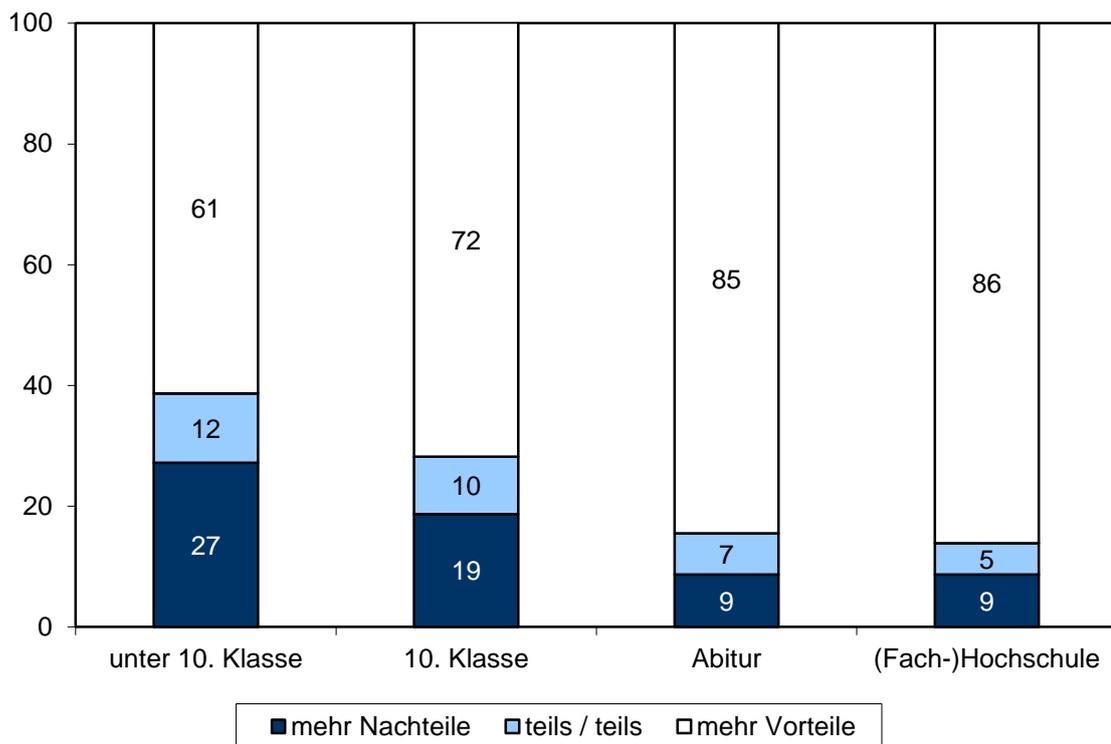
(nur Zustimmung: "Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern" und "Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen")



Im Zeitverlauf wird auch eine erneut positive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage Thüringens erkennbar. 67 Prozent der Thüringer_innen schätzen die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen als gut ein, weitere vier Prozent sogar als sehr gut. Damit erreicht die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Freistaats den höchsten Durchschnittswert der Zeitreihe und das Niveau der Einschätzung der eigenen finanziellen Lage. Einzig die Arbeitslosen bewerten die allgemeine Wirtschaftslage deutlich verhaltener. Nur die Hälfte dieser Befragtengruppe sieht sie insgesamt als positiv an, während sogar 17 Prozent der Meinung sind, sie wäre sehr schlecht. Dennoch bewerten die Arbeitslosen die Wirtschaftslage in Thüringen positiver als ihre eigene finanzielle Situation.

Das generell positive Urteil der Thüringer_innen über die Wirtschaftslage harmonisiert mit ihrer Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit des Freistaats. So sind 34 Prozent teilweise und weitere 41 Prozent weitgehend oder vollkommen der Meinung, dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser sei als in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Drei Viertel aller Befragten ist außerdem davon überzeugt, dass Thüringen selbst den Vergleich mit westdeutschen Bundesländern nicht scheuen muss. Für den Vergleich mit den übrigen ostdeutschen Bundesländern kann im Zeitverlauf eine erneute Steigerung verzeichnet werden, während sich der ohnehin hohe Zustimmungswert der Konkurrenzfähigkeit mit westdeutschen Bundesländern aus dem letzten Jahr stabilisiert hat (Abb. 2).

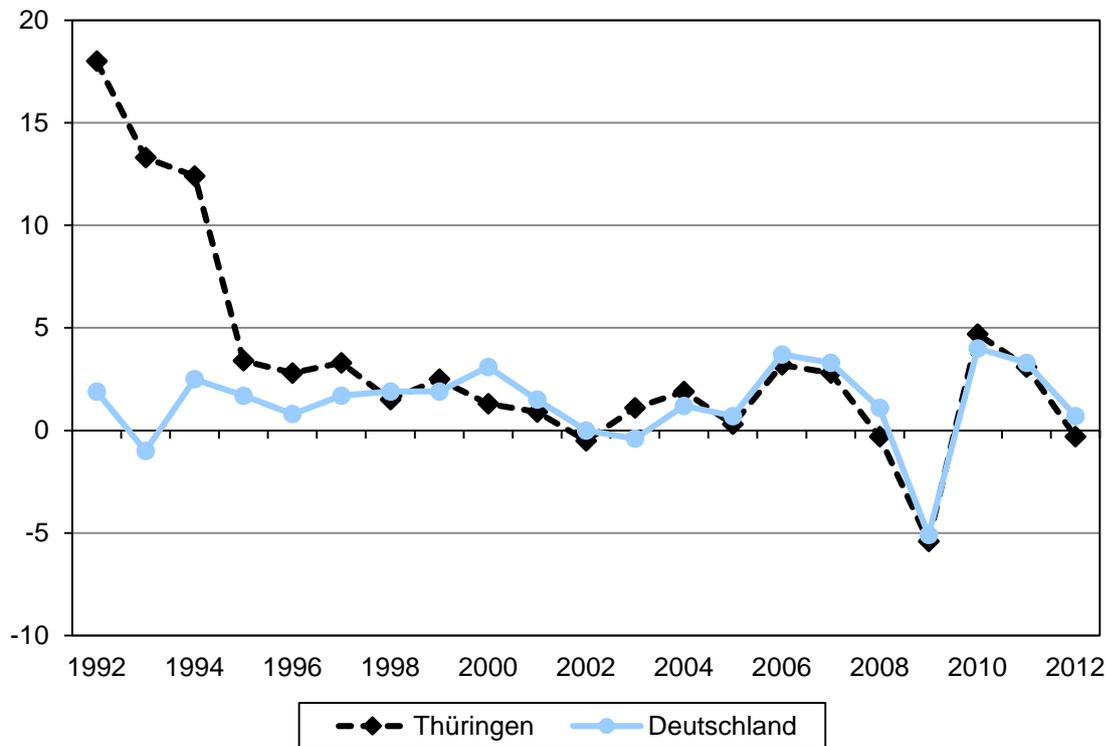
Abb. 3: *Einheitsbilanz nach Bildungsabschluss*
(in Prozent)



Fast ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch der DDR ziehen die Thüringer_innen wie auch bereits in den Vorjahren eine positive Bilanz aus der Wiedervereinigung (Abb. 3). Insgesamt überwiegen für 71 Prozent die Vorteile, während nur etwa bei jedem Fünften die Nachteile der Vereinigung überwiegen. Die Bilanz der Thüringer_innen variiert allerdings erheblich zwischen soziodemographischen Gruppen: Eine gute individuelle finanzielle Lage und ein hoher Bildungsabschluss wirken sich positiv auf die Einschätzung aus; die Erfahrung von Arbeitslosigkeit und das Gefühl, nicht den gerechten Anteil zum Leben zu erhalten, hingegen negativ. Frauen und Männer differenzieren in ihren Meinungen. Für 78 Prozent der männlichen Bevölkerung Thüringens überwiegen die Vorteile, während dieser Anteil bei den Frauen mit 65 Prozent deutlich geringer ausfällt. Das Alter der Befragten hat keinen Einfluss auf diese Differenzierung. Gleichwohl ist dennoch zu erwähnen, dass die jüngste Alterskohorte mit 93 Prozent erneut den höchst-

ten Wert derer aufweist, die die Vorteile der Wiedervereinigung überwiegen sehen. Darüber hinaus findet sich in dieser Kohorte, die die Wiedervereinigung nur medial und sozial vermittelt aus der Retrospektive kennt, niemand, der eine negative Bilanz zieht.

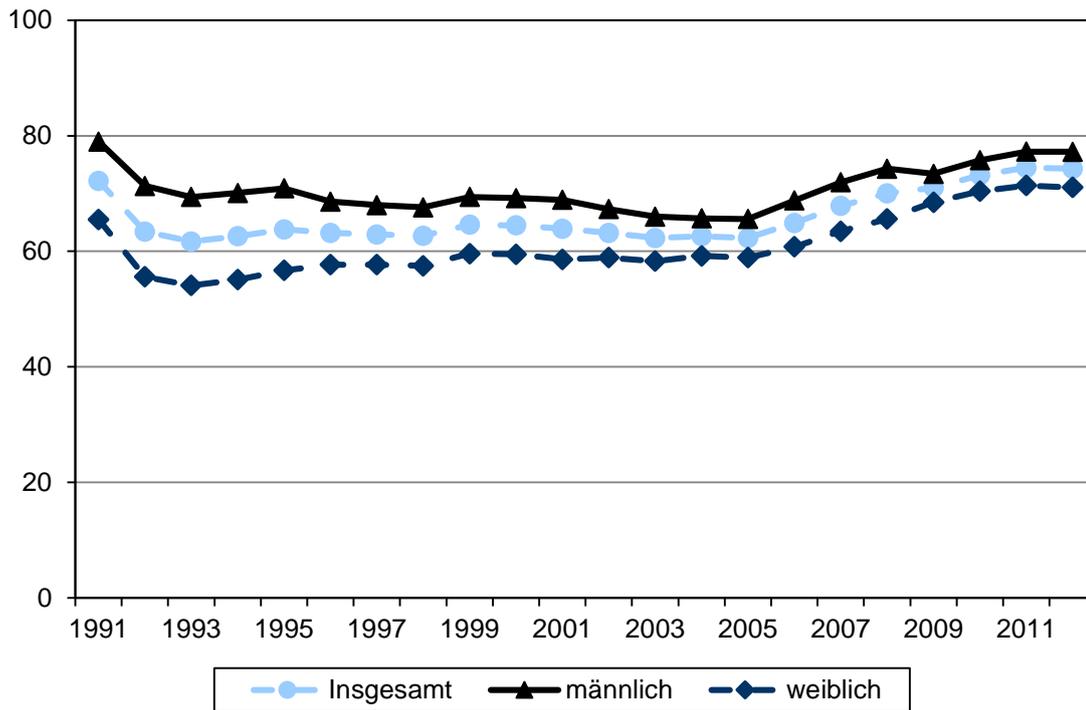
Abb. 4: *Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992–2012 (in Prozent)*



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik (Zahlen für Thüringen); Statistisches Bundesamt (Zahlen für Deutschland)

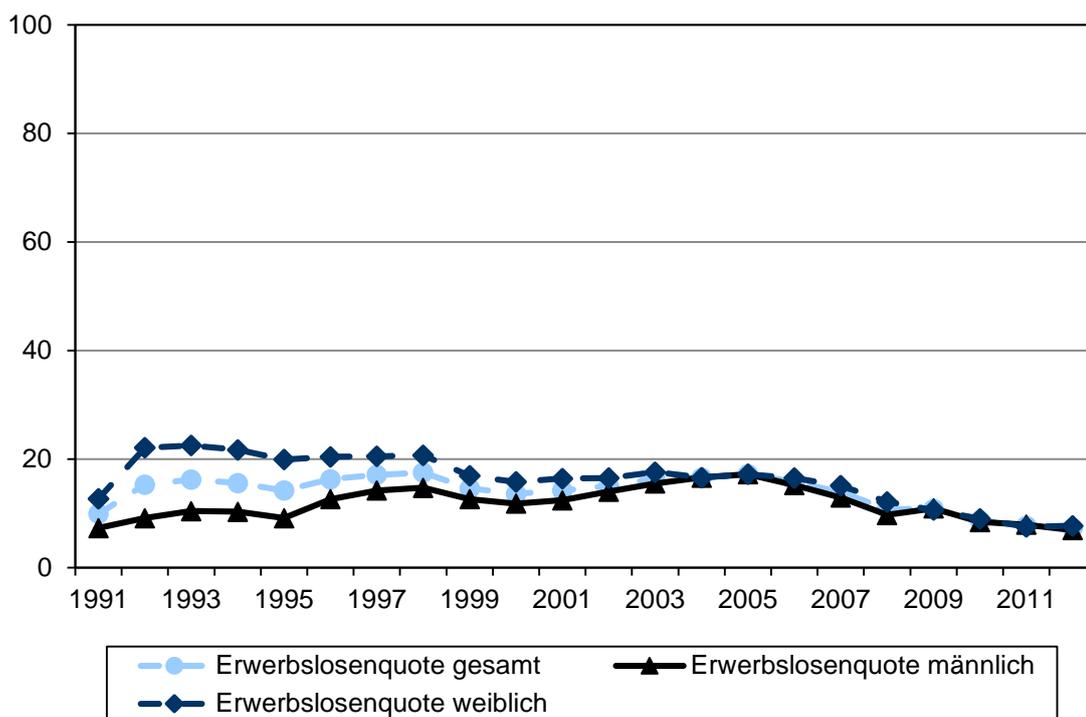
Nun stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung mit den Trends der *realen* soziodemographischen und ökonomischen Entwicklung korrespondieren. Einer dieser Indikatoren ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP ist das Maß aller während eines bestimmten Zeitraumes im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistungen. Um die Preisveränderung bereinigt, ist es ein etabliertes Maß für die Leistungskraft einer Volkswirtschaft. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung kam es zunächst zu einem Einbruch der Wirtschaftskraft, der jedoch in den Jahren von 1992 bis 1995 mit einem rasanten Wachstum aufgeholt wurde. In den folgenden Jahren nahm das Wachstum ab und passte sich dem gesamtdeutschen Trend an. So auch in den Krisenjahren 2008/2009, als das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt zum ersten Mal seit 2002 (-0,5 Prozent) wieder rückläufig war. Die Thüringer Wirtschaft erholte sich von diesem Einbruch zwar schnell und sogar überdurchschnittlich gut, allerdings war für das Jahr 2012 erneut eine leicht negative Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zu konstatieren (Abb. 4).

Abb. 5: *Erwerbstätigenquote in Thüringen, 1991–2012*
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

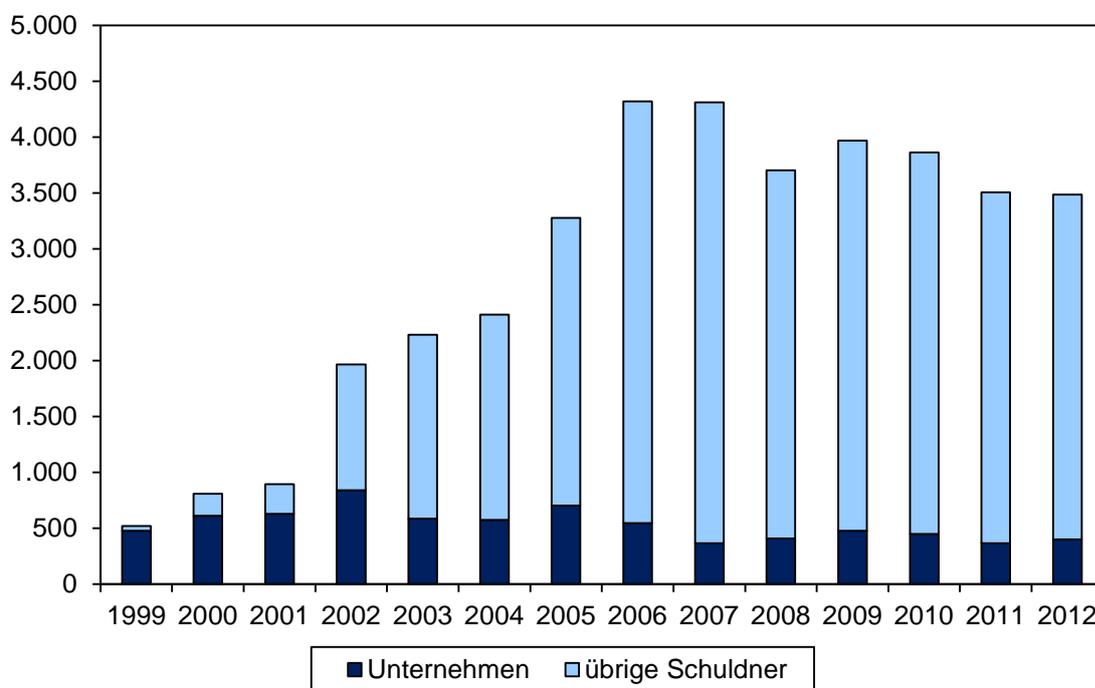
Abb. 6: *Erwerbslosenquote in Thüringen, 1991–2012*
(in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Erwerbsstatistiken des Freistaats spiegeln dies jedoch nicht. Die Erwerbstätigenquote², die seit 2005 konstant gestiegen war, bleibt mit ca. 74 Prozent auf dem hohen Niveau des Vorjahres (Abb. 5). Damit festigt Thüringen auch seine Position im Vergleich mit den übrigen Bundesländern: Wie schon in den letzten zwei Jahren wird die Erwerbstätigenquote des Freistaats nur von der in Baden-Württemberg und Bayern übertroffen. Thüringen hat also nicht nur unter den ostdeutschen Bundesländern eine Spitzenstellung, sondern auch im Vergleich mit den meisten westdeutschen Ländern – das Meinungsbild der Thüringer_innen findet sich hier also bestätigt. Unter der weiblichen Bevölkerung liegt der Anteil der Erwerbstätigen mit 71 Prozent zwar immer noch sechs Prozentpunkte unter dem der männlichen Bevölkerung, ist mit Blick auf den bundesdeutschen Durchschnitt aber sehr hoch: Einzig Brandenburg weist eine höhere Erwerbstätigenquote in der weiblichen Bevölkerung auf.

Abb. 7: *Eröffnete Insolvenzverfahren in Thüringen, 1999–2012*



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

In diesen positiven Trend reiht sich auch die Entwicklung der Erwerbslosenquote³ in Thüringen ein. Im Gegensatz zur Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen bei der Bundesagentur für Arbeit ist die Erwerbslosenquote unabhängig von variierenden sozialrechtlichen Regelungen und deshalb besser für Vergleiche und die Betrachtung von Entwicklungen geeignet. Dieser Indikator folgt ebenfalls dem seit 2005 anhaltenden Trend und

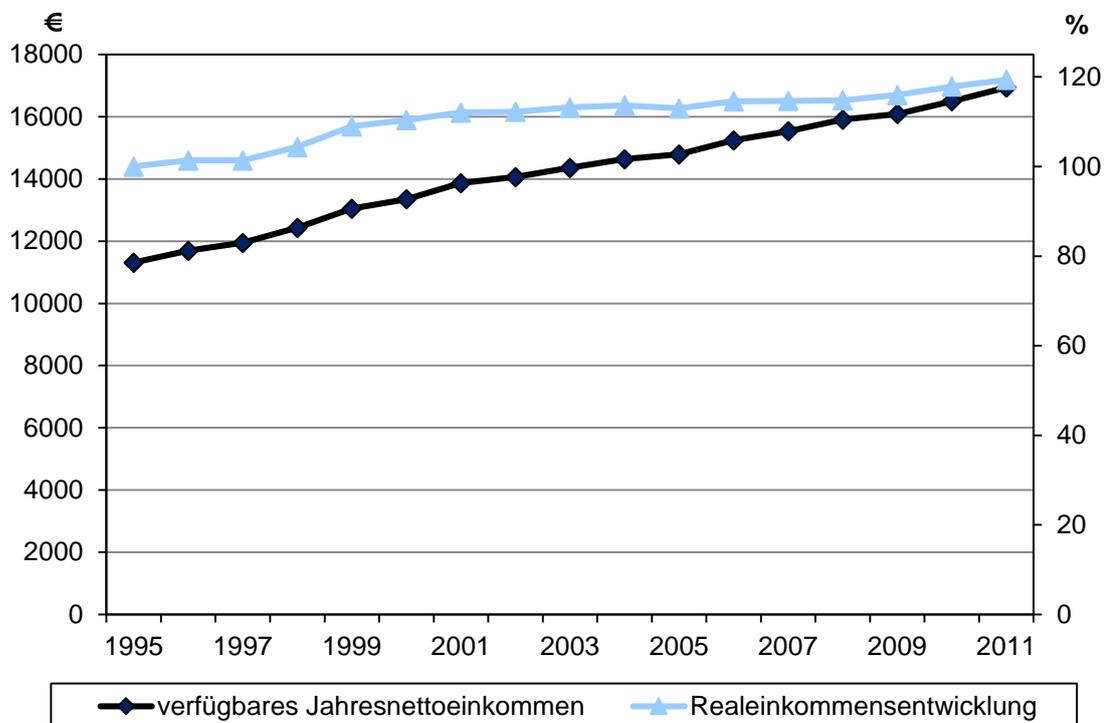
² Die Erwerbstätigenquote bezieht die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren auf die entsprechende Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung.

³ Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen Erwerbspersonen in der entsprechenden Altersgruppe. Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Agentur für Arbeit als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

sank im Jahr 2012 auf ca. sieben Prozent (Abb. 6). Somit ist Thüringen weiterhin das ostdeutsche Bundesland mit der niedrigsten Erwerbslosenquote (vgl. TM 2012: 17f.). Bemerkenswert ist ebenfalls, dass die Erwerbslosenquote der männlichen Bevölkerung sogar leicht unter sieben Prozent gesunken ist und zum ersten Mal wieder den Wert von 1991 unterschritten hat. Unter den Frauen in Thüringen ist der Anteil der Erwerbslosen zwar im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gestiegen, entspricht aber mit ca. acht Prozent fast dem Anteil der männlichen Bevölkerung.

Eine verhalten positive mittelfristige Entwicklung der Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquote beobachten wir auch bei der Zahl der jährlich eröffneten Insolvenzverfahren. Nachdem gerade die Anzahl der Privatinsolvenzen bis Mitte der 2000er Jahre erheblich zugenommen hatte, haben sich die Werte in den letzten zwei Jahren stabilisiert (Abb. 7).

Abb. 8: *Verfügbares Jahresnettoeinkommen privater Haushalte je Einwohner_in, 1995–2011 (Mittelwerte in Euro) und Realeinkommensentwicklung (in Prozent, 1995 = 100)*

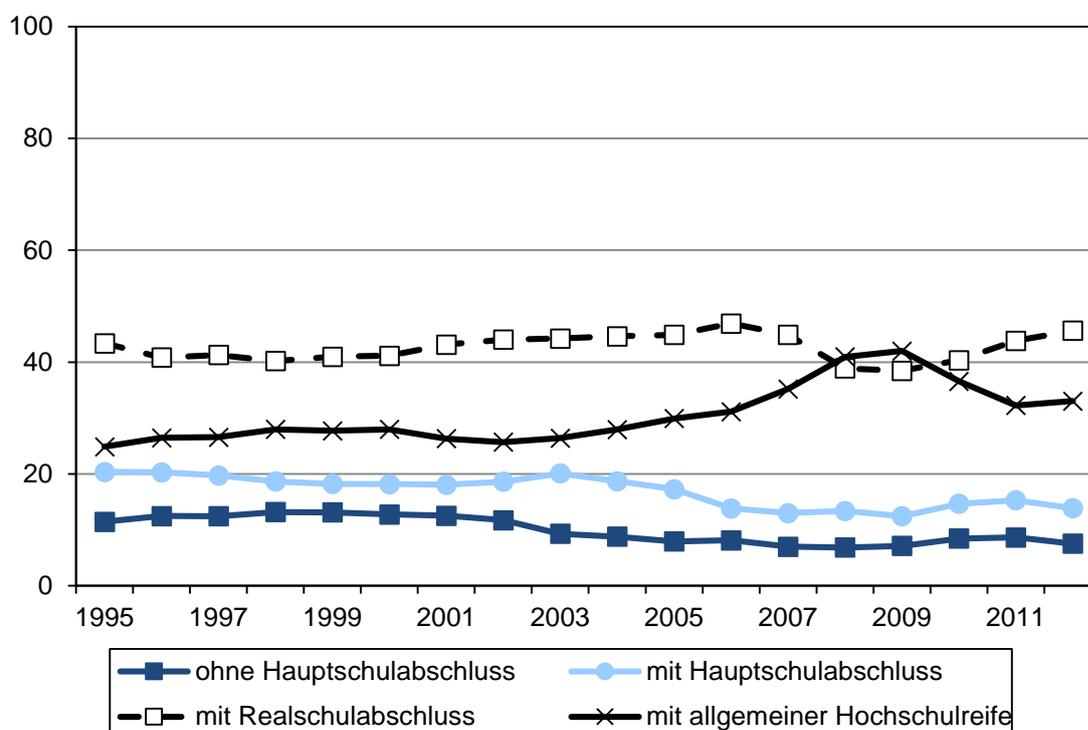


Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Entwicklung der gezeigten Wirtschaftsindikatoren – die positiven Wachstumsraten des preisbereinigten BIP der letzten Jahre (mit Ausnahme der Krisenjahre 2008/09), die hohe Erwerbstätigenquote und die niedrige Erwerbslosenquote – ging mit einer Erhöhung der Einkommen in Thüringen einher. Das verfügbare Jahresnettoeinkommen der privaten Haushalte je Einwohner_in zeigt demnach seit Beginn der Fortschreibung einen konstanten Anstieg auf (Abb. 8). Aussagekräftiger ist jedoch die Entwicklung des Realeinkommens, da sie die Preissteigerung berücksichtigt. Der Anstieg des Realeinkommens zeigt sich etwas verhaltener, jedoch ist seit dem Jahr 1995 ein realer Zuwachs des durchschnittlichen Einkommens um ca. 20 Prozent festzustellen.

Bildung ist ein wichtiger Faktor bei der Zuweisung von Lebenschancen, der Zugang zu Bildungseinrichtungen wird in der Bevölkerung mit grundlegenden Prinzipien sozialer Gerechtigkeit assoziiert. Etwa mit Beginn des neuen Jahrtausends setzte in Thüringen eine Bildungsexpansion ein: Der Anteil der Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen mit allgemeiner Hochschulreife steigerte sich von ca. 26 Prozent im Jahr 2001 auf 41 Prozent im Jahr 2009 und lag damit sogar vor dem Anteil der Absolvent_innen mit Realschulabschluss (Abb. 9). Bis zum aktuellen Erhebungsjahr ist der Anteil des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses, der meist die Voraussetzung für ein höheres Einkommen ist, zwar wieder gefallen, stellt jedoch immer noch ein Drittel aller Schulabschlüsse in Thüringen dar. Ob dieser Rückgang auf eine wieder zunehmende soziale Schließung des höheren Schulsystems oder auf deutlich verbesserte Arbeitsmarktchancen von Absolvent_innen mit Realschulabschluss zurückzuführen ist, kann im Rahmen dieser Darstellung nicht erörtert werden.

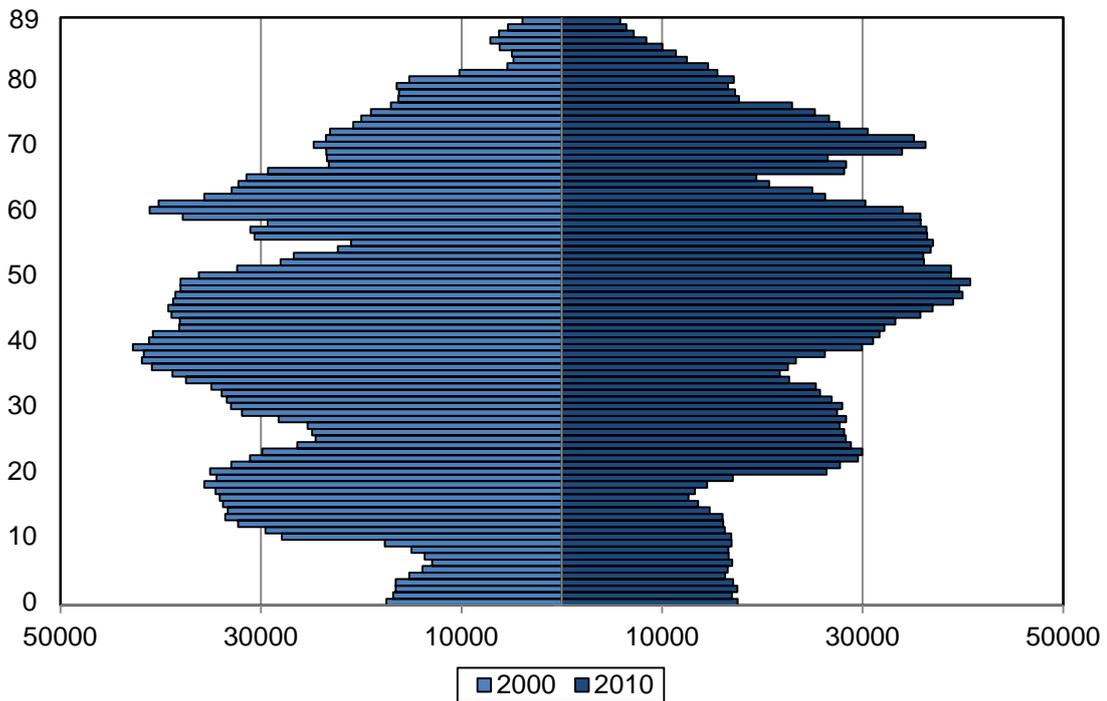
Abb. 9: *Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen, Jahrgänge 1995–2012 (in Prozent)*



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

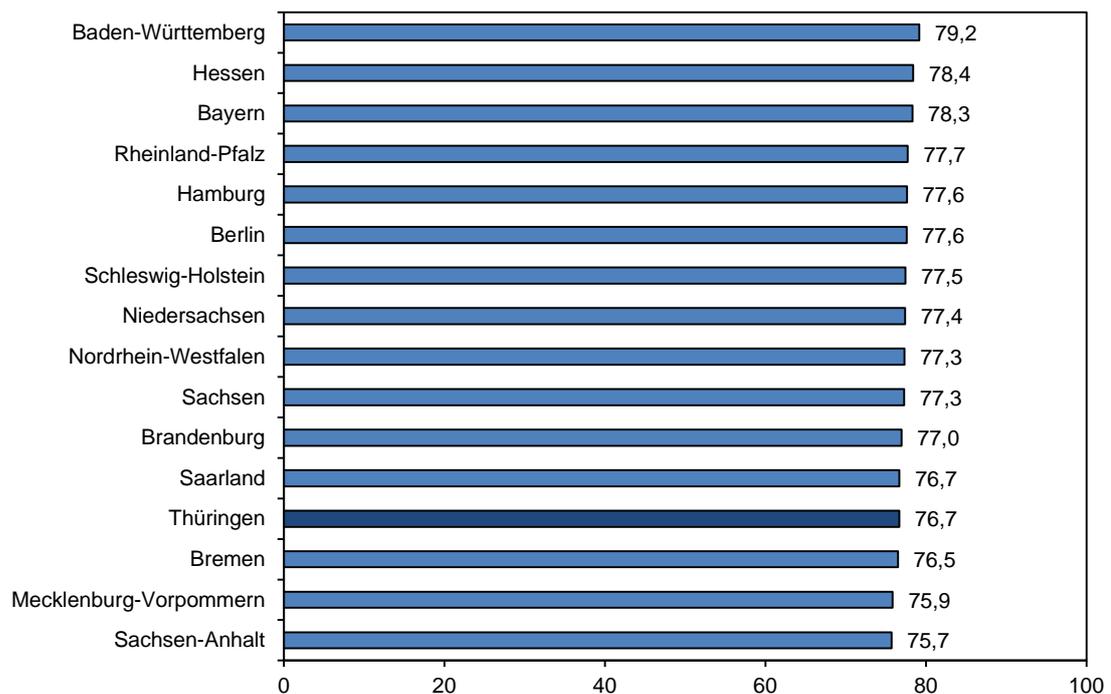
Aufgrund des demographischen Wandels und dem damit verbundenen Bevölkerungsrückgang in Thüringen (vgl. TM 2012: 20) hat die absolute Zahl der Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen allerdings dramatisch abgenommen. Im Schuljahr 2005/06 machten ca. 28.500 junge Thüringer_innen ihren Abschluss, sechs Jahre später sind es nur noch ca. 13.600. Die Absolvent_innenzahl hat sich in dieser kurzen Zeit demnach um mehr als die Hälfte verringert. Dies hatte auch Folgen für den Ausbildungsmarkt: In den letzten Jahren übertrifft das Angebot an Berufsausbildungsstellen deutlich die Zahl der gemeldeten Bewerber_innen für diese Stellen (Abb. 10).

Abb. 10: *Bevölkerungsstruktur in Thüringen, 2000 und 2010*
(Anzahl Einwohner_innen nach Alter, Personen bis 89 Jahre)



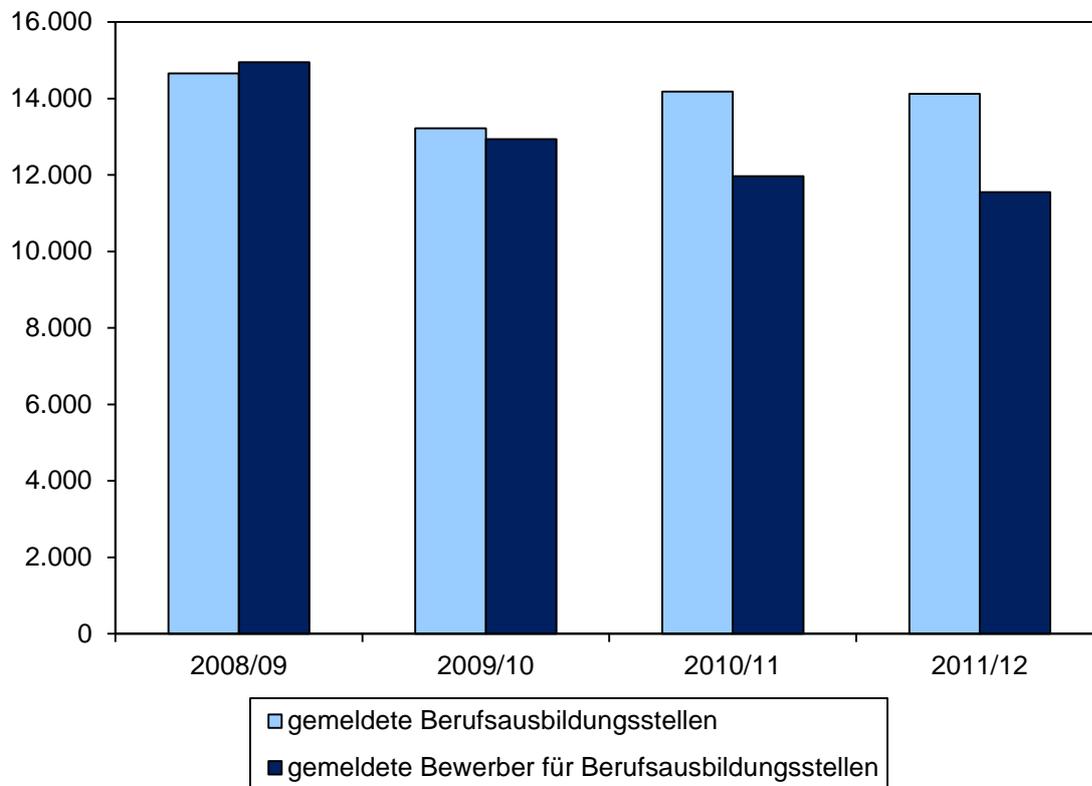
Quelle: Statistisches Bundesamt

Abb. 11: *Durchschnittliche Lebenserwartung in den Bundesländern, nach Sterbetafel 2009/2011*
(Mittelwerte in Jahren)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abb. 12: *Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage in Thüringen, 2008/09–2011/12*
(jeweils zum Stichtag 30.09.)

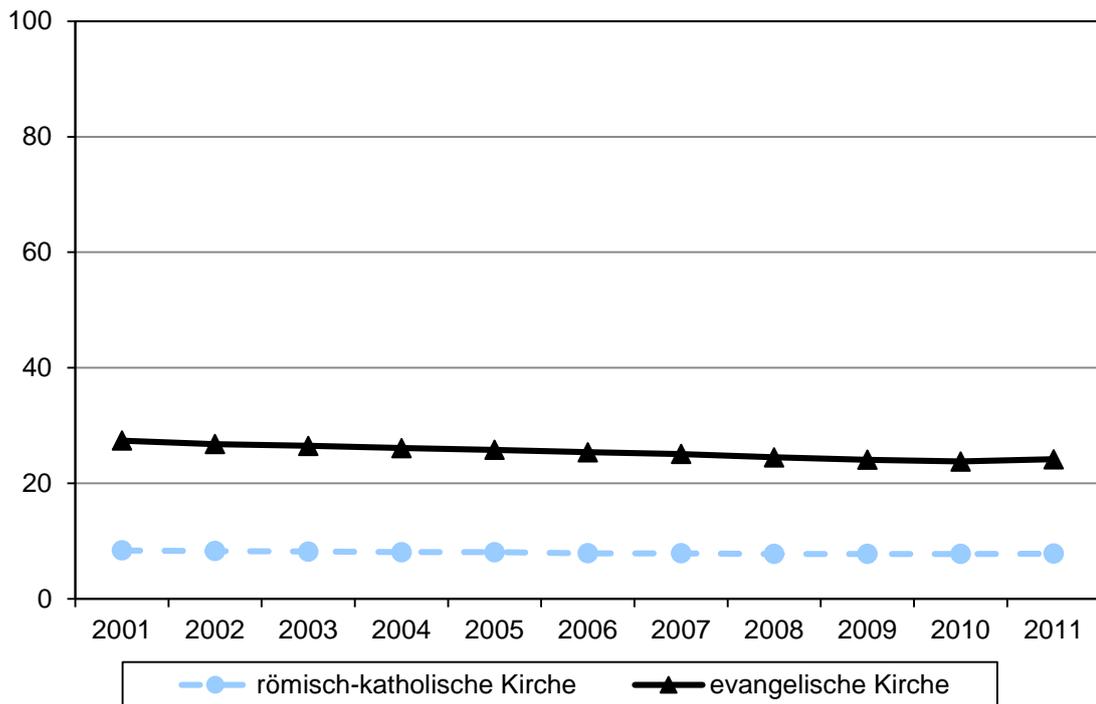


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der demographische Wandel wird ersichtlich, wenn man die Bevölkerungsstruktur Thüringens über die erste Dekade des neuen Jahrtausends betrachtet (Abb. 11). Im Jahr 2000 lebten ca. 948.000 Menschen unter 35 Jahren in Thüringen, das entsprach einem Anteil von 39 Prozent an der Gesamtbevölkerung. 2010 waren es dann nur noch 731.000 Personen dieses jungen Alters (33 Prozent). Hingegen erhöhte sich die Anzahl der Personen, die mindestens 65 Jahre alt waren, in diesem Zeitraum von ca. 410.000 (17 Prozent) auf 516.000 (23 Prozent). Während sich die abnehmende Zahl der jüngeren Thüringer_innen mit einer relativ geringen Geburtenrate (vgl. TM 2012: 19) und einem beständigen Fortzug vor allem der abwanderungsaffineren 18- bis 34-Jährigen (vgl. Kapitel III.3.2) erklären lässt, ist die zunehmende Zahl der älteren Thüringer_innen auch auf die steigende Lebenserwartung zurückzuführen. In Folge verbesserter ärztlicher Versorgung ist die durchschnittliche Lebenserwartung in Thüringen seit dem Jahr 2000 um zwei Jahre gestiegen. Mit durchschnittlich 76,7 Jahren rangiert sie jedoch – vor Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen – im bundesdeutschen Vergleich nur an viertletzter Stelle (Abb. 12).

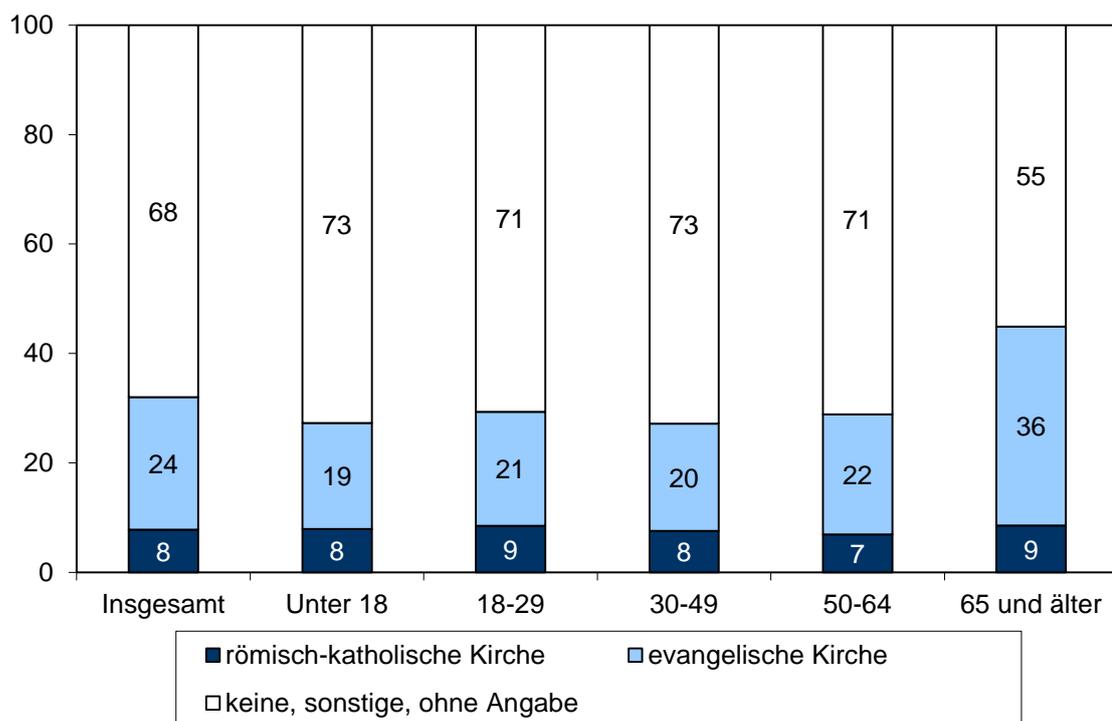
Gerade in einer alternden Gesellschaft spielt soziale Integration eine wichtige Rolle. In Thüringen geschieht dies oft im Rahmen von Kirchengemeinden oder den von den Kirchen angebotenen Freizeitaktivitäten (vgl. Kapitel III.2.2). Thüringen ist jedoch ein stark säkularisiertes Bundesland, in dem nur noch ca. jede_r Dritte Kirchenmitglied ist. Dabei

Abb. 13: Kirchenmitgliedschaften in Thüringen, 2001–2011
(in Prozent)



Quelle: Kirchenamt der EKD, Referat Statistik (für Daten bis 2010), Thüringer Landesamt für Statistik, Ergebnis des Zensus 2011 (für Daten 2011)

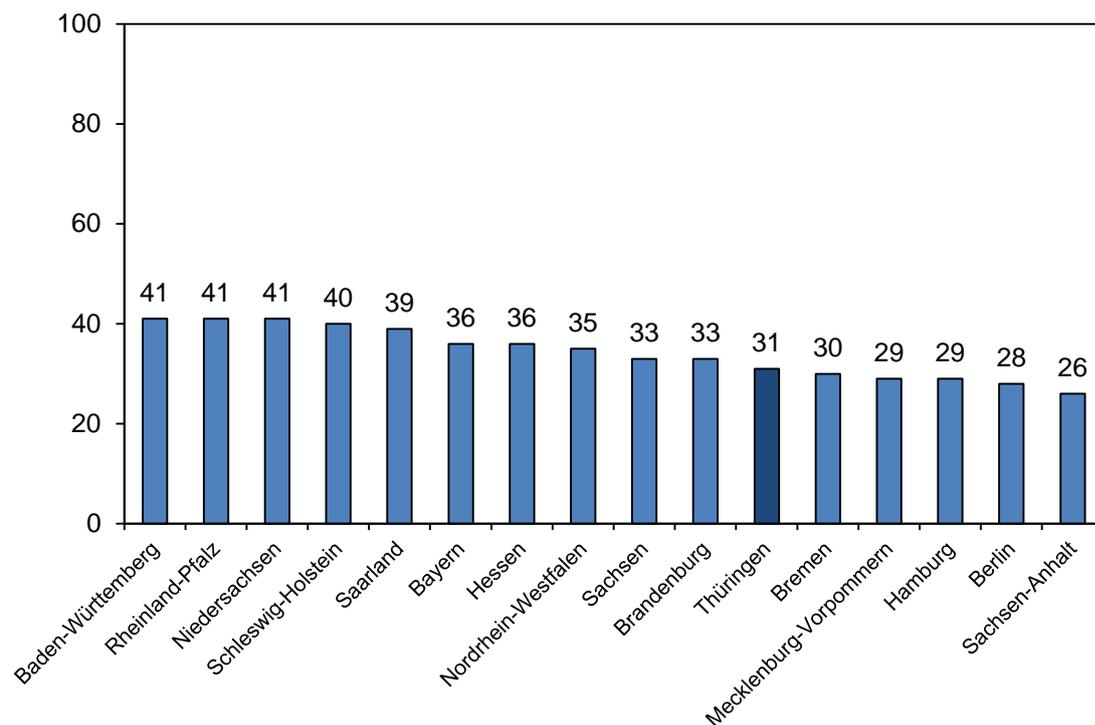
Abb. 14: Kirchenmitgliedschaften in Thüringen nach Altersgruppen, 2011
(in Prozent)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Ergebnis des Zensus 2011

dominiert die evangelische Kirche mit einem Anteil von ca. 24 Prozent der Bevölkerung (Abb. 13). Eine Veränderungsdynamik in der Generationenfolge zeigt der hohe Anteil von 45 Prozent Kirchenmitgliedern unter den ältesten Einwohner_innen Thüringens. Allerdings scheint die Bindekraft der Kirche in der Kohortenfolge nicht mehr abzunehmen. Im Zeitverlauf wird deutlich, dass der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung in den vergangenen Jahren zwar noch leicht rückwärtig war, sich zuletzt aber doch auf einem niedrigen Niveau stabilisiert hat (Abb. 14).

Abb. 15: *Ehrenamtlich Engagierte in den Bundesländern*
(in Prozent)

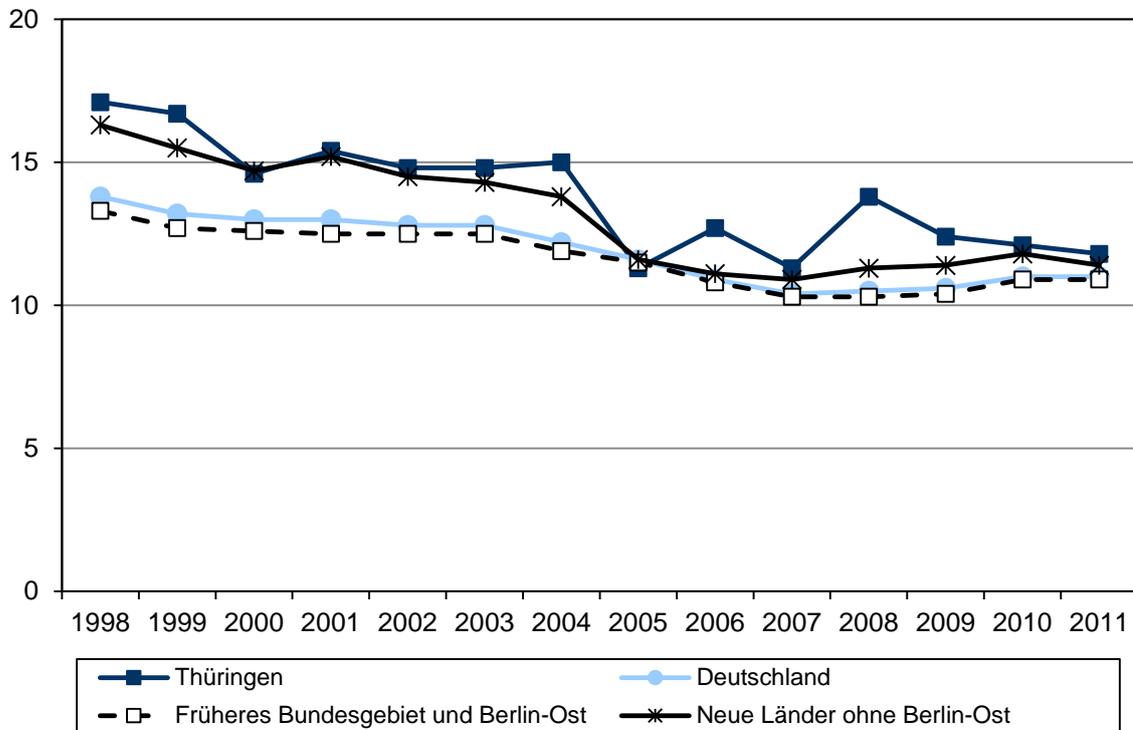


Quelle: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009

Die Mitgliedschaft in einer Glaubensgemeinschaft ist allerdings ein sehr spezifischer und partieller Indikator für gesellschaftliche Teilhabe, ein anderer ist die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Laut der Nexus-Studie „Ehrenamtliches Engagement in Thüringen“ (Dienel/von Blanckenburg 2011) gab es 2011 in Thüringen elf Freiwilligen- und sechs Bürgerstiftungen, die neben den Kirchen und Vereinen ehrenamtliche Arbeit in der Gesellschaft fördern (ebd.: 7ff.). Nach Angaben des „Freiwilligensurvey“ (Gensicke/Geiss 2010) lag der Anteil bürgerschaftlich engagierter Thüringer_innen bei 31 Prozent. Dass jedoch Möglichkeiten zur Extensivierung des Ehrenamts bestehen, verdeutlicht ein Blick auf den gesamtdeutschen Vergleich (Abb. 15): Thüringen schneidet – wie auch die übrigen ostdeutschen Bundesländer – nur unterdurchschnittlich ab. Nach Trendanalysen des „Freiwilligensurvey“ ist immerhin der Anteil der Personen, die zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit prinzipiell bereit wären, in Ostdeutschland im letzten Jahrzehnt stark gestiegen: Im Jahr 2004 waren es 55 Prozent, im Jahr 2009 hingegen bereits

70 Prozent (ebd.: 24). Wie viele und welche Thüringer_innen allerdings 2013 ehrenamtlich tätig sind, wird im Kapitel III.2.2 diskutiert.

Abb. 16: Altersbereinigte Selbstmordraten im Vergleich, 1998–2011
(je 100.000 Einwohner_innen)



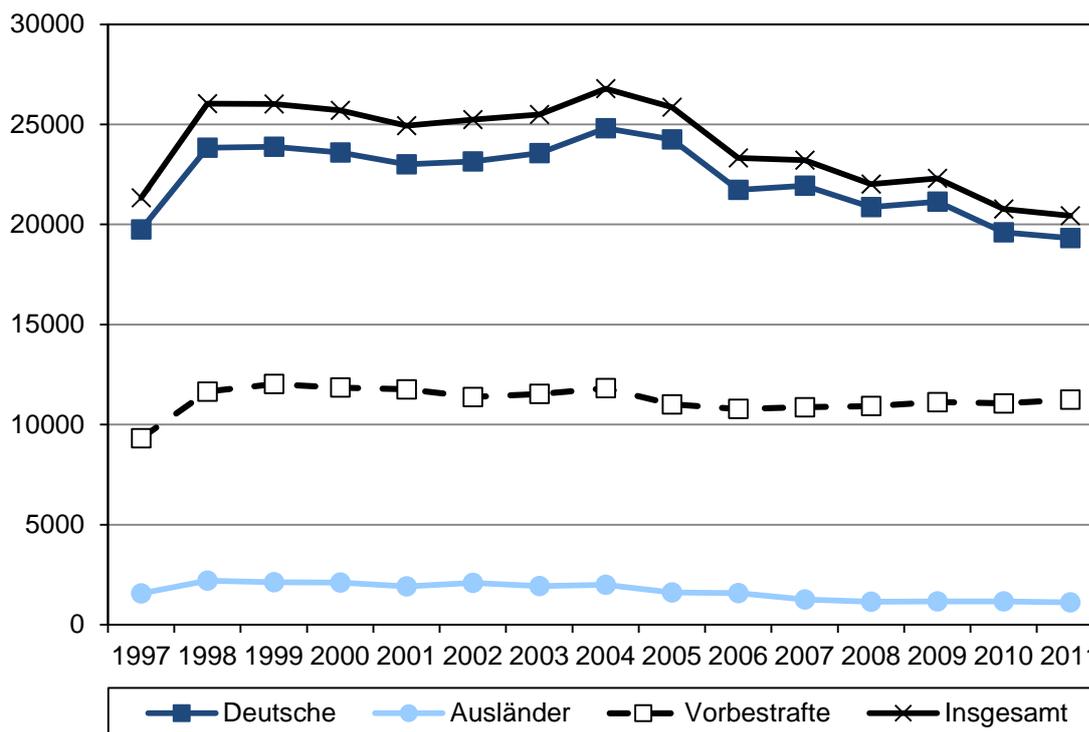
Quelle: Statistisches Bundesamt, Gesundheitsberichterstattung des Bundes

Der Soziologe Emile Durkheim hat in seiner Untersuchung zum Selbstmord als soziales Phänomen (1897) schon früh auf diesen als einen Indikator fehlender sozialer Integration und anomischer Lebenssituationen hingewiesen. Die Selbstmordrate eines Landes kann daher durchaus Hinweise darauf liefern, welche Lebensperspektiven eine Gesellschaft ihren Mitgliedern eröffnet. Eine erhöhte Selbstmordrate wäre diesem Verständnis nach also ein alarmierendes Signal, dass die soziale Integration in Einzelfällen katastrophal verfehlt wird. Die altersbereinigte Selbstmordrate⁴ für Thüringen hat zwar seit dem Ausgang der 1990er Jahre deutlich abgenommen, lag in den letzten Jahren – mit Ausnahme des Jahres 2005 – aber beständig über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (Abb. 16). Und auch wenn die Entwicklung nach einem letzten Anstieg 2008 nun rückläufig ist und der Abstand sich deutlich verringert hat, so ist die derzeitige Selbstmordrate immer noch überdurchschnittlich. Im Bundesländervergleich steht Thüringen auf dem siebten Platz; unter den ostdeutschen Ländern ist das nach Sachsen der zweithöchste Wert.

⁴ Nach einer Altersstandardisierung können Daten unterschiedlicher Jahre oder Regionen miteinander verglichen werden, ohne dass es zu Verzerrungen aufgrund unterschiedlicher Altersstrukturen kommt. Bei der Interpretation altersstandardisierter Mortalitätsraten ist zu beachten, dass sie keine realen, im Sinne von empirisch beobachtbaren, Angaben darstellen. Sie beschreiben vielmehr, wie die Mortalitätsraten in der betrachteten Bevölkerung wären, wenn die Bezugsbevölkerung der Standardbevölkerung entspräche, also von altersstrukturbedingten Effekten abstrahiert würde.

Auch die Anzahl der vor Gericht verurteilten Straftäter_innen kann als ein Indikator für gesellschaftliche Integrationsprozesse und die Akzeptanz der formalen Normen einer Gesellschaft gelten. In Thüringen ist die Zahl der Straftäter_innen im Vergleich zu 2004 um ca. 24 Prozent gesunken (Abb. 17). Mit der Verringerung der Anzahl von verurteilten Straftäter_innen ist aber auch der Anteil bereits vorbestrafter Mehrfachtäter_innen gestiegen (2004: 44 Prozent; 2011: 55 Prozent). Der Anteil ausländischer Personen an allen Verurteilten lag hier bei ca. fünf Prozent und damit über dem Anteil der ausländischen Bevölkerung in Thüringen (2011: 2,3 Prozent; vgl. TM 2012: 22).

Abb. 17: *Verurteilte Straftäter_innen in Thüringen, 1997–2011*



Wenn wir die vorgestellten subjektiven und objektiven Wohlfahrtsindikatoren noch einmal synoptisch betrachten, lässt sich die Lebenswelt der Thüringer Bevölkerung durch das Zusammenspiel folgender Faktoren charakterisieren:

- einer anhaltend positiven Entwicklung der Wirtschaftsstrukturdaten Thüringens (inkl. steigender Netto-Einkommen),
- einer positiven Einschätzung sowohl der eigenen wirtschaftlichen Lage als auch der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens unter Betonung der Konkurrenzfähigkeit mit den übrigen Bundesländern,
- einer zeitweisen Bildungsexpansion bei gleichzeitigem Rückgang der Absolvent_innenzahlen, der einen Ausbildungsstellenüberschuss mit sich brachte,
- einer in Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen partiell sozial integrierten und engagierten Bevölkerung und
- einem Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bei zuletzt sinkender Selbstmordrate und einem Rückgang der verurteilten Straftäter_innen.

III. Zufriedenheit, Werte, gesellschaftliche Orientierungen

Die persönlichen Werte, Lebensziele und Gerechtigkeitsvorstellungen der Thüringer Bevölkerung und ihre Einstellungen zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themen, wie sie im THÜRINGEN-MONITOR 2013 erhoben und untersucht werden, stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den objektiv messbaren und subjektiv wahrgenommenen Lebensbedingungen der Befragten. Die Wohlfahrt einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur an den ökonomischen Kennziffern einer Volkswirtschaft, an der Verteilung der materiellen Ressourcen zwischen den Menschen oder an Daten zur infrastrukturellen Ausstattung eines Landes, sondern auch daran, in welchem Ausmaß Zufriedenheit bei der Bevölkerung herrscht, sich die Menschen mit den gegebenen Lebensbedingungen im Land einverstanden zeigen und in ihrem sozialen Umfeld wohlfühlen. Neben guten Lebensbedingungen (vor allem Faktoren materiellen Wohlstands) sind es Chancen der sozialen Teilhabe und der Zustand der Umwelt, die „Menschen für die Verwirklichung eines individuell guten, gelingenden Lebens als Grundlage“ wichtig sind: Dies hat auch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages festgestellt (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 236).

Das Schwerpunktthema des vorliegenden Gutachtens widmet sich deshalb zunächst der Frage, wie zufrieden die Thüringer_innen mit ihrer Lebensqualität sind, was diese ausmacht, welche Aspekte ihnen für ihr persönliches Glück wichtig sind und wie sie die Lebenschancen in Thüringen und ihrer näheren Umgebung für sich, aber auch für die Menschen im Freistaat insgesamt wahrnehmen und beurteilen. Sicherlich sind es Grundfragen menschlicher Existenz, was Zufriedenheit und Glück bedeuten und wie man beide erreichen kann. Die empirische Sozialforschung nähert sich dieser Thematik nicht durch abstrakte begriffliche Definitionen, sondern anhand ausgewählter Indikatoren, das heißt konkreter Fragen, mit denen die subjektiven Einschätzungen der Befragten gemessen werden (vgl. z. B. Giesselmann et al. 2013). Dabei können selbstverständlich nicht alle Lebensbereiche untersucht werden, doch lassen sich zweifelsfrei einige Aspekte bestimmen, die für die Individuen und die sozialen Kreise, denen sie angehören, zentrale Bedeutung haben.

Es ist naheliegend, mit generellen Einschätzungen zu beginnen: wie beurteilen die Menschen ihr Leben in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft? Wie steht es aus ihrer Sicht um die Berufsaussichten, Bildungsangebote, Freizeit- und Kulturangebote sowie Umweltbedingungen im Freistaat und ihrer näheren Umgebung? Die Analyse ihrer Antworten im Hinblick auf wichtige soziodemographische Auswertungskategorien wie dem Alter, der Bildung oder der Berufstätigkeit kann dabei Rückschluss darauf geben, wie unterschiedliche soziale Gruppen die Lebensverhältnisse im Freistaat bewerten und insbesondere ob Begünstigungen oder Benachteiligungen von Menschen in bestimmten Lebenslagen bestehen. Anschließend soll das Privat- und Berufsleben in seinen Facetten

beleuchtet werden: Neben den Themen Partnerschaft, Familie, und Freundschaft, die die soziale Integration der Menschen in ihr unmittelbarstes Umfeld betreffen, sollen auch soziale Kontakte im Internet und gesellschaftliches Engagement in Form des Ehrenamtes Beachtung finden. Gesellschaftliche Teilhabe und Inklusion findet in unserer Gesellschaft oftmals auch über Erwerbsarbeit und Berufsleben statt; sie prägen Biographien, Identitäten, entscheiden nicht selten über gesellschaftliche Anerkennung und bestimmen vor allen Dingen das materielle Lebensniveau. Folglich sind Aspekte der Berufswahl, die Stellung auf dem Arbeitsmarkt und die Jobzufriedenheit für viele Menschen (auch in der Rückschau älterer Mitbürger_innen auf ein vollendetes Berufsleben) elementar.

Die meisten politischen Grundsatzdebatten und gesellschaftlichen Diskurse in einer demokratischen Gesellschaft – und nicht zuletzt auch ein guter Teil sozialwissenschaftlicher Forschung! – lassen sich letzten Endes auf die vereinfachte Formel „*Wie wollen wir leben?*“ bringen, geht es doch um die Ausgestaltung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gemeinwesens und dabei (auf abstrakterer Ebene) um die Konkurrenz von Ordnungsvorstellungen und Gesellschaftsbildern, um deren Akzeptanz und Kritik, mögliche Alternativen und Verbesserungen. Von großer Bedeutung sind neben allgemeinen Vorstellungen, was eine gerechte Gesellschaft auszeichnet, das Wirtschaftssystem in unserem Land und sowie Aspekte des ökologischen und sozialen Wandels. Auch ihre Beurteilung durch die Thüringer_innen wurde deshalb im THÜRINGEN-MONITOR 2013 erfasst.

1. Beurteilung der Lebensbedingungen und Zufriedenheit

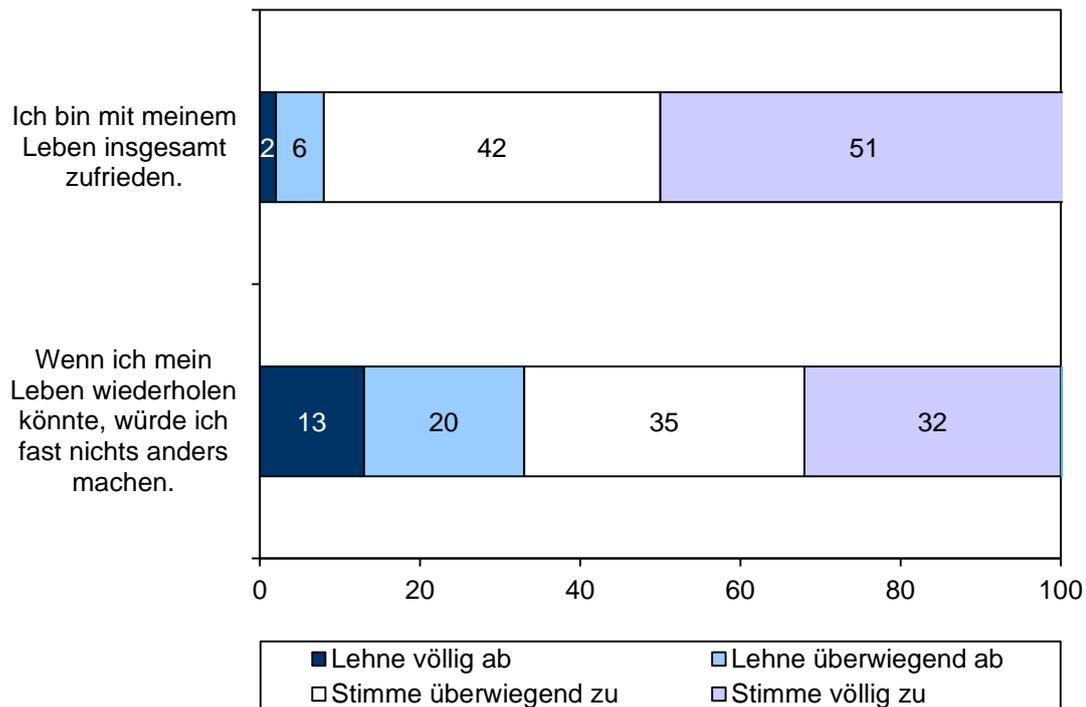
1.1 Allgemeine Lebensziele und Lebenszufriedenheit

Die wichtigsten Fragen zur allgemeinen Lebenszufriedenheit und zum persönlichen Glücksempfinden der Thüringer Bevölkerung sind in der im THÜRINGEN-MONITOR üblichen Form von Aussagen formuliert, die eine Zustimmung oder Ablehnung auf einer vierstufigen Antwortskala (ohne neutrale Mittelkategorie) vorsehen. Die Auswahl der Fragen orientierte sich an etablierten Messinstrumenten des Instituts für Demoskopie Allensbach (2003), des ALLBUS (2011) sowie der „Satisfaction With Life Scale“ (Diener et al. 1985), in denen sich die Erkenntnisse der soziologischen und psychologischen Erforschung individueller Werte niedergeschlagen haben.

Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2008 wurde nach allgemeiner Lebenszufriedenheit gefragt, allerdings mit einer nur bedingt vergleichbaren zehnstufigen Antwortskala. Festzuhalten ist, dass damals zwei Drittel der Befragten eine positive Antwort gaben und gerade einmal drei Prozent totale Unzufriedenheit äußerten. Offensichtlich hat sich die Bewertung der Thüringer_innen in den letzten Jahren weiter verbessert: 2013 stimmen sogar über 90 Prozent der Befragten der Aussage „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden“ völlig zu oder überwiegend zu (Abb. 18). Nur acht Prozent aller Befragten lehnen die Aussage überwiegend ab oder völlig ab. Es ist auffällig, dass die hohen Zufriedenheitswerte kaum nach soziodemographischen Merkmalen variieren; so sind viele Prozentwertunterschiede zwischen einzelnen Befragtengruppen weder auffällig noch statistisch signifikant. Nur die Berufsgruppe der höheren oder leitenden Angestellten und Beamten

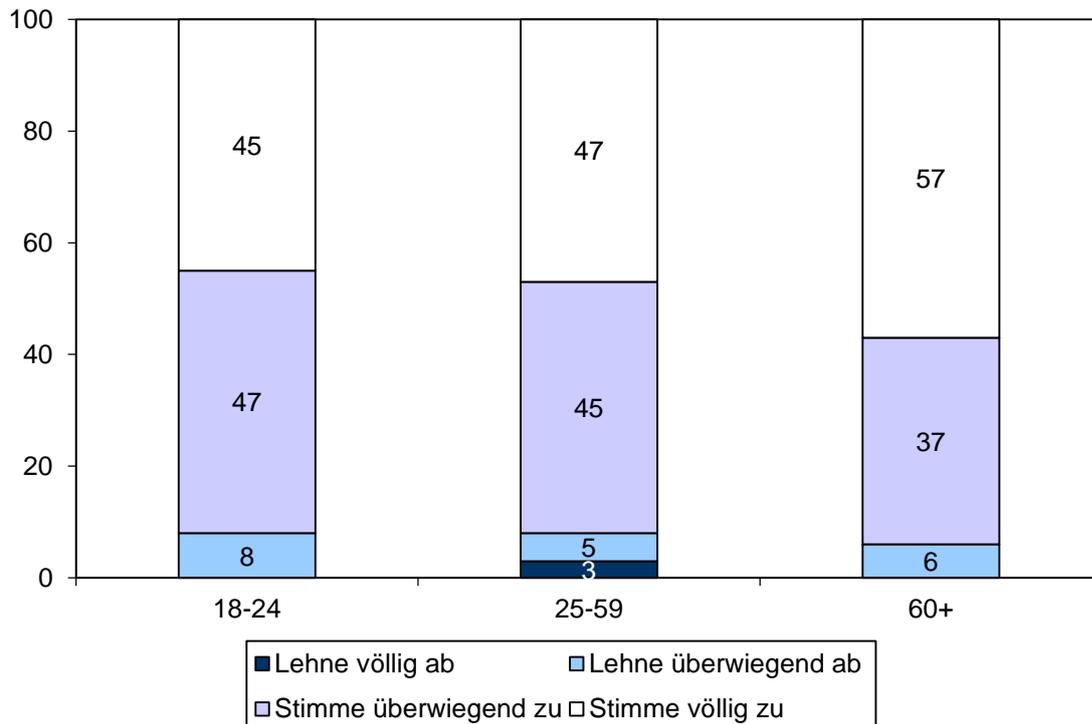
sticht durch höchste Zufriedenheitswerte hervor, das heißt, dass niemand von ihnen die Aussage ablehnt. Eine weitere markante Ausnahme stellt allerdings auch die Befragten-Gruppe der Arbeitslosen dar, von denen ca. ein Viertel überwiegende oder völlige Unzufriedenheit mit ihrem Leben angibt. Dies dient als erster Hinweis darauf, wie sich die Exklusion vom Arbeitsmarkt als zentraler Faktor (subjektiver und objektiver) gesellschaftlicher Benachteiligung negativ auf die Bewertung von Lebensqualität und von Chancen sozialer Teilhabe auswirkt (s. u.).

Abb. 18: *Allgemeine Lebenszufriedenheit und ‚Glücksindikator‘*
(in Prozent)



Außerdem gibt es in der Bewertung der Lebenszufriedenheit einen erkennbaren Unterschied zwischen den Alterskohorten, demzufolge die Befragten mit zunehmendem Alter tendenziell etwas zufriedener mit ihrem Leben sind (Abb. 19). Im Jahr 2008 waren Ältere noch tendenziell etwas unzufriedener als Jüngere. Die Umpolung dieses Zusammenhangs bei gleichzeitiger deutlicher Zunahme der allgemeinen Lebenszufriedenheit gibt Anlass zu der Interpretation, dass tatsächlich eine verbesserte Einschätzung der Gesamtbevölkerung vorliegt, die nicht etwa nur auf die demographische Veränderung im Freistaat und eine „mildere“ Bewertung ungünstiger Lebensbedingungen im fortgeschrittenen Alter (Lebenszykluseffekt) zurückzuführen ist. Unterschiedliche Bewertungen bei Männern und Frauen, ob der allgemeinen Zufriedenheitsaussage nun völlig oder nur überwiegend zugestimmt wird, sind vor allem auf diesen Alterseffekt zurückzuführen, da Frauen in den älteren Alterskohorten überrepräsentiert sind. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass auch das Familienleben und die soziale Integration (vgl. Kapitel III.2) mit geschlechtsspezifischen Unterschieden hier große Bedeutung besitzen.

Abb. 19: *Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Alter*
(in Prozent)



Im Standard-Fragenrepertoire des THÜRINGEN-MONITORS dient die Einschätzung, inwieweit man „im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben“ seinen „gerechten Anteil“ erhalte, der Messung persönlich empfundener Benachteiligung (subjektiver Deprivation). Das Verhältnis, derjenigen Thüringer_innen, die glauben, dass sie persönlich ihren gerechten Anteil erhalten (38 Prozent), mehr als ihren gerechten Anteil (drei Prozent), etwas weniger (49 Prozent) oder sehr viel weniger (elf Prozent, alle Werte TM 2013), ist im Zeitverlauf nahezu stabil geblieben. Im Rahmen der diesjährigen Untersuchung zeigt sich, dass die empfundene Benachteiligung einen deutlichen Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit aufweist: Jede_r Vierte, der glaubt, deutlich weniger als seinen gerechten Anteil zu erhalten, zeigt sich mit seinem / ihrem Leben unzufrieden, während gerade einmal drei Prozent derer, die einen gerechten Anteil oder mehr zu erhalten glauben, unzufrieden sind. In ähnlichem Maße steigt die Lebenszufriedenheit signifikant mit dem verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen der Befragten. Dies unterstreicht die unmittelbare Bedeutung der materiellen Lebensumstände.

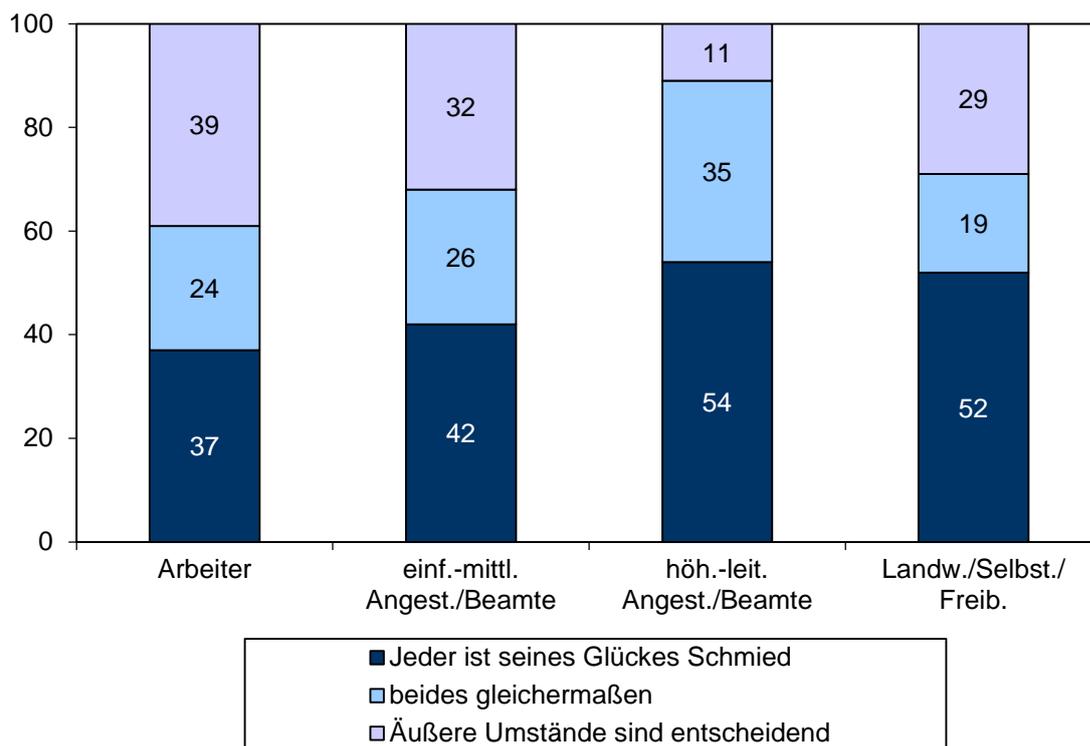
Unter Glück wird oftmals etwas anderes verstanden als unter Zufriedenheit, und Fragen nach der Zufriedenheit erfassen auch etwas anders als Glücksindikatoren: Menschen können sich kontextabhängig mehr oder weniger mit „dem Gegebenen“ arrangieren, man kann soziale Vergleiche mit (vermeintlich) Schlechtergestellten (also sogenannte Abwärts-Vergleiche) anstellen – und sich „realistischerweise“ oder „der Umstände halber“ als *relativ zufrieden* geben. Hingegen setzt unser landläufiges Verständnis von *Glück* – als stärker emotional als rational bestimmte Kategorie – voraus, dass persönliche Erwartungen, Hoffnungen und Ziele sich *erfüllen*. Im Glücksversprechen ist der Anspruch ent-

halten, dass nichts Nachteiliges in Kauf genommen werden muss und die positive Bewertung trübt. Als Annäherung an den vielschichtigen Begriff des subjektiven Glücksempfindens wurden die Thüringer_innen deshalb um eine vorläufige Bilanzierung ihres bisherigen Lebens im Vergleich zu denkbaren Alternativen der biographischen Entscheidung gebeten (vgl. Abb. 18). Der Aussage „Wenn ich mein Leben wiederholen könnte, würde ich fast nichts anders machen“ stimmen zwar auch zwei Drittel der Thüringer_innen zu, dieser Wert liegt allerdings deutlich unter dem Zustimmungswert der Aussage zur allgemeinen Lebenszufriedenheit. Ein Drittel der Befragten würde wahrscheinlich anders handeln, als sie getan haben, fast jede_r Siebente ist sich sogar sicher, anders zu handeln, wenn er es noch einmal könnte. Dies erfordert ein genaueres Hinsehen, welchen Befragtengruppen diese Personen charakteristischerweise angehören: Mit ca. 40 Prozent erkennbar erhöht ist der Anteil derer, die etwas anders machen würden, in den Alterskohorten der 35- bis 59-Jährigen, unter den Erwerbstätigen in Arbeiter- und einfachen Angestelltenberufen sowie bei den Arbeitslosen. Es sind Thüringer_innen, die oftmals den Schulabschluss der 10. Klasse (POS beziehungsweise Mittlere Reife) besitzen, die tendenziell ihre individuelle wirtschaftliche Lage sowie die deutsche Wiedervereinigung häufiger negativ bewerten. Ihrem Alter nach dürfte sich ihnen in der Zeit nach der Wiedervereinigung tatsächlich die Notwendigkeit und Gelegenheit der biographischen Neuorientierung und Weichenstellung geboten haben. Das Antwortverhalten rechtfertigt die Annahme, dass jene Befragten im Rückblick ihre damaligen Chancen und Handlungsoptionen erkennen und sich mit denen vergleichen, die bei ähnlichen Ausgangsbedingungen heute (vermeintlich) besser dastehen. Die höchsten Anteile von Befragten, die mit ihrer überwiegenden und völligen Zustimmung zur Frage eine positive Bilanz der bisherigen Lebensführung ziehen, finden sich unter höheren oder leitenden Angestellten und Beamten (78 Prozent) sowie Hochschulabsolvent_innen (77 Prozent). Sie sind damit noch häufiger als die jüngsten Befragten in der Alterskategorie der 18- bis 24-Jährigen (71 Prozent) von der Richtigkeit ihrer biographischen Entscheidungen überzeugt. Zwischen allgemeiner Lebenszufriedenheit und der Einschätzung, im Leben fast alles richtig gemacht zu haben, besteht nur ein moderater Zusammenhang. Selbst unter Befragten, die angeben, mit ihrem Leben völlig zufrieden zu sein, würde jede_r Fünfte alternativ handeln.

Jene Aussage zur *fiktiven Möglichkeit einer nochmaligen, korrigierten Lebensführung* überhaupt als „Glücksbilanz“ zu akzeptieren, heißt allerdings, von einer individuellen Handlungsautonomie der Subjekte auszugehen und auch das Streben nach einer optimalen Lebensführung bei ihnen vorauszusetzen. Wichtig ist allerdings in diesem Zusammenhang vor allem die prinzipielle *Überzeugung* der Thüringer_innen, dass sie die Fäden des Schicksals selbst in der Hand halten und demzufolge auch wirksame biographische Entscheidungen zur Erreichung ihres persönlichen Glückes treffen können. Werden eigene Befähigung und Leistung als ursächlich für persönlichen Erfolg angesehen, sprechen Psychologen im Rahmen sogenannter Attributionstheorien von einer „internalen Kontrollüberzeugung“, die bei stabiler Entwicklung zur Ausbildung des Gefühls der „Selbstwirksamkeit“ führt (vgl. Zimbardo 1992: 376 f.). Der Volksmund sagt dazu: *Jeder ist seines Glückes Schmied*. Dieser Aussage stimmt im THÜRINGEN-MONITOR 2013 eine Mehrheit von 42 Prozent der Befragten zu; 33 Prozent meinen hingegen, dass die äußeren

Umstände entscheidend sind. 24 Prozent der Befragten glauben, dass persönliches Handeln und äußere Umstände gleichermaßen ausschlaggebend seien. Von den Thüringer_innen, die glauben, dass man seines Glückes Schmied sei, sind wiederum 96 Prozent mit Ihrem Leben zufrieden und 37 Prozent stimmen völlig der Aussage zu, nichts anders zu machen, könnten sie ihr Leben wiederholen. Unter denen, die äußere Umstände als entscheidend angeben, sind indessen „nur“ 89 Prozent mit Ihrem Leben zufrieden und nur 29 Prozent stimmen völlig der Aussage zu, nichts anders machen zu wollen. Dies ist nach dem in der Psychologie bekannten Grundsatz so zu deuten, dass Erfolg typischerweise eigenem Verdienst, Misserfolg hingegen den Umständen oder Fremdwirken (externale Kontrollüberzeugung) zugeschrieben wird. Die interne Kontrollüberzeugung ist in der Tat etwas stärker bei jenen ausgeprägt, die glauben, mindestens ihren gerechten Anteil zu bekommen, außerdem eher bei jüngeren als bei älteren Befragten und auch zunehmend mit ansteigendem sozioökonomischen Status bzw. der Positionierung im Berufsleben (Abb. 20).

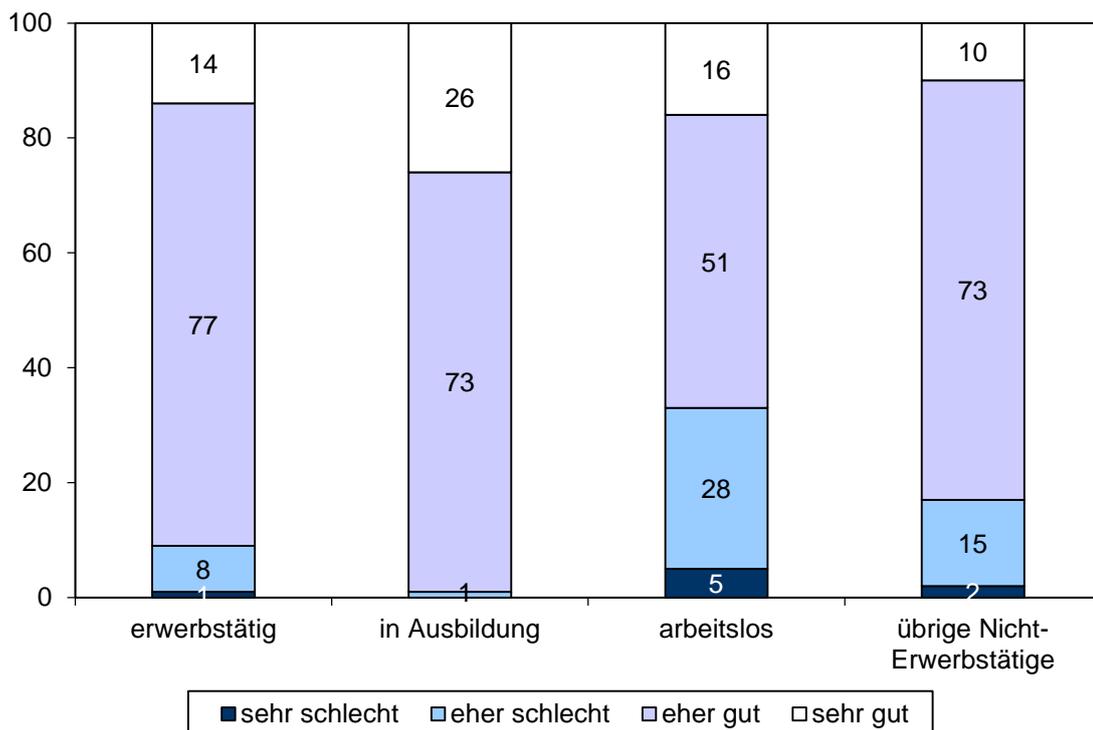
Abb. 20: *„Jeder ist seines Glückes Schmied“: Kontrollüberzeugung nach Berufsgruppe (in Prozent)*



Im Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit wurde des Weiteren gefragt, wie die Thüringer_innen ihre Zukunftsaussichten beurteilen. Insgesamt bietet sich ein optimistisches Bild: Drei Viertel der Thüringer_innen sagen, dass ihre Zukunft eher gut aussieht, 13 Prozent sogar, dass sie sehr gut wird. zwölf Prozent glauben, ihre Zukunft werde eher schlecht, nur ein Prozent sehr schlecht. Jüngere und mittelalte Befragte nehmen häufiger eine positive Einschätzung vor als ältere Befragte, was in erster Linie auf eine erwartete Veränderung des Gesundheitszustands im Alter zurückzuführen sein dürfte. Im Vergleich zu anderen Befragtengruppen beurteilen junge Auszubildende und

Studierende – mit Blick auf ein bevorstehendes Leben voller Chancen – ihre Zukunft sehr positiv. Am negativsten fällt die Zukunftserwartung bei Arbeitslosen aus (Abb. 21). Ähnlich pessimistisch sind Personen mit unterdurchschnittlich negativer Bewertung ihrer materiellen Situation und geringen Haushaltseinkommen. Objektive und subjektive sozioökonomische Benachteiligung und Unzufriedenheit verbinden sich also mit der Wahrnehmung von Chancenlosigkeit und Handlungsohnmacht. Diesen Menschen neue Perspektiven und Zuversicht zu geben, bedeutet ihre Lebenszufriedenheit und ihr Glücksempfinden zu steigern.

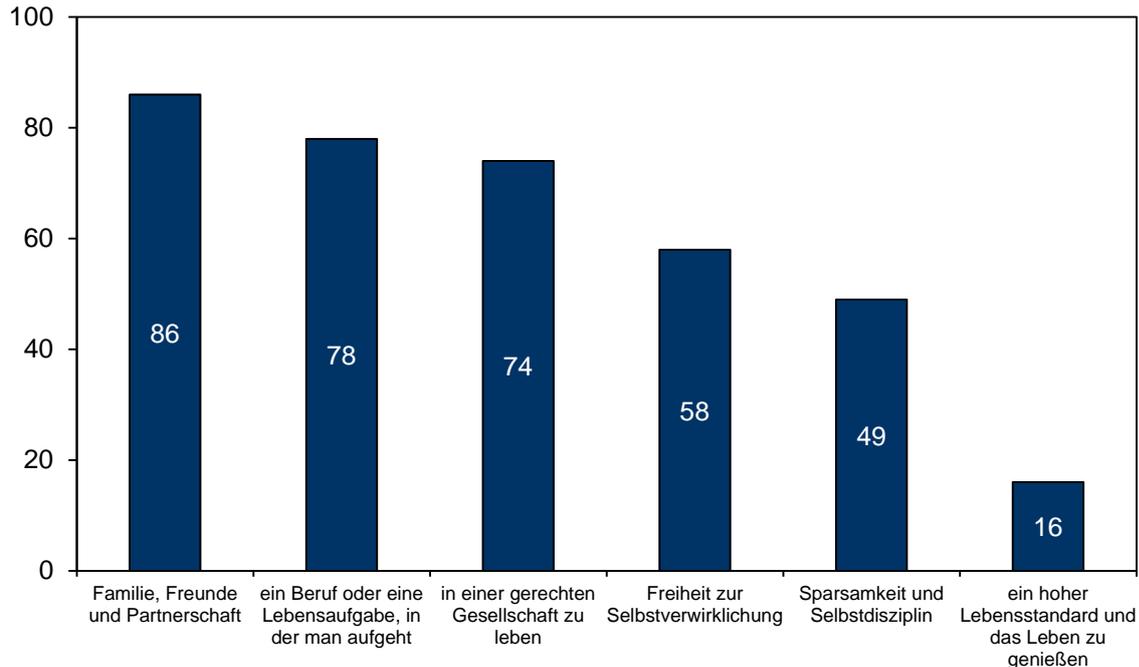
Abb. 21: *Zukunfts Aussicht nach Erwerbstätigkeit*
(in Prozent)



Doch welche Vorstellungen hat die Thüringer Bevölkerung eigentlich vom Glück? Welche Aspekte sind ihnen wichtig, welche unwichtig? Es wurden sechs Glücksdimensionen abgefragt, die sowohl private und berufliche Dinge als auch übergeordnete, allgemeine Werte abdecken. Da in den meisten Dimensionen ein hohes Maß an genereller Zustimmung erzielt wird, ist relevant, wenn verschiedene Aspekte nur als „wichtig“, aber nicht als „sehr wichtig“ (Abb. 22) eingeschätzt werden. Hierbei treten beachtliche Unterschiede zwischen Befragten Gruppen auf. Theoretisch ist die individuell unterschiedliche Komposition der Glücksvorstellung nicht ohne Wirkung auf das Glücksempfinden und die Lebenszufriedenheit: Nur relevante Aspekte können einem zum Glück fehlen oder verhelfen, die Lebensqualität zu verbessern oder zu beeinträchtigen. Was man nicht schätzt, darauf mag man auch verzichten können. Anders formuliert: Wer in bestimmten Bereichen nicht ganz so hohe Ansprüche stellt, kann dadurch auch nicht so schnell enttäuscht werden. Doch das, was wirklich wichtig und gut ist, bringt Erfüllung und Zufriedenheit.

Erwartungsgemäß steht für die Thüringer_innen die Wichtigkeit von Familie, Freunden und Partnerschaft an erster Stelle. Nur für 13 Prozent ist dieser Aspekt „eher wichtig“ statt „sehr wichtig“, nur für ca. ein Prozent der Befragten ist er „eher unwichtig“. Statistisch nachweisbar erhöht sich auch die Lebenszufriedenheit durch Familie und Partnerschaft sowie deren positive Beurteilung und Wertschätzung. Auf diese elementarste Form sozialer Teilhabe, aber auch auf die negativen Folgen von Defiziten in diesem Bereich, soll im Kapitel III.2 eingegangen werden.

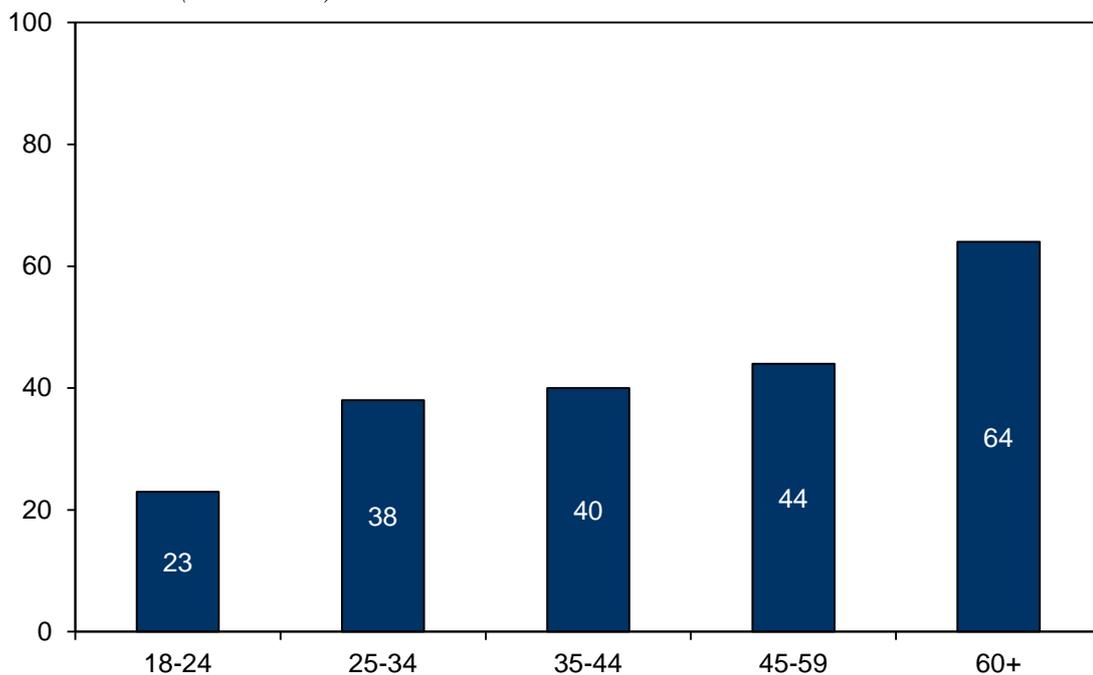
Abb. 22: *Wichtigkeit ausgewählter Aspekte für das persönliche Glück nur Kategorie „sehr wichtig“ (in Prozent)*



Nur um wenige Prozentpunkte unterscheidet sich allerdings die Wichtigkeit eines Berufs oder einer Lebensaufgabe, in der man aufgeht. Die Erwerbstätigen verschiedener Berufsgruppen bejahen fast ausnahmslos, wobei die Selbstständigen und Freiberufler_innen, die angeben, die Arbeit sei sehr wichtig, mit 87 Prozent hervorstechen. Nachvollziehbar ist, dass Arbeitslose zu sieben Prozent angeben, die Arbeit sei ihnen eher unwichtig. Da die Frage aber bewusst im Hinblick auf eine „Lebensaufgabe“ so formuliert wurde, dass sich auch Nichterwerbstätige (u. U. Personen mit vollendeter Berufsbiographie) darin wiederfinden können, bejahen nicht nur 68 Prozent der Arbeitslosen, sondern auch die Befragten der Alterskohorte „60 Jahre und älter“ sowie „übrige Nichterwerbstätige“, also Kategorien, die stark mit Renter_innen und Pensionär_innen besetzt sind, zu jeweils ca. drei Vierteln die große Wichtigkeit. Eine bedingte Distanznahme zu Beruf und Lebensaufgabe findet in der jüngsten Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen statt, wo nur 64 Prozent dem Beruf eine sehr hohe Wichtigkeit zubilligen wollen, was zum Teil ihrer Lebenssituation als Auszubildende und Studierende zuzurechnen ist. Sie befinden sich in einer Lebensphase, in der sich das Individuum noch viel stärker über Familien- und Freundschaftsbezüge und (aus Mangel an langjähriger Erfahrung) weniger über seine Stellung im Erwerbsleben definiert.

Bemerkenswert ist, dass fast alle Thüringer_innen angeben, in einer gerechten Gesellschaft zu leben sei ihnen mindestens „eher wichtig“ (25 Prozent) oder eben „sehr wichtig“ (74 Prozent). Lediglich Hochschulabsolvent_innen sowie höhere oder leitende Angestellte und Beamte geben zu vier Prozent bzw. fünf Prozent an, dies sei eher unwichtig. Was den Thüringer_innen allerdings als gerechte Gesellschaft gilt, soll später noch untersucht werden. Ein weiterer Glücksaspekt, der von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung als sehr wichtig eingeschätzt wird, ist die Freiheit zur Selbstverwirklichung, wobei nur 50 Prozent der Azubildenden, jedoch 68 Prozent der Arbeitslosen sowie 67 Prozent der Selbstständigen und Freiberufler_innen diese Freiheit als sehr wichtig benennen.

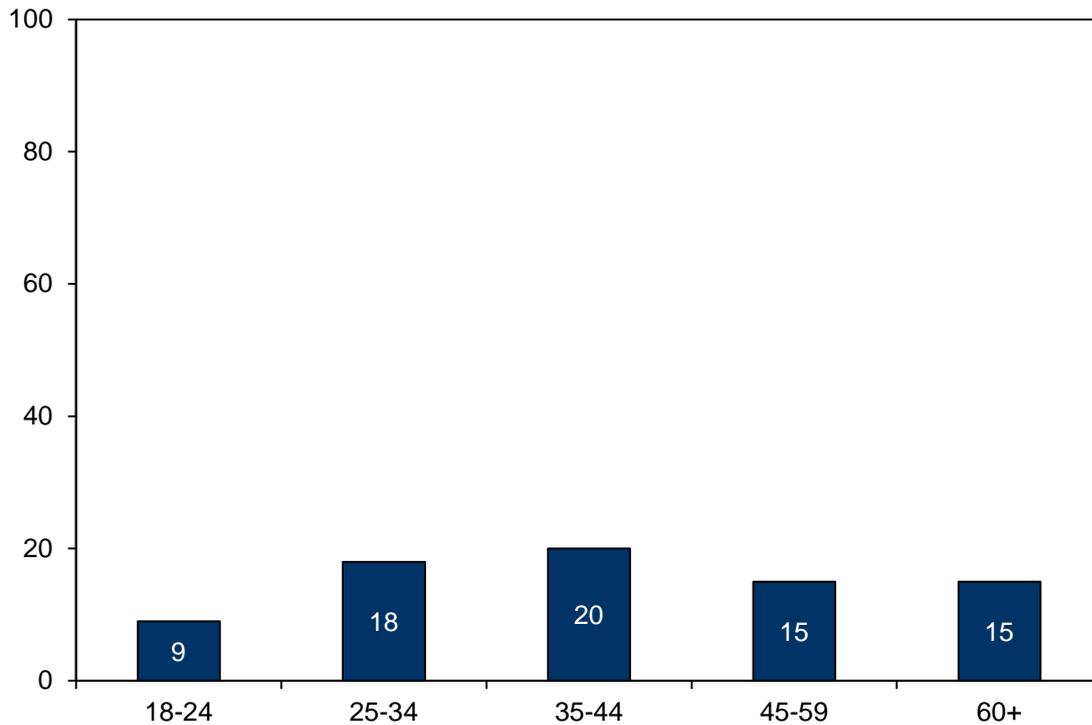
Abb. 23: *Wichtig für das persönliche Glück: Sparsamkeit und Selbstdisziplin nach Alter (in Prozent)*



Die positive Hervorhebung zwischenmenschlicher Beziehungen, einer sinnvollen Lebensgestaltung, einer ausgeprägten Gerechtigkeitsorientierung und des Strebens nach freier Selbstentfaltung des Individuums werden in der Werteforschung unter dem Stichpunkt *postmaterialistischer* Orientierungen diskutiert; ‚höhere Werte‘, die sich in modernen Gesellschaften durch die Befreiung des Individuums aus sozialen und ökonomischen Zwängen herausgebildet haben (vgl. Inglehart 1998). Nach diesem Verständnis stellen materialistische Werte die Absicherung physischer Grundbedürfnisse und die Maximierung ökonomischer Ressourcen in den Vordergrund, was einerseits das Streben nach Wohlstand und Genuss, als Kehrseite aber auch Sparsamkeit und Selbstgenügsamkeit einschließt. Diese Orientierungen sind bei der Thüringer Bevölkerung etwas schwächer ausgebildet als die bisher diskutierten Glücksaspekte: Nur noch für knapp die Hälfte aller Befragten sind Sparsamkeit und Selbstdisziplin sehr wichtig für ihr persönliches Glück; hier ist neben dem Alter (Abb. 23) die soziale Lage der Befragten für unterschiedliches Antwortverhalten ausschlaggebend. Es ist zweifelhaft, ob Sparsamkeit

und Selbstdisziplin als Werte an sich betrachtet werden, vielmehr scheint es so zu sein, dass finanziell stärker eingeschränkte oder benachteiligte Personen (Arbeiter_innen, Arbeitslose, Rentner_innen und andere mit niedrigen Haushaltseinkommen) für sich darin die notwendige Bedingung für ein gutes Leben erkennen.

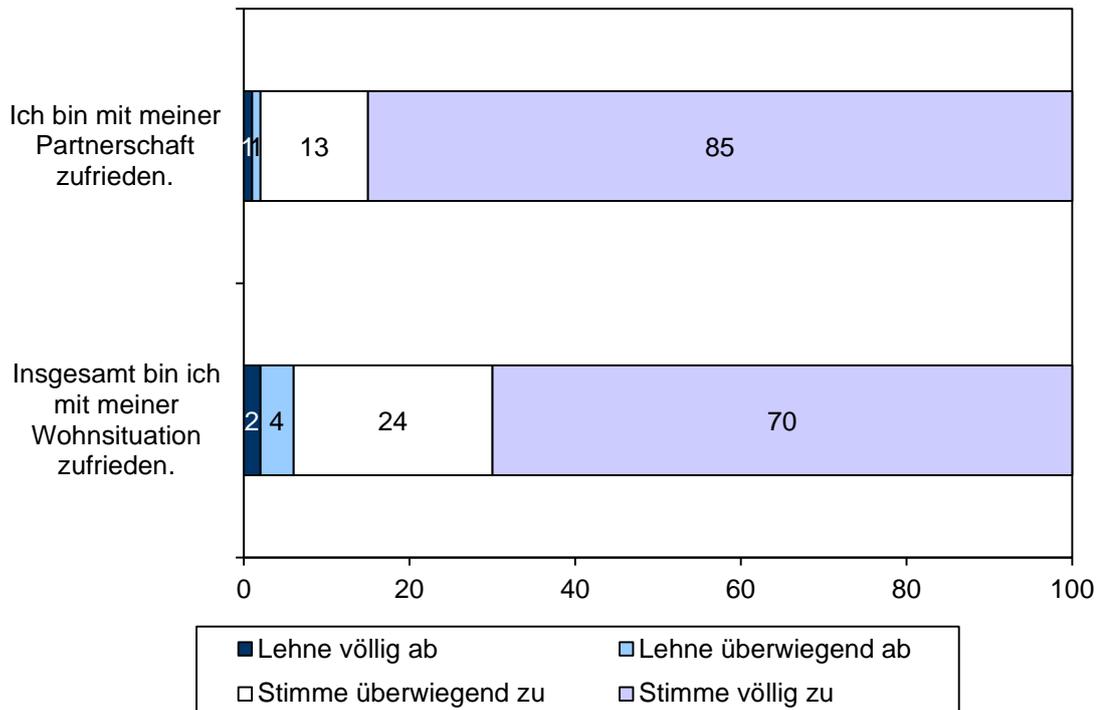
Abb. 24: *Wichtig für das persönliche Glück: „ein hoher Lebensstandard und das Leben zu genießen“ nach Alter
nur Kategorie „sehr wichtig“ (in Prozent)*



Der dargestellte Alterseffekt und besonders die Aussage von 30 Prozent der Studierenden und Auszubildenden, Sparsamkeit sei ihnen eher unwichtig, verweisen auf lebenszyklische und generationale Unterschiede der Lebensführung, der Konsumneigung und Konsumwünsche. Die Konsum- und Genussfreudigkeit der jungen Erwachsenen in Thüringen hält sich, relativ gesehen, jedoch in Grenzen – und überhaupt lässt sich ein Bild der Thüringer_innen als mehrheitliche Postmaterialisten und Asketen zeichnen: Nur für 16 Prozent aller Befragten ist es wichtig für ihr persönliches Glück, einen hohen Lebensstandard zu haben und das Leben zu genießen, Männer sind dabei leicht hedonistischer als Frauen. Die Anteile derer, die hohen Lebensstandard und Genuss eher wichtig oder sehr wichtig finden, liegen bei zwei Dritteln aller Befragten und gehen in den älteren Alterskohorten leicht zurück (Abb. 24), doch geben gerade einmal neun Prozent der 18- bis 24 Jährigen an, hoher Lebensstandard und Genuss seien ihnen *sehr* wichtig. Dies mag oberflächlich erneut auf Enthaltbarkeit und Genügsamkeit verweisen, allerdings liegt die Vermutung nahe, dass die Befragten auch hier eher einer selbstaufgelegten Einsicht in die Notwendigkeit folgen, anstatt beispielsweise „innerweltliche Askese“ (Max Weber) als Wert an sich verinnerlicht zu haben. Geringe Konsumorientierung und ‚Genussfähigkeit‘ korrelieren signifikant mit subjektiver Deprivation, negativer Zukunftsbewertung, externaler statt internaler Kontrollüberzeugung sowie geringerem Haushaltseinkommen. Zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit von

Sparsamkeit und Selbstdisziplin einerseits und der Einschätzung der Wichtigkeit von hohem Lebensstandard und Genuss besteht nur ein schwacher Zusammenhang. Allerdings gibt es im Hinblick auf die Konfessionszugehörigkeit tatsächlich einen bemerkenswerten Befund: Für 57 Prozent der Protestant_innen ist Sparsamkeit und Selbstdisziplin sehr wichtig, aber nur für 43 Prozent der Katholik_innen, die auch eine leicht geringere Statusorientierung aufweisen.

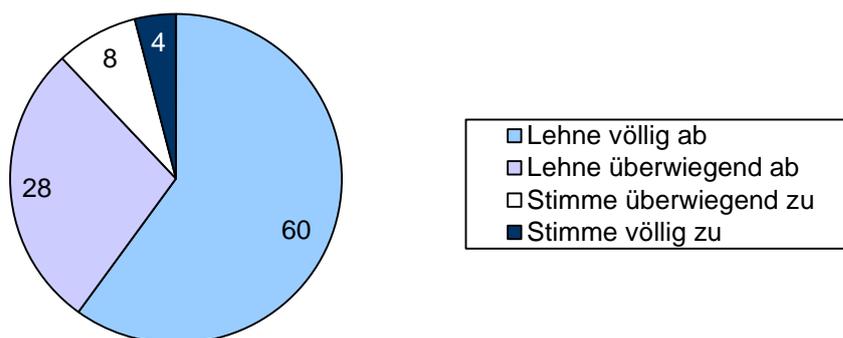
Abb. 25: *Zufriedenheit mit Partnerschaft und Wohnsituation*
(in Prozent)



Das Leben insgesamt zu bewerten, eine allgemeine Zufriedenheit zu äußern, dürfte einigen Befragten gar nicht so leicht gefallen sein. Ähnlich wie in Bezug auf die oben diskutierten Glücksvorstellungen eine Einzelbewertung verschiedener Aspekte vorgenommen wurde, wurden im THÜRINGEN-MONITOR 2013 neben der Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt auch noch einzelne Zufriedenheitswerte erhoben, die die Partnerschaften und die Wohnsituation (Abb. 25) sowie das Berufsleben der Thüringer Bevölkerung betreffen (zur Arbeitszufriedenheit und anderen Aspekten des Berufslebens vgl. detailliert Kapitel III.3). Zwischen diesen drei Zufriedenheitsaspekten und der Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit bestehen jeweils signifikante, positive Zusammenhänge, die kaum überraschen können. Die höchste Auswirkung auf die allgemeine Lebenszufriedenheit hat dabei die Zufriedenheit mit der Partnerschaft, gefolgt von der Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Vorausgesetzt, die Thüringer_innen sind berufstätig, hat die Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten ihrer Arbeit, nämlich den beruflichen Aufgaben, dem Einkommen und der Flexibilität der Arbeitszeiten, eine deutlich geringere, aber signifikante Bedeutung für die allgemeine Lebenszufriedenheit. Dies sollte vor allem auch *ex negativo* gedacht werden, also dass nach der gleichen Logik ein Defizit auf diesen Gebieten auch die Lebenszufriedenheit beeinträchtigen kann.

Insbesondere die Zufriedenheit mit der Partnerschaft ist äußerst hoch. Mit großer Wahrscheinlichkeit korrespondiert das Antwortverhalten der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS hier teilweise auch mit einer Norm sozialer Erwünschtheit, nach der auftretende Beziehungsprobleme – als Inbegriff des Privaten – nicht ‚nach außen getragen‘, geschweige denn gegenüber Fremden (z. B. Interview_innen in einer sozialwissenschaftlichen Telefonbefragung) kommuniziert werden: *In unserer Partnerschaft ist alles in Ordnung*. Inwieweit dieses Gesprächstabu jedoch besteht und den „wahren Wert“ verzerrt, ist aber durchaus alters-, geschlechts- und milieuhabhängig und im Rahmen der vorliegenden Untersuchung schwer abzuschätzen. Befragt wurden an dieser Stelle selbstverständlich nur Thüringer_innen, die angaben, in einer Ehe oder Partnerschaft zu leben. Wie zuvor bezüglich der Glücksaspekte ist für eine genauere Analyse zielführend, inwieweit der Aussage, „ich bin mit meiner Partnerschaft zufrieden“ völlig zugestimmt oder nur überwiegend zugestimmt wird. Die markantesten Abweichungen vom Durchschnittswert völliger Zustimmung ergeben sich bei 18- bis 24-Jährigen bzw. Auszubildenden (75 Prozent u. 76 Prozent) gegenüber 25- bis 34-Jährigen bzw. Arbeiter_innen (jeweils 91 Prozent). Dies kann u. U. auf eine geringere Stabilität und höhere Volatilität von romantischen Beziehungen unter sehr jungen Erwachsenen (im Studierendenmilieu) hindeuten. Das deutlichste Ausmaß an Unzufriedenheit äußern Hochschulabsolvent_innen (fünf Prozent überwiegende bis völlige Ablehnung); sowie Abiturient_innen (drei Prozent); ein mögliches Indiz für die Enttabuisierung von Beziehungsthemen im Bildungsmilieu. Katholik_innen sind mit 91 Prozent wiederum überdurchschnittlich häufig völlig mit ihrer Partnerschaft zufrieden (gegenüber 80 Prozent der Protestant_innen), was auf die traditionelle Bedeutung des Ehesakraments in der römisch-katholischen Kirche verweisen mag.

Abb. 26: *Bedrohung durch Kriminalität im Alltag*
(in Prozent)



Ihre Wohnsituation schätzen die Thüringer_innen zwar etwas kritischer ein, dennoch sind 94 Prozent zufrieden. Am unzufriedensten zeigen sich Befragte der beiden jüngsten Alterskohorten, was zum einen auf den Umstand verweisen mag, dass sie noch bei den Eltern oder in einer WG oder einem Wohnheim leben, zum anderen den Mangel an attraktiven, aber bezahlbaren Wohnungen für junge Menschen in den Großstädten im Freistaat widerspiegelt. Eher unzufrieden mit ihrer Wohnsituation sind auch zehn Prozent der Arbeitslosen; der Anteil der sehr Zufriedenen beträgt bei ihnen nur 60 Prozent. Insgesamt sind aber in allen Befragtengruppen hohe bis sehr hohe Zufriedenheitswerte mit der

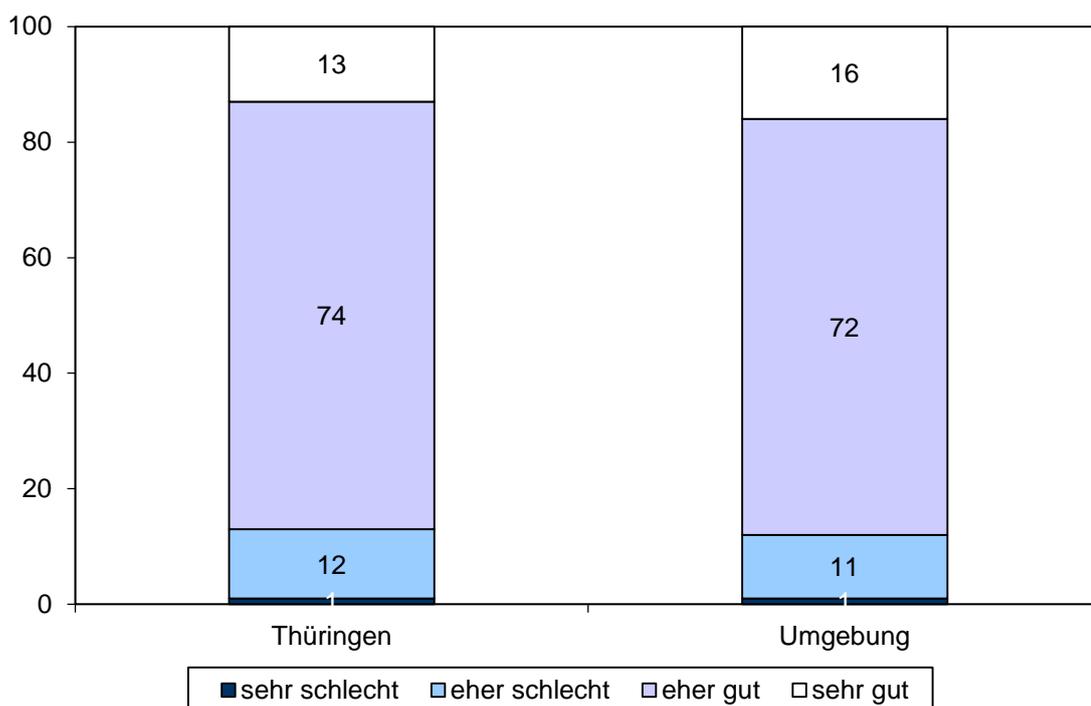
Wohnsituation erkennbar. Indessen wird die teilweise auftretende Unzufriedenheit mit der sozioökonomischen Lage der Befragten erklärt, teilweise auch durch die von ihnen empfundene Bedrohung durch Kriminalität im Alltag (Abb. 26). Mit zunehmendem Alter steigt die Wohnzufriedenheit, unter Verwitweten beträgt der Anteil der sehr Zufriedenen sogar erfreuliche 86 Prozent. Außerdem gibt es einen positiven Zusammenhang mit der Kinderzahl: Zumindest die meisten *Eltern* in ‚kinderreichen‘ Familien im Freistaat scheinen also gut unter Dach und Fach zu sein.

Das Gefühl, im Alltag durch Kriminalität bedroht zu sein, teilen nur wenige Thüringer_innen. Am sichersten fühlen sich Befragte der Alterskohorte der 35- bis 44-Jährigen sowie die höheren oder leitenden Angestellten und Beamten; von ihnen stimmt fast niemand völlig zu und nur jeweils vier Prozent überwiegend. Es handelt sich hierbei um Personen, die tendenziell zu den gut etablierten Bewohner_innen des Freistaates zählen. Das Gefühl der Bedrohung indessen korrespondiert mit den bereits erwähnten Faktoren: dem Gefühl der subjektiven Benachteiligung und der objektiven sozioökonomischen Deprivilegierung, was auf eine Verortung der Befragten in „sozial schwachen“ Wohnquartieren und sogenannten „Problem-Stadtteilen“ schließen lässt.

1.2 Lebensbedingungen in Thüringen und in der Umgebung

Zur Beurteilung der subjektiven Lebensbedingungen im Freistaat und in der näheren Umgebung wurden die Thüringer_innen um eine Bewertung von vier unterschiedlichen Aspekten und eine allgemeine Bewertung der „Lebensbedingungen“ gebeten (Abb. 27).

Abb. 27: *Einschätzung allgemeiner Lebensbedingungen in Thüringen und in der Umgebung*
(in Prozent)



Charakteristischerweise erfolgt dabei eine geringfügig negativere Bewertung der allgemeinen Lebensbedingungen in Thüringen als in der Umgebung. Analog dazu kann in einem multivariaten Regressionsmodell statistisch nachgewiesen werden, dass die Bewertung der Lebensbedingungen in der Umgebung für die allgemeine Lebenszufriedenheit ausschlaggebender ist als die Bewertung der Lebensbedingungen in Thüringen. Eine bessere Bewertung lokaler bzw. regionaler Bedingungen führt allerdings – statistisch betrachtet – auch zu einer besseren Bewertung der Lebensqualität in Thüringen. Besonders gute Noten bekommt das Leben im Freistaat von den 35- bis 44-Jährigen, den Rentner_innen und Katholik_innen. Deutlich kritischer bewerten es die Arbeitslosen (31 Prozent: „eher schlecht“), auch höhere oder leitende Angestellte und Beamte ziehen eine kritischere Bilanz (16 Prozent: „eher schlecht“). Die Lebensbedingungen in ihrer Umgebung bewerten wiederum 32 Prozent der Arbeitslosen eher negativ, außerdem tun dies 16 Prozent der Thüringer_innen mit einem niedrigeren Schulabschluss als dem der 10. Klasse bzw. ohne Schulabschluss. Ausgesprochen positiv fällt hier das Urteil der Auszubildenden und Studierenden aus, von denen 38 Prozent sehr gute Lebensbedingungen in ihrer Umgebung wahrnehmen. Es lebt sich nach diesen Einschätzungen nicht schlecht in Thüringen, aber noch ein Quäntchen besser scheint es in der unmittelbaren Umgebung zu sein, also da, wo die Thüringer_innen selbst wohnen. Dies ist natürlich ein etwas paradox anmutender Befund, der nur durch die unterschiedliche Wahrnehmung struktureller Heterogenität und Disparität zu erklären ist: Anders als vermutet leben offenbar auch die Thüringer_innen der Nachbarregionen oder am ‚anderen Ende‘ des Freistaates unter durchaus vergleichbaren Bedingungen wie man selbst, jedenfalls wenn man die subjektive Einschätzung zum Maßstab nimmt.

Wie korrespondieren jedoch nun diese Einschätzungen der Lebensqualität mit den Einzelbewertungen verschiedener Aspekte des Lebens in Thüringen (Abb. 28) und der Umgebung der Befragten (Abb. 29)? Hier zeigt sich ein widersprüchliches Ergebnis. Auch wenn die Unterschiede in den Bewertungen Thüringens und der Umgebung nicht massiv ausfallen, ist doch auffällig, dass die Einzelbewertungen Thüringens besser ausfallen als die der Umgebung. Die Thüringer_innen schätzen sowohl die Berufsaussichten, Bildungsangebote, Freizeit- und Kulturangebote als auch die Umweltbedingungen in ihrer Nähe jeweils etwas schlechter ein als die vergleichbaren Bedingungen im Freistaat, wenngleich sie mehrheitlich ein positives Urteil fällen. Diese Unterschiede sind statistisch signifikant, nur die Abweichung zwischen der Einschätzung der Umweltbedingungen in Thüringen und der Umgebung kann vernachlässigt werden. Relevant ist, dass insbesondere die Berufsaussichten und die Freizeit- und Kulturangebote im lokalen Kontext häufiger als „eher schlecht“ oder sogar „sehr schlecht“ betrachtet werden, dies aber die Gesamtbewertung der Heimatregion im Vergleich mit dem gesamten Freistaat nicht zu trüben scheint. Schließlich ist Thüringen ein relativ kleines Bundesland, in dem die räumliche Nähe von kleineren bis mittleren Industrie- und Gewerbestandorten sowie Kultur- und Bildungszentren keine großen Anforderungen an die Mobilität seiner Bewohner_innen stellt, um eine befriedigende Partizipation am Erwerbsleben und der Nutzung kollektiver Güter zu gewährleisten, auch wenn diese in an sich strukturschwächeren Gegenden des Freistaates beheimatet sind.

Abb. 28: *Bewertung ausgewählter Aspekte des Lebens in Thüringen*
(in Prozent)

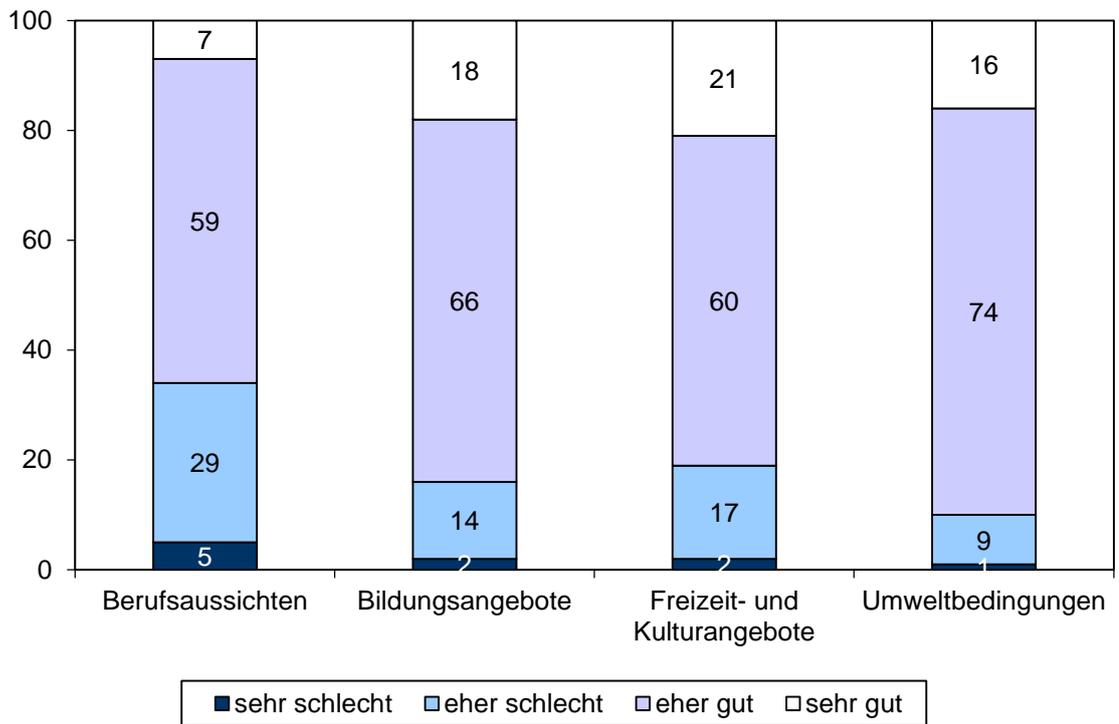
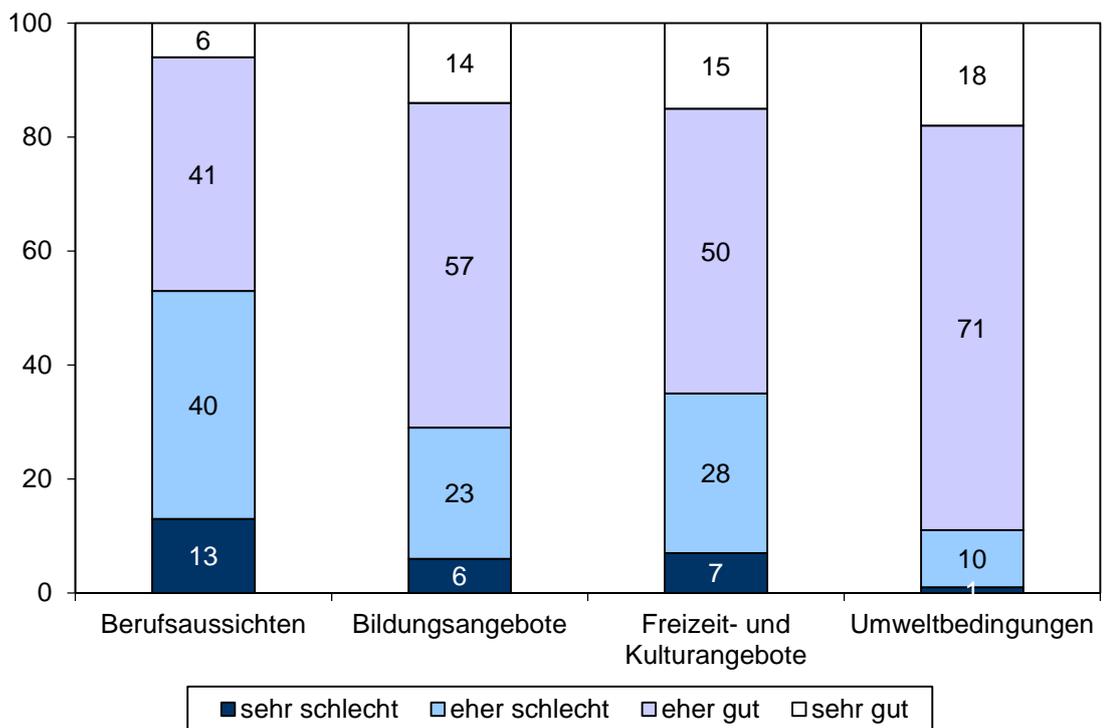
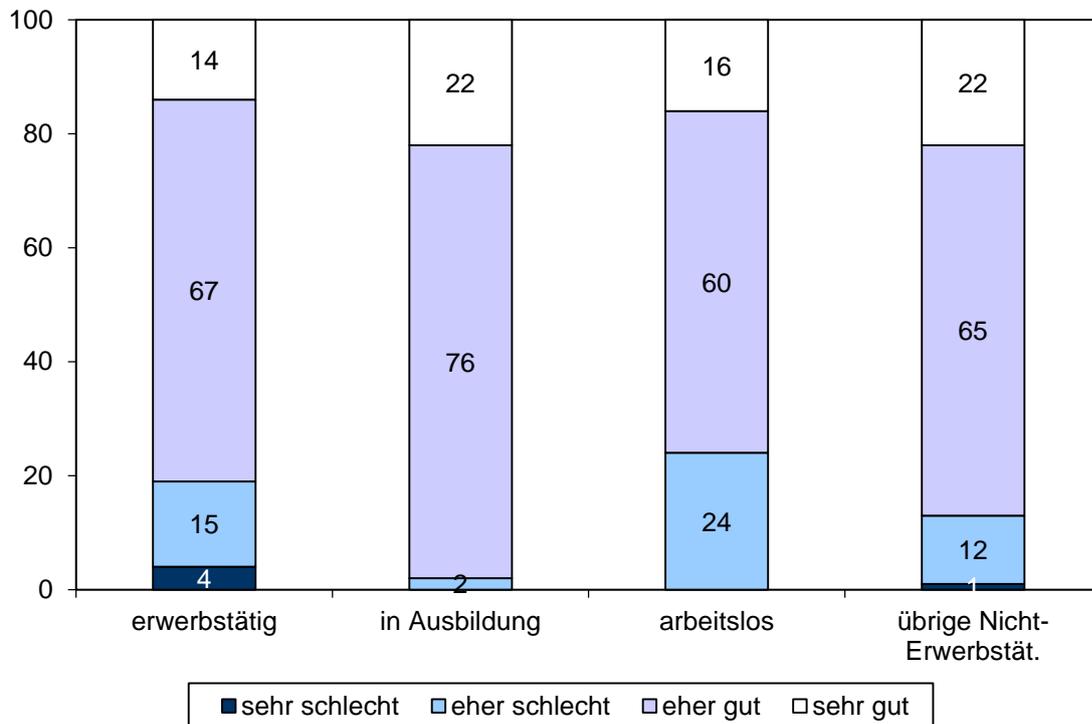


Abb. 29: *Bewertung ausgewählter Aspekte des Lebens in der Umgebung*
(in Prozent)



So erklärt sich auch, dass die *Einschätzung der allgemeinen Lebensqualität nicht signifikant zwischen den Landkreisen variiert*, weswegen an dieser Stelle auf eine detaillierte Darstellung regionaler Heterogenität (im Bezug auf die Bewertungen der Thüringer_innen) verzichtet wird.

Abb. 30: *Bewertung der Bildungsangebote in Thüringen nach Erwerbstätigkeit (in Prozent)*

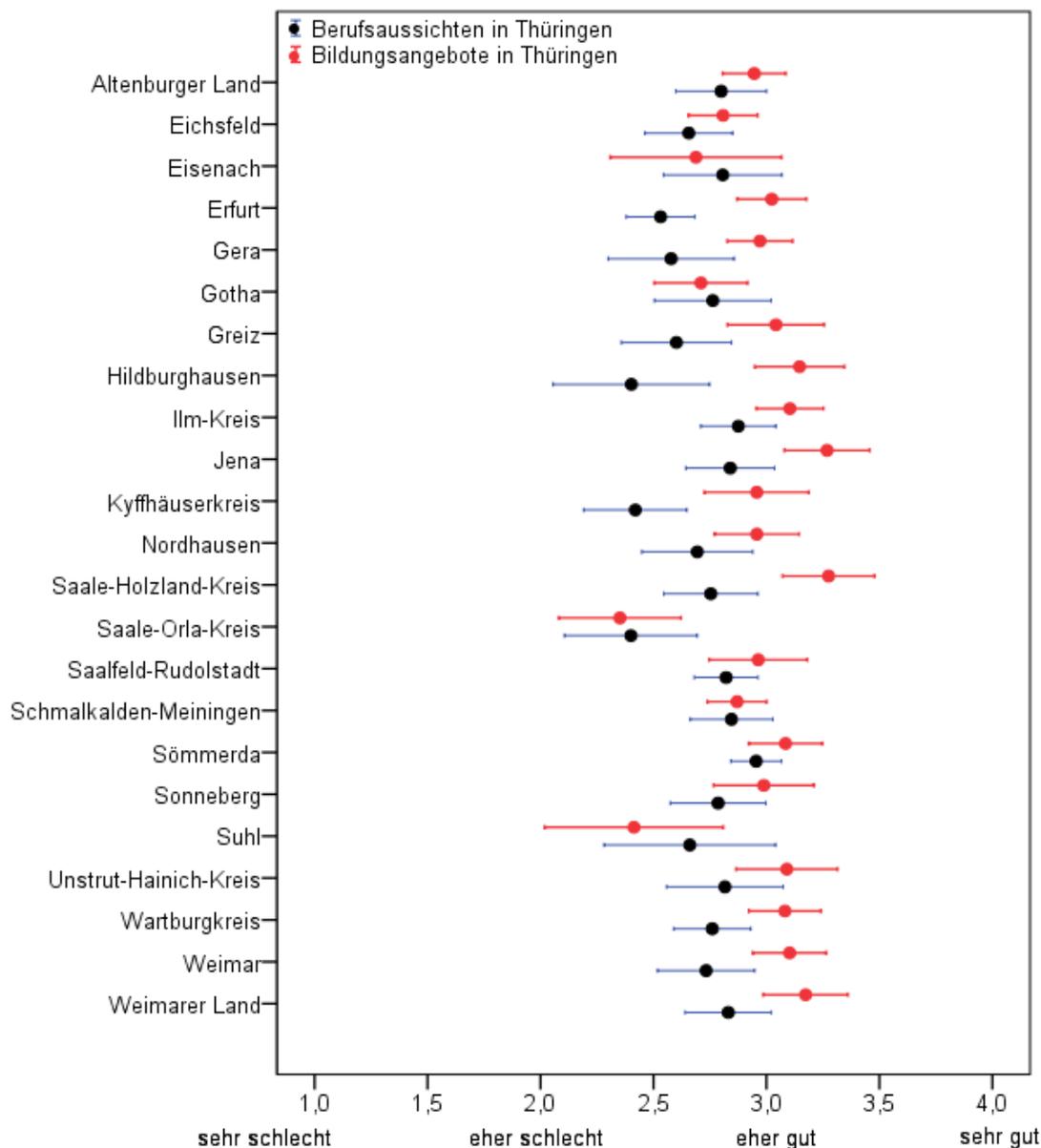


In einem multivariaten statistischem Modell kann wieder genauer ermittelt werden, inwieweit die Bewertung der unterschiedlichen Aspekte die Gesamteinschätzung der Lebensqualität beeinflusst. Am wichtigsten für die Gesamteinschätzung der Lebensbedingungen sind demnach – sowohl auf Thüringen als auch auf die Umgebung bezogen – die Umweltbedingungen, gefolgt von Freizeit- und Kultur- sowie Bildungsangeboten. Eher geringeren Einfluss auf die Beurteilung der jeweiligen Gesamtlage haben indessen die Berufsaussichten, auch wenn diese am kritischsten bewertet werden. Ob die Berufsaussichten in Thüringen positiv oder negativ eingeschätzt werden, ist im Übrigen vom Alter abhängig: während in der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen 39 Prozent der Befragten negativ antworten, sind es in der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen sogar 49 Prozent. In den älteren Kohorten sinken die Anteile negativer Bewertungen; in der mittleren Alterskohorte der 35- bis 44-Jährigen gehen sogar nur unterdurchschnittliche 23 Prozent von schlechten bis sehr schlechten Berufsaussichten in Thüringen aus. Bezüglich der Berufsaussichten in der Umgebung gibt es diesen Alterseffekt nicht. Angehörige verschiedener Berufs- und Erwerbstätigkeitsgruppen bewerten sowohl die Berufsaussichten in Thüringen als auch jene in der Umgebung im wesentlichen gleich, nur Arbeitslose schätzen sie in Thüringen signifikant schlechter ein als Berufstätige oder sonstige Nichterwerbstätige. Hinsichtlich der Bewertung der Arbeitsbedingungen in der Umgebung besteht jedoch kein signifikanter Unterschied zwischen Arbeitslosen und

Nichtarbeitslosen. Erneut besteht allerdings ein Zusammenhang zwischen dem Gefühl sozialer Deklassierung und Benachteiligung („weniger als der gerechte Anteil“, negative Zukunftsaussicht, externale Kontrollüberzeugung, negative Bewertung der deutschen Einheit, auch geringes Haushaltseinkommen) und einer negativen Beurteilung vor allem *lokaler* Strukturen, was sich so ähnlich ebenfalls im Hinblick auf die Bildungsangebote (Abb. 30) und die Freizeit- und Kulturangebote abzeichnet. Arbeitslose, schätzen zwar nicht die Freizeitmöglichkeiten, aber die Umwelt im *Freistaat* signifikant schlechter ein, allerdings wiederum nicht die Umweltbedingungen in ihrer Umgebung. Anhand des Beispiels der Auszubildenden, die die Bildungsangebote überdurchschnittlich häufig mit „eher gut“ bis „sehr gut“ (zusammen 98 Prozent) bewerten, wird deutlich, dass die Thüringer_innen die Aspekte des Lebens im Freistaat und ihrer Umgebung in erster Linie im Fokus eigener Betroffenheit bzw. eigener Lebensverhältnisse beurteilen. Wer nach Bedingungen in der Umgebung gefragt wird, geht also zumeist von den Bedingungen aus, die sich ihr / ihm selbst bieten. Bedingt gilt dies dann auch für die Beurteilung der Lebensqualität im Freistaat, so zum Beispiel der Freizeitangebote: besonders günstig werden sie von Auszubildenden bewertet („eher gut“ bis „sehr gut“: 93 Prozent), besonders negativ von einfachen bis mittleren Angestellten und Beamten bzw. 35- bis 44-Jährigen („eher schlecht“ bis „sehr schlecht“: 24 Prozent) sowie Selbstständigen und Freiberufler_innen (23 Prozent), die wohl kaum eine derart andere Wahrnehmung der tatsächlichen Gegebenheiten als Personen mit anderen sozialstrukturellen Merkmalen haben werden, aber durchaus andere Ansprüche, Präferenzen und Gewohnheiten pflegen können. Der statistische Zusammenhang, dass eine positive Bewertung der Bedingungen in der Umgebung die Wahrscheinlichkeit einer positiven Bewertung der Bedingungen in Thüringen erhöht, gilt für alle vier diskutierten Aspekte, ist bezüglich der Freizeit- und Kulturangebotes allerdings besonders stark.

Die Stichprobengröße der telefonischen Befragung, die dem THÜRINGEN-MONITOR zugrundeliegt, erlaubt grundsätzlich einen statistisch aussagekräftigen Vergleich der Bewertungen nach den **Landkreisen**, in denen die befragten Thüringer_innen leben. Während es bezüglich *allgemeiner* Lebensbedingungen in Thüringen und der Umgebung gar keine signifikanten Landkreisunterschiede gibt, sind einige *spezifische* Landkreisunterschiede signifikant. Allerdings sind hier die geringen Fallzahlen, die für die einzelnen Kreise vorliegen, zu beachten (jeweils ca. 30 bis 40, max. 100 Befragte), und deshalb sind nur die Unterschiede zwischen der Spitzengruppe und der Nachzüglergruppe der Landkreise statistisch signifikant. So variieren die *Bewertung der Berufsaussichten* und die *der Bildungsangebote in Thüringen* in den meisten Landkreisen innerhalb der Konfidenzintervalle (Abb. 31). Markant ist allerdings die überdurchschnittliche Bewertung der Bildungsangebote durch Befragte aus der Universitätsstadt Jena und dem umliegenden Saale-Holzland-Kreis. Die *Berufsaussichten* in Thüringen werden von Befragten aus dem Saale-Orla-Kreis und dem Kyffhäuserkreis negativer eingeschätzt als von Befragten, die in Jena oder im Ilmkreis wohnen.

Abb. 31: Bewertung der Berufsaussichten und Bildungsangebote in Thüringen nach Landkreis
(Mittelwerte mit 95-Prozent-Konfidenzintervallen)

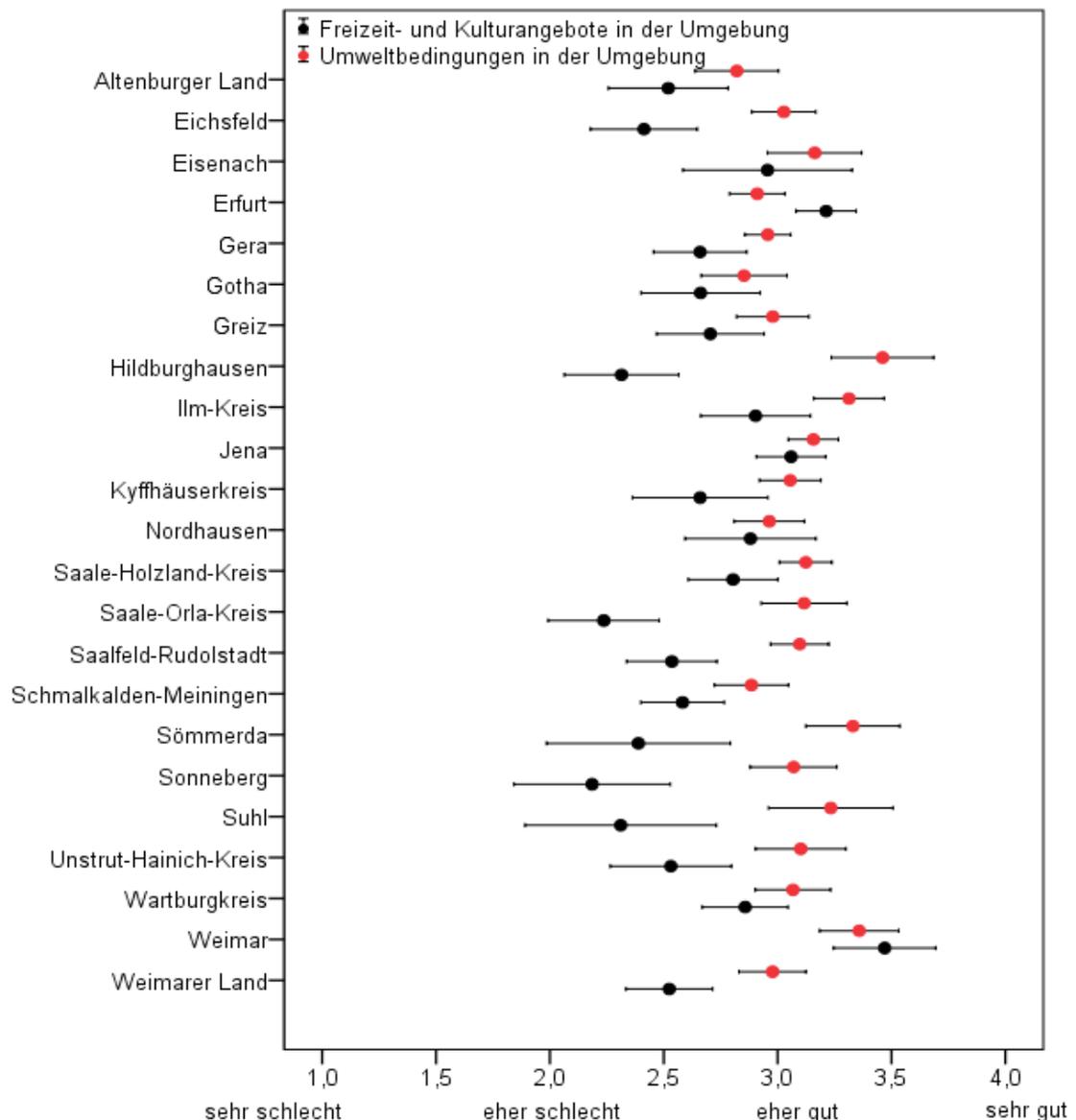


Anmerkung: bei ‚Überschneidung‘ der jeweiligen Wertebereiche (Fehlerbalken) existieren keine signifikanten Mittelwertunterschiede.

Auch die meisten Kreisunterschiede bei der *Bewertung der Freizeit- und Kulturangebote sowie der Umweltbedingungen in der Umgebung* (Abb. 32) sind nicht signifikant. Die Konzentration von Freizeit- und Kulturangeboten in Weimar, Erfurt und Jena kommt jedoch in den Bewertungsdifferenzialen zum Ausdruck, während Gera einen mittleren Platz der Bewertungen einnimmt und die Bewertung in einigen Landkreisen wie dem Saale-Orla-Kreis oder Hildburghausen deutlich verhaltener ausfällt. Auch dass die Bewertung der Umweltbedingungen in manchen Landkreisen günstiger ausfällt als in den Großstädten Erfurt und Gera, erscheint durchaus plausibel. Insgesamt kann allerdings gesagt werden, dass die Thüringer_innen bei der Bewertung der Lebensbedingungen tendenziell von der Situation in ihrer Nähe auf die Situation im Freistaat schließen und

dass dabei trotz *subjektiv wahrgenommener bzw. konstruierter Unterschiede* letztlich eine relativ homogene Bewertung der Lebensbedingungen in Thüringen erfolgt.

Abb. 32: *Bewertung der Freizeit- und Kulturangebote sowie der Umweltbedingungen in der Umgebung nach Landkreis (Mittelwerte mit 95-Prozent-Konfidenzintervallen)*



Anmerkung: bei ‚Überschneidung‘ der jeweiligen Wertebereiche (Fehlerbalken) existieren keine signifikanten Mittelwertunterschiede.

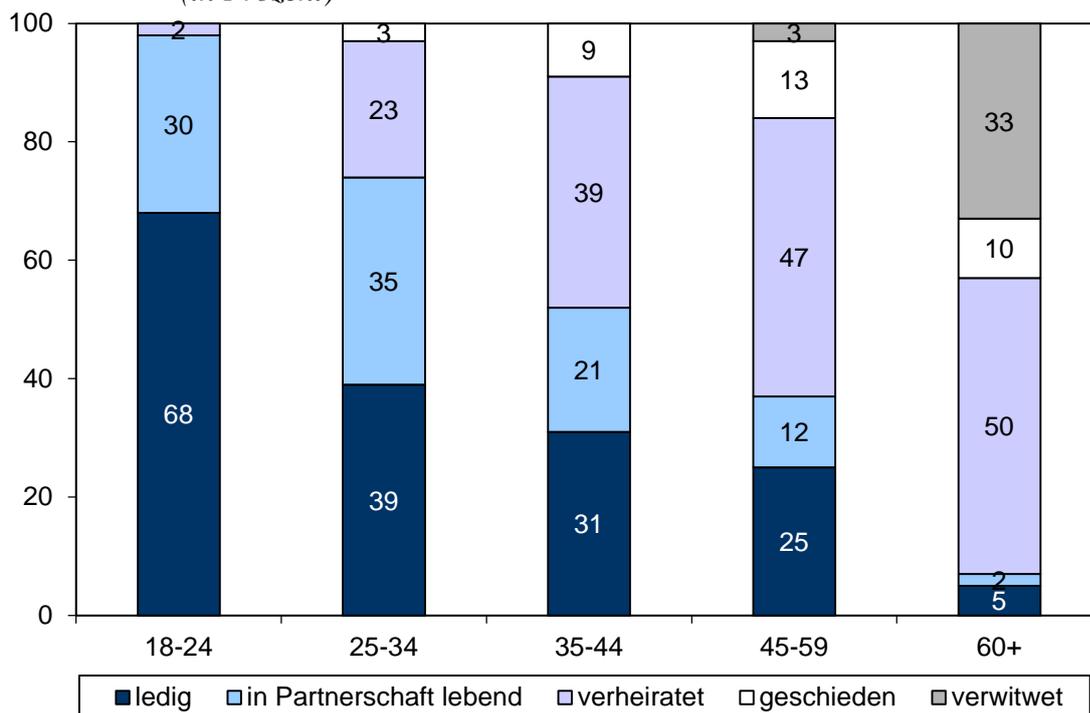
2. Privatleben, soziale Inklusion und Partizipation

2.1 Partnerschaft, Familie und Freundschaften

Im Kapitel III.1.1 wurde bereits deutlich, dass Familie, Freunde und Partnerschaft für die Thüringer_innen nicht nur von Vorrang für ihr persönliches Glück sind, sondern dass die Zufriedenheit mit der Partnerschaft auch entscheidend zur allgemeinen Lebenszufrieden-

heit beiträgt. Diesen und weiteren Aspekten des Privatlebens soll sich noch einmal stärker unter dem Aspekt sozialer Teilhabe, der Inklusion und Integration des Einzelnen in Gemeinschaft und Gesellschaft gewidmet werden. Dabei ist zunächst zu klären, inwieweit die befragten Thüringer_innen (ab 18 Jahren) ledig oder verheiratet sind, Lebenspartner_innen haben bzw. welche Familienformen vertreten sind. *Weil die vorliegenden Befragungsergebnisse auf einer repräsentativen Zufallsauswahl der Thüringer Wahlbevölkerung beruhen, ergeben sich daher geringfügige Abweichungen gegenüber den offiziellen Mikrozensus-Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik, die sich ihrerseits auf die Gesamtbevölkerung beziehen* (vgl. Statistisches Jahrbuch Thüringen 2012: 68). 22 Prozent der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR sind ledig, 14 Prozent leben in einer Partnerschaft, 41 Prozent der Befragten sind verheiratet, neun Prozent geschieden und weitere 13 Prozent verwitwet. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind dabei relativ deutlich ausgeprägt: Während 28 Prozent der Männer ledig sind, sind es nur 17 Prozent der Frauen, Männer sind mit 45 Prozent auch häufiger verheiratet als Frauen (38 Prozent). Frauen sind mit 21 Prozent häufiger verwitwet als Männer (fünf Prozent). Die Anteile von Männern und Frauen, die in Partnerschaft leben, sind ungefähr gleich, die der Geschiedenen (acht bzw. zehn Prozent) weisen keinen signifikanten Unterschied auf. Etwas deutlicher wird der Zusammenhang noch, wenn man umgekehrt danach fragt, wieviele der befragten Thüringer_innen, die einen bestimmten Partnerschaftsstatus haben, männlich und wieviele von ihnen weiblich sind. Weiblich sind 82 Prozent der verwitweten Personen, 56 Prozent der geschiedenen, aber nur 38 Prozent der ledigen. Das heißt, dass Männer öfter partnerlos leben, vor allem aber, dass Frauen ihre Männer deutlich häufiger überleben als umgekehrt – auch jene, von denen sie sich haben scheiden lassen. Bezüglich der Eheformen ergeben sich bei den Befragten natürlich Altersunterschiede (Abb. 33).

Abb. 33: Ehe und Partnerschaft nach Alter
(in Prozent)

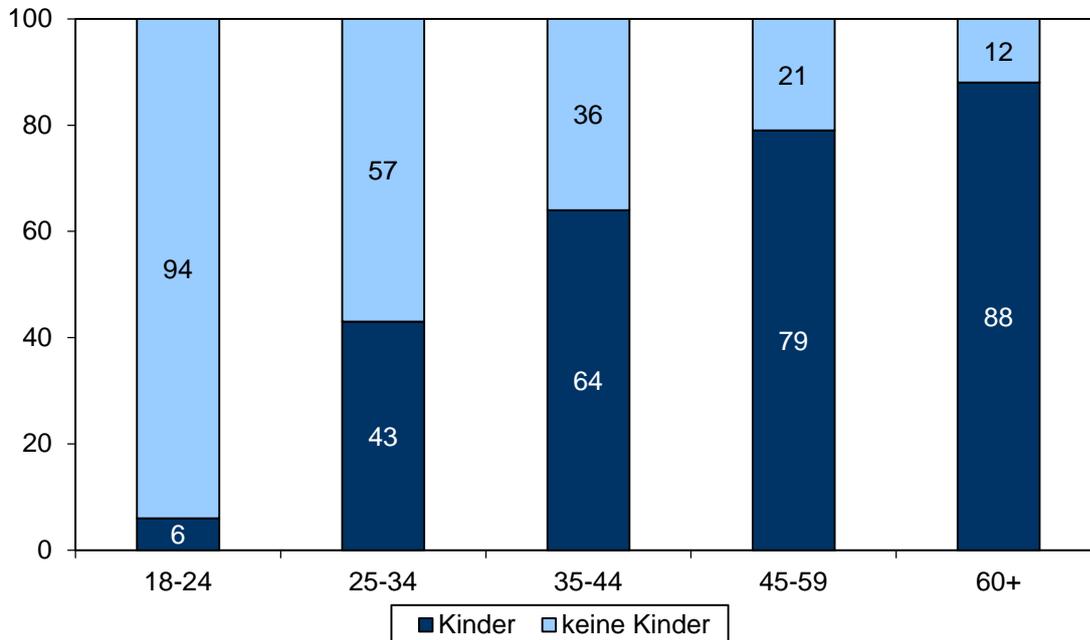


Im Mittel sind die Befragten 53 Jahre alt. Singles und in Partnerschaft Lebende liegen im Mittel mit 40 bzw. 38 Jahren ungefähr gleich auf, bei Verheirateten und Geschiedenen liegt das Durchschnittsalter bei jeweils 57 Jahren, und Verwitwete sind im Mittel 73 Jahre alt. Zwischen den Geschlechtern lassen sich aufgrund der vorliegenden Befragungsdaten bezüglich des Partnerschaftsstatus‘ keine signifikanten Altersdifferenzen berichten, nur die verheirateten Männer unter den Befragten sind im Mittel 59 Jahre alt und damit fünf Jahre älter als die verheirateten Frauen, was auf die verbreitetere Wahl jüngerer Partnerinnen verweist – womit vor dem Hintergrund der höheren Lebenserwartung von Frauen auch klar wird, wieso es mehr Witwen als Witwer gibt. In der jüngsten Alterskohorte ist der Anteil der Singles mit über drei Viertel selbstverständlich sehr hoch und fällt mit zunehmendem Alter der Befragten bis auf fünf Prozent in der ältesten Alterskohorte ab. Mit einem Viertel ist der Anteil der Singles unter den 45- bis 59-Jährigen dennoch erheblich: Nicht wenige Thüringer_innen leben also auch bis weit über ihre Lebensmitte ohne Partner_innen an ihrer Seite. In der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen führen 48 Prozent der Frauen eine Beziehung; doch nur 15 Prozent der Männer. Auch in der Alterskategorie der 25- bis 34-Jährigen gibt es etwa doppelt so viele ledige Männer wie ledige Frauen. In allen Alterskohorten, bis auf die der 60-Jährigen und Älteren, ist Partnerlosigkeit bei Männern häufiger als bei Frauen, insgesamt sind 28 Prozent der Männer ledig, aber nur 17 Prozent der Frauen. Charakteristisch ist auch, dass bei beiden Geschlechtern nur wenige „Jungverheiratete“ (zwei Prozent in der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen) vertreten sind; die Phase der Eheschließung beginnt heutzutage typischerweise im nicht mehr ganz so jungen Erwachsenenalter nach Abschluss von Studium und Beruf und mitunter auch nach mehreren durchlaufenen Beziehungen. Dazu passt auch, dass sich die Beziehung ohne Trauschein erheblicher Attraktivität als Alternative zur Ehe erfreut, insbesondere in der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen. Doch auch jede_r fünfte Thüringer_in im Alter zwischen 35 und 44 Jahren lebt unverheiratet in einer Partnerschaft. Dass der Anteil der Verheirateten mit steigendem Lebensalter der Befragten zunimmt, zeugt nicht nur von der Neigung, (bei steigendem Heiratsalter) sich irgendwann doch noch zu binden, sondern illustriert auch den Wertewandel – den relativen Bedeutungsverlust traditioneller Normen der Lebensweise – vor allem in den jüngeren Generationen.

Für die vorliegende Untersuchung ist nun relevant, dass der Umstand, ledig zu sein, die allgemeine Lebenszufriedenheit senkt, während der Umstand, verheiratet zu sein, die Lebenszufriedenheit statistisch gesehen erhöht. Allerdings sind beide Effekte gering. Dennoch scheint die Unzufriedenheit darüber, allein zu bleiben, hier relevant zu sein. Des Weiteren besitzt die Tatsache, in einer Partnerschaft zu leben, *per se* keinen statistischen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit, allerdings sind Befragte in Beziehungen ohne Trauschein *ganz geringfügig* unzufriedener mit ihrer Beziehung als Verheiratete; die Beziehungszufriedenheit wiederum ist jedoch von großer Bedeutung für die Lebenszufriedenheit (s.o.). Beachtet werden muss, dass bei jüngeren Befragten, die typischerweise in einer Beziehung anstatt einer Ehe leben, die Hemmung geringer sein dürfte, über Beziehungsprobleme Auskunft zu geben als bei den meist älteren Verheirateten. Weder Scheidung oder Verwitwung haben einen nachweisbaren Einfluss auf Zufriedenheit oder Glücksempfinden, das heißt also, dass andere Faktoren der Sozialintegration und der

Lebensqualität kompensatorisch wirken können, wenn Partnerschaften enden, um Zufriedenheit zu gewinnen.

Abb. 34: *Kinder nach Alter*
(in Prozent)



Ein weiterer der Lebenszufriedenheit (allerdings *nicht* der Beziehungszufriedenheit) zuträglicher Faktor ist beispielsweise die Tatsache, Kinder zu haben (Abb. 34). Die Anzahl der Kinder ist dabei irrelevant. Wie bereits in Kapitel III.1 ausgeführt, äußern Frauen eine nur geringfügig höhere allgemeine Lebenszufriedenheit als Männer; sie bekommen zwar die Kinder, haben aber nicht unbedingt mehr davon. Nur 35- bis 44-jährige Frauen haben tatsächlich signifikant häufiger Kinder als gleichaltrige Männer. Nun ist es aufschlussreich, dass nicht nur die Tatsache, überhaupt in einer Partnerschaft zu leben, förderlich ist, Kinder zu haben – denn Singles sind zu 88 Prozent kinderlos –, sondern dass insbesondere die *Ehe* die Wahrscheinlichkeit erhöht, Kinder zu haben. So sind z. B. unverheiratete Paare im Alter zwischen 35 und 44 Jahren in Thüringen öfter kinderlos als ihre verheirateten Altersgenoss_innen. Insgesamt haben 51 Prozent der Ledigen mit Partner_in keine Kinder, aber nur 18 Prozent der Verheirateten. Verheiratete mit Kindern haben zudem *auch unabhängig vom Alter mehr* Kinder als unverheiratete Paare mit Kindern. Insgesamt steigt mit dem Alter die Kinderzahl, dies hat aber selbstverständlich nicht nur etwas mit der Lebens- und Geburtenplanung zu tun (Lebenszykluseffekt), sondern spiegelt in diesem Falle auch den generationalen Wandel, das heißt die Fortpflanzungsmüdigkeit der Jüngeren und den daraus resultierenden Geburtenrückgang (Kohorteneffekt) wieder.

71 Prozent aller Befragten geben an, Kinder zu haben. Von den befragten Thüringer_innen *mit Kindern* wiederum haben 36 Prozent ein Kind, 41 Prozent haben zwei Kinder, 14 Prozent haben drei Kinder und weitere neun Prozent haben mehr als drei Kinder. Alle hier präsentierten Befunde korrespondieren nur näherungsweise mit den offiziellen An-

gaben zu den Familienformen in Thüringen auf Basis des Mikrozensus 2011 (vgl. Statistisches Jahrbuch Thüringen 2012: 71), weil dort nur ledige Kinder registriert wurden. Die Berechnungen des Mikrozensus bestätigen allerdings den Befund, dass die durchschnittliche Familiengröße in Abhängigkeit vom Ehestatus der Eltern in der oben dargestellten Weise variiert. Die im THÜRINGEN-MONITOR 2013 befragten Thüringer_innen haben im statistischen Mittel 1,4 Kinder, was sich näherungsweise mit Angaben des Statistischen Bundesamtes für die „Zusammengefasste Geburtenziffer“ in den ostdeutschen Bundesländern (2011) deckt (vgl. u. a. Statistisches Bundesamt 2012).

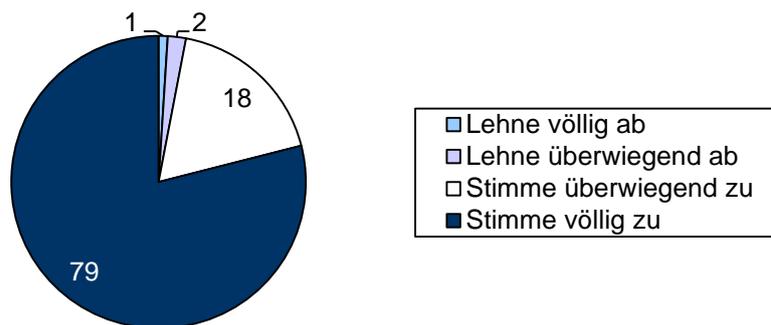
Welche Beziehungen Eltern und Kinder indessen zueinander unterhalten, welches Familienklima herrscht und ob sich die Thüringer_innen geborgen, sozial eingebettet oder allein fühlen, wenn sie beispielsweise als Single oder Witwe_r leben, ist mit alldem noch nicht ausgesagt. Deswegen wird im THÜRINGEN-MONITOR 2013 auch die Häufigkeit und Intensität sozialer Kontakte sowie der subjektive Eindruck sozialer Inklusion oder Isolation untersucht.

2.2 Soziale Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe

Sinnvoll ist es in diesem Zusammenhang, die Haushaltsgrößen, das heißt die Zahl der im Haushalt lebenden Personen zu betrachten. 38 Prozent der befragten Thüringer_innen leben allein, die meisten davon ledig, verwitwet oder geschieden; weitere 38 Prozent leben in Zweipersonenhaushalten, 24 Prozent in Haushalten mit drei oder mehr Personen. Diese Befunde aus der repräsentativen Bevölkerungsbefragung zum THÜRINGEN-MONITOR decken sich mit den Angaben des Mikrozensus 2011 (vgl. Statistisches Jahrbuch Thüringen 2012: 68). 71 Prozent der befragten Singles, 92 Prozent der Verwitweten und 66 Prozent der Geschiedenen führen Einpersonenhaushalte; allerdings wurden Personen, die (z. B. als Studierende) in Wohngemeinschaften (WG) oder (z. B. als Rentner_innen) in Alters- und Pflegeheimen leben, als Einpersonenhaushalte erfasst, dies lässt also nur einen groben Überblick zu. Ein Drittel der ledigen Befragten der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen leben allein, viele ihrer ledigen Altersgenossen werden noch bei ihren Eltern und Geschwistern wohnen oder führen mit anderen Personen (Freunde, ehemalige Partner_innen, vereinzelt eigene Kinder) zusammen Haushalte, die keine Wohngemeinschaften im eigentlichen Sinne darstellen. Singles der Alterskohorten der 25- bis 59-Jährigen führen zu 74 Prozent Einpersonenhaushalte, ältere Alleinstehende tun es ausnahmslos. Doch auch 21 Prozent der ledig in Partnerschaft Lebenden und immerhin drei Prozent der Verheirateten leben nicht mit ihrer Frau oder ihrem Mann zusammen; einer der Gründe für eine getrennte Haushaltsführung gerade bei jüngeren, unverheirateten Paaren dürften sogenannte Fernbeziehungen sein, bei der die Partner_innen von Berufs wegen oder anderer Lebensumstände halber weit voneinander wegwohnen. Geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen den Befragten hinsichtlich der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen bestehen nur in sofern, als junge Männer (Singles, WG-Bewohner) eher allein leben als junge Frauen (in Partnerschaft) und alte Frauen durch Verwitwung öfter Einpersonenhaushalte führen bzw. in Wohnheimen leben. Ungeachtet jener Disparitäten hat der bloße Umstand, mit jemandem zusammenzuleben, keine statistisch signifikante Auswirkung auf die Lebenszufriedenheit.

Um Vereinzelung, Vereinsamung zu erfassen, wurden die Thüringer_innen indessen danach befragt, ob sie Menschen haben, die sie bei Problemen ins Vertrauen ziehen können (Abb. 35). Je positiver hier die Antwort ausfällt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, mit seinem Leben zufrieden zu sein. Insgesamt stimmen der Aussage fast vier von fünf Thüringer_innen völlig zu, 18 Prozent stimmen überwiegend zu, nur drei Prozent lehnen überwiegend oder völlig ab. Dabei gibt es keine großen Altersunterschiede, nur antworten Befragte im Alter zwischen 45 und 59 Jahren zu 23 Prozent etwas häufiger als Befragte anderer Alterskohorten mit überwiegender statt völliger Zustimmung. Des Weiteren ist ein Geschlechtsunterschied erkennbar: Männer antworten nur zu 76 Prozent mit voller Zustimmung, Frauen dagegen mit 83 Prozent. Dass Männer häufiger nur „überwiegend“ zustimmen als Frauen, mag u. U. auf ein fragwürdiges ‚Männlichkeitsideal‘, seine Probleme nicht zu verbalisieren und vermeintlich allein lösen zu können, hindeuten. Diese Zustimmungstendenz betrifft insbesondere auch verheiratete Männer mittleren Alters. Der Familienstand *per se* ist im Übrigen nicht dafür entscheidend, ob man Personen kennt, die man bei Problemen in sein Vertrauen ziehen kann, ebenfalls irrelevant ist, ob man Kinder hat bzw. die Kinderzahl.

Abb. 35: *Zustimmung: „Ich habe Menschen, an die ich mich vertrauensvoll wenden kann, wenn ich Probleme habe.“*
(in Prozent)

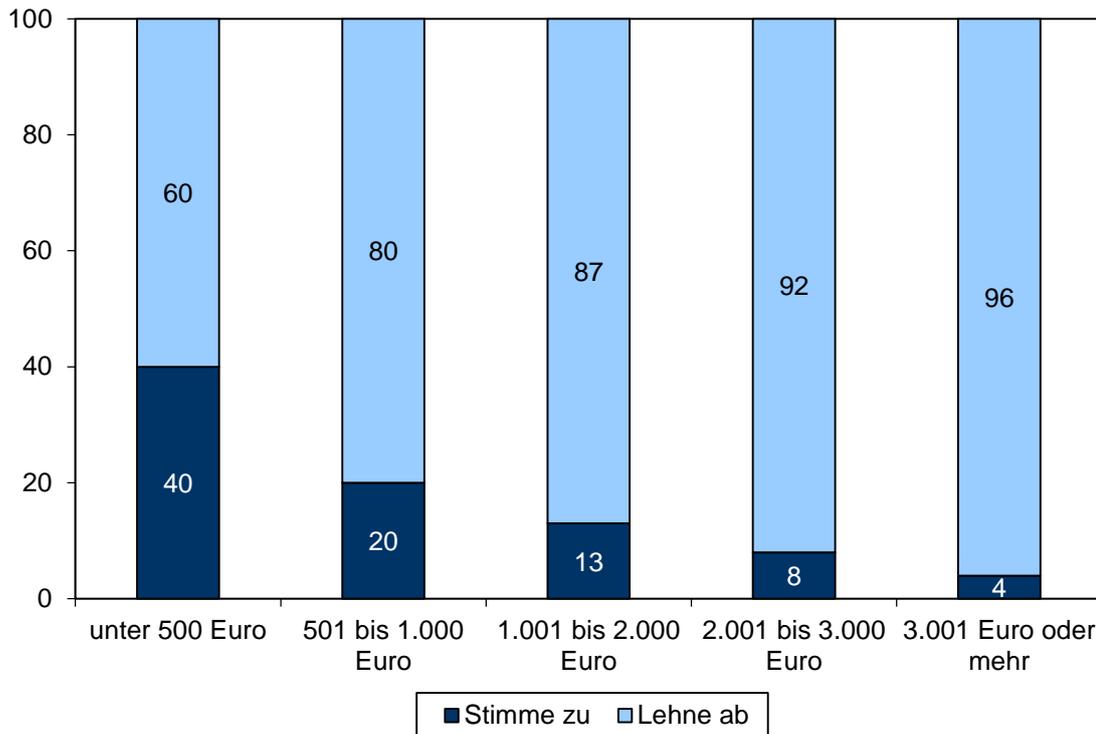


Auch Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit haben *per se* keinen Einfluss auf das Antwortmuster. Allerdings sind Personen, die sich alleingelassen fühlen, signifikant häufiger unzufrieden mit ihrer sozialen Lage, fühlen sich eher übervorteilt, haben eine pessimistischere Zukunftsaussicht und glauben, dass eher äußere Umstände als eigenes Handeln das persönliche Schicksal bestimmen. Des Weiteren gibt es einen leichten, aber signifikanten Zusammenhang mit niedrigem Haushaltseinkommen. Dies schlägt sich in einem signifikanten Unterschied zwischen Befragten verschiedener Berufsgruppe nieder, nämlich derart, dass Arbeiter_innen mit sechs Prozent überwiegend oder völlig verneinen, Personen ihres Vertrauens zu haben. Einfache bzw. mittlere Angestellte oder Beamte, höhere bzw. leitende Angestellte oder Beamte sowie Selbstständige und Freiberufler_innen bejahen auch häufiger völlig anstatt nur überwiegend, Personen des Vertrauens zu haben.

Diese Kombination von sozioökonomischer Deprivilegierung und persönlich empfundener gesellschaftlicher Benachteiligung tritt auch bezüglich des Gefühls zutage, zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, das mehr als ein Drittel der

Arbeitslosen (38 Prozent) und jede_r Fünfte der Befragten ohne Schulabschluss oder mit einem Abschluss unter der 10. Klasse teilt und dem auch Personen mit niedrigeren Haushaltseinkommen öfter zustimmen (Abb. 36). Das Gefühl, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu sein, senkt deutlich die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Abb. 36: *Zustimmung: „Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen“ nach Haushaltseinkommen*
(in Prozent)



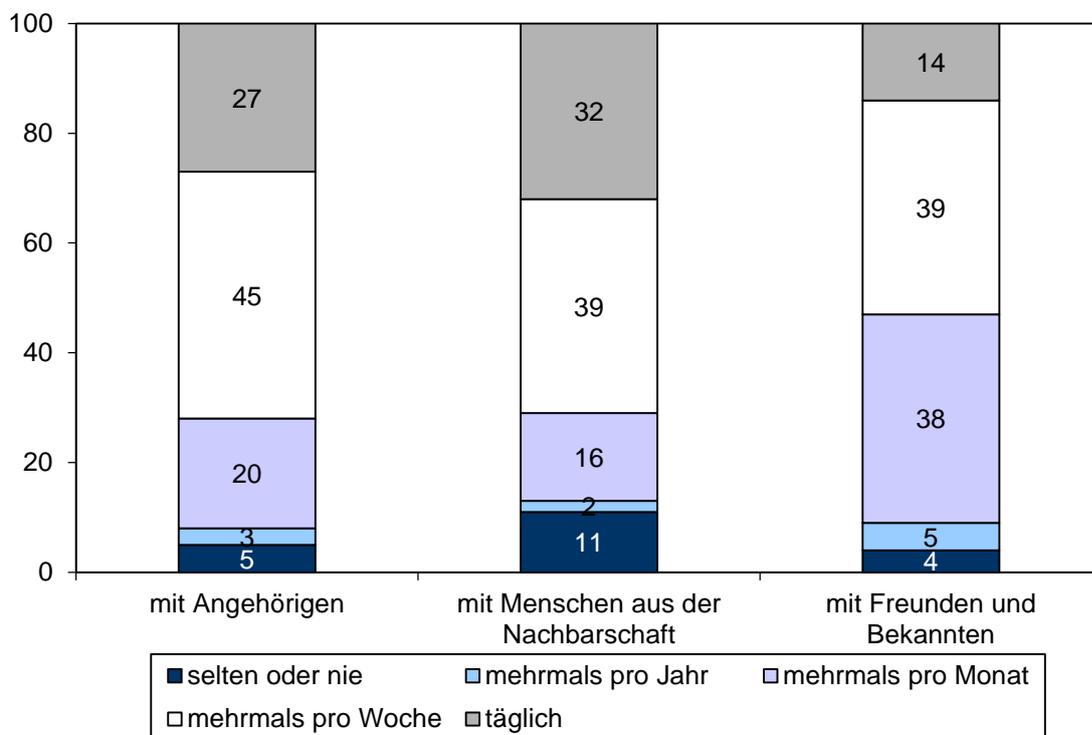
Anmerkung: Antwortkategorien „Stimme völlig zu“ / „Stimme eher zu“ bzw. „Lehne völlig ab“ / „Lehne eher ab“ jeweils zusammengefasst

Entscheidend für das Ausmaß an sozialer Inklusion ist neben dem Leben in Partnerschaft, Familie und häuslicher Gemeinschaft auch die Kontakthäufigkeit mit Angehörigen, die nicht im eigenen Haushalt leben, mit Menschen aus der Nachbarschaft und weiteren Freunden und Bekannten, wobei neben persönlichen Treffen auch „längere telefonische Kontakte“ zu berücksichtigen sind (Abb. 37).

Bereits im letzten THÜRINGEN-MONITOR wurde darauf hingewiesen, dass eine große Mehrheit der Thüringer_innen das Internet nutzt, nämlich 70 Prozent (TM 2012: 66 Prozent); in der jüngsten Alterskohorte sind es sogar 100 Prozent. 74 Prozent der Männer und 65 Prozent der Frauen nutzen das Internet, was mit einer leicht erhöhten Webaktivität älterer Männer gegenüber der älterer Frauen zu erklären ist; junge Thüringer_innen hingegen sind ungeachtet ihres Geschlechts online. Wie die Auswertungen des Vorjahres ergaben, sind viele Thüringer_innen auch in sozialen Netzwerken aktiv, nicht wenige unterhalten hierbei Kontakte zu ausländischen Freunden und Bekannten. Dieses Jahr wurden die Internetkontakte zu Freunden, Bekannten oder Angehörigen allgemein betrachtet. Dabei gaben 31 Prozent der User an, nur selten mit diesen Bezugspersonen zu kommunizieren, weitere 16 Prozent nicht häufiger als mehrmals im Monat, 22 Prozent

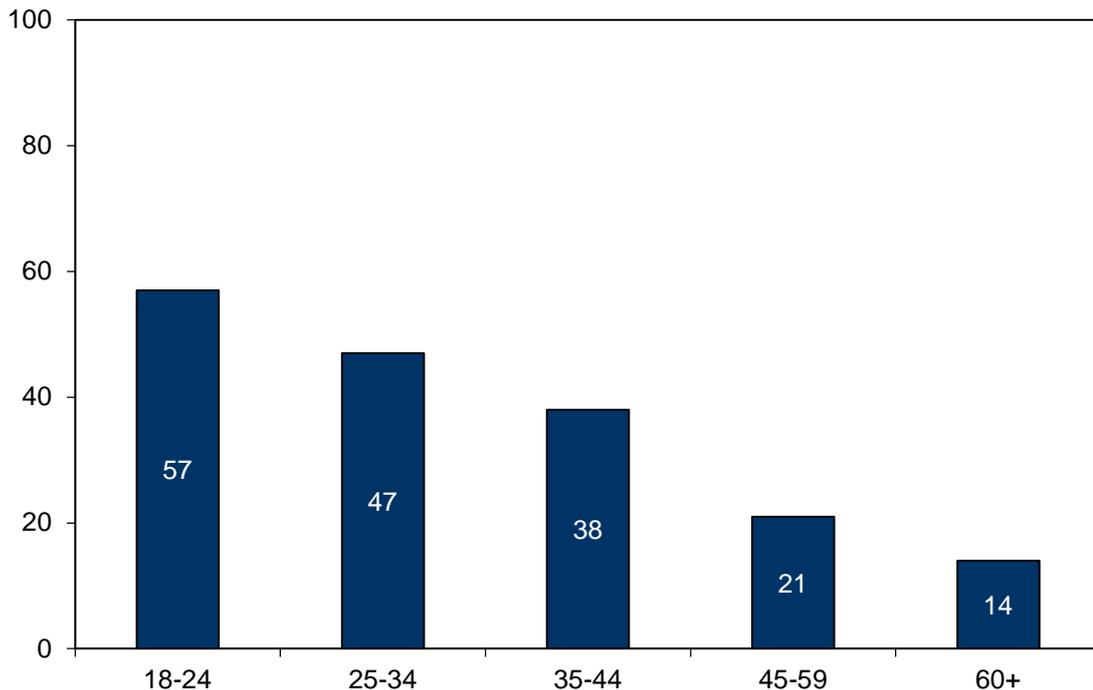
tun es mehrmals pro Woche und 31 Prozent gaben an, tägliche Kontakte zu unterhalten. Dabei treten erhebliche alters- bzw. generationsbedingte Unterschiede auf (Abb. 38), die von den weitverbreiteten Nutzungsgewohnheiten und der Technikaffinität der Jüngeren zeugen, aber auch dokumentieren, wie stark das Internet als interaktives Kommunikationsmedium zur sozialen Kontaktpflege mittlerweile in älteren Bevölkerungsteilen akzeptiert ist. Signifikante Geschlechts- und Bildungsunterschiede in der Häufigkeit der sozialen Kontakte im Internet bestehen nicht, allerdings variiert die Kontakthäufigkeit geringfügig nach der Berufsgruppe, so kommunizieren höhere und leitende Angestellte bzw. Beamte sowie Selbstständige und Freiberufler_innen etwas häufiger mit Freunden im Netz als Arbeiter_innen oder einfache und mittlere Angestellte bzw. Beamte.

Abb. 37: *Persönliche Kontakte und/oder längere telefonische Kontakte (in Prozent)*



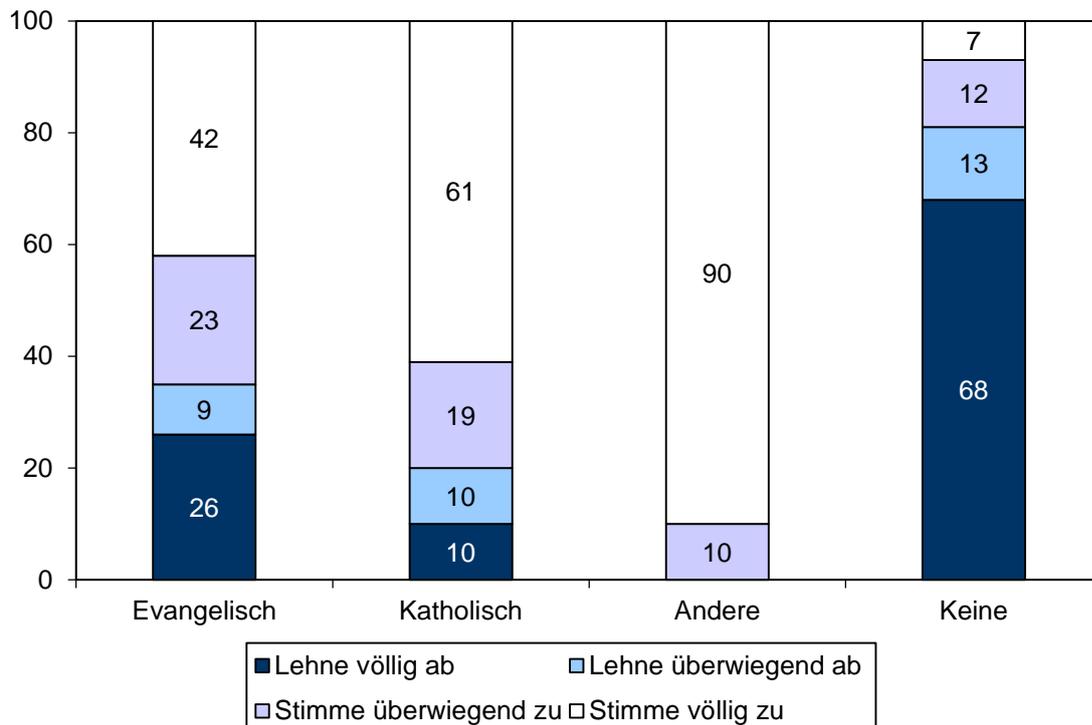
Im Hinblick auf Mechanismen sozialer Inklusion bzw. Exklusion ist erwähnenswert, dass – statistisch betrachtet – lediglich ein seltenerer Kontakt zu Freunden und Bekannten mit dem stärkeren Gefühl einhergeht, von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein. Arbeitslose übrigens berichten gegenüber anderen Befragtengruppen seltener Kontakte zu („entfernten“) Angehörigen (19 Prozent: „selten oder nie“) und übers Internet (48 Prozent: „selten oder nie“), aber keine selteneren persönlichen bzw. telefonischen Kontakte zu Freunden und Nachbarn. Im Allgemeinen ist also auch bei ihnen das Maß sozialer Inklusion im Umfeld hoch, auch wenn sie eine Exklusion vom Arbeitsmarkt erleben und dadurch verschiedene Einbußen, auch der Lebensqualität und Lebenszufriedenheit, in Kauf nehmen müssen.

Abb. 38: *Tägliche private Kontakte zu Freunden, Bekannten oder Angehörigen über das Internet nach Alter (in Prozent)*



Auch kirchliche Bindungen und Spiritualität vermitteln manchen Menschen Orientierung in ihrem täglichen Leben, ob nun durch die aktive oder passive Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft oder im Sinne eines individualisierten Glaubens, der an einem religiösen Wertekanon oder einem spezifischen Jenseitsbezug festhält. Zwei Drittel der Thüringer_innen allerdings geben an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören, 26 Prozent sind evangelisch, weitere sieben Prozent katholisch, nur ein Prozent der Befragten geben die Zugehörigkeit zu einer anderen Religionsgemeinschaft an. Nach Angaben der European Values Study (vgl. Halman / Sieben / van Zundert 2012: 56) rangiert Deutschland – inklusive des stark säkularisierten Ostdeutschlands (vgl. Kapitel II) – im internationalen Vergleich der Religiosität auf einer unteren Position; einen noch höheren Säkularisierungsgrad jedoch besitzen Länder wie Schweden oder die Tschechische Republik, wo sich vergleichsweise die wenigsten Menschen als religiös bezeichnen. Die konventionell erfasste Religiosität (Konfessionszugehörigkeit und Konfessionslosigkeit) variiert in Thüringen signifikant mit dem Alter, in dem Sinne nämlich, dass jüngere Befragte öfter konfessionslos sind als ältere. Außer in der Alterskohorte der 45- bis 59-Jährigen bestehen dahingehend auch Geschlechtsunterschiede: Männer sind häufiger konfessionslos (70 Prozent) als Frauen (61 Prozent). Bei den Konfessionslosen kann indessen nicht unterstellt werden, dass sie Atheist_innen sind; stattdessen könnte es sich beispielsweise um Befragte handeln, die zwar religiös sind, aber nicht an (konventionelle bzw. traditionelle) religiöse Organisationen gebunden sind. Dies zeigt das Zustimmungsverhalten zu einer Aussage, die ein weiteres Verständnis von Spiritualität und Religiosität zugrundelegt (vgl. Boos-Nünning 1972), als es die üblicherweise erfasste *Kirchenangehörigkeit* tut (Abb. 39).

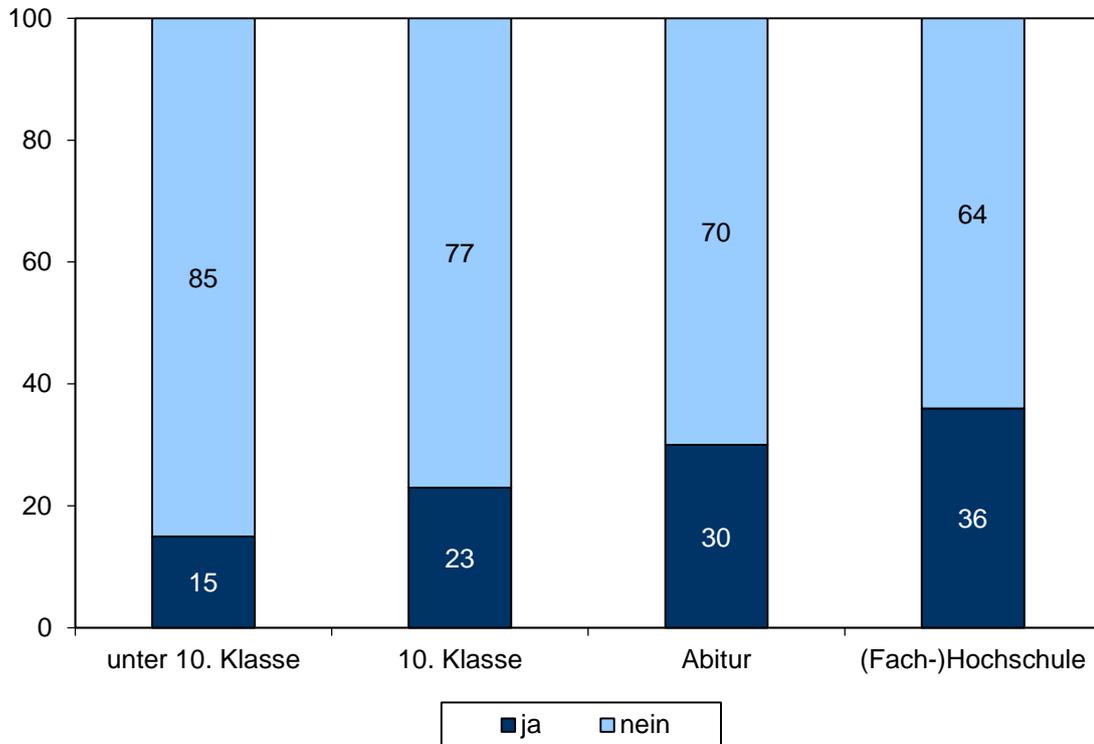
Abb. 39: *Religiosität und Konfessionszugehörigkeit: „Ich glaube an die Existenz eines höheren Wesens.“*
(in Prozent)



Nicht nur ein Drittel aller Thüringer_innen, sondern insgesamt auch fast jede_r Dritte der konfessionslosen, vermeintlich atheistischen Thüringer_innen glaubt an Gott, Götter, Engel oder dergleichen (so die im Fragebogen gewählte Erläuterung des Begriffs „höheres Wesen“). Deutschlandweit stimmt ungefähr jede_r Zweite einer vergleichbaren Aussage zu (vgl. Halman / Sieben / van Zundert 2012: 58). Noch beachtlicher ist der Umstand, dass 26 Prozent der Protestant_innen und selbst zehn Prozent der Katholik_innen nicht an die Existenz Gottes glauben und ungefähr jeweils ein weiteres Zehntel dieser Befragten die Existenz zumindest in Zweifel zieht. Dies verweist auf die Tatsache, dass auch für viele kirchlich sozialisierte Menschen ihre Religions- und Konfessionszugehörigkeit vorrangig von sozialer Bedeutung (Integration in eine Gemeinschaft, Fortführung von Familientraditionen usw.) und erst nachgeordnet von spirituellen Bezugspunkten geprägt ist. Auf politische Einstellungen und gesellschaftliche Orientierungen haben Konfessionszugehörigkeit und Religiosität *per se* i. d. R. keinen messbaren Einfluss; auch nicht auf die Lebenszufriedenheit oder das Gefühl, gesellschaftlich integriert zu sein. Bei Kontrolle von Drittvariablen, wie beispielsweise dem Alter, verschwinden entsprechende, scheinbare Zusammenhänge. Es muss auch beachtet werden, dass unter den im THÜRINGEN-MONITOR befragten Katholik_innen überdurchschnittlich viele Personen aus den Alten Bundesländern (25 Prozent), Auszubildende und Selbstständige oder Freiberufler_innen sind, die aufgrund ihres Alters, ihres relativen sozioökonomischen Status bzw. ihres Bildungsniveaus andere Einstellungsmuster als die übrigen Befragten aufweisen. Dass sich außerdem offizielle Positionen der Amtskirchen nicht zwangsläufig mit den Glaubens- und Moralvorstellungen ihrer Mitglieder decken und teilweise zu ihnen auch im Widerspruch stehen

können, drückt sich beispielsweise in der Haltung gegenüber gleichgeschlechtlichen Beziehungen aus (vgl. Kapitel IV.3 zur Integration und Akzeptanz von Minderheiten).

Abb. 40: *Ehrenamtliche Tätigkeit nach Bildung*
(in Prozent)



Eine weitere Form sozialer Inklusion kann durch gesellschaftliche Partizipation – auch abseits der Arbeitswelt (vgl. Kapitel III.3) – erzeugt werden, z. B. durch Engagement in zivilgesellschaftlichen Strukturen. Ehrenamtlich Tätige erfüllen in unserer Gesellschaft viele unverzichtbare Funktionen, auch dadurch, dass sie alleingelassene, einsame Menschen in soziale Kontexte einzubetten helfen. Doch kann eine gesellschaftlich sinnvolle, ehrenamtliche Tätigkeit auch selbst einen zumindest teilweisen Ersatz für mangelnde soziale Kontakte bieten – nicht zuletzt durch die *Anerkennung*, die einer solchen Tätigkeit entgegengebracht wird. 23 Prozent der befragten Thüringer_innen sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig, über die Hälfte von ihnen mindestens mehrmals die Woche, neun Prozent sogar täglich. Am häufigsten täglich aktiv sind mit 29 Prozent die Selbstständigen und Freiberufler_innen. Zwischen der Ausübung eines Ehrenamtes und dem Bildungsgrad (und der Berufsgruppe) gibt es einen starken Zusammenhang (Abb. 40), der illustriert, dass die Ausstattung mit persönlichen Ressourcen und eine etablierte soziale Position die Voraussetzung dafür sein kann, ehrenamtlich für andere tätig zu sein und zivilgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung für das, was man für andere tut (vgl. Kapitel III.3.1), bedingt das Gefühl, sich nicht ausgeschlossen zu fühlen, und erhöht die Lebenszufriedenheit. Ehrenamtlich Tätige geben signifikant häufiger als andere Befragte an, Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren, allerdings fühlt dennoch *ein Fünftel der ehrenamtlich Tätigen ihre Arbeit für andere nur unzureichend oder gar nicht gewürdigt*. Zwar stimmen die Befragten desto öfter völlig zu, Anerkennung zu erfahren,

je öfter sie eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben; bei täglicher Ausübung erhöht sich der Anteil der völlig Zustimmenden auf 62 Prozent. Dass jedoch selbst von diesen Hochengagierten jede_r Zehnte offenbar keine Wertschätzung für die gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit erfährt, sollte mehr Aufmerksamkeit erhalten.

3. Arbeitswelt und Berufsleben

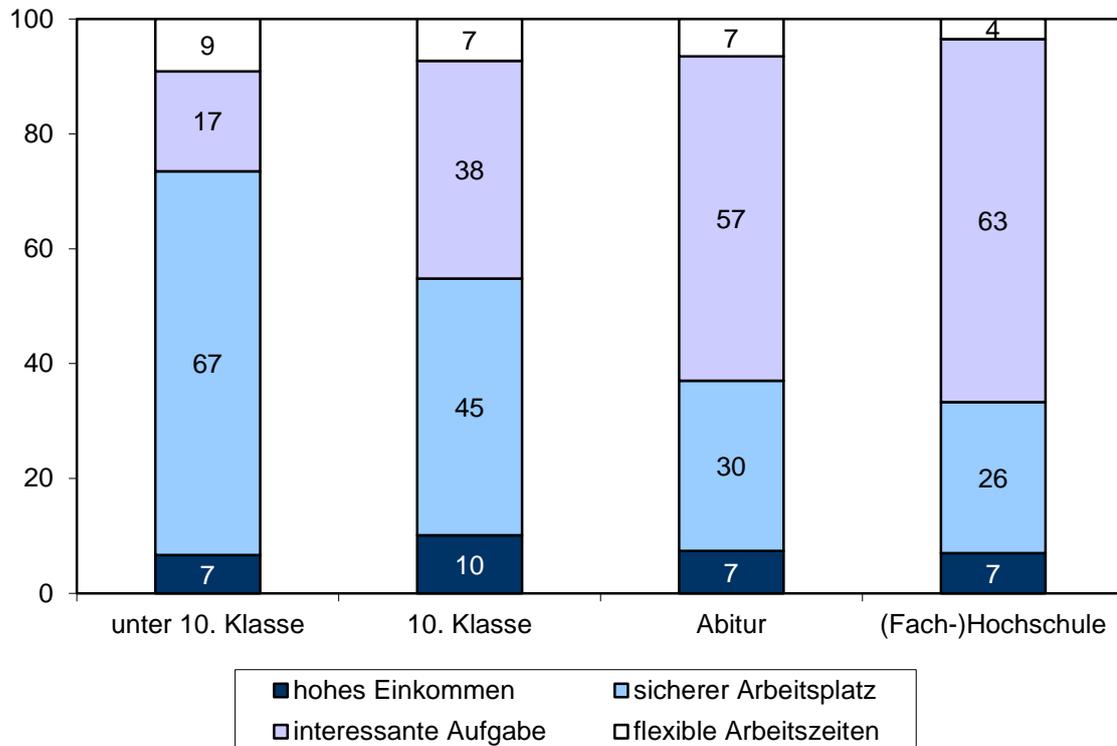
Wie bereits eingangs diskutiert, werden die Lebensqualität und Lebensperspektiven, die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Menschen entscheidend von ihrer Erwerbsarbeit und ihrem Berufsstatus bestimmt. Beruflicher Erfolg gilt vielen Menschen als Inbegriff bzw. Voraussetzung eines gelingenden Lebens. Das zeigen auch die Befunde des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS. Arbeit und Beruf haben einen großen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit (Neumann/Schmidt 2013, Schöppner/Raffelhüschchen 2012, Braun/Scholz 2008, Prinz/Kasten 2008), während Arbeitslosigkeit mit einer deutlichen Verringerung der Zufriedenheit (Gerlach/Stephan 2001) sowie einem Verlust von psychosozialen Ressourcen und gesundheitlichen Einbußen verbunden ist (Ducki 2006). Doch was ist den Thüringer_innen an ihrer Arbeit wichtig? Welche Wertschätzung erfahren sie durch ihre Tätigkeit? Und wie schätzen sie das Wirtschaftssystem und die Berufschancen im Freistaat generell ein?

3.1 Einstellungen zu Erwerbsarbeit und Berufswahl

Die Frage, welche Aspekte der Erwerbsarbeit und Berufswahl persönlich am wichtigsten sind oder waren, richtete sich nicht nur an erwerbstätige Thüringer_innen, sondern auch an Nichterwerbstätige, darunter die Arbeitslosen, die älteren, bereits verrenteten Befragten sowie diejenigen, die als Auszubildende noch am Beginn ihrer Berufsbiographie stehen. Nicht zuletzt hat auch der Wandel der Arbeitswelt und des Berufslebens in den letzten Jahrzehnten einen Wandel der subjektiven Einstellungen zu Arbeit mit sich gebracht, der im Vergleich zwischen Alterskohorten erkennbar ist. Dementsprechend differenziert fällt das Antwortverhalten aus. Allgemein lässt sich zunächst jedoch konstatieren, dass der Sicherheit des Arbeitsplatzes und dem Umstand, eine interessante berufliche Aufgabe auszuüben, vorrangige Bedeutung beigemessen wird. Auf ein hohes Einkommen oder flexible Arbeitszeiten legen die meisten Thüringer_innen vergleichsweise weniger Wert. In Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, dem Bildungsgrad und dem Alter findet eine individuell unterschiedliche Festlegung dieser Prioritäten statt. Je höher der Schulabschluss der Befragten, desto geringer ist der Anteil derer, die die Sicherheit des Arbeitsplatzes als wichtigsten Aspekt nennen (Abb. 41). Für zwei Drittel der Befragten mit einem Schulabschluss unterhalb der 10. Klasse, aber nur für ein Viertel der Hochschulabsolvent_innen steht diese Sicherheit im Vordergrund. Für Befragte mit höherer Bildung ist hingegen viel ausschlaggebender, ob die Arbeit eine interessante Aufgabe beinhaltet: für 57 Prozent der Abiturient_innen und 63 Prozent der Fach-/Hochschulabsolvent_innen ist dies der wichtigste Aspekt der Arbeit und der Berufswahl. Eine hohe Qualifikation verbessert demnach

nicht nur die Chancen der Teilhabe am Erwerbsleben, sie bietet offenbar auch die Grundlage dafür, die Erwerbsarbeit *über den Zweck der materiellen Absicherung hinausgehend* als Sphäre der Entfaltung persönlicher Interessen wahrzunehmen.

Abb. 41: *Wichtigster Aspekt der Arbeit und der Berufswahl nach Bildungsabschluss*
(in Prozent)

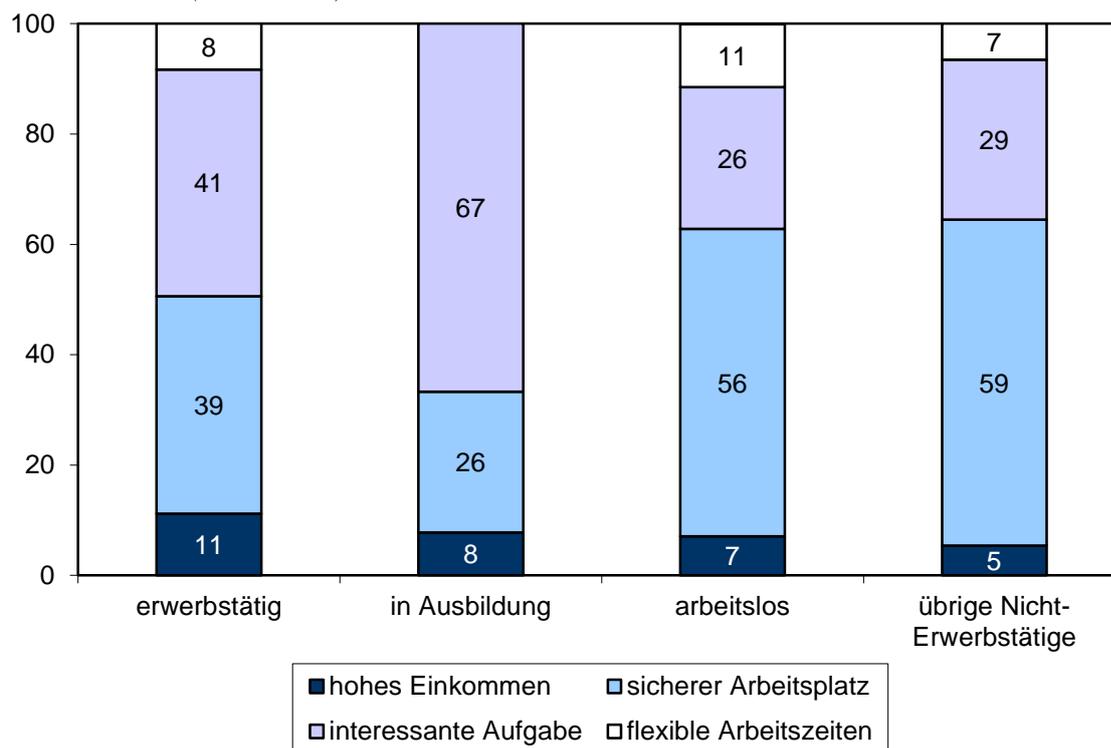


Für die jüngere, im Durchschnitt höher qualifizierte Generation hat dies auch vor dem Hintergrund der Flexibilisierung des Erwerbslebens einen realen Erfahrungshintergrund. Der Abschied von der traditionellen Normalerwerbsbiographie, die einen lebenslangen Beruf auf einem festen Arbeitsplatz vorsah, korrespondiert mit der relativ geringen Bedeutung, die der Jobgarantie bei der Berufswahl beigemessen wird – insbesondere Befragte unter 35 Jahren betonen eher die Wichtigkeit einer interessanten Aufgabe als die der Arbeitsplatzsicherheit – im Gegensatz zu älteren, tendenziell geringer qualifizierten Personen (ca. zwei Drittel der Thüringer_innen ohne Realschul- oder höheren Abschluss sind Rentner_innen und übrige Nicht-Erwerbstätige.). Unabhängig von derzeitigen oder zukünftigen Arbeitsmarktchancen beurteilten verrentete bzw. pensionierte Befragte, ihr Berufsleben retrospektiv; ihre mehrheitliche Präferenz der Arbeitsplatzsicherheit, die sie mit der Befragengruppe der Arbeitslosen teilen, kann einerseits als Orientierung an den traditionellen Werten der Arbeitswelt interpretiert werden, andererseits jedoch mit einiger Plausibilität auch als affirmatives Urteil über das Berufsleben in der untergegangenen Arbeitsgesellschaft der DDR, wo die Sicherheit der Arbeitsplätze – gerade auch für Niedrigqualifizierte – staatlich garantiert wurde. Ähnliches dürfte für die Frage des Einkommens gelten: Für immerhin elf Prozent der derzeit erwerbstätigen Thüringer_innen ist ein hohes Einkommen der wichtigste Aspekt, während das Einkommen (als ein in der DDR

eher nachrangiges Kriterium der Berufswahl) nur für fünf Prozent der Rentner_innen und der übrigen Nicht-Erwerbstätigen Priorität hat (Abb. 42).

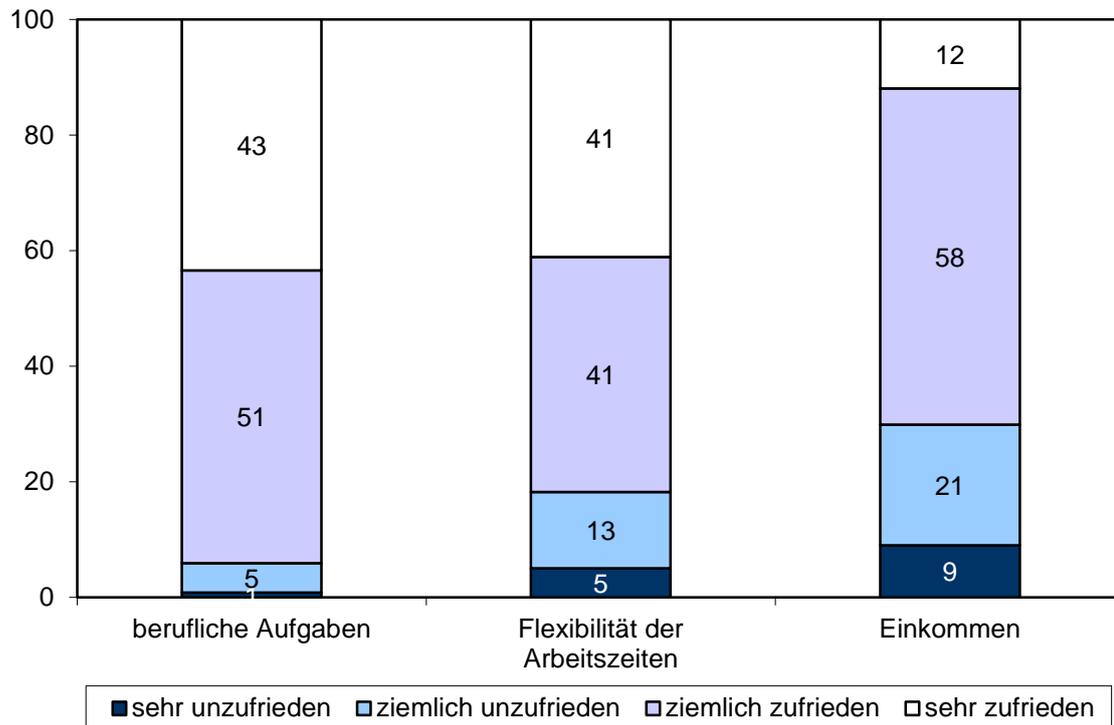
Ein Teil der älteren, verrenteten bzw. pensionierten Befragten mag ihrer Präferenz der Aspekte von Arbeit und Beruf auch vor dem Eindruck der Situation artikulieren, die sich der Generation ihrer Kinder und Enkel bietet. Bereits für den THÜRINGEN-MONITOR 2012 kann konstatiert werden, dass Rentner_innen und übrige Erwerbslose (trotz mangelnder persönlicher Betroffenheit) stärker als übrige Befragtenkategorien befürchteten, dass die Globalisierung zum Verlust von Arbeitsplätzen führe (55 Prozent Zustimmung bei Rentner_innen und übrigen Nichterwerbslosen gegenüber 49 Prozent Zustimmung bei allen Befragten). Analog dazu könnte die starke Betonung der Arbeitsplatzsicherheit als Kriterium der Arbeit und der Berufswahl durch Rentner_innen im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR durchaus als Sorge um die nächsten Generationen verstanden werden: Hauptsache, ihr Job sei sicher.

Abb. 42: Wichtigster Aspekt der Arbeit und der Berufswahl nach Erwerbsstatus
(in Prozent)



Dass jedoch die oberste Priorität, das Arbeitsverhältnis *auf Dauer zu stellen*, gerade von den Erwerbstätigen selbst nur bedingt geteilt wird, geht mit dem Befund einher, dass überwältigende 83 Prozent von ihnen ihren Arbeitsplatz als sicher beschreiben. Diese positive Einschätzung teilen alle Alters- und Bildungsgruppen, wobei die sich die Thüringer Männer (86 Prozent) noch ein wenig sicherer fühlen als die Frauen (79 Prozent) und sich erwartungsgemäß der höchste Wert bei den höheren/leitenden Angestellten bzw. Beamten findet (97 Prozent).

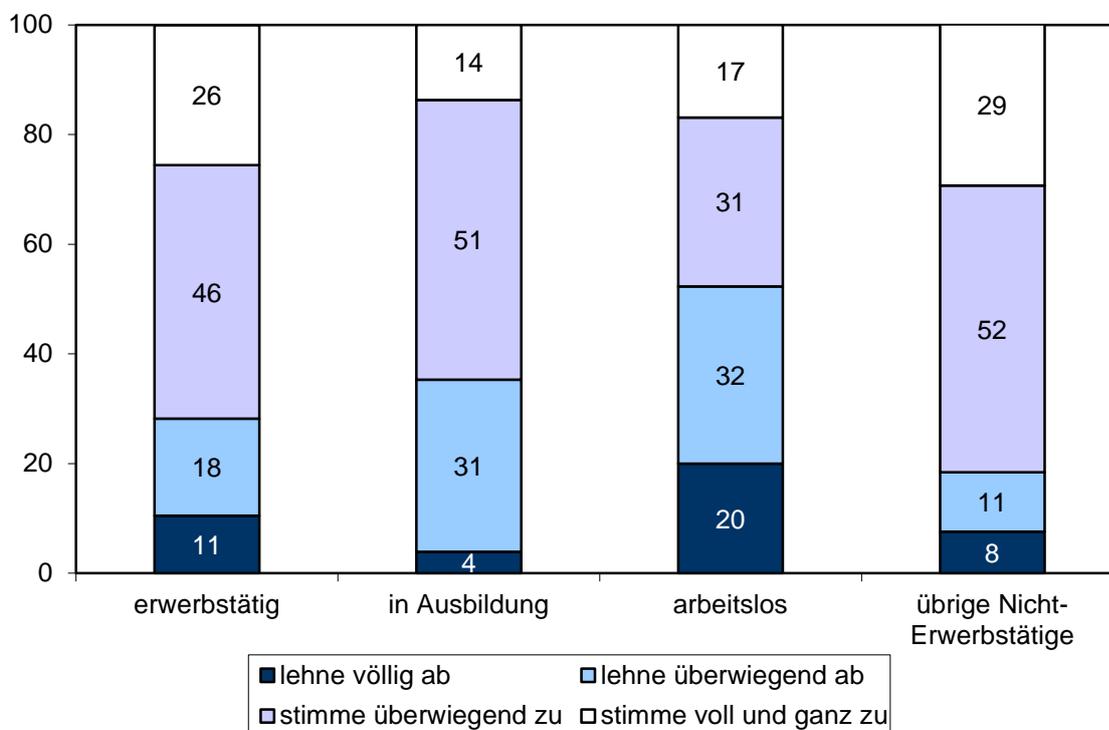
Abb. 43: *Zufriedenheit mit Aspekten des Arbeitslebens*
(nur Erwerbstätige, in Prozent)



Nicht nur die Präferenz der Arbeitsplatzsicherheit und die Beurteilung, ob der eigene Arbeitsplatz sicher sei, stehen in gegenseitiger Beziehung. Auch die Zufriedenheit der Erwerbstätigen bezüglich anderer Aspekte ihrer Arbeit muss im Zusammenhang mit der Einschätzung der Wichtigkeit dieser Aspekte betrachtet werden. Sowohl mit den beruflichen Aufgaben, dem Einkommen als auch der Flexibilität der Arbeitszeiten ist die überwiegende Mehrheit der Thüringer Erwerbstätigen insgesamt zufrieden (Abb. 43). Vor allem die berufliche Aufgabe – die ja mehrheitlich als wichtig herausgestellt wird – wird überaus positiv bewertet: 51 Prozent der Erwerbstätigen sind mit ihrer Aufgabe ziemlich zufrieden, weitere 43 Prozent sogar sehr zufrieden. Einzig die jüngsten Befragten sind hier ein wenig verhaltener. Immerhin ein Viertel der befragten 18- und 24-jährigen Erwerbstätigen sind ziemlich unzufrieden. Ein Teil dieser jungen Kohorte, deren Berufseinstieg noch nicht lange zurück liegt, hat demnach noch nicht einen als angemessen empfundenen Platz im Arbeitsleben gefunden. Diese Alterskohorte ist im Vergleich zur übrigen erwerbstätigen Bevölkerung auch am wenigsten mit der Flexibilität ihrer Arbeitszeiten zufrieden: Mehr als ein Drittel von ihnen sind ziemlich oder sehr unzufrieden. In der Gesamtbevölkerung ist dies nicht einmal jede_r Fünfte, wohingegen jeweils 41 Prozent ziemlich und sehr zufrieden mit ihren Arbeitszeiten sind. Die geringsten – obgleich immer noch hohen – Zufriedenheitsbekundungen zeigen sich bezüglich des Einkommens. Zwar sind insgesamt 58 Prozent der Erwerbstätigen ziemlich zufrieden und weitere zwölf Prozent sehr zufrieden, zwischen verschiedenen Befragtengruppen gibt es jedoch Unterschiede in dieser Bewertung. So sind 86 Prozent der jüngsten Erwerbstätigen mit ihrem (möglicherweise) Einstiegseinkommen ziemlich zufrieden, innerhalb der nächstälteren Kohorte der 25- bis 34-Jährigen sind jedoch ein Viertel ziemlich unzufrieden und weitere zwölf Prozent sehr unzufrieden. Die meisten Befragten in dieser Alterskohorte verfügen

bereits über Berufserfahrung und haben teilweise auch durch Weiterbildungen in ihr berufliches Fortkommen investiert. Führt dies nicht zu Gehaltsanpassungen, kann dies in Unzufriedenheit resultieren. Teilweise unzufrieden sind jedoch nicht nur abhängig Beschäftigte, sondern auch Landwirte, Selbstständige und Freiberufler_innen. Ein knappes Viertel von ihnen ist sogar sehr unzufrieden mit ihrem Einkommen. Die größte Unzufriedenheit mit dem Einkommen äußern allerdings Erwerbstätige über 60 Jahren und weniger gebildete Befragte mit niedrigen Schulabschlüssen. Während 16 Prozent der ältesten Erwerbstätigen ziemlich unzufrieden sind und weitere 22 Prozent sehr unzufrieden sind es unter den Erwerbstätigen ohne Realschul- oder höheren Abschluss sogar 33 bzw. 20 Prozent – damit sind sie die einzige Erwerbstätigengruppe, die mehrheitlich unzufrieden mit ihrem Einkommen ist.

Abb. 44: *Gefühl der gesellschaftlichen Anerkennung und Wertschätzung nach Erwerbsstatus*
(nur Zustimmung, in Prozent)

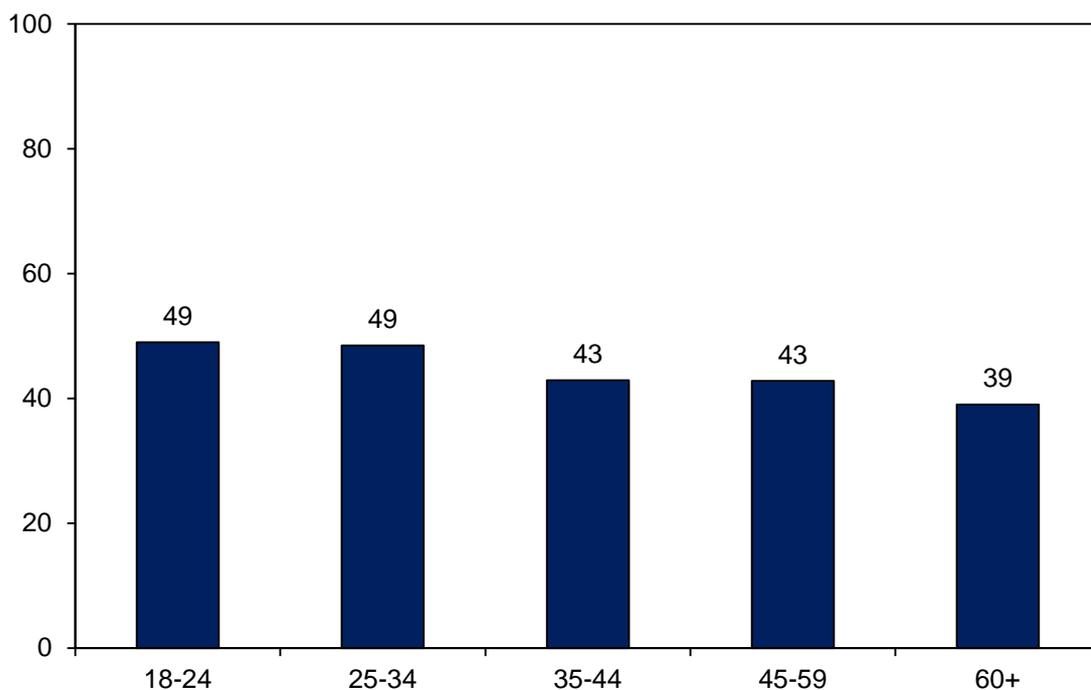


Neben dem monetären Einkommen wirken aber auch *immaterielle* Güter auf die Zufriedenheit und das Glücksempfinden der Thüringer_innen (vgl. Kapitel III.1.1). Dazu zählt die Anerkennung oder Wertschätzung, die einem Menschen von der Gesellschaft entgegen gebracht wird. Wir haben im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR nach der wahrgenommenen Anerkennung und Wertschätzung für das, *was eine Person tut*, gefragt. Trotz dieser neutralen Formulierung, die weder auf die soziale Lage, noch auf den Erwerbsstatus der Befragten hindeutet, zeigt sich, dass die Teilhabe am Erwerbsleben – oder vielmehr: die *Arbeitslosigkeit* – diskriminierend wirkt: Etwas mehr als die Hälfte der arbeitslosen Thüringer_innen haben nicht das Gefühl, für das, was sie tun, Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren; jede_r Fünfte lehnt dies sogar voll und ganz ab. Arbeitslose

positionieren sich damit in deutlichem Kontrast zur erwerbstätigen Bevölkerung, von denen 46 Prozent überwiegend und 26 Prozent voll und ganz der Aussage zustimmen, dass sie diese Art der immateriellen Entlohnung von der Gesellschaft bekommen. Auch zwei Drittel der Befragten, die derzeit eine Ausbildung absolvieren, empfinden eine Art der Anerkennung. Am stärksten fühlen sich jedoch die Rentner_innen und die übrigen Nicht-Erwerbstätigen anerkannt und wertgeschätzt: 52 Prozent stimmen überwiegend zu, 29 Prozent sogar voll und ganz (Abb. 44; zum Ehrenamt und gesellschaftlicher Anerkennung vgl. Kapitel III.2.2).

Ein in Politik und Gesellschaft viel diskutiertes Problem der Arbeitswelt stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben dar. Diese sogenannte „Work-Life-Balance“ ist zentral für die erwerbstätige Bevölkerung bzw. deren Angehörige und war daher auch ein wesentliches Thema der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages. In ihrem Abschlussbericht weist die Kommission außerdem daraufhin, dass die „Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf [...] einen bedeutenden Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit eines Arbeitgebers“ leisten (Deutscher Bundestag 2013: 698). Familienfreundliche Arbeitsbedingungen sind von hohem Belang – auch für die Thüringer Bevölkerung und für eine zukunftsorientierte Wirtschaft im Freistaat.

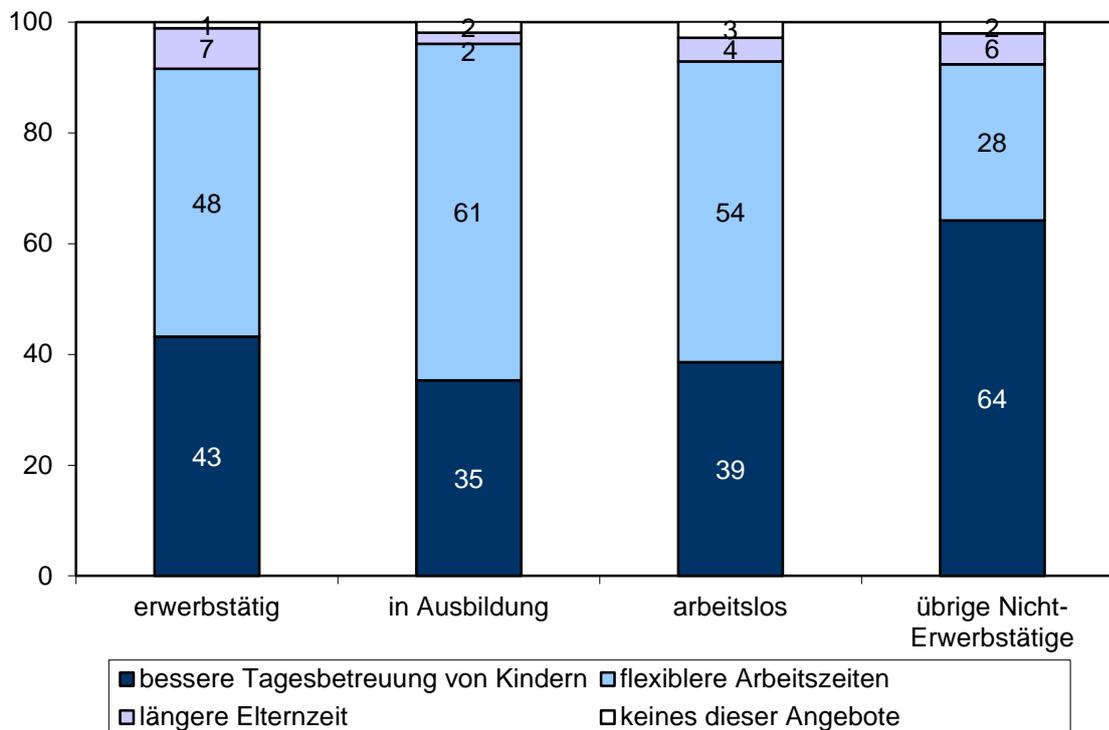
Abb. 45: *Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach Altersgruppen* („Es fällt mir oder jemandem aus meinem familiären Umfeld schwer, die Anforderungen von Familie und Beruf miteinander zu vereinen.“; nur Zustimmung, in Prozent)



Deshalb wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR gefragt, ob es den Thüringer_innen oder einer Person aus ihrem familiären Umfeld schwer fällt, die Anforderungen von Familie und Beruf miteinander zu vereinen. In Relation zum erweiterten Personenkreis

der Familie, der mit der Formulierung im Fragebogen erfasst wurde, ergibt sich auf den ersten Blick ein recht positiv Bild: Für eine Mehrheit von 57 Prozent gilt, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weder ihnen persönlich noch einer Person aus ihrem familiären Umfeld schwer fällt. Doch wenngleich eine knappe Mehrheit positiv urteilt, so bedeutet dies im Umkehrschluss, dass ein nicht zu unterschätzender Anteil von 43 Prozent der Bevölkerung hier – für sich oder seine Angehörigen – Probleme sieht. Davon sind vor allem die jungen Thüringer_innen betroffen: In den beiden Alterskohorten bis unter 35 Jahren stimmen fast die Hälfte der Befragten zu, dass es ihnen schwer fällt, in den älteren Kohorten sinkt der Zustimmunganteil bis unter 40 Prozent (Abb. 45). Bedenkt man, dass das Alter und die Elternschaft nachvollziehbarerweise hoch korreliert sind, dann ergibt sich der durchaus interessante Punkt, dass unter den Thüringer Eltern der Anteil derer, die Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen (41 Prozent) geringer ist, als der unter den (jüngeren) Thüringer_innen, die noch kein Kind haben (46 Prozent). Dieser Unterschied ist allerdings so gering, dass wir an dieser Stelle nicht von einem statistisch signifikanten Zusammenhang sprechen können. Ebenso kann kein signifikanter Unterschied zwischen den Einschätzungen von Thüringer Männern und Frauen festgestellt werden.

Abb. 46: *Verbesserungsmöglichkeiten der Work-Life-Balance nach Erwerbsstatus (in Prozent)*



Nachdem sich gezeigt hat, dass sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für einen beachtlichen Teil der – vor allem jüngeren – Bevölkerung Thüringens als problematisch darstellt, schließt sich die Frage nach Möglichkeiten zur Verbesserung dieser Situation an. Dabei werden zwei Optionen von den Thüringer_innen stark präferiert: 51 Prozent der Befragten sprechen sich für eine bessere Tagesbetreuung von Kindern aus und weitere

41 Prozent sehen in flexibleren Arbeitszeiten die Lösung für das dargelegte Problem. Allerdings können wir hier denselben Alters- und Erwerbsstatuseffekt beobachten, der bereits bei der Beurteilung der verschiedenen Aspekte der Arbeit aufgefallen ist. Auch hier unterscheiden sich die Präferenzen der Rentner_innen und der übrigen Nicht-Erwerbstätigen deutlich von denen der erwerbstätigen Bevölkerung, den Auszubildenden und den Arbeitslosen (Abb. 46). Fast zwei Drittel der Rentner_innen und der übrigen Nicht-Erwerbstätigen sprechen sich für eine Verbesserung der Kindertagesbetreuung aus. Unter den Erwerbstätigen ist dieser Anteil mit 43 Prozent erheblich niedriger und wird von der Forderung nach flexibleren Arbeitszeiten noch knapp übertroffen (48 Prozent). Die Auszubildenden und Arbeitslosen präferieren sogar noch etwas häufiger diese Option. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten differenzierten Gewichtung der Aspekte des Berufslebens ergibt sich ein möglicher Interpretationsrahmen für die unterschiedlichen Ansichten der Erwerbsgruppen – und letztlich auch Generationen – zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Erwerbstätigen, die von der Problematik *direkt* betroffen sind, zeigen sich zwar überaus zufrieden mit der Flexibilität ihrer Arbeitszeiten (82 Prozent, vgl. Abb. 43), sehen hier jedoch immer noch Verbesserungspotential. Flexible Arbeitszeiten würden die Work-Life-Balance positiver gestalten können, da die Zeit, die für die eigenen Kinder aufgebracht werden muss, individueller gestaltet werden kann. Das beinhaltet z. B. das Bringen und Abholen der Kinder zu und von den Kindertagesstätten, den Schulen und Freizeitaktivitäten. Unflexible (oder auch zu lange) Arbeitszeiten können dies stark einschränken. Die bewusste Bevorzugung von mehr Flexibilität noch vor der Verbesserung der Kindertagesbetreuung kann als Wunsch nach mehr Individualität und Selbststeuerung bei der Kindererziehung und gegen eine Verantwortungsabgabe an öffentliche Institutionen gewertet werden. Demgegenüber steht eine ältere Generation der Rentner_innen und übrigen Nicht-Erwerbstätigen, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nur noch *indirekt* durch ihre Kinder und möglicherweise Enkel von Problemen der Work-Life-Balance betroffen sind. Sie sehen überwiegend in der Kindertagesbetreuung die wichtigste Möglichkeit der Verbesserung. Damit würden die Erwerbstätigen entlastet werden, ohne dabei Abstriche bei ihrer Arbeitszeit machen zu müssen. Auch diese Überlegung kann wieder als Furcht vor dem Verlust des als so wichtig empfundenen Arbeitsplatzes gewertet werden, der droht, wenn die erwerbstätigen Eltern mangels ausreichender Tagesbetreuungsangebote nicht regelmäßig oder in Vollzeit arbeiten können. Generell ist also festzuhalten, dass es in allen Bevölkerungsgruppen einen Wunsch nach Verbesserung der Kindertagesbetreuung gibt, dieser aber unter den älteren Thüringer_innen noch stärker ausgeprägt ist, während sich die jüngeren Bürger_innen eher für flexiblere Arbeitszeiten aussprechen. Eine Verlängerung der Elternzeit wird hingegen nur von den wenigsten Thüringer_innen als hilfreich angesehen.

In Zusammenfassung der Befunde stellen sich die Einstellungen der Thüringer_innen zur Erwerbsarbeit wie folgt dar: Für die Erwerbstätigen und Auszubildenden ist eine interessante Aufgabe der wichtigste Aspekt der Arbeit, während die älteren Bürger_innen, die bereits in Rente sind, in erster Linie Wert auf einen sicheren Arbeitsplatz legen. Neben der Selbstauskunft, laut der nur weniger als jede_r fünfte Erwerbstätige keinen sicheren Arbeitsplatz hat, ist die durchweg hohe Zufriedenheit der Erwerbstätigen mit den Aspekten ihrer Arbeit bemerkenswert. Sie erlangen durch ihre Arbeit Wertschätzung, während

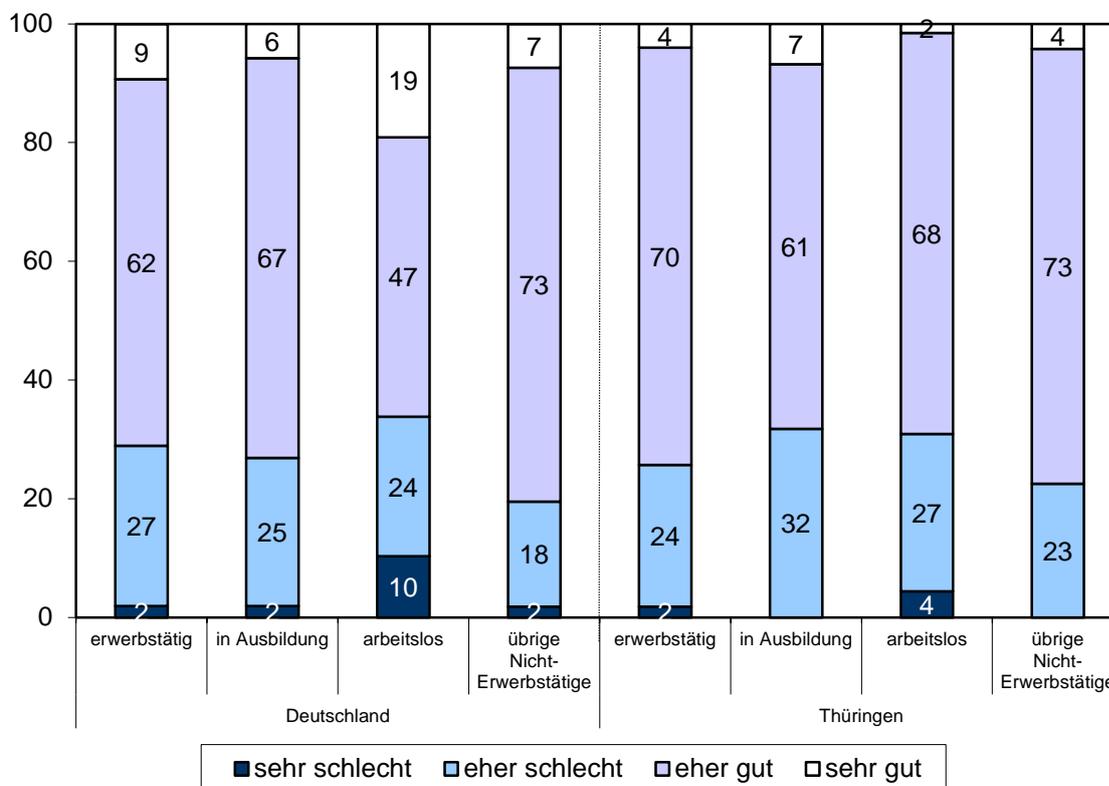
sich Arbeitslose mehrheitlich nicht gesellschaftlich anerkannt fühlen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist jedoch ein nicht zu unterschätzendes Problem für die Thüringer Bevölkerung. Gerade junge Erwachsene oder Personen in deren familiären Umfeld sind stärker davon betroffen. Eine Möglichkeit der Intervention von staatlicher Seite aus stellt die Verbesserung der Kindertagesbetreuung dar, die von einem großen Teil der Bevölkerung gewünscht wird, auch wenn sich die Erwerbstätigen noch etwas häufiger flexiblere Arbeitszeiten als Priorität wählen.

3.2 Berufschancen und räumliche Mobilität

Bisher wurde die Arbeitswelt der Thüringer_innen aus einer vorwiegend normativen Perspektive betrachtet. Nachdem dabei deutlich geworden ist, welche Aspekte der Arbeit als wichtig empfunden werden und wie zufrieden die Thüringer_innen mit deren Ausgestaltung sind, muss nun der Blick auf die Rahmenbedingungen der Erwerbstätigkeit gerichtet werden. Wie wird der Freistaat als Wirtschaftsstandort wahrgenommen und welche Berufschancen resultieren daraus für die Bevölkerung?

Abb. 47: *Beurteilung der Wirtschaft in Deutschland und Thüringen nach Erwerbsstatus*

(„Wie gut oder schlecht funktioniert Ihrer Meinung nach das Wirtschaftssystem in Deutschland?“, „Und wie gut ist die Thüringer Wirtschaft für die Zukunft gerüstet: sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?“; in Prozent)

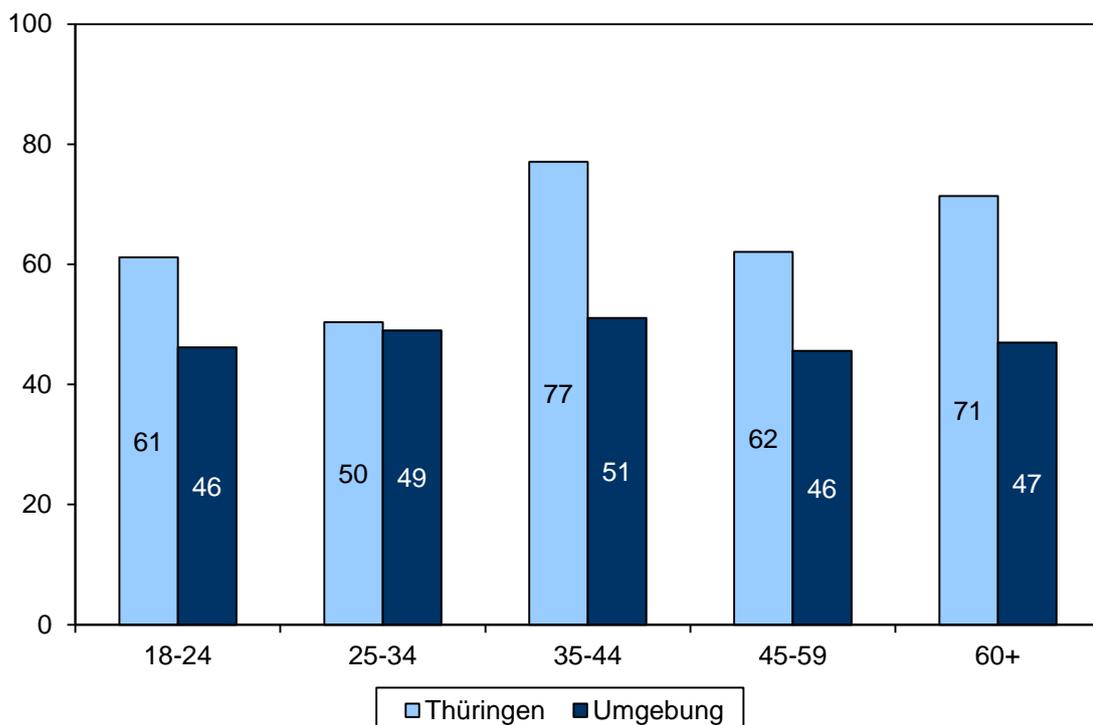


Im einleitenden soziodemographischen Kapitel (II) ist bereits darauf verwiesen worden, dass die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen gegenwärtig sehr positiv eingeschätzt wird. Drei Viertel der Befragten sind darüber hinaus auch der Meinung, dass die

Wirtschaft des Freistaats eher gut oder sehr gut für die Zukunft gerüstet ist. Ebenso groß ist der Anteil derer, die das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik für eher gut oder sehr gut halten. Auffällig ist dabei, dass die Rentner_innen und die übrigen Nicht-Erwerbstätigen sowohl die deutsche als auch die Thüringer Wirtschaft am positivsten bewerten (Abb. 47). Dabei unterscheidet sich ihre Bewertung auch kaum zwischen Deutschland und Thüringen. Die Thüringer Arbeitslosen urteilen dagegen differenziert: Deutschlands Wirtschaftssystem wird von ihnen stark ambivalent bewertet. Für jede_n Dritte_n funktioniert das Wirtschaftssystem der BRD nur schlecht – in keiner anderen Erwerbsgruppe ist dieser Anteil so hoch. Kontrastiert wird diese Einschätzung jedoch dadurch, dass 19 Prozent der Arbeitslosen das deutsche Wirtschaftssystem als sehr gut einschätzen; auch dieser Wert wird in keiner anderen Erwerbsgruppe erreicht. Die Thüringer Wirtschaft bewerten sie im Vergleich zwar etwas seltener negativ, dafür aber auch nicht so entschieden positiv; nur zwei Prozent der Arbeitslosen sehen die Thüringer Wirtschaft als sehr gut für die Zukunft gerüstet an. In der generell positiven Einschätzung des Wirtschaftsstandorts Thüringen sind neben den Arbeitslosen auch die Auszubildenden verhalten zukunfts-skeptisch: 32 Prozent sehen die Wirtschaft des Freistaats als eher schlecht gerüstet an, wenngleich sie auch niemand als sehr schlecht einschätzt.

Abb. 48: *Beurteilung der Berufschancen in Thüringen und der eigenen Umgebung nach Altersgruppen*

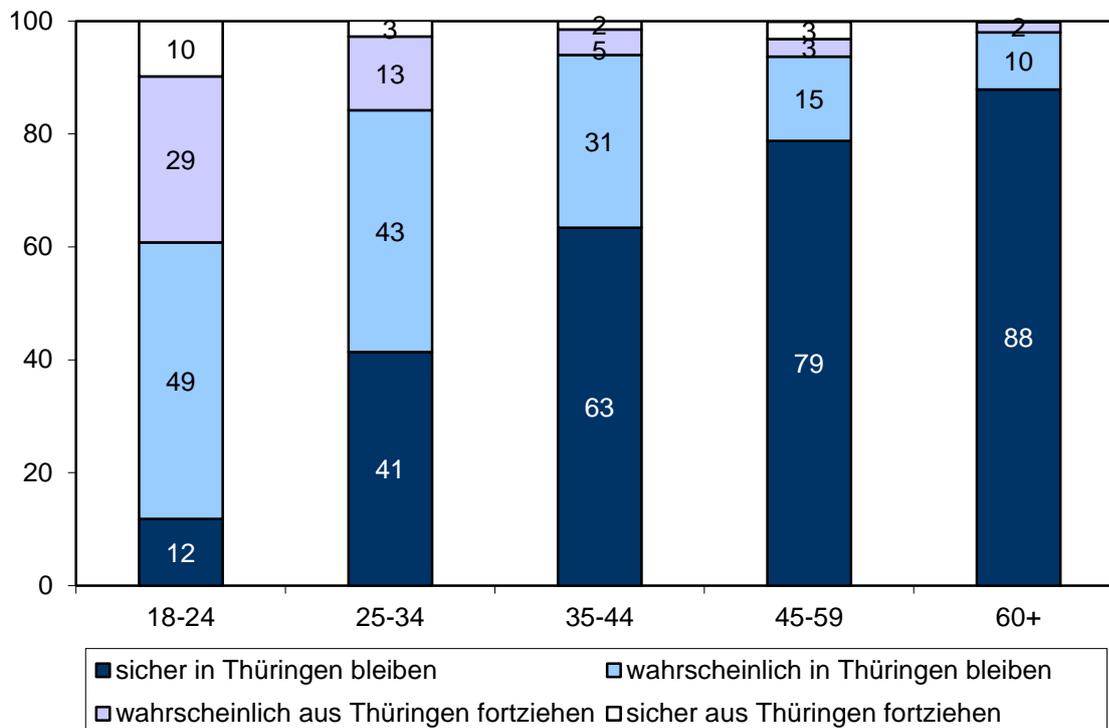
(„eher gut“ und „sehr gut“ zusammengefasst, in Prozent)



Diese Skepsis der vornehmlich jungen Thüringer Auszubildenden schlägt sich auch in der Beurteilung der Berufschancen in Thüringen nieder. Zwar sehen insgesamt zwei Drittel aller Befragten die Berufschancen in Thüringen als eher oder sogar sehr gut an, unter den Jüngeren fällt das Urteil allerdings negativer aus. 61 Prozent der 18- bis 24-Jährigen

und sogar nur die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen sehen gute Möglichkeiten, eine Arbeitsstelle im Freistaat zu finden; in den älteren Kohorten ist der Anteil stets höher (Abb. 48). Auch unter den Arbeitslosen ist nur eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der Meinung, dass Thüringen gute Berufsaussichten bietet. Im Vergleich zur Arbeitsmarktsituation in gesamten Freistaat werden die Berufschancen in der eigenen Umgebung jedoch deutlich schlechter bewertet. Nur 47 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass es in ihrer Umgebung gute oder sehr gute Berufsaussichten gäbe. Dabei wird ein schwacher statistischer Zusammenhang mit dem Bildungsabschluss deutlich: mit höherem Bildungsgrad steigt auch die positive Einschätzung der Berufschancen in der eigenen Umgebung kontinuierlich an (unter Realschulabschluss: 39 Prozent; Fach-/Hochschulabschluss: 59 Prozent). Auch hier unterscheiden sich die Arbeitslosen erneut am deutlichsten von den übrigen Befragten: 42 Prozent der Arbeitslosen sehen eher schlechte, weitere 32 Prozent sogar sehr schlechte Berufsaussichten in ihrer Umgebung.

Abb. 49: *Abwanderungsabsichten der Thüringer_innen nach Altersgruppen (in Prozent)*



Skeptisch wahrgenommene Berufsaussichten in Thüringen durch die jüngeren Bürger_innen und eine generell eher verhaltene Einschätzung der Berufsperspektiven in der eigenen Umgebung steigern das Abwanderungsrisiko. Bereits im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde auf die Herausforderungen des Bevölkerungsrückgangs und des zunehmenden Fachkräftemangels hingewiesen, die unter anderem aus einem lang anhaltenden negativen Wanderungssaldo resultieren (vgl. TM 2012: 18ff.). Auch in diesem Jahr haben sechs Prozent der Befragten angegeben, dass sie wahrscheinlich aus Thüringen fortziehen werden, für weitere zwei Prozent ist diese Entscheidung bereits sicher. Allerdings gibt es drastische Unterschiede zwischen den Altersgruppen der Bevölkerung: 39 Prozent der jüngsten Thüringer_innen wollen wahrscheinlich oder sicher den Freistaat

verlassen, unter den 24- bis 34-Jährigen sind es immer noch 16 Prozent. Mit zunehmendem Alter wird eine Abwanderung dann immer unwahrscheinlicher (Abb. 49). Dieses Phänomen ist teilweise auch auf den höheren Anteil westdeutsch sozialisierter Befragter in den jüngeren Alterskohorten zurück zu führen. Unter den 18- bis 24-Jährigen sind 21 Prozent in den alten Bundesländern aufgewachsen und haben eine höhere Abwanderungsneigung als die Befragten, die ihr bisheriges Leben vorwiegend im Osten Deutschlands verbracht haben. Auch die Bewertung der Berufsaussichten hat einen Einfluss auf die Mobilitätsneigung. 91 Prozent derjenigen, die die Berufschancen in Thüringen als sehr gut einschätzen, werden auch sicher in Thüringen bleiben. Demgegenüber stehen nur 55 Prozent derjenigen, die sehr schlechte Berufschance in Thüringen sehen, die ein solches Bekenntnis zum Freistaat machen. Unter Kontrolle aller Einflussgrößen – indem ihre Wirkung zusammen betrachtet wird – wird deutlich, dass die Bereitschaft zum Auswandern sowohl durch ein jüngeres Alter, eine westdeutsche Sozialisation als auch eine negative Einschätzung der Berufsaussichten in Thüringen statistisch signifikant erhöht wird. Arbeitslosigkeit und der Bildungsgrad der Befragten haben hingegen keinen Einfluss auf diese Entscheidung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Thüringens Wirtschaft – ähnlich wie das Wirtschaftssystem Deutschlands – überwiegend positiv eingeschätzt wird. Das gilt auch für die Berufsaussichten im Freistaat, für die eigene Umgebung dagegen nur bedingt. Es wird also durchaus zwischen dem Bundesland und der unmittelbaren Lebensumwelt differenziert, wobei das kollektive Gefühl überwiegt, dass der jeweils restliche Freistaat besser als die Umgebung aufgestellt sei (vgl. auch Kapitel III.1.2). Es sind vor allem die jungen (sich zumeist in Ausbildung befindenden) Bürger_innen, die der Zukunft Thüringens eher skeptisch entgegen sehen und auch vermehrt an einen Fortzug denken. Es ist deshalb eine Herausforderung zukunftsorientierter Politik, in einer Epoche demographischer Schrumpfung, die Attraktivität und Bindekraft Thüringens, insbesondere aber seines Arbeitsmarktes, für die besonders mobilitätsbereiten jüngeren Bürger_innen zu stärken.

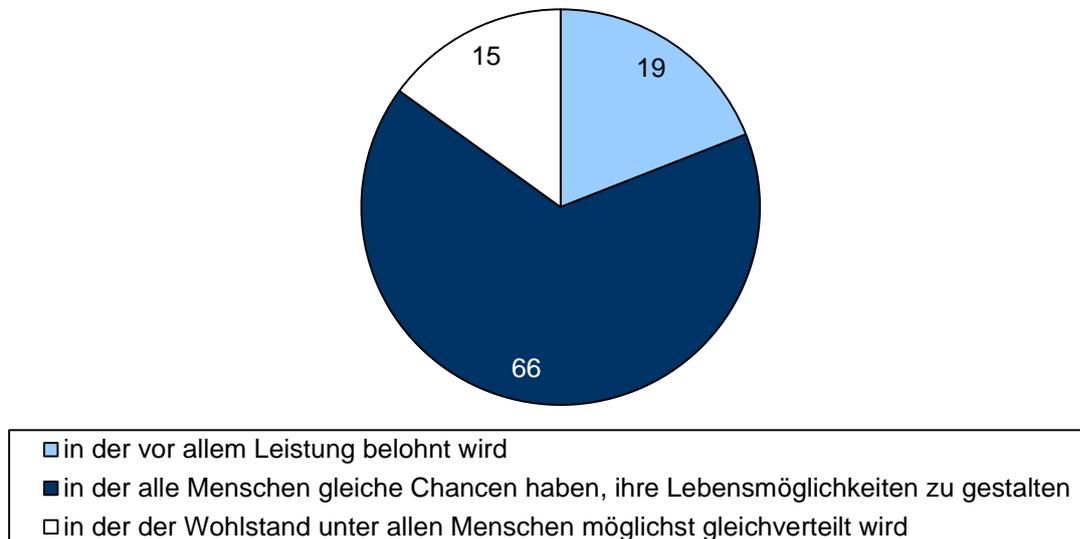
4. Grundlegende Werte und Gesellschaftsbilder

4.1 Gerechtigkeitsvorstellungen

Ebenso wie die Lebenszufriedenheit hängt auch die Bewertung der gesellschaftlichen Ordnung erkennbar von wahrgenommenen und tatsächlichen Faktoren sozialer Begünstigung oder Benachteiligung, von Partizipationschancen bzw. der sozio-ökonomischen Situation ab. Präferenzen und Bewertungen von Sozial- und Wirtschaftsordnungen und Ansprüche bzw. Erwartungen hinsichtlich sozialpolitischer Handlungsziele variieren also nach Lebenslagen und Sozialmilieus, die wiederum stark mit der Erwerbstätigkeit, den Berufsfeldern, der Bildung – also Bestimmungsgrößen sozialer Ungleichheit – korrespondieren. Doch im Zusammenhang mit Sozialisations- und Reifungsprozessen sowie gesellschaftlichen Entwicklungen, die eine Veränderung individueller Einstellungen und

normativer Orientierungen mit sich bringen, können zusätzlich Variablen wie das Alter und das Geschlecht eine Rolle spielen.

Abb. 50: *Vorstellungen einer „gerechten“ Gesellschaft*
(in Prozent)

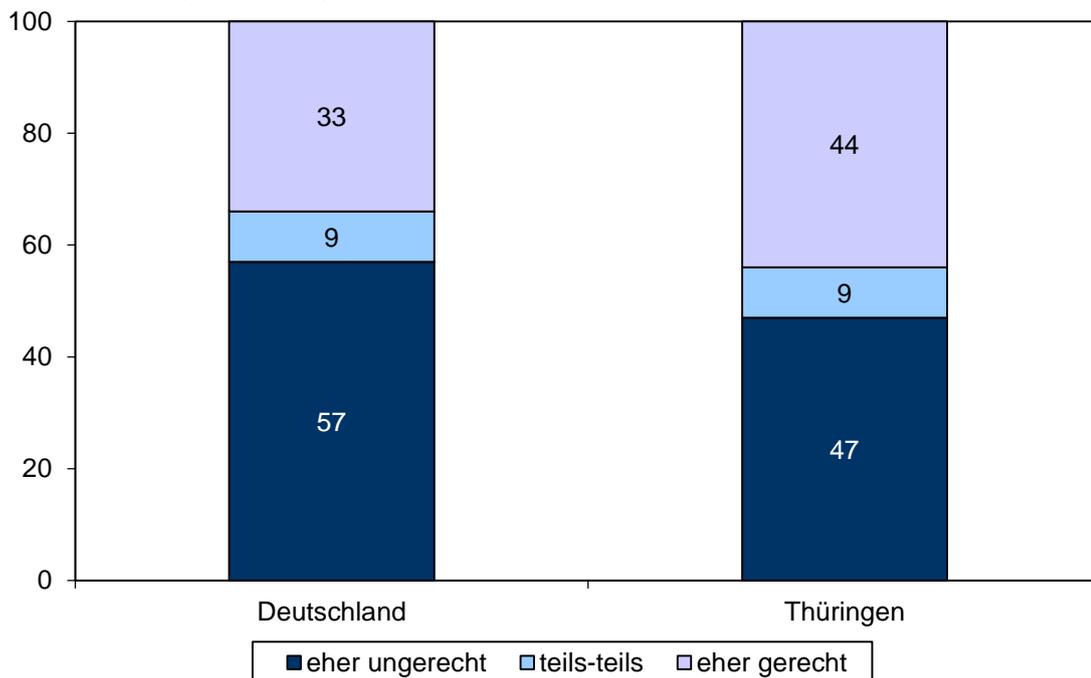


Unter einer gerechten Gesellschaft (Abb. 50, vgl. Best et al. 2010: 22f.) verstehen zwei Drittel der Thüringer Bevölkerung eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleiche Chance haben, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten. 19 Prozent hingegen verstehen darunter eine Gesellschaft, in der vor allem Leistung belohnt wird, nur 15 Prozent finden, in einer gerechten Gesellschaft solle möglichst eine Gleichverteilung des Wohlstandes stattfinden. Männer präferieren (unabhängig von Bildung und Alter) Leistungsgerechtigkeit häufiger als Frauen, Frauen etwas häufiger die Gleichverteilungsgerechtigkeit (Zu den unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzepten und den Indikatoren vgl. IW Köln 2013). Weiterhin markant ist die Präferenz der Leistungsgerechtigkeit bei 25 Prozent der Erwerbstätigen gegenüber zwölf bis 14 Prozent der Nichterwerbstätigen und Auszubildenden sowie die häufige Präferenz der Verteilungsgerechtigkeit durch geringqualifizierte Erwerbstätige, die in der Alterskohorte der 25- bis 34-Jährigen stark vertreten sind. Hingegen präferieren 76 Prozent aller Arbeitslosen die Chancengerechtigkeit (und nur 57 Prozent der Erwerbstätigen); auf ihre eigenen Chancen bezogen, fordern Arbeitslose mit diesem Antwortverhalten implizit ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt ein.

Dies steht im Zusammenhang mit der Einschätzung von 75 Prozent der Arbeitslosen, in unserer Gesellschaftsordnung in Deutschland gehe es eher ungerecht als gerecht zu, eine Einschätzung, die auch von 73 Prozent der Arbeiter_innen und von 57 Prozent aller Befragten geteilt wird (Abb. 51). Mit höherer Bildung und etablierterer Berufsposition der Befragten steigen die Anteile derer, die die Gesellschaftsordnung als eher gerecht bewerten. Hochschulabsolvent_innen tun dies zu 45 Prozent, Selbstständige und Freiberufler_innen sogar zu 48 Prozent (Abb. 52). Dennoch ist das Ausmaß, in dem die Befragten soziale Ungerechtigkeit in Deutschland wahrnehmen, groß. Die soziale Gerechtigkeit in Thüringen wird hingegen günstiger bewertet: Zwar geht auch hier fast die Hälfte der Befragten davon aus, dass es eher ungerecht zugehe, gerade aber die

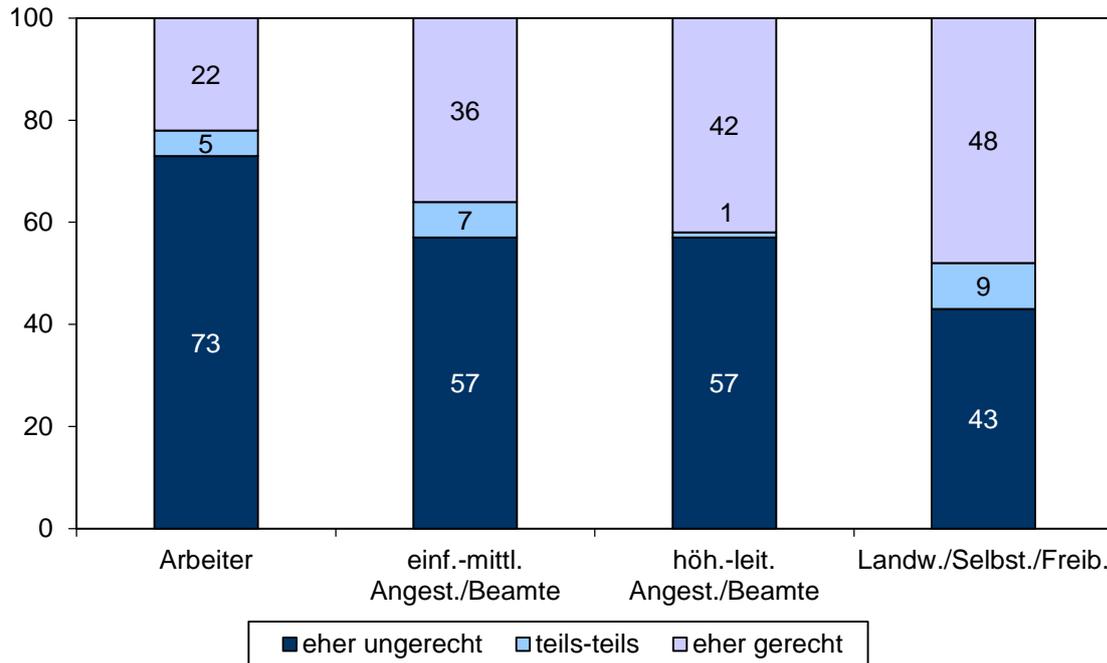
Arbeitslosen nehmen mit 53 Prozent eine vergleichsweise nur leicht negativere Einschätzung vor. Erneut sind es Personen mit hohen Bildungsabschlüssen und Berufsstatus, die die soziale Gerechtigkeit im Freistaat vergleichsweise positiver einschätzen. Allerdings nehmen deutlich über die Hälfte der leitenden Angestellten und Beamten eine kritische Haltung zur Gerechtigkeit im Freistaat ein, ebensoviele wie in Bezug auf die Gerechtigkeit in Deutschland, wo der Wert allerdings kein überdurchschnittlicher war. Gut die Hälfte der Rentner_innen und Pensionär_innen wiederum urteilt positiv über die Gerechtigkeit in Thüringen; ein Wert, der nur noch durch 60 Prozent der Auszubildenden übertroffen wird.

Abb. 51: *Gerechtigkeit der Gesellschaft in Deutschland und in Thüringen*
(in Prozent)



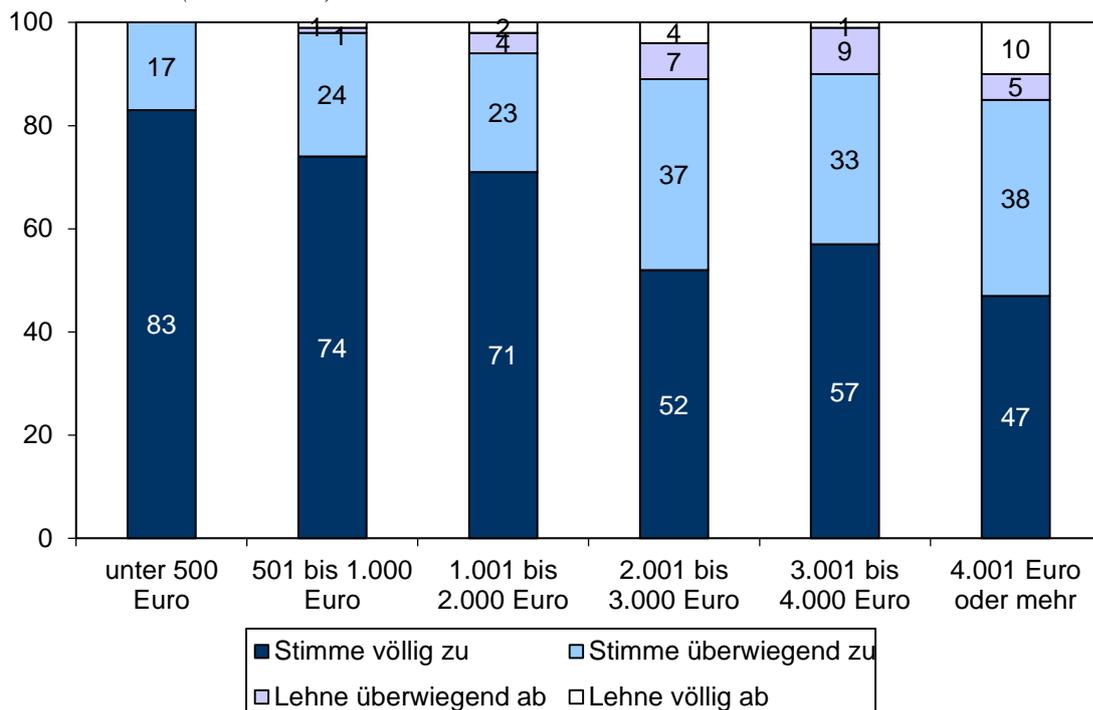
Festzuhalten ist, dass unterschiedliche soziale Gruppen im Freistaat die Gerechtigkeit in Deutschland und in Thüringen nicht nur nach einer allgemeinen Einschätzung gesellschaftlicher Zustände oder Entwicklungen vornehmen, sondern im Filter ihrer eigenen Lebenssituation bzw. der Lebenssituation derer, die der eigenen Sozialkategorie entsprechen und für die sich unterschiedliche Begünstigungs- und Benachteiligungsstrukturen in unserer Gesellschaft bieten. Gegenüber der Befragung zum THÜRINGEN-MONITOR 2008 wird die Einschätzung, in der deutschen Gesellschaft ginge es eher gerecht zu, 2013 von deutlich mehr Thüringer_innen geteilt. Damals meinten 19 Prozent, die Gesellschaft sei eher gerecht, sieben Prozent meinten, „teils-teils“, und 74 Prozent meinten, sie sei eher ungerecht. Diese Werte entsprachen auch ungefähr den Verteilungen zu früheren Erfassungszeitpunkten 2003 bis 2007. Es hat seit 2008 also eine Neubewertung der sozialen Gerechtigkeit stattgefunden, wobei unklar ist, ob die veränderten Wahrnehmungen einer veränderten Realsituation zuzurechnen sind.

Abb. 52: Gerechtigkeit der Gesellschaft in Deutschland nach Berufsgruppe (in Prozent)



Eng verbunden mit der Chancengerechtigkeit ist die Frage, ob mehr dafür getan werden sollte, dass junge Leute aus sozial schwachen Familien studieren. Diese Einschätzung ist abhängig vom Haushaltseinkommen (Abb. 53), aber unabhängig davon, ob die Befragten selbst Kinder haben bzw. wie viele Kinder sie haben. Nur sieben Prozent der Befragten lehnen die Aussage ab, wobei unter höheren oder leitenden Angestellten und Beamten 15 Prozent gegen eine solche Förderung sind, unter den Selbstständigen elf Prozent.

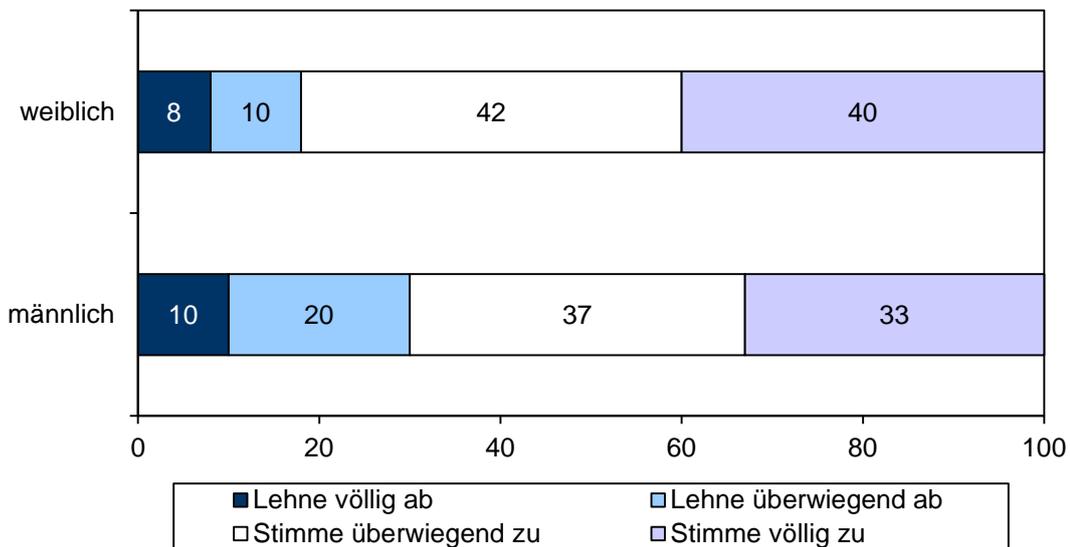
Abb. 53: Einschätzung: „Es muss mehr dafür getan werden, dass junge Leute aus sozial schwachen Familien studieren.“ nach Haushaltseinkommen (in Prozent)



4.2 Ökologie und Nachhaltigkeit

Umweltbewusstes, ressourcenschonendes individuelles und kollektives Handeln ist maßgeblich für unser aller Lebensbedingungen im 21. Jahrhundert. Umwelt und Natur sind wichtige Kollektivgüter, die von der Mehrheit der Bevölkerung als solche geschätzt werden. Jede_r kann durch ökologisch bewussten, nachhaltigen Konsum einen Beitrag zur Erhaltung und Schonung der Umwelt leisten, allerdings stehen dem sich daraus ergebenden kollektiven Nutzen teilweise erhebliche individuelle Mehrkosten gegenüber. Ökologisch erzeugte Lebensmittel beispielsweise sind durchschnittlich teurer als Produkte der konventionellen Landwirtschaft; private Haushalte klagen nach dem Ausstieg aus der Atomkraft zunehmend über die Erhöhung der Strompreise, unabhängig ob nun tatsächlich für „grünen“ Strom oder für Strom aus den auslaufenden Kernkraftwerken und Braunkohleheizkraftwerken. Für weniger umweltbelastende Produkte sind die Thüringer_innen indes durchaus bereit, höhere Preise zu zahlen: 76 Prozent aller Befragten stimmen überwiegend oder ganz zu. Im THÜRINGEN-MONITOR 2008 waren es übrigens erst 60 Prozent; eine allmähliche Bewusstseinsänderung ist also erkennbar. (Nur insgesamt 15 Prozent der Befragten 2008 meinten, das Wirtschaftswachstum sei wichtiger als die Umwelt; 2013 wurde diese Frage nicht gestellt.) Die Neigung zum umweltbewussten Konsum auch unter in Kaufnahme finanzieller Nachteile ist bei den jüngeren Alterkohorten stärker ausgeprägt als bei den älteren, Frauen stimmen deutlich häufiger zu als Männer (Abb. 54), und auch bei Arbeitslosen liegt mit 82 Prozent die Zustimmung über dem Durchschnittswert.

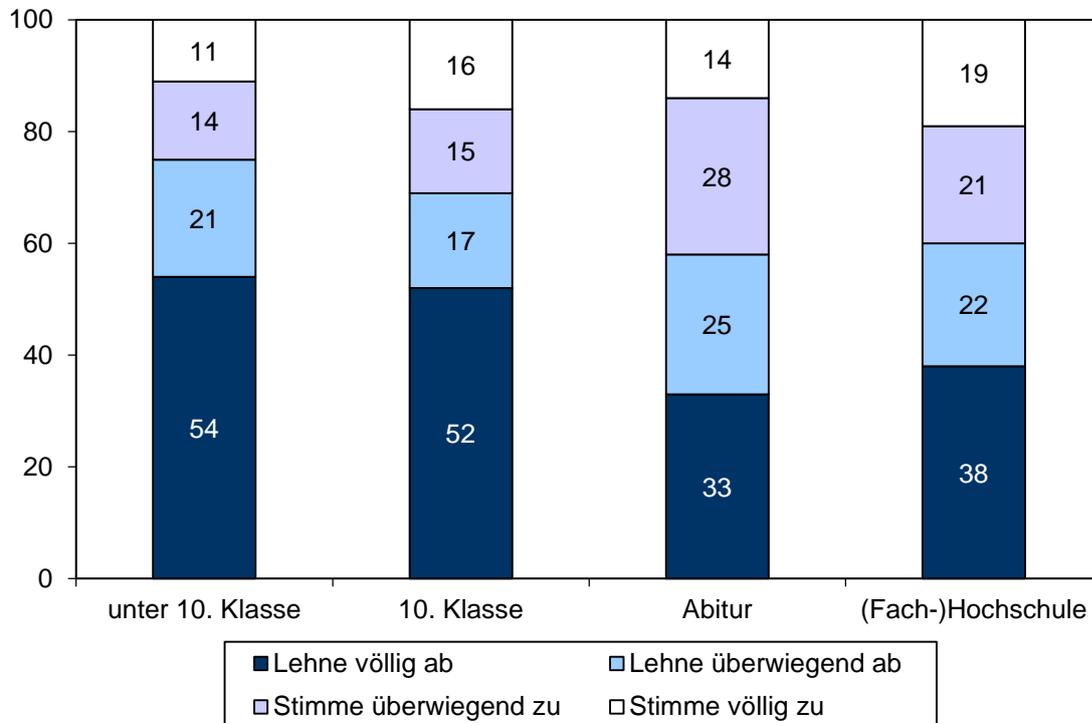
Abb. 54: *Bereitschaft, für weniger umweltbelastende Produkte höhere Preise zu zahlen nach Geschlecht (in Prozent)*



Etwas höher ist die Ablehnung hingegen bei einfachen oder mittleren Angestellten und Beamten, von denen 31 Prozent überwiegend ablehnen oder völlig ablehnen, höhere Preise zahlen zu wollen. Keinen Zusammenhang gibt es mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen, der Berufsgruppe oder der Bildung. Bei ökologischem Bewusstsein, das die

Notwendigkeit ökonomischer Einschränkungen beachtet, handelt es sich also um eine universelle Einstellung im Zeichen des gesellschaftlichen Wertewandels.

Abb. 55: Bereitschaft, aufgrund der Energiewende höhere Strompreise zu zahlen
(in Prozent)

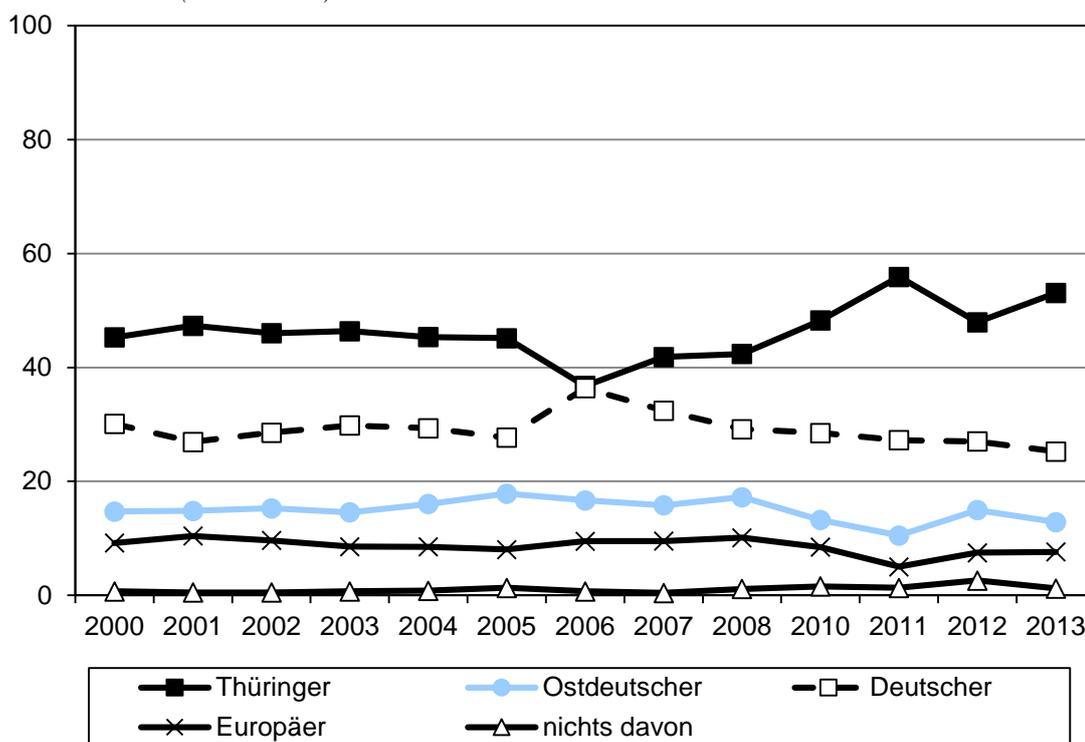


Die konkretere Bereitschaft, aufgrund der Energiewende höhere Strompreise zu zahlen, ist dagegen deutlich anders ausgeprägt. Hier wird weit überwiegend (69 Prozent) eine ablehnende Haltung zum Ausdruck gebracht. Lediglich jüngere Befragte sind eher bereit als ältere, für die Energiewende höhere Strompreise in Kauf zu nehmen. Zwischen den Geschlechtern, Erwerbstätigen und Berufsgruppen bestehen keine wesentlichen Unterschiede, allerdings steigt die Bereitschaft geringfügig mit dem verfügbarem Einkommen und deutlich mit dem Bildungsgrad (Abb. 55). Zwischen den beiden diskutierten Einstellungen zu Aspekten des Konsumverhaltens und der Ökologie existiert nur ein moderater statistischer Zusammenhang, was einfach heißt, dass zu einem großen Teil nicht die gleichen Thüringer_innen beiden Fragen gleichzeitig zugestimmt haben. Es gibt also viele, die für umweltschonende Produkte mehr zahlen würden, für Ökostrom aber nicht bzw. umgekehrt. Immerhin sind aber 27 Prozent der Befragten mehr oder weniger zu *beiden* Verhaltensweisen bereit. Mit der Bewertung der Umweltbedingungen in Thüringen und in der Umgebung der Befragten besteht kein Zusammenhang. Hohe ökologische Konsumorientierung wird also nicht durch eine negative Wahrnehmung der Umweltbedingungen erzeugt. Vielmehr zeigt sich, dass man sich ökologisches Bewusstsein nicht – wie oftmals behauptet wird – „vor allem erst einmal leisten können“ muss, sondern dass eine bildungsinduzierte und dem Wertewandel unterliegende Werthaltung mitverantwortlich ist: im Sinne der Einsicht in die Notwendigkeit. Und dass Ökoprodukte und grüne Energie möglichst *nicht* teuer sein sollten, um *von der ganzen Bevölkerung* noch lieber gekauft bzw. bezahlt zu werden, steht ohnehin außer Frage.

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

Nahezu ein Vierteljahrhundert nach dem demokratischen Umbruch in der DDR ist die repräsentative Demokratie als Institutionenordnung in Thüringen etabliert. Die Grundsätze des Verfassungsstaates mit der Garantie demokratischer Grund- und bürgerlicher Partizipationsrechte, das Legalitätsprinzip und die öffentliche Kontrolle der Verwaltung gelten unbestritten, auch wenn die Praxis ihrer Anwendung immer wieder Gegenstand politischer Kontroversen sein mag. Ebenso findet die föderale Ordnung der Bundesrepublik ein hohes Maß an Akzeptanz. Der Freistaat ist mit Abstand und einem seit Mitte des letzten Jahrzehnts wieder zunehmenden Anteilswert die bevorzugte räumliche Bezugs Ebene kollektiver Identifikation der Thüringer Bevölkerung (Abb. 56):

Abb. 56: *Identifikation, 2000–2013*
(in Prozent)



53 Prozent der Befragten sehen sich 2013 in erster Linie als Thüringer_innen, 25 Prozent als Deutsche, 15 Prozent als Ostdeutsche und nur acht Prozent als Europäer_innen. Auch wenn die Identifikation mit Thüringen nicht als Bekenntnis zur Landesverfassung gewertet werden darf, so drückt sie doch eine positiv besetzte Gefühlsbindung und Nahbeziehung zu einem demokratisch verfassten politischen Gebilde aus. Auch dies kann die demokratische Ordnung legitimieren und ihr in der Bevölkerung Zustimmung verleihen. Hier ist ein auf die politische Region bezogenes Heimatgefühl von besonderer Bedeutung, denn es sind vor allem die am wenigsten Gebildeten (59 Prozent, vgl. Abb. 57) und die Arbeitslosen (76 Prozent), die sich in erster Linie als Thüringer_innen fühlen. Auf der anderen Seite kann eine lebendige politische Kultur eines demokratischen Gemeinwesens

nicht allein auf Gefühlswerten gründen. Darüber hinaus bedarf es der Annahme grundlegender Prinzipien der Demokratie, des Vertrauens in ihre Institutionen sowie des Interesses und der Beteiligung der Bürger_innen an politischen Prozessen. Wie es darum in Thüringen bestellt ist, wird auf den folgenden Seiten dargelegt.

Abb. 57: Identifikation nach Bildung
(in Prozent)

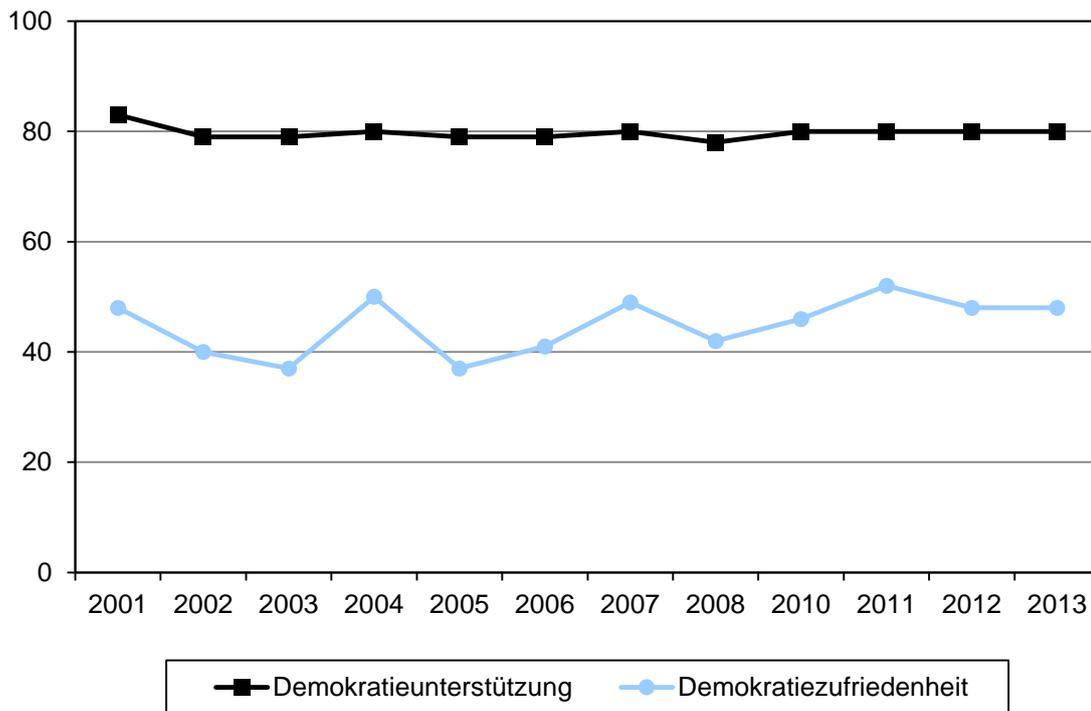
Identifikation	Bildung				Gesamt
	unter 10. Klasse	10. Klasse	Abitur	(Fach-) Hochschule	
Thüringer_in	59	58	33	38	53
Ostdeutsche_r	11	13	14	15	13
Deutsche_r	23	22	39	30	25
Europäer_in	7	5	13	15	8
nichts davon	0	2	1	2	1
Gesamt	100	100	100	100	100

1. Einstellungen zur Demokratie und politische Präferenzen

Seit Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr 2000 stimmen unverändert etwa vier von fünf der Befragten der Aussage zu, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen sei (Abb. 58). Ein hohes Maß der Demokratieunterstützung – dafür ist die positive Bewertung der Demokratie als Staatsidee ein Standardindikator – kann damit als eine Konstante der politischen Kultur in Thüringen angesehen werden. Auf der anderen Seite hat die Stabilität und relative Krisenfestigkeit der deutschen Demokratie und ihrer Thüringer Filiale aber auch nicht dazu beigetragen, das Ausmaß der Demokratieunterstützung im Freistaat zu erhöhen. Bei bestimmten Berufskategorien wie Arbeiter_innen oder Selbstständigen steigt der Anteilswert der Demokratieskeptiker_innen auf ca. ein Viertel der Befragten, was darauf hindeutet, dass das Ausmaß der Demokratieunterstützung von der gesellschaftlichen Stellung beeinflusst wird und bei jenen Kategorien von Befragten schwächer ist, die sich in staatlichen Umverteilungsprozessen benachteiligt fühlen. Dieser Zusammenhang ist allerdings wenig ausgeprägt und die soziale Lage der Befragten leistet insgesamt keinen großen Erklärungsbeitrag zum Ausmaß ihrer Demokratieunterstützung. Dazu mag auch beitragen, dass nach der Demokratie als Staatsidee allgemein, abstrakt und ohne eine Alternative zu nennen, gefragt wurde. Konfrontiert man die Befragten mit dem politischen Ordnungsmodell einer Diktatur im „nationalen Interesse“, so stimmen zwölf Prozent zu, dass dies „unter bestimmten Umständen“ die bessere Staatsform sei. Dieser Anteilswert steigt auf 20 Prozent bei den Arbeitslosen. Auch hier gilt aber umgekehrt, dass keine soziale Gruppe immun gegenüber Anwendungen der Diktaturaffinität ist und Unterschiede zwischen soziodemographischen Gruppen nicht sehr ausgeprägt sind. Kombiniert man beide Fragen, steigt der Anteil der Befragten, die diktaturaffin sind und/oder der Demokratie als Staatsidee fernstehen, auf 26 Prozent. Es

gibt also eine große und im Zeitvergleich stabile Minderheit in der Thüringer Bevölkerung, die zumindest Vorbehalte gegenüber der Demokratie als Staatsidee hat oder sogar ausdrücklich eine Diktatur befürwortet. Unsere Befunde zeigen, dass man nicht auf ein „Aussterben“ dieser Orientierungen hoffen darf: Jüngere Alterskohorten weisen Anteilswerte nahe dem Durchschnitt auf, im Fall der 25- bis 34-Jährigen sind sie sogar erhöht.

Abb. 58: *Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2013*
(in Prozent)



Deutlich stärker als mit der sozialen Lage der Befragten sind Demokratiefindlichkeit und mangelnde Demokratieunterstützung mit der Bewertung der Diktaturepochen der deutschen Geschichte assoziiert. Während insgesamt 20 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, dass der Nationalsozialismus auch seine „guten Seiten“ hatte, sind es unter denen, die unter Umständen eine Diktatur für die bessere Staatsform halten, 57 Prozent. Insgesamt stimmen 52 Prozent der Aussage zu, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte, aber 81 Prozent derjenigen, die unter Umständen eine Diktatur befürworten. 20 Prozent aller Befragten, aber 51 Prozent der diktaturaffinen Befragten wollen zur „sozialistischen Ordnung“ zurückkehren (Abb. 59).

Ähnliche, wenn auch weniger prägnante Prozentsatzdifferenzen treten im Zusammenhang mit mangelnder Demokratieunterstützung auf: DDR-Nostalgie, Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung sind besonders stark bei den Befragten ausgeprägt, die die Demokratie nicht für die beste Staatsidee halten (Abb. 60). Positive Bewertungen des Nationalsozialismus, der DDR und der sozialistischen Ordnung sind ihrerseits wieder miteinander positiv verbunden, womit sie Facetten eines gegenüber der Demokratie distanzierten bis feindlichen Einstellungssyndroms bilden, das durch eine positive Bewertung der deutschen Diktaturvergangenheit in ihrer nationalsozialistischen und kommunistischen Ausprägung geprägt ist.

Abb. 59: *Bewertung von Diktaturepochen nach Diktaturaffinität*
(in Prozent)

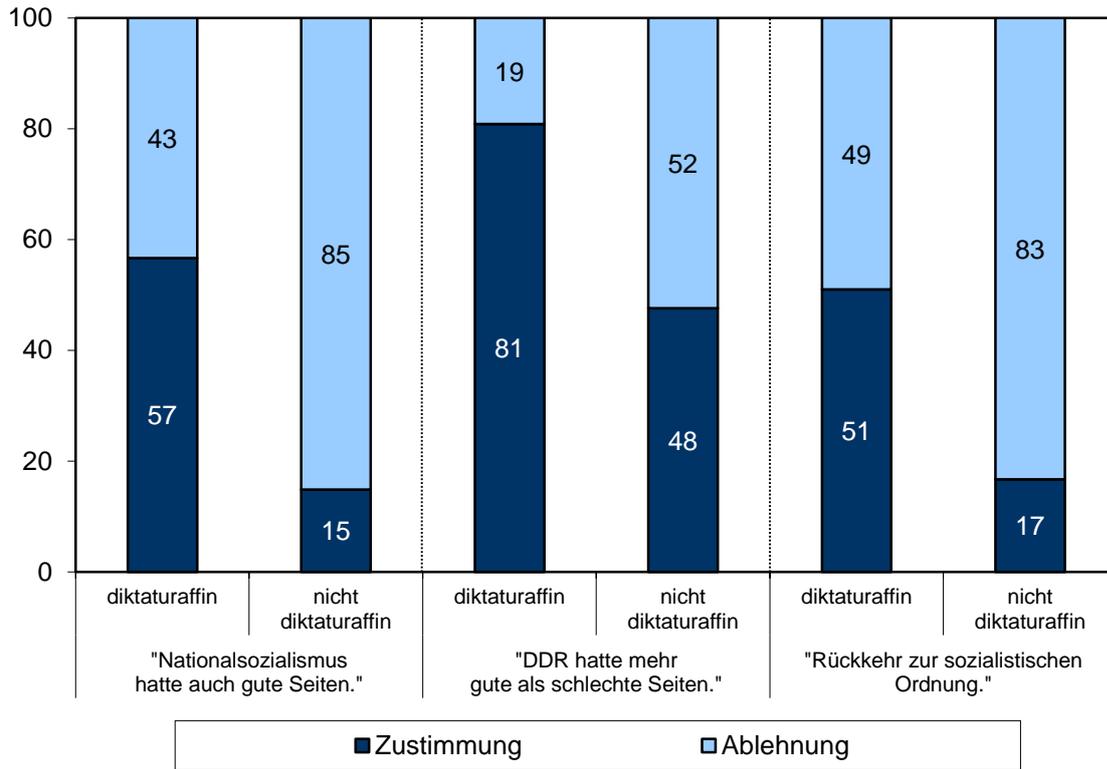
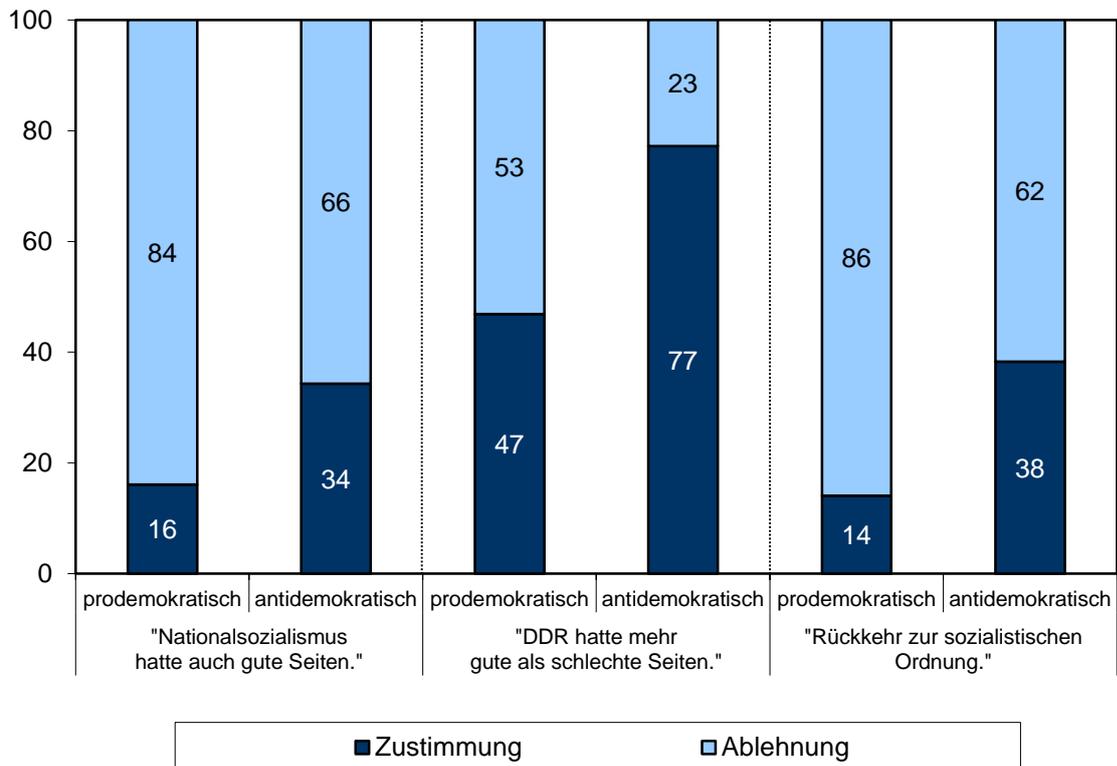
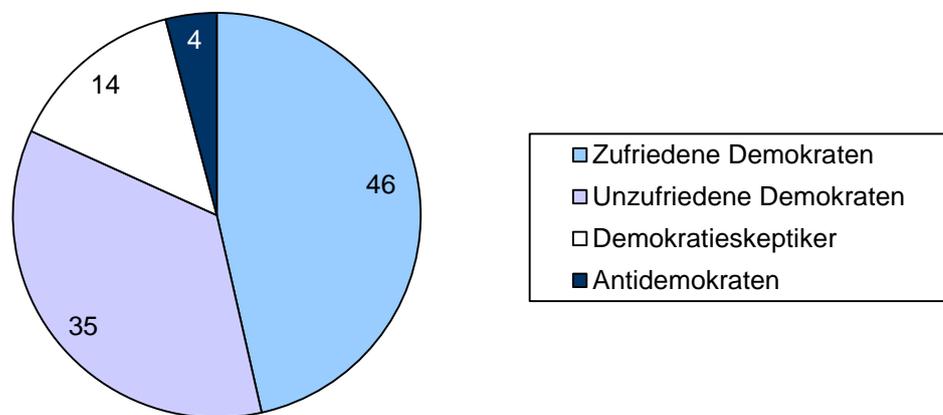


Abb. 60: *Bewertung von Diktaturepochen nach Demokratieunterstützung*
(in Prozent)



Zwar sind Diktaturaffinität und Demokratieskepsis Positionen, die nur von ungefähr einem Viertel der Befragten eingenommen werden, doch finden sie insbesondere über positive Bewertungen der Diktaturvergangenheit der DDR Anknüpfungspunkte in der Mitte der Gesellschaft. Da die Demokratieunterstützung und die Einstellung zur Diktatur nur schwach sozialstrukturell verankert sind und stärker in Projektionen der deutschen Diktaturvergangenheit gründen, ist auch bei den Geschichtsbildern sinnvoll anzusetzen, wenn man die Unterstützung der demokratischen Ordnung fördern will. Dabei ist zu bedenken, dass sich in den beiden jüngsten im THÜRINGEN-MONITOR befragten Alterskohorten 20 Prozent der Befragten zu einem Urteil über die DDR außerstande sehen und hier der Anteil derjenigen, die am Nationalsozialismus auch gute Seiten sehen, überdurchschnittlich hoch ist.

Abb. 61: *Demokratietypen⁵*
(in Prozent)

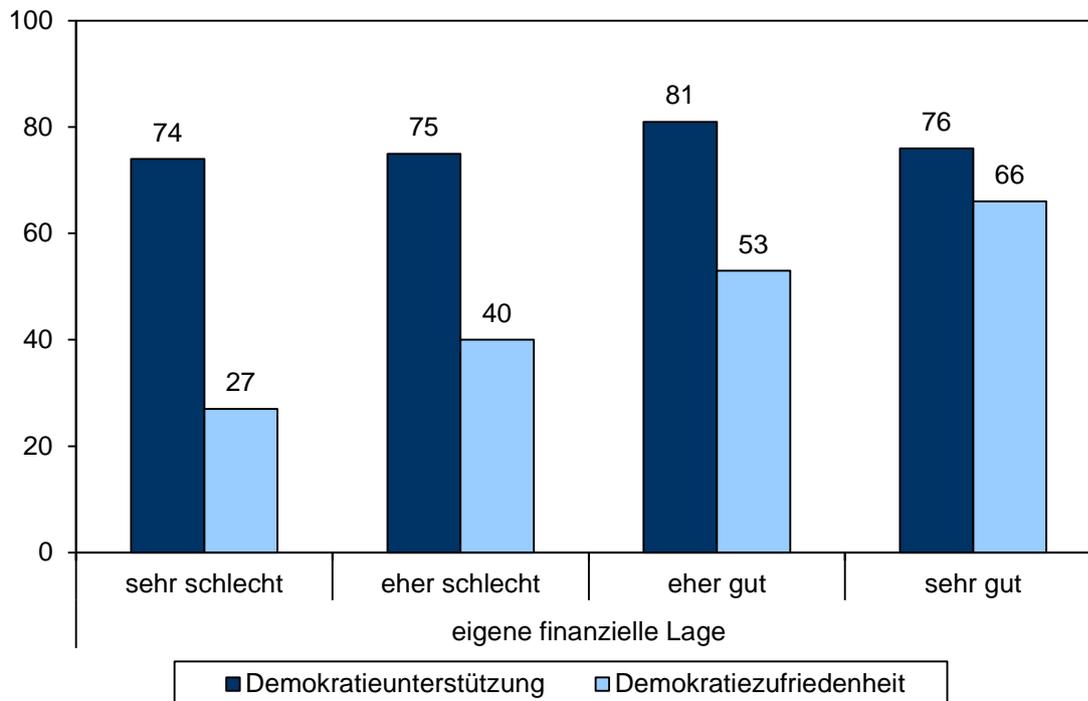


Deutlich kritischer als die Haltung der Befragten gegenüber der Demokratie als Staatsidee ist ihre Bewertung der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ (Demokratiezufriedenheit). Hier ist nur etwa die Hälfte der Befragten zufrieden. Der Wert für das Jahr 2013 liegt damit annähernd auf dem Niveau des Vorjahres. Ein Rückblick auf frühere Erhebungsjahre zeigt aber, dass die Demokratiezufriedenheit stärker fluktuiert als die Demokratieunterstützung und trendhaften Veränderungen unterliegt. Seit der Mitte des letzten Jahrzehnts hat der Anteil der mit der Demokratie zufriedenen Befragten in Thüringen von knapp unter 40 Prozent auf nunmehr 46 Prozent zugenommen (Abb. 61). Wir vermuten hier einen Zusammenhang mit der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der in Deutschland relativ erfolgreichen Bewältigung der internationalen Finanzmarktkrise. Allgemein gilt, dass Demokratiezufriedenheit stärker als die Demokratieunterstützung vom „Output“ des politischen Systems abhängt. Individuell gibt es einen deutlichen Zusammenhang der Beurteilung der demokratischen Praxis mit dem

⁵ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als Staatsform bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedener Demokraten“. Analog unterscheiden sich „unzufriedene Demokraten“ hiervon lediglich in ihrer negativen Bewertung des Funktionierens der Demokratie. „Antidemokraten“ hingegen stehen der Idee der Demokratie ablehnend gegenüber und bejahen stattdessen die Diktatur. Wer sowohl die Demokratie unterstützt, aber gleichzeitig die Möglichkeit einer nationalen Diktatur befürwortet, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten.

finanziellen Wohlergehen der Befragten, der wiederum nicht bei der Demokratieunterstützung auftritt.

Abb. 62: *Demokratiebewertung nach eigener finanzieller Lage*
(in Prozent)



Die im Vergleich zur Demokratiezufriedenheit höhere Robustheit der Demokratieunterstützung gegenüber den Einflüssen wirtschaftlicher Schwankungen und der individuellen wirtschaftlichen Lage (Abb. 62) ist sicherlich ein stabilisierender Faktor für den Verfassungsstaat, doch sollten die erheblichen Gefahrenpotenziale nicht übersehen werden, die aus der fortbestehenden kritischen Haltung eines großen Teils der Bevölkerung gegenüber der demokratischen Praxis und der ideologischen Distanz gegenüber der Demokratie als Staatsidee resultieren. Weniger als die Hälfte der Befragten sind „zufriedene Demokrat_innen“, die sowohl die Demokratie als Staatsidee befürworten als auch mit ihrer Praxis zufrieden sind. Ca. ein Drittel der Befragten unterstützt zwar die Demokratie als Staatsidee, ist aber mit ihrer Praxis unzufrieden und ca. ein Fünftel steht den Prinzipien und der Praxis der Demokratie distanziert oder gar feindlich gegenüber. Daraus folgt, dass die Zustimmung zur demokratischen Ordnung bei ca. einem Drittel der Befragten unter einem Bewährungsvorbehalt steht und es eine große Minderheit von ca. einem Fünftel gibt, die grundlegende und von einer positiven Sicht auf die deutsche Diktaturvergangenheit grundierte Vorbehalte hat. Der Werbung für die Demokratie durch Aufklärung und eine gute politische Praxis eröffnet sich also ein weites Feld.

Hier stellt sich allerdings das weitere Problem, dass im Hinblick auf die Grundwerte und Grundüberzeugungen, auf denen die politische Ordnung gründet und die in der politischen Praxis verwirklicht werden sollen, in der Bevölkerung keine Einigkeit besteht. Ein Dissens bei der Bewertung von Grundprinzipien, die der politischen und sozialen Ordnung unterlegt sind, zeigt sich beispielsweise in den Antworten auf die Frage, was wichtiger sei, Freiheit oder Gleichheit. Hier optiert eine deutliche Mehrheit für die Freiheit

Abb. 63: „Freiheit oder Gleichheit?“ nach Erwerbstätigkeit
(in Prozent)

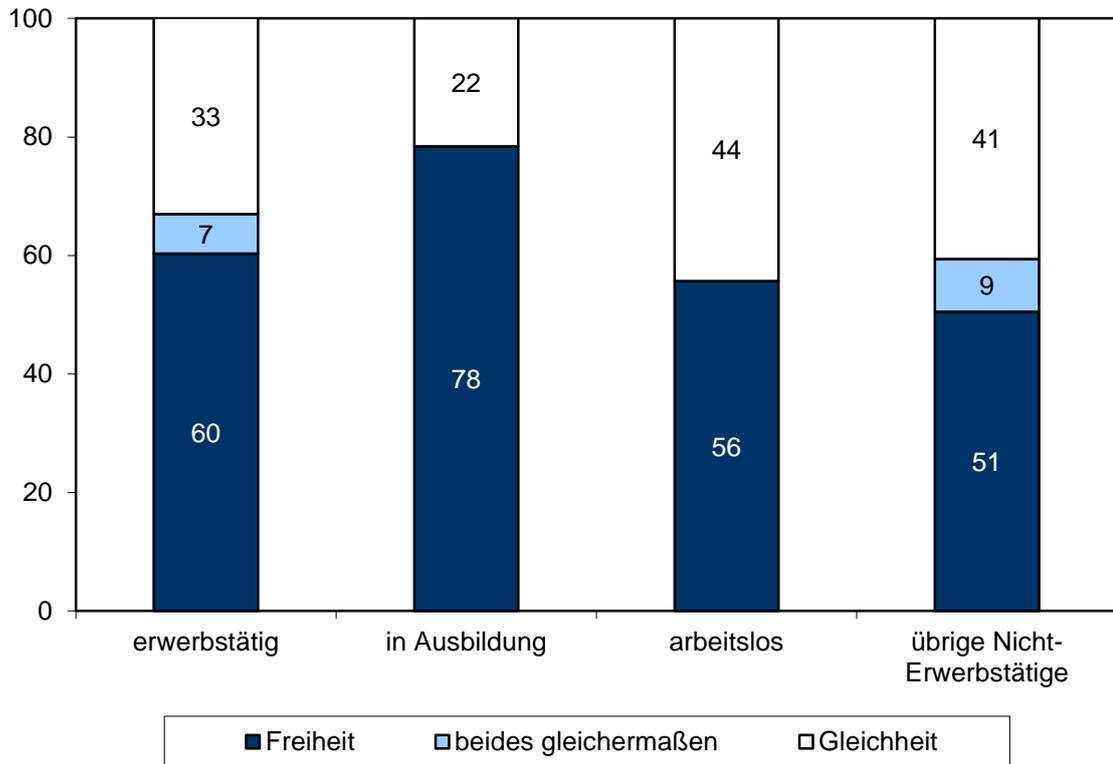
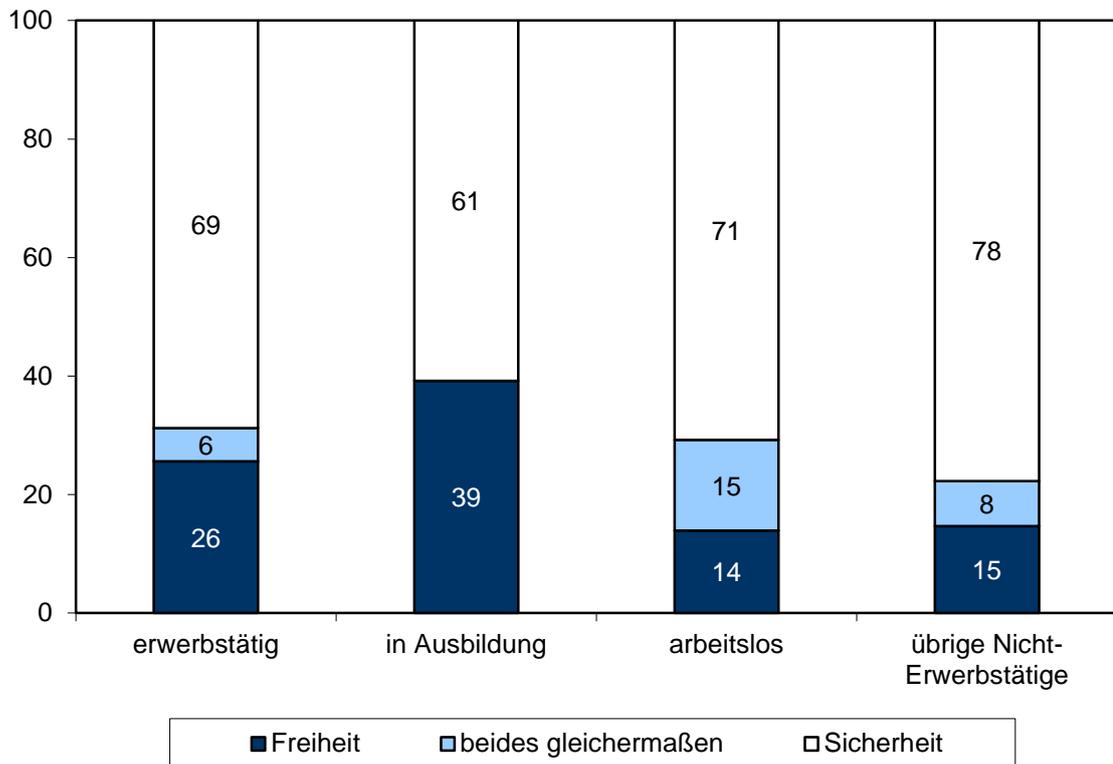
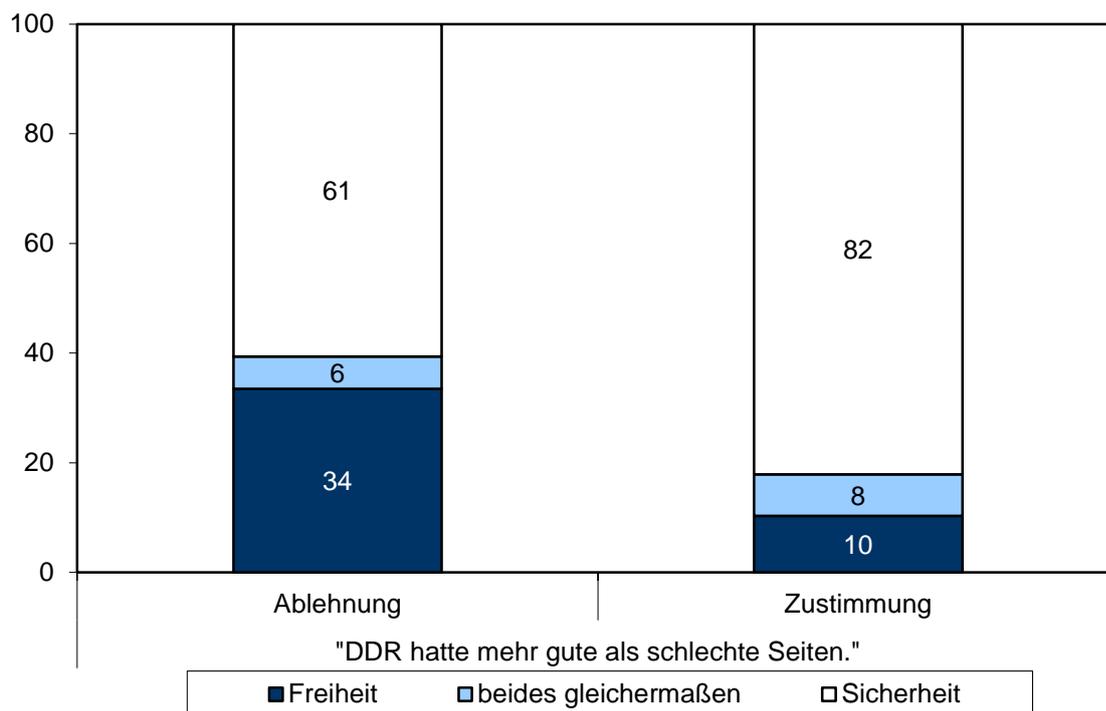


Abb. 64: „Freiheit oder Sicherheit?“ nach Erwerbstätigkeit
(in Prozent)



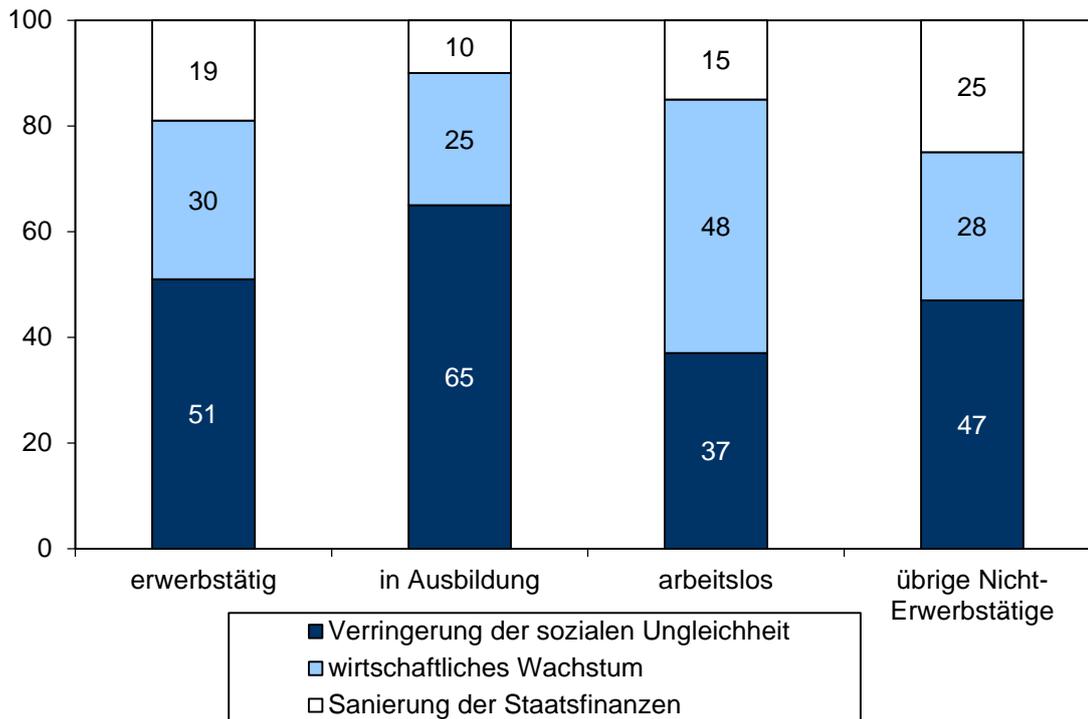
und nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten für Gleichheit. Der Rest blieb unentschieden. Die Mehrheit für die Freiheit hat in allen soziodemographischen Gruppen Bestand, auch wenn sie bei Männern, den Jüngeren, den Selbstständigen, den höheren und leitenden Angestellten und Beamten stärker ausgeprägt ist. Dennoch lassen sich die unterschiedlichen Präferenzen für die beiden Ordnungsmodelle nicht einfach Soziallagen zuordnen – etwa in der Weise, dass die gesellschaftlich Schwachen und vermeintlichen Gewinner_innen einer nivellierenden Umverteilungspolitik systematisch die Gleichheit bevorzugen. So optieren auch die Arbeitslosen mit einer Mehrheit, die nur knapp unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt, für die Freiheit (Abb. 63). Eine Umkehrung der Wertehierarchie zeigt sich, wenn die Befragten vor die Wahl zwischen Freiheit und Sicherheit gestellt werden (Abb. 64). Nun votiert nur noch jede_r Fünfte für Freiheit und deutlich über zwei Drittel stellen die Sicherheit an die erste Stelle. Auch hier sind die Gruppenunterschiede nicht sehr ausgeprägt und nur bei den Selbstständigen und den in Ausbildung Befindlichen steigt der Anteil derjenigen, die für die Freiheit optieren auf einen Wert um 40 Prozent. Die verhaltenen Reaktionen der Bevölkerung, wenn Freiheitsrechte mit der Begründung von Sicherheitsinteressen eingeschränkt werden, sind nach diesen Befunden einer in allen gesellschaftlichen Quartieren verbreiteten Präferenzordnung zuzuschreiben.

Abb. 65: „Freiheit oder Sicherheit?“ nach DDR-Bewertung
(in Prozent)



Auch ist zu vermuten, dass die positive Bewertung der DDR durch einen großen Teil der Bevölkerung dem Umstand zuzuschreiben ist, dass mit ihrem sozialen und politischen Regime „Sicherheit“ assoziiert wird (Abb. 65). Überführt man die Antwortmuster der einschlägigen Fragen des THÜRINGEN-MONITORS in eine Hierarchie der Werte, dann ergibt sich eine Rangfolge von Sicherheit – Freiheit – Gleichheit.

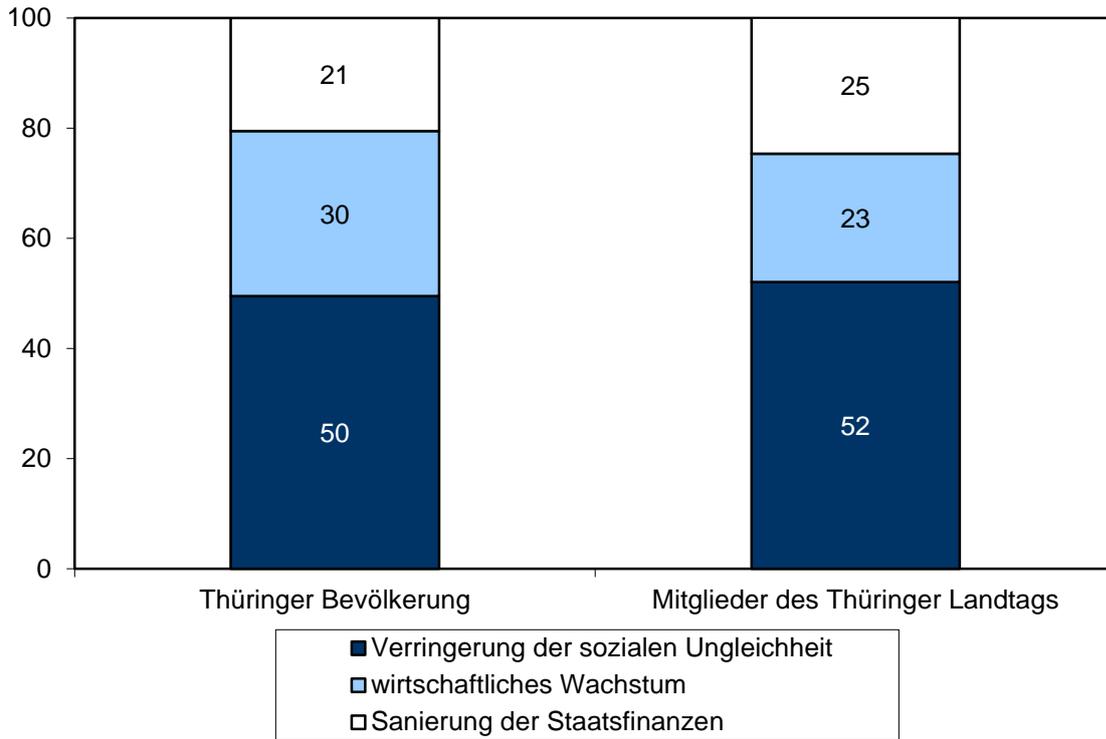
Abb. 66: *Präferenz von Politikzielen nach Erwerbstätigkeit*
(in Prozent)



Eine andere Präferenzordnung zeigt sich, wenn man die Befragten auffordert, aus den drei Politikzielen „Verringerung der sozialen Ungleichheit“, „Wirtschaftliches Wachstum“ und „Sanierung der Staatsfinanzen“ eine Rangordnung zu bilden. Jede_r Zweite votiert dann für die Verringerung der Ungleichheit, 30 Prozent für wirtschaftliches Wachstum und jeder Fünfte für die Sanierung der Staatsfinanzen. In allen soziodemographischen Gruppen steht die Verringerung der Ungleichheit an erster Stelle der drei Politikziele, mit alleiniger Ausnahme der Arbeitslosen, die mit einigem Abstand das Wirtschaftswachstum an die erste Stelle der politischen Ziele setzen (Abb. 66). Bei den Politikzielen wie auch bei der Frage nach den Gerechtigkeitsvorstellungen, bei denen sie zu den Gruppen mit höchster Zustimmung zur Chancengleichheit und der geringsten Zustimmung zur Verteilungsgleichheit als Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit zählen, zeigen die Arbeitslosen damit eine erstaunliche Distanz gegenüber Gleichheitsnormen und einer nivellierenden Sozialpolitik als Wertbezug und Orientierung politischen Handelns.

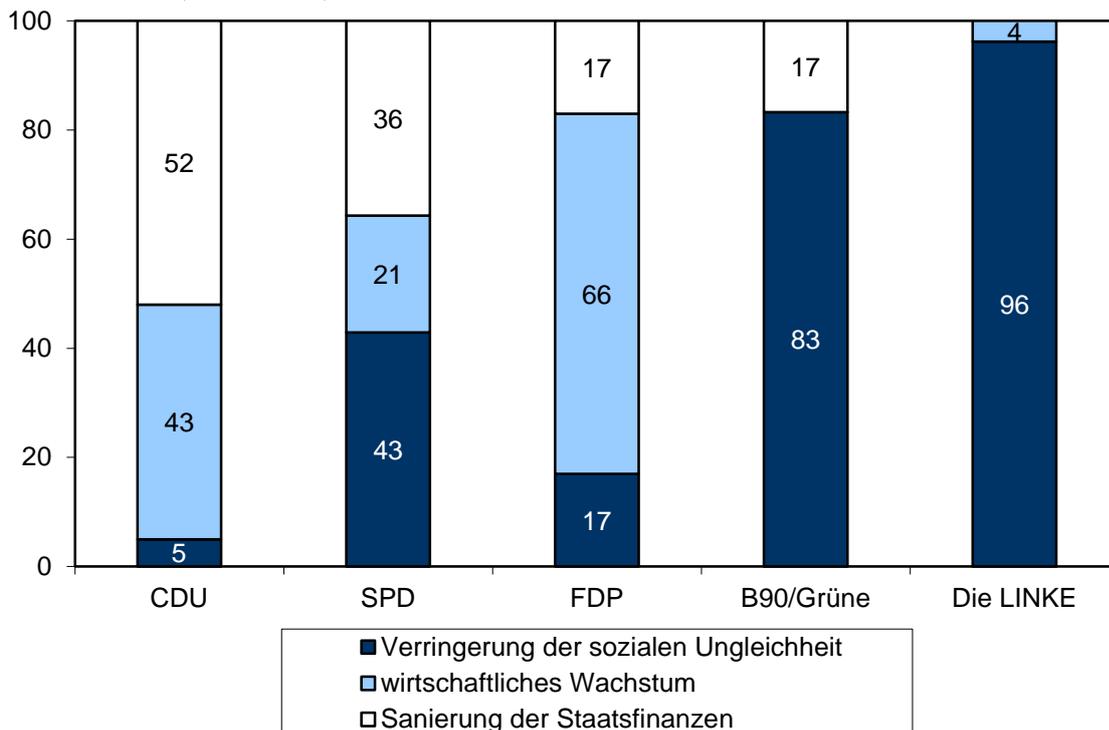
Die Frage nach der Präferenzordnung der Politikziele war 2010 auch den Abgeordneten des Thüringer Landtags gestellt worden (vgl. Best et al. 2010). Im Hinblick auf die Priorität für die „Verringerung der sozialen Ungleichheit“ zeigt sich hier eine nahezu punktgleiche Übereinstimmung mit dem Anteilswert der Thüringer Bevölkerung im Jahr 2013 (Abb. 67). „Wirtschaftliches Wachstum“ und die Sanierung der Staatsfinanzen“ werden jeweils von nahezu einem Viertel der Abgeordneten als politische Priorität genannt. In der Zusammenschau deutet die weitgehende Übereinstimmung zwischen Abgeordneten und der Bevölkerung auf eine enge Wechselbeziehung zwischen Repräsentant_innen und Repräsentierten im Hinblick auf die Vertretung wesentlicher Politikziele hin.

Abb. 67: *Präferenz von Politikzielen bei Bevölkerung (2013) und Mitgliedern des Thüringer Landtags (2010)*
(in Prozent)



Quelle: TM 2013, Jenaer Parlamentarierbefragung 2010 (N=73).

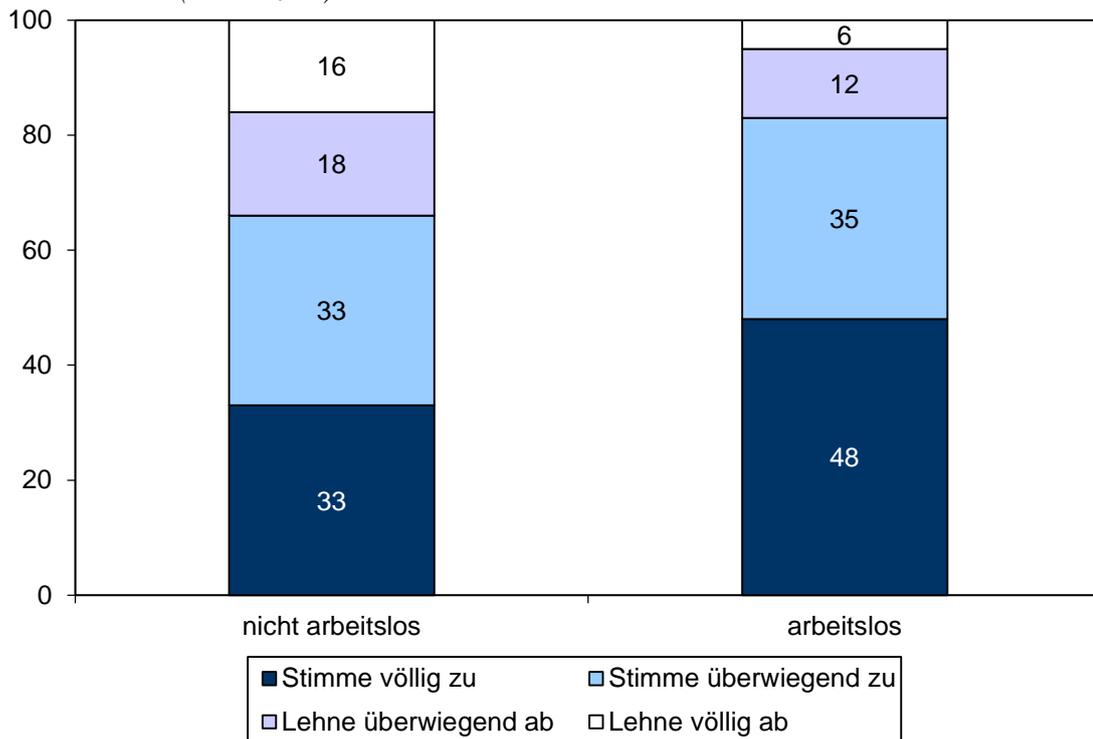
Abb. 68: *Präferenz von Politikzielen bei Mitgliedern des Thüringer Landtags nach Fraktionszugehörigkeit (2010)*
(in Prozent)



Quelle: Jenaer Parlamentarierbefragung 2010 (N=73).

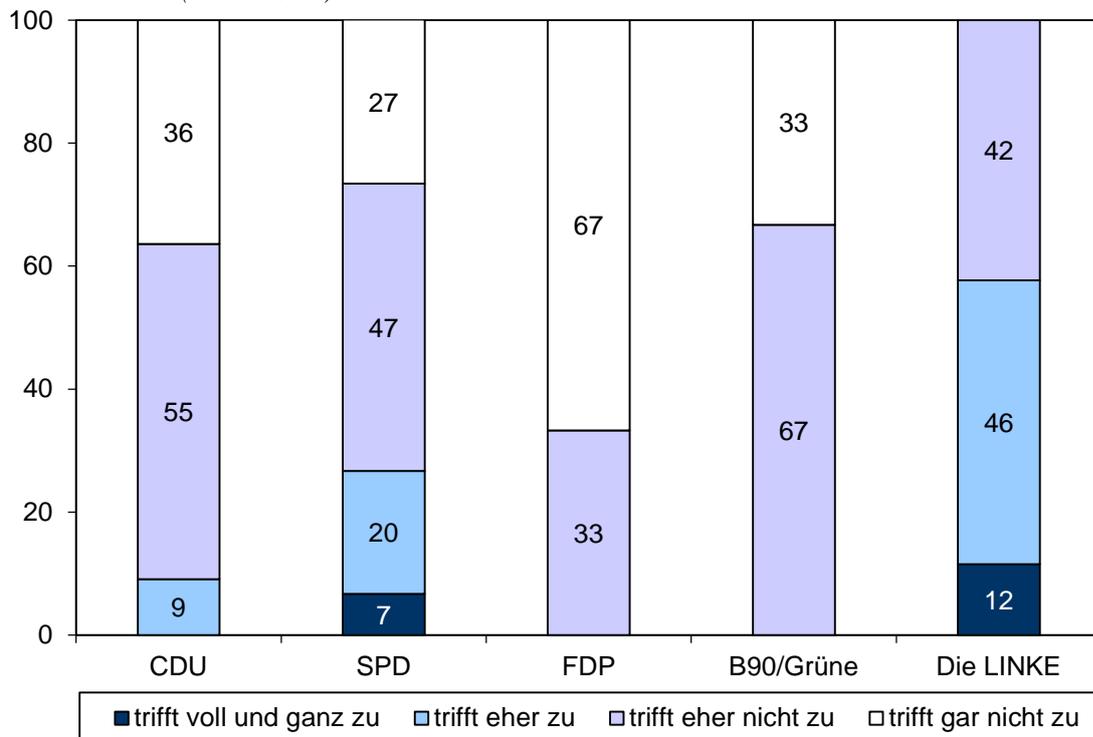
Diese Übereinstimmung gilt jedoch nur auf der Aggregatebene. Zwischen den Fraktionen unterscheidet sich die Prioritätenordnung der drei Politikziele markant, wobei bei der CDU die Sanierung der Staatsfinanzen, bei der FDP das Wachstum der Wirtschaft und bei der SPD, der LINKEN und Bündnis 90/die Grünen die Verringerung sozialer Ungleichheit an der Spitze standen (Abb. 68).

Abb. 69: *Einschätzung: „Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in erster Linie staatliche Aufgabe“ nach Erwerbstätigkeit (in Prozent)*



Die programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien, die heute die politische Debatte prägen, waren also bereits 2010 erkennbar. Auch wird deutlich, dass Unterschiede zwischen Bevölkerung und Politiker_innen weniger in der Unterstützung bestimmter Politikziele liegen, sie bestehen – wie wir bereits im THÜRINGEN-MONITOR des vergangenen Jahres gezeigt haben – vor allem in den Erwartungen daran, wie Politik betrieben werden soll und was Politik bewirken kann. Diese Abweichung zeigt sich deutlich bei den Antworten auf die Frage, ob die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in erster Linie eine staatliche Aufgabe sei. Dieser Aussage stimmen 67 Prozent der befragten Bürger_innen (bei einem signifikant erhöhten Anteil unter arbeitslosen Befragten, Abb. 69) zu, aber nur 28 Prozent der Abgeordneten des Thüringer Landtags. In der Zurückweisung einer unmittelbaren staatlichen Verantwortung für den Arbeitsmarkt besteht – mit Ausnahme der LINKEN – weitgehende Übereinstimmung zwischen den Fraktionen (Abb. 70). Als Fazit bleibt, dass – auch wenn Übereinstimmung über die Priorität fundamentaler Politikziele besteht – die Beziehung zwischen Repräsentant_innen und Repräsentierten ein Spannungsverhältnis ist.

Abb. 70: *Einschätzung: „Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in erster Linie staatliche Aufgabe“ durch Mitglieder des Thüringer Landtags nach Fraktionszugehörigkeit (2010)*
(in Prozent)



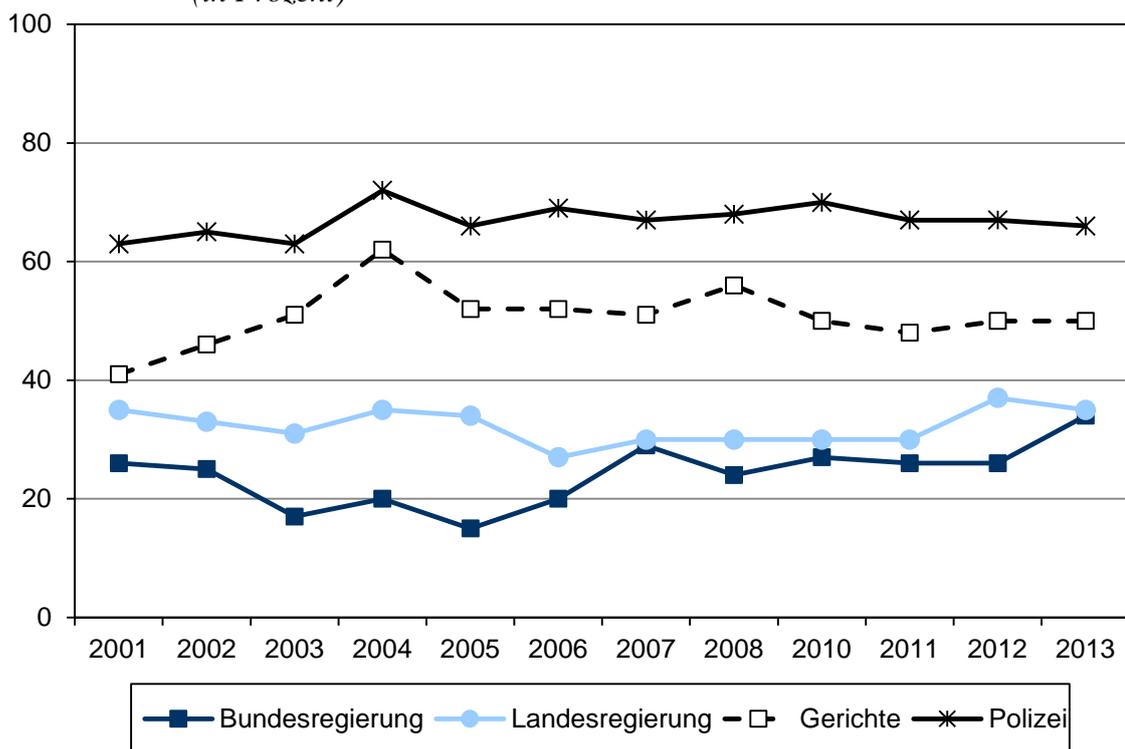
Quelle: Jenaer Parlamentarierbefragung 2010 (N=75).

2. Institutionenvertrauen und politische Partizipation

Die Institutionenordnung der repräsentativen Demokratie bezieht ihre Legitimation aus der Delegation politischer Macht an frei gewählte Vertreter_innen des Volkes. Die befristete Übertragung eines demokratischen Mandats bildet – so die Erwartung – die Grundlage des Vertrauens in die Institutionen des demokratischen Staates. Dieses Vertrauen ist wiederum die Voraussetzung für eine Befriedung, bzw. für eine friedliche Austragung gesellschaftlicher und politischer Konflikte, dafür also, dass die Urteile von Gerichten, die Maßnahmen der Polizei, die Gesetzgebung von Parlamenten und die Handlungen der Regierungen auch von jenen akzeptiert und als legitim empfunden werden, die nicht mit ihnen einverstanden oder von ihnen negativ betroffen sind. Institutionenvertrauen ist damit also ein wichtiges Komplement einer demokratischen Ordnung. Seit Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS wird deshalb das Vertrauen in Polizei und Gerichte, Bundes- und Landesregierung regelmäßig erfasst. Dabei zeigt sich über die Jahre hinweg unverändert, dass die indirekt aus Wahlen, das heißt aus einem „Konkurrenzkampf um die Stimmen des Volkes“ (J. Schumpeter) hervorgegangenen Bundes- und Landesregierungen deutlich geringere Vertrauenswerte aufweisen als die politikfernen Gerichte und die Polizei. Bei den letztgenannten Institutionen beobachten wir seit Mitte des letzten Jahrzehnts auch eine Glättung der Zeitreihen und eine Konsolidierung auf ho-

hem Niveau, wobei unverändert die Polizei von allen aufgeführten Institutionen den Spitzenplatz einnimmt (Abb. 71). Deutliche Veränderungen hat es dagegen bei den Wertereihen für die Bundes- und Landesregierungen gegeben. Hier haben sich die Vertrauenswerte zunächst 2012 für die Landesregierung und 2013 für die Bundesregierung deutlich nach oben verschoben. In der Folge liegen die Werte für die Bundes- und die Landesregierung seit 2007 erstmals wieder auf gleichem Niveau. Es wird abzuwarten sein, ob sich dieser Befund als eine nachhaltige Erhöhung des Institutionenvertrauens erweist oder ob hier kurz- und mittelfristig wirksame Faktoren, wie z. B. die Bewertung des politischen Spitzenpersonals wirksam werden. Zu bedenken ist auch, dass bei der Darstellung der Zeitreihen nur die Antwortkategorien „vertraue weitgehend“ und „vertraue voll und ganz“ berücksichtigt wurden. Addiert man zu diesen Werten noch die Mittelkategorie „vertraue teilweise“, die immerhin eine – wenn auch mindere – Form des Vertrauens indiziert, dann steigt der Anteil der Vertrauenden bei der Bundesregierung auf 70 Prozent, bei der Landesregierung auf 78 Prozent, bei den Gerichten auf 85 Prozent und der Polizei auf formidable 91 Prozent. Es sind vor allem die gebildeten und jüngeren Befragten, die die Mittelkategorie des mit Skepsis und Vorbehalten untermischten Vertrauens wählen.

Abb. 71: *Institutionenvertrauen 2000–2013*
(in Prozent)

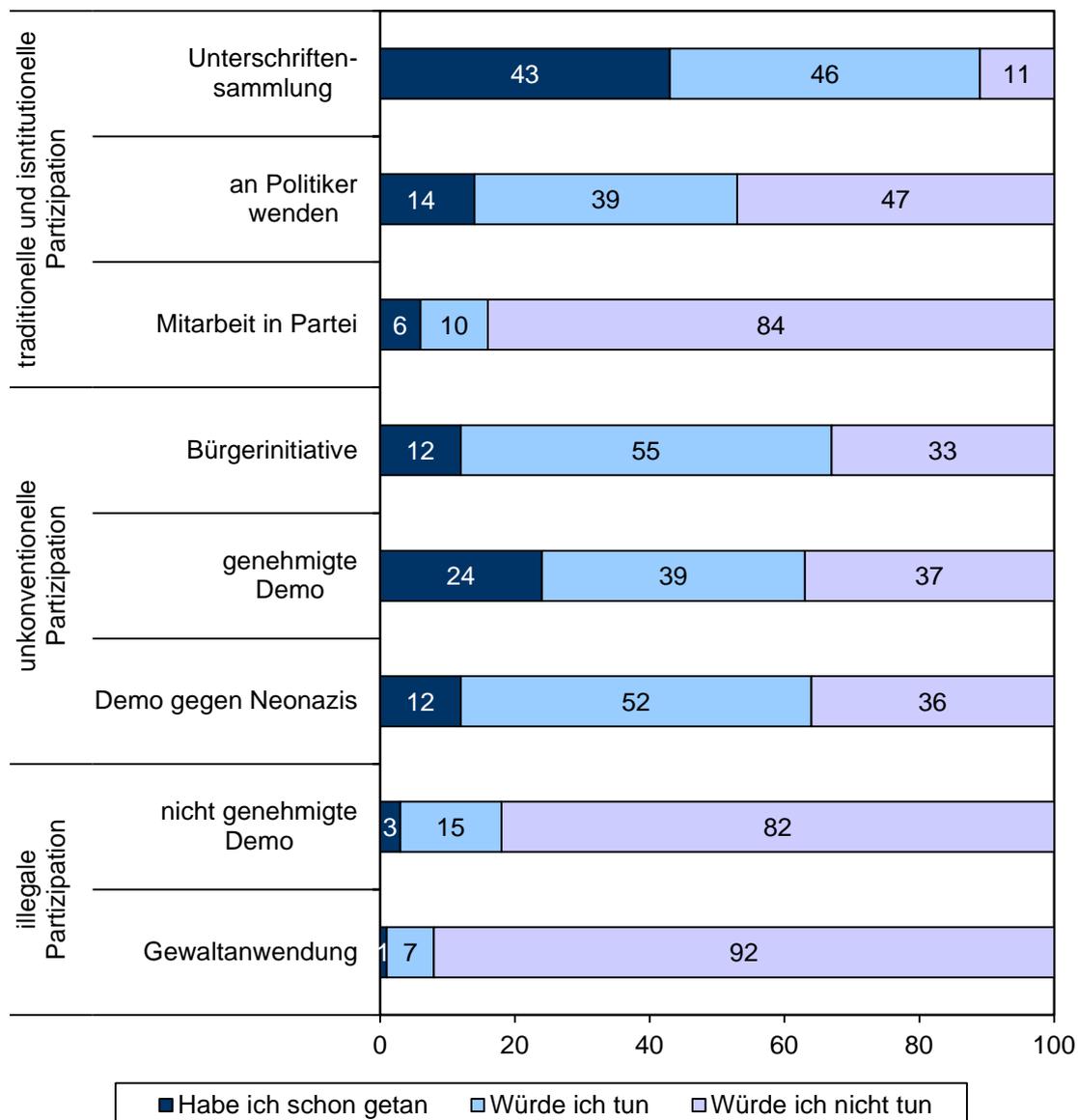


Anmerkung: Abgetragen sind die kumulierten Prozentwerte für "vertraue voll und ganz" und "vertraue weitgehend".

Vertrauen ist auch deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz und letztlich den Bestand einer politischen Ordnung, weil die Bürger_innen ihre Möglichkeit, Einfluss auf die Regierungstätigkeit zu nehmen, sehr skeptisch beurteilen. Fast drei Viertel von ihnen stimmen der Aussage zu, dass „Leute wie ich [...] so oder so keinen Einfluss darauf [haben], was die Regierung tut“. Das Bewusstsein politischer Machtlosigkeit gegenüber

den politisch Mächtigen ist besonders stark bei den wenig Gebildeten ausgeprägt, doch stimmt auch eine Mehrheit der Hochschulabsolvent_innen dieser Aussage zu. Auf der anderen Seite stimmen drei von vier Thüringer_innen der Aussage zu, dass sie „politische Fragen“ gut verstehen und einschätzen können – auch hier mit einer Variation zwischen Befragten mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen, aber mit deutlichen Mehrheiten in allen soziodemographischen Gruppen. Das verbreitete Gefühl politischer Einflusslosigkeit geht nicht nur mit der ebenso verbreiteten Selbstzuschreibung politischer Urteilskraft, sondern auch mit einer hohen Partizipationsbereitschaft der Befragten zusammen (Abb. 72).

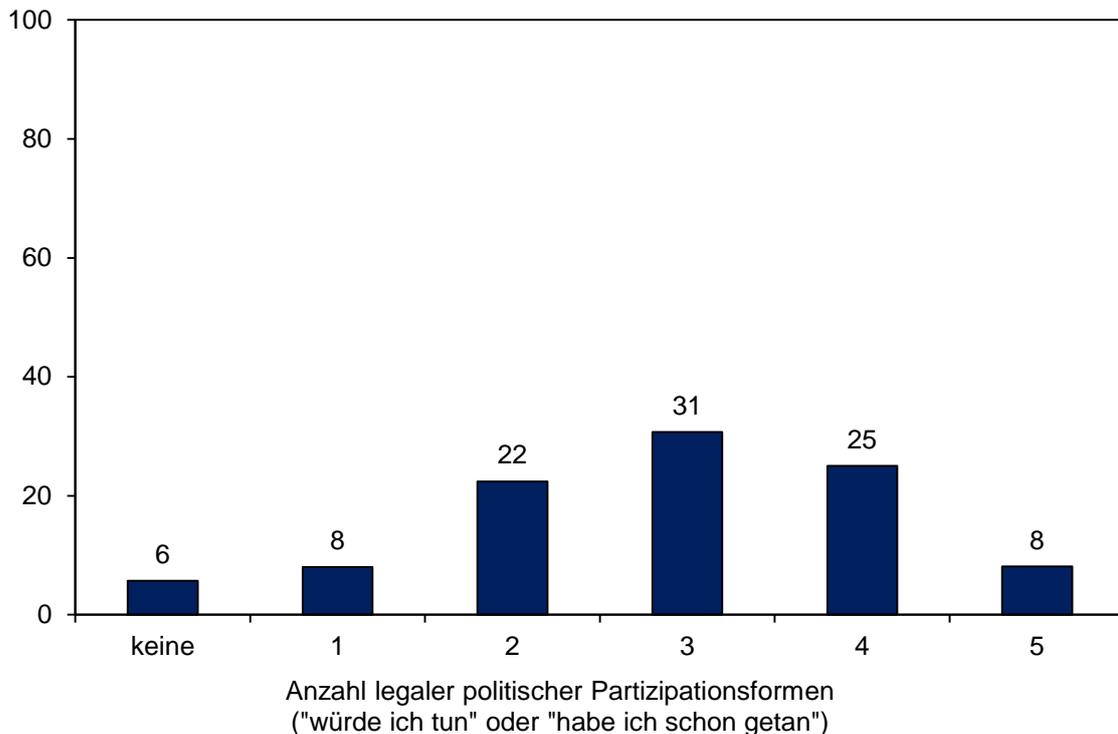
Abb. 72: Politische Partizipation
(in Prozent)



Wir haben im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wie bereits im vergangenen Jahr gefragt, ob die Thüringer_innen zur Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, zur Kontaktaufnahme zu einem/r Politiker_in, zur Mitarbeit in einer Partei, zur Mitarbeit in einer Bürgerinitiative und zur Teilnahme an einer genehmigten Demonstration bereit sind oder

dies schon einmal getan haben. Die Hälfte von ihnen gibt an, eine dieser *legalen* politischen Beteiligungsformen schon einmal praktiziert zu haben. Addiert man die Nennungen derjenigen hinzu, die sich vorstellen können, sich politisch an zumindest einer dieser Partizipationsformen zu beteiligen, steigt der Anteil der Partizipationsbereiten auf 94 Prozent (Abb. 73).

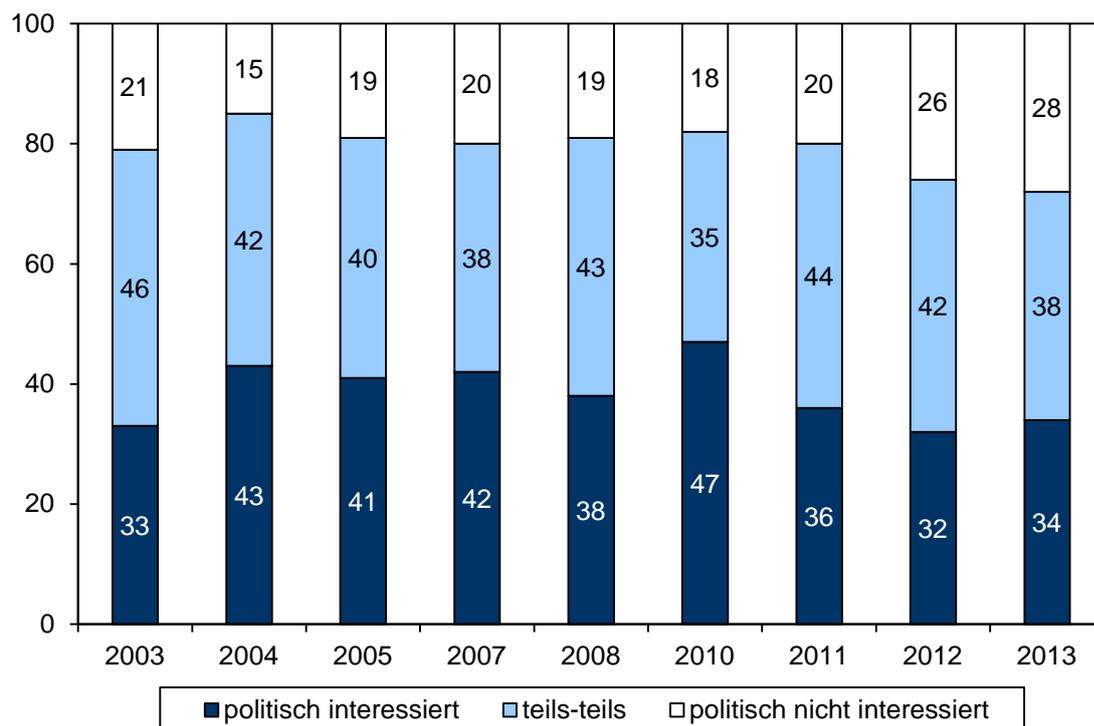
Abb. 73: *Anzahl legaler politischer Partizipationsformen⁶*
(in Prozent)



Dieser Befund deutet nicht auf politische Apathie der Thüringer_innen und ihre Entmutigung durch ein Gefühl politischer Machtlosigkeit hin. Der Anteil derjenigen, die sich politisch beteiligen, obwohl sie glauben, keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben, liegt bei 46 Prozent und damit nahe am allgemeinen Durchschnitt von 49 Prozent. Obwohl politische Partizipation als tatsächliche Teilhabe tendenziell bildungsabhängig ist, besteht keine soziale Exklusivität. Insbesondere die Beteiligung an Unterschriftensammlungen und Bürgerinitiativen ist sozial relativ offen. Noch geringer sind die Gruppenunterschiede bei der bloßen Absicht zur Beteiligung. Eine Ausnahme bildet die offenkundig als Elitenkommunikation wahrgenommene Kontaktaufnahme zu Politiker_innen – nahezu jede_r dritte Hochschulabsolvent_in aber nur jede_r zehnte Befragte ohne Hochschulreife gibt an, dies schon einmal getan zu haben. Deutlich nach Bildungsstatus differenziert ist auch die Mitarbeit in einer Partei, die von 15 Prozent der Hochschulabsolvent_innen, aber nur von fünf Prozent der übrigen Befragten berichtet wird. Das Verhältnis der Thüringer_innen zu den Parteien ist auch im Übrigen eher distanziert.

⁶ Gezählt wurden: Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, Kontaktaufnahme zu einem/r Politiker_in, Mitarbeit in einer Partei, Mitarbeit in einer Bürgerinitiative und Teilnahme an einer genehmigten Demonstration.

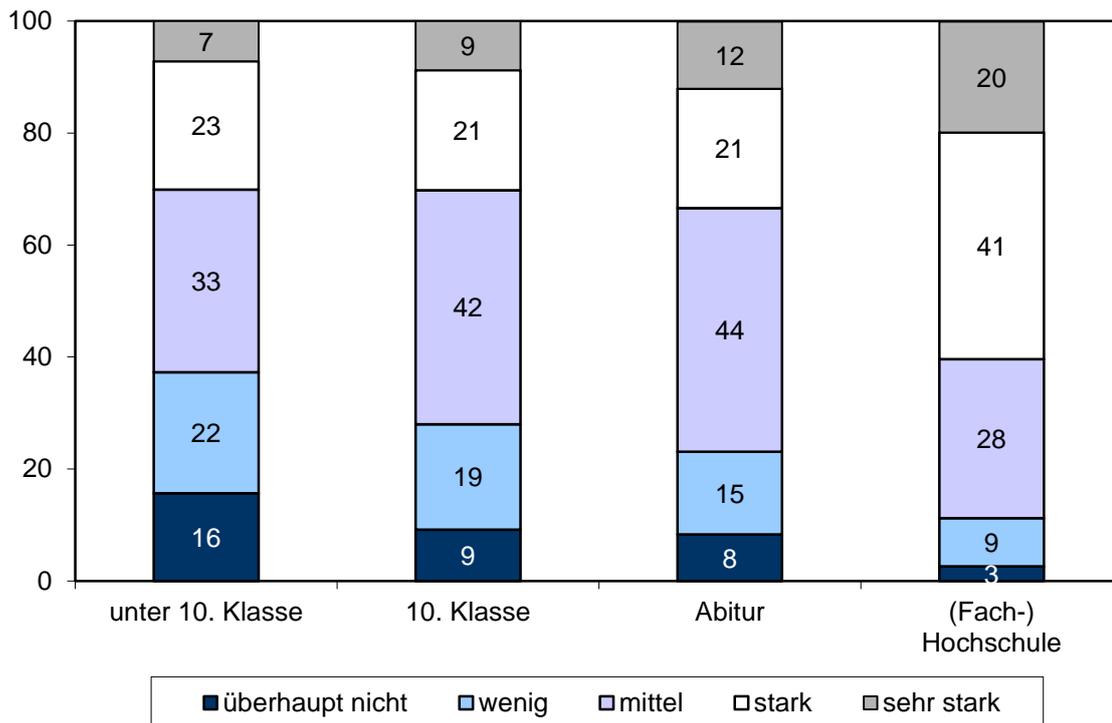
Abb. 74: *Politisches Interesse 2003–2013*
(in Prozent)



Anmerkung: Die Kategorien „stark“ und „sehr stark an Politik interessiert“ wurden zu „politisch interessiert“ und die Kategorien „wenig“ und „überhaupt nicht an Politik interessiert“ wurden zu „politisch nicht interessiert“ zusammengefasst.

Nur 47 Prozent der Befragten geben an, einer bestimmten Partei zuzuneigen und von diesen fühlt sich nur eine Minderheit von 42 Prozent dieser Partei stark oder sehr stark verbunden. Die Abneigung, sich in Parteien zu engagieren und die Zurückhaltung davor, eine Bindung an eine Partei einzugehen, ist bei der Mehrheit der Thüringer_innen aber nicht gleichzusetzen mit politischer Orientierungslosigkeit. Nur acht Prozent der Befragten können oder wollen sich nicht auf einem Links-Rechts-Kontinuum politisch verorten, wobei weiter klärungsbedürftig ist, was sie mit dieser Einordnung kognitiv verbinden. In früheren wie auch in dem aktuellen THÜRINGEN-MONITOR ist der irritierende Befund aufgetreten, dass eine relative Mehrheit der aufgrund ihrer Einstellungsmuster als „rechts-extrem“ eingestuften Befragten sich der Linken zuordnete (vgl. TM 2012: 87ff.). Die Thüringer_innen sind in ihrer Mehrzahl also durchaus „politisch“, wenn wir die Selbstzuschreibung politischer Kompetenzen, die politische Partizipationsbereitschaft, die Fähigkeit, sich selbst auf einem Links-Rechts-Kontinuum zu verorten und Stellungnahme zu einer Vielzahl auch komplexer politischer Streitfragen abzugeben, zum Maßstab nehmen. Sie sind aber nur mäßig und über die Zeit eher abnehmend an Politik interessiert (Abb. 74). Nur ein Drittel gibt an, ein starkes oder sehr starkes Politikinteresse zu haben, wobei auch hier wieder ein starker Zusammenhang mit dem Bildungsstatus besteht (Abb. 75). Geringes oder moderates Interesse an der Politik darf jedoch, wie unsere übrigen Befunde zeigen, nicht mit politischer Apathie gleichgesetzt werden. Eher ist es Ausdruck der Erwartung, dass die Mehrheit der Befragten aus der Sphäre staatlicher Machtausübung, die sie als relativ distant und durch eigenes Handeln unerreichbar wahrnimmt, keine Beeinträchtigung ihrer eigenen Lebenssphäre erfährt.

Abb. 75: *Politisches Interesse nach Bildung*
(in Prozent)



3. Integration und Akzeptanz von Minderheiten

Die Offenheit einer Gesellschaft bemisst sich immer auch daran, wie sie mit vermeintlich fremden oder „andersartigen“, sozial „schwachen“, benachteiligten Menschen in ihrer Mitte umgeht – ob bestimmten Personengruppen mit Vorbehalten und abwertenden Einstellungen begegnet wird, jene Menschen an den Rand gedrängt oder sogar ausgrenzt werden, oder ob die Mehrheitsgesellschaft jene Menschen und deren Besonderheiten (wie z. B. unterschiedliche Lebensweisen und Lebensentwürfe) integriert, akzeptiert und toleriert. Im THÜRINGEN-MONITOR 2012 stand deshalb die Integration und Akzeptanz gegenüber Zuwander_innen im Mittelpunkt.

Neben Zuwander_innen im Allgemeinen wurde im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR der Blick auf **Asylbewerber_innen** gerichtet, da diese in spezifische rechtliche und soziale Kontexte eingebettet sind, die sie bezüglich ihrer Stellung zur Mehrheitsgesellschaft von anderen Zuwanderungsgruppen unterscheidet. Eine ethnische Minderheit, nach deren Akzeptanz die Thüringer_innen 2013 erstmals befragt wurden, sind die **Sinti und Roma**. Unter den Sinti und Roma gibt es sowohl Zuwander_innen (im eigentlichen Sinne) als auch Personen, die vor einem Hintergrund vieler Generationen in Deutschland heimisch und daher kulturell vollständig assimiliert sind. Nur falls sie bestimmte folkloristische Traditionen offen leben, ihre vermeintlich „nicht-europäische Abstammung“ erkennbar scheint oder wenn sie typische Namensbestandteile besitzen, sind viele der in Deutschland lebenden Sinti und Roma überhaupt als solche zu erkennen. Die Diskriminierung wird mit zunehmender Assimilation allerdings nicht geringer – wie auch die Geschichte

antisemitischer und antiziganistischer Verfolgung in Deutschland zeigt. Sogar wenn sie sich selbst als Teil der Mehrheitsgesellschaft begreifen und mit dieser in höchstem Maße identifizieren, repräsentieren Zuinklusionen

wander_innen bzw. Menschen mit Migrations*hintergrund* als Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten – wie beispielsweise Juden oder eben auch Sinti und Roma – auch bei bereits in der Generationenfolge *lang zurückreichender Zuwanderung* als (vormalige) Angehörige von „Fremdgruppen“ das "Fremde" *per se*, das "von außen" in die Gesellschaft kam oder kommt, das Integration erfordert, dem aber eben auch mit Ablehnung und Ausgrenzung begegnet wird. (Zur bloßen Gruppenmitgliedschaft als Quelle für Intergruppendifferenzierung vgl. Stroebe / Jonas / Hewstone 2002: 551ff., zu Antisemitismus in Thüringen vgl. Kokont Jena 2012).

Hingegen stellen **Langzeitarbeitslose**, **Homosexuelle** und **Behinderte** autochthone gesellschaftliche „Randgruppen“ dar, die „aus dem Inneren“ der Gesellschaft kommen und aus ganz unterschiedlichen Gründen *vermeintlicher Abweichung von sozialen und kulturellen Normen der „Eigengruppe“* Benachteiligung, Marginalisierung und Exklusion erfahren (Zick / Hövermann / Krause 2011): Wegen ihrer langfristigen oder dauerhaften Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, wegen eines auf physische oder psychische Merkmale bezogenen „Andersseins“ oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und deren Konsequenzen in der Lebensführung wird ihnen *Ungleichwertigkeit* zugeschrieben. Da jene „diskriminierenden“ Merkmale für die Personen selbst teilweise nur wenig identitätsstiftend oder alltagsrelevant sind, u. U. auch nur situationsabhängig oder aufgrund bloßer gesellschaftlicher Zuschreibung bedeutsam werden, oder gar dem sozialen Umfeld gegenüber (aus Furcht vor Diskriminierung oder aus Scham) nicht thematisiert bzw. verschwiegen werden, treten Langzeitarbeitslose, Homosexuelle und Behinderte – anders als viele ethnische oder religiöse Minderheiten – wenn überhaupt dann meist nur punktuell als eigentliche Gruppen auf. Ein solches Handeln als Gruppe erfolgt beispielsweise um gemeinsame gesellschaftspolitische Interessen zu artikulieren und gegen Diskriminierung zu demonstrieren. Es erhöht – wie beispielsweise im Falle der Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuellen-Bewegung (LGBT*I) – die Sichtbarkeit und mediale Aufmerksamkeit, fördert aber nur bedingt die Ausbildung einer Gruppenidentität, ein Zusammengehörigkeitsgefühl und wirkliche Gruppeninteraktion, wie sie beispielsweise in einer religiösen oder ethnischen Gemeinschaft insbesondere in der Diaspora, also als soziale Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft, typisch sind. „Die Homosexuellen“, „die Langzeitarbeitslosen“ und „die Behinderten“ stellen verdeckte oder teilweise unsichtbare Minderheiten dar; im soziologischen Sinne handelt es sich bei ihnen eigentlich nicht um soziale Gruppen, sondern um sogenannte Aggregate, also um Personen mit gemeinsamen, statistisch erfassbaren Merkmalen, die aber kein gemeinsames Handeln konstituieren. Während Behindertenverbände für Inklusion im Alltag werben und versuchen, bezüglich der Chancenverbesserung Impulse für die Gesetzgebung zu geben, leben Personen mit besonderen körperlichen oder geistigen Herausforderungen selbst meist einzeln, bei ihren Angehörigen oder in betreuten Kleingruppen inmitten der Mehrheitsgesellschaft. Langzeitarbeits-

losigkeit wird in unserer Gesellschaft als individuelles Schicksal begriffen, eine Assoziation der Betroffenen und ihre Solidarisierung *untereinander* finden i.d.R. nicht statt, Langzeitarbeitslose haben auch keine öffentliche Stimme oder Interessensvertretung.

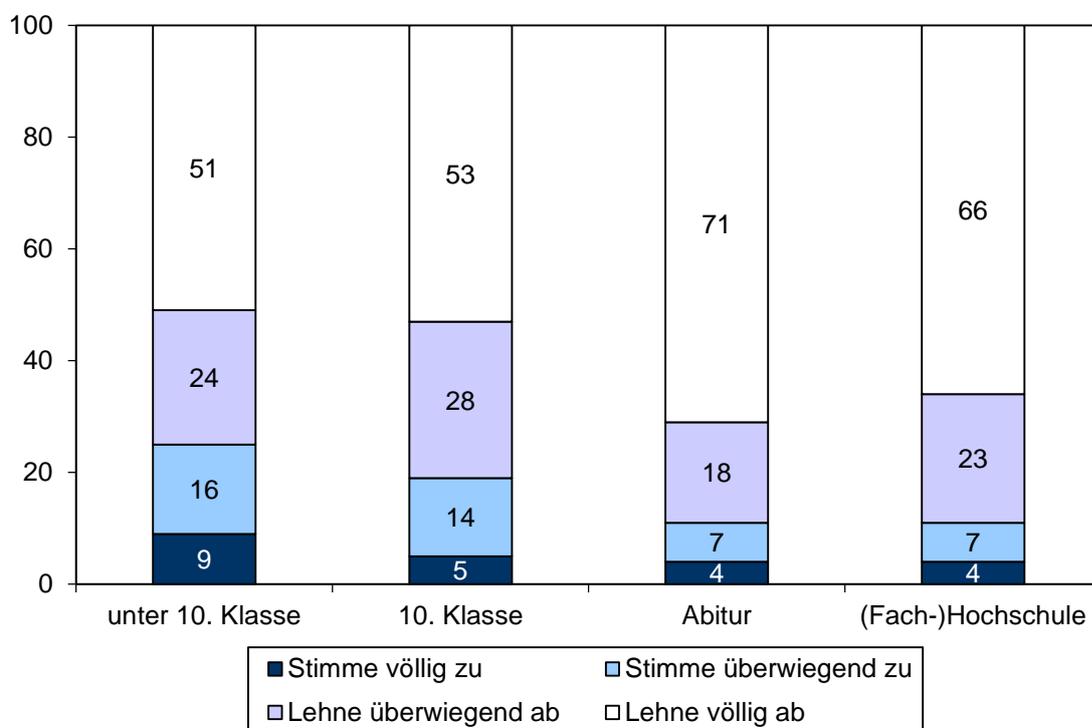
So unterschiedlich die gesellschaftliche Wahrnehmung und Sichtbarkeit dieser Minderheiten ist, so stark differieren auch die Akzeptanz oder abwertende Einstellungen ihnen gegenüber. Die Übernahme stereotyper Bewertungen und Vorurteile, aber auch ihr Abbau hängen in starkem Maße ab von persönlichen Kontakterfahrungen und deren Intensität oder von einer Sympathie- oder Empathiefähigkeit, die beispielsweise durch (potenzielle) eigene "Betroffenheit" oder den Umgang mit Vertretern der jeweiligen Minderheit im Familien-, Freundes- oder Bekanntenkreis entwickelt werden kann. (Dies trifft beispielsweise auf pauschale Aussagen über Behinderte oder auch auf die Befangenheit gegenüber Schwulen und Lesben zu.) Nun ist es eine naheliegende Annahme, dass Einstellungen der Akzeptanz und Toleranz generalisiert werden können, das heißt, dass das Erlangen einer positiven Haltung gegenüber *einer* Minderheitengruppe tendenziell auch zu positiveren Einstellungen gegenüber *anderen* Minderheiten führen kann, weil durch den Abbau eines Vorurteils die allgemeine Neigung zu Vorurteilen reduziert wird (Neckel / Sutterlüty 2005). Allerdings ist die Bewertung von solch unterschiedlichen Minderheiten höchst selektiv und kontextabhängig. Dies schließt auch ambivalentes bzw. paradoxes Antwortverhalten nicht aus.

Bezeichnenderweise tendieren dieselben Personen, die ablehnende Einstellungen gegenüber Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Homosexuellen äußern, auch verstärkt dazu, sozialdarwinistischen Aussagen wie "Es gibt wertvolles und unwertes Leben" und "Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen" zuzustimmen. Erkennbar ist unter Befragten, die den drei benachteiligten Gruppen gegenüber eher ablehnend eingestellt sind, auch der Anteil von Personen mit rechtsextremen Einstellungen signifikant erhöht. Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass negative Einstellungen gegenüber diesen Minderheiten mit typisch "rechtsextremen" Einstellungsmustern – wie z. B. der Ausländerfeindlichkeit, des Nationalismus und des Antisemitismus – zusammenfallen, quasi deckungsgleich sind. Vielmehr handelt es sich nachweisbar um teilweise divergierende Einstellungsmuster, die demzufolge auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen sein dürften und die auch widersprüchliches, inkonsistentes Antwortverhalten – im Sinne der Toleranz gegenüber einer Minderheit bei gleichzeitiger Ablehnung einer anderen – zulassen. Dies verdeutlicht, dass „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ein vielschichtiges, mehrdimensionales Konzept ist, das nur bedingt eine summarische Deutung als „Einstellungssyndrom“ zulässt. Die Problematik der Multidimensionalität sowie die Frage, inwieweit die **Ursachen** für fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen – Autoritarismus, subjektive Deprivation, soziale Ausgrenzung sowie bedingt auch niedriger Bildungsabschluss – mit denen der Abwertung und Ausgrenzung unterschiedlicher Minderheiten übereinstimmen, werden jedoch im Kapitel IV.4 (Rechtsextremismus) näher behandelt.

Eine Minderheit, deren Akzeptanz und Integration im Kontext der Zuwanderungsthematik zu diskutieren ist, sind Asylbewerber_innen, die einem besonderen Aufenthaltsregime unterliegen: Bis zum Entscheid über ihren Asylantrag werden sie oftmals

gemeinschaftlich in staatlichen Wohnheimen untergebracht, unterliegen strengen Auflagen des behördlichen Meldewesens und besitzen i. d. R. keine Arbeitserlaubnis und sind daher vor allem Empfänger_innen staatlicher Leistungen. Dies macht sie leicht, und mehr noch als andere Zuwanderungsgruppen oder Menschen mit Migrationshintergrund, zur Zielscheibe fremdenfeindlicher Ressentiments und abwertender Stereotypisierungen. In Thüringen leben zur Zeit nach Schätzungen des Flüchtlingsrates Thüringen e.V. über 3.000 Asylbewerber_innen, auf deren Lebenssituation verschiedene gesellschaftliche und politische Akteure immer wieder hinweisen (vgl. Flüchtlingsrat 2013: 3). Seit Juli 2013 wurde den Asylbewerber_innen allerdings im Freistaat durch den Wegfall bisheriger Residenzpflichtregelungen ein erheblicher Gewinn an Bewegungsfreiheit ermöglicht.

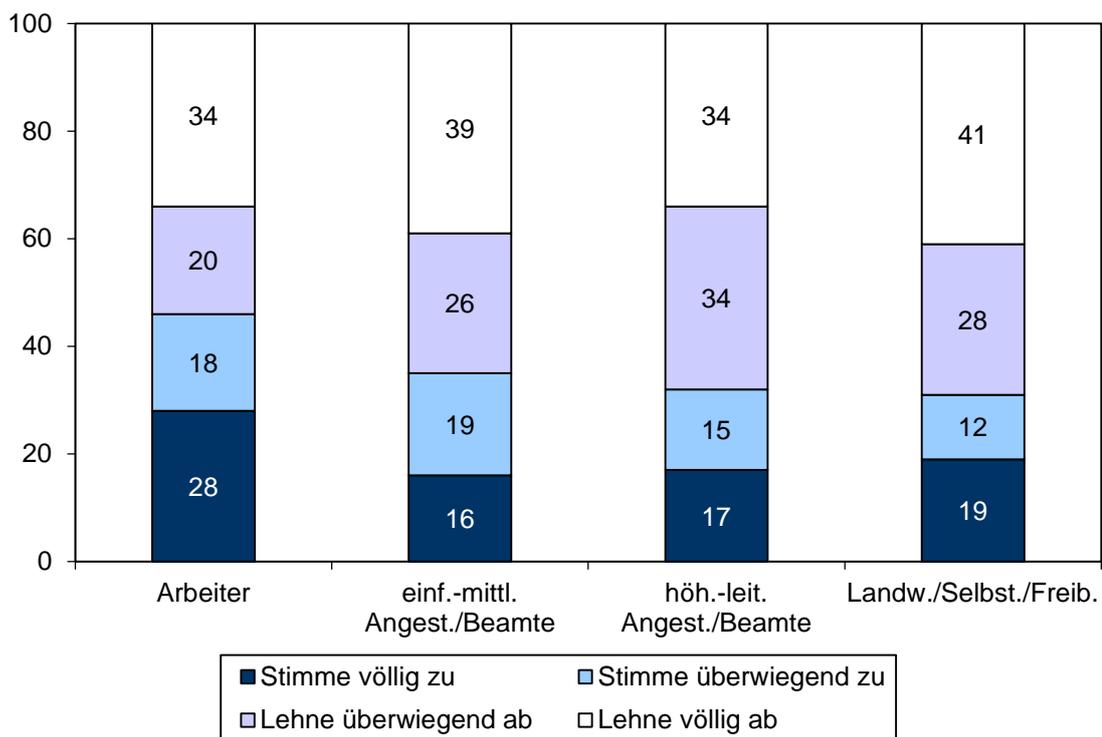
Abb. 76: Einschätzung: „Getrennte Unterbringung von Asylbewerbern“ nach Bildung (in Prozent)



Dies bot Anlass zur Frage, inwieweit die Thüringer Bevölkerung eine von ihnen getrennte Unterbringung der Asylsuchenden ablehnt oder befürwortet. 81 Prozent der Thüringer_innen lehnt eine getrennte Unterbringung „von der übrigen Bevölkerung“ ab, in Befragtengruppen mit höherer Bildung steigt der Anteil derer, die sich für eine Inklusion der Asylbewerber_innen einsetzen, auf 89 Prozent (Abb. 76). Mit der Zustimmung, dass Asylbewerber_innen getrennt untergebracht werden sollten, korrespondieren in erheblichem Maße auch Zustimmungstendenzen bei den Fragen nach der „Überfremdung“ Deutschlands, Thüringens und der Wohnumgebung durch „Ausländer“ (vgl. Kapitel IV.4) sowie die Überzeugung, jene kämen „nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Dies belegt, dass es sich bei der Frage nach der Unterbringung nicht etwa um eine technisch-logistische Verfahrensangelegenheit, sondern um einen Indikator der ge-

sellschaftlichen Inklusions- und Integrationsbereitschaft handelt. Gerade die Inklusion oder Exklusion von Minderheiten, die mit Migration assoziiert werden, unterliegt Zuschreibungsprozessen ethnischer und kultureller Differenz von der Mehrheitsbevölkerung, wie auch das Beispiel der Positionen gegenüber den Sinti und Roma illustriert. 35 Prozent, also jede_r dritte Thüringer_in stimmt überwiegend oder völlig zu, „Probleme damit“ zu haben, wenn sich Sinti und Roma in ihrer Wohnumgebung aufhielten; eine Einschätzung, die in unterschiedlichen Alterskohorten, Bildungsniveaus, Erwerbstätigkeits- sowie Berufsgruppen (Abb. 77) durchaus ähnlich hohe Zustimmungswerte aufweist und die vergleichsweise noch am seltensten von Befragten in der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen (18 Prozent) und den Auszubildenden (21 Prozent), am häufigsten indes von 45- bis 59-Jährigen (43 Prozent) und Arbeitslosen (53 Prozent) geteilt wird. Wesentliche Zusammenhänge mit der Bildung, dem Grad der empfundenen gesellschaftlichen Benachteiligung der Thüringer Befragten, ihrer sozioökonomischen Situation und ihrem Gefühl, im Alltag von Kriminalität betroffen zu sein, bestehen nicht, sodass auf eine leicht überdurchschnittlich hohe Verbreitung abwertender, kultureller Stereotypen (also *antiziganistischer* Vorurteile) verwiesen werden muss.

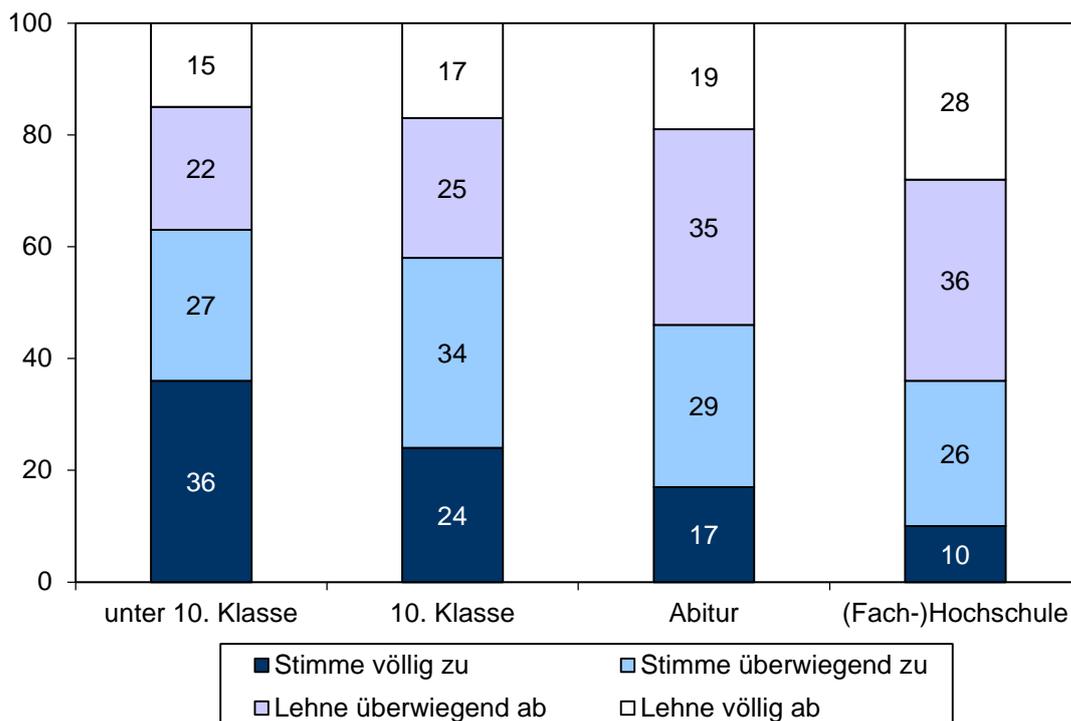
Abb. 77: *Zustimmung: „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“ nach Berufsgruppe (in Prozent)*



Noch negativer ist allerdings das Urteil der Befragten über Langzeitarbeitslose (vgl. Kapitel IV.4). Eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent stimmt überwiegend oder völlig mit der Auffassung überein, Langzeitarbeitslose machten „sich auf Kosten der Allgemeinheit ein schönes Leben.“ Auch 43 Prozent der Arbeitslosen stimmen erstaunlicherweise zu, allerdings nur zu elf Prozent völlig; ein unterdurchschnittlicher Wert, der nur noch in zwei anderen Befragtengruppen niedriger ist: Auszubildende

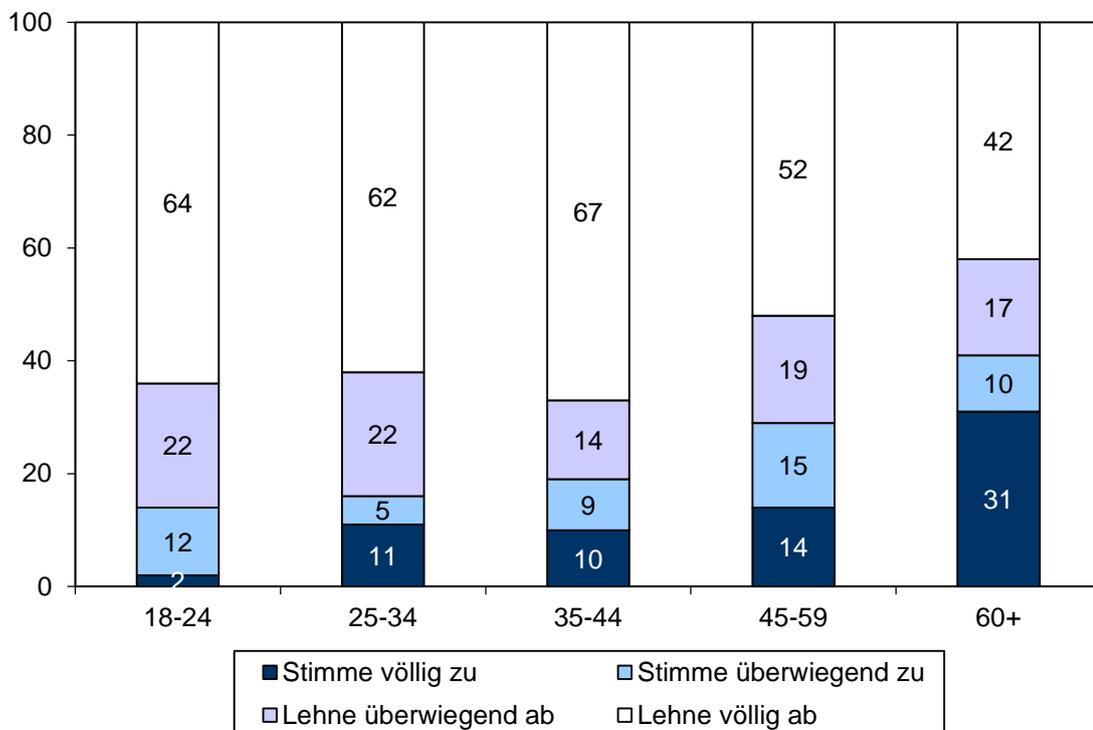
(sieben Prozent) und Hochschulabsolvent_innen (zehn Prozent). Dennoch wollen sich viele Arbeitslose offensichtlich bewusst von den Betroffenen abgrenzen und solidarisieren sich deswegen nicht mit ihnen: Die eigenen Bezugs- und Versorgungsansprüche sind gerechtfertigt, die Anderer hingegen werden in Frage gestellt; dennoch zeigt sich u. U. bei den Arbeitslosen aufgrund der eigenen Situation eine höhere Empathiefähigkeit als bei manch anderer Befragtengruppe, insbesondere den Erwerbstätigen und den Arbeiter_innen. Eine negative Bewertung ist allerdings bei Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen geringer ausgeprägt als bei denen mit niedrigeren (Abb. 78). Ebenfalls aufschlussreich ist, dass Befragte, die Langzeitarbeitslose als Nutznießer der Allgemeinheit sehen, signifikant häufiger der sozialdarwinistischen Aussage „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ zustimmen, Leistungsgerechtigkeit gegenüber Chancen- und Gleichverteilungsgerechtigkeit bevorzugen und auch eher zu der Aussage tendieren, dass „jeder seines Glückes Schmied“ sei, anstatt dass „äußere Umstände entscheidend“ seien. Es findet also eine Zuschreibung persönlicher Verantwortung und eine moralische Verurteilung vermeintlich sozialschädigenden Verhaltens statt. Dabei handelt es sich um eine Pauschalisierung, die die tatsächliche Lebenssituation von Langzeitarbeitslosen, deren biographische Kontexte, individuelle Chancen sozialer Teilhabe und Arbeitsmarktbedingungen außer Acht lässt. Eine *nicht gemeinsam geteilte Lebenswelt* mit Langzeitarbeitslosen bzw. mangeln-der Intergruppen-Kontakt, der zu Vorurteilen führt (vgl. Pettigrew/Tropp 2006), kann nur im Falle jener sozioökonomisch gut etablierten Befragten konstatiert werden, die von hedonistischen Lebensbedingungen („schönes Leben“) für Empfänger_innen von Grundsicherung ausgehen.

Abb. 78: *Zustimmung: „Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben“ nach Bildung (in Prozent)*



Bereits früh wurde in der Vorurteils- und Diskriminierungsforschung darauf hingewiesen, dass Werte und Beurteilungen gegenüber Fremdgruppen dynamisch sind und in Wechselwirkung mit gesellschaftlichen bzw. gesellschaftspolitischen Entwicklungen stehen, die dann aufgrund ihrer Faktizität (zunehmend) als Norm akzeptiert werden können (vgl. Allport 1954). Die Verbreitung einer akzeptierenden, integrativen Einstellung gegenüber Minderheiten in der Bevölkerung hängt demnach von einer liberalen, toleranzfördernden politischen Ausgestaltung der Gesellschaft und von der Vorbildwirkung politischer und kultureller Eliten (Deutungseliten) ab. Wenn beispielsweise bestimmte Verhaltensweisen nicht länger staatlich negativ sanktioniert werden, können sie in der Gesellschaft auch sichtbarer in Erscheinung treten. In der Folge finden in der Mehrheitsgesellschaft verstärkt Reflexions- und Lernprozesse statt, so dass vormals diskriminierte Gruppen bzw. deren Lebensweisen immer seltener geächtet, abgewertet, benachteiligt, sondern zunehmend – u. U. auch mit Gleichgültigkeit und Desinteresse – als „normal“ empfunden werden. Die zunehmende Akzeptanz von Homosexualität und alternativen Lebensformen in den letzten Jahrzehnten (auch im gesamteuropäischen Vergleich, wo Deutschland durchaus unter den fortschrittlichsten Ländern rangiert; vgl. Halman / Sieben / van Zundert 2012: 105ff.) bietet ein Musterbeispiel dafür, wie eine Facette „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ durch den Wertewandel in unserer Gesellschaft abnimmt und insbesondere bei Jüngeren immer weniger Rückhalt findet.

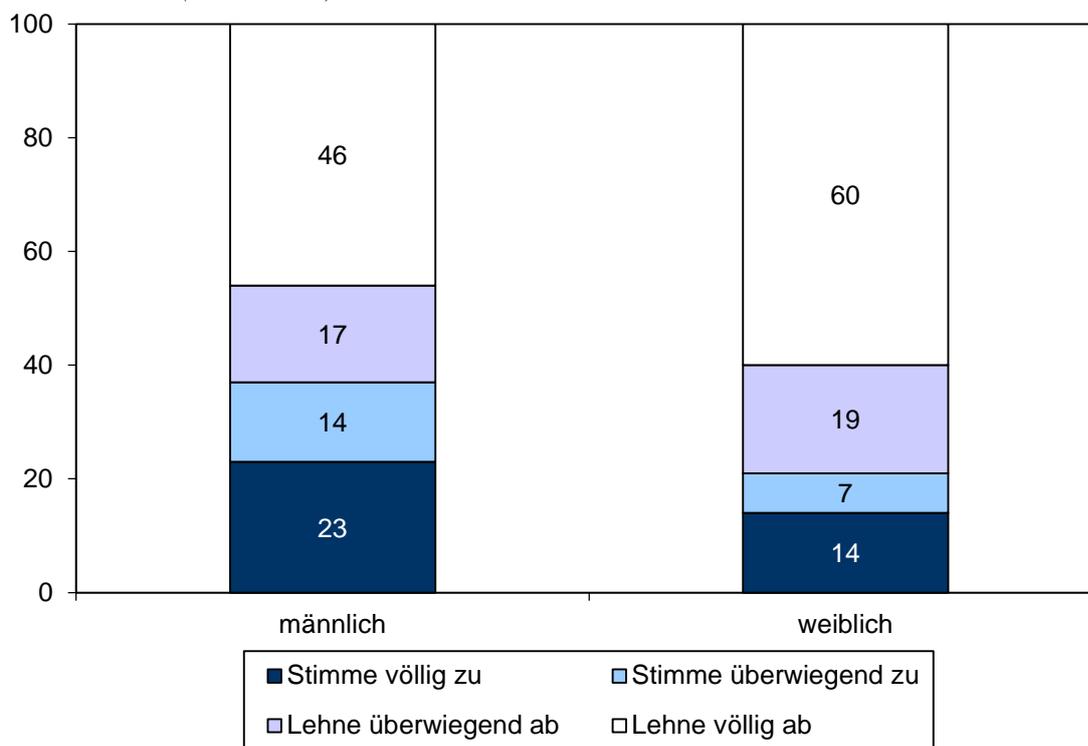
Abb. 79: *Einschätzung: Homosexuelle Beziehungen „unnatürlich“ nach Alter*
(in Prozent)



Insgesamt stimmen 19 Prozent der Befragten völlig der Aussage zu, „eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich“, weitere zehn Prozent stimmen überwiegend zu, während eine absolute Mehrheit von 53 Prozent der Befragten die Aussage völlig ablehnt und 18 Prozent der Befragten überwiegend ablehnen. Anders als

bei anderen Ausgrenzungs- und Abwertungsneigungen gibt es im Falle homophober Einstellungen keinen statistischen Zusammenhang mit subjektiver Deprivation, dafür aber wiederum deutlich mit Alter (Abb. 79) und Bildung, nämlich dahingehend, dass jüngere und besser qualifizierte Thüringer_innen wesentlich toleranter sind. 41 Prozent der konfessionell gebundenen Befragten, aber nur 23 Prozent der Konfessionslosen stimmen der diskriminierenden Aussage zu. In den jüngeren Alterskohorten ist dieser Zusammenhang zwischen Religiosität und Homophobie jedoch nicht feststellbar. Mit dem kulturellen Wandel findet also eine Ablösung von traditionellen Normen statt. Markant ist des Weiteren die unterschiedliche Bewertung durch Männer und Frauen (Abb. 80), wobei die stärkere Abwertung homosexueller Beziehungen durch Männer mit einiger Plausibilität auf typische Abwehrmechanismen zur Selbstvergewisserung heteronormativer maskuliner Geschlechtsidentität verweist (zu Ursachen homophober Einstellungen vgl. Rauchfleisch 1994).

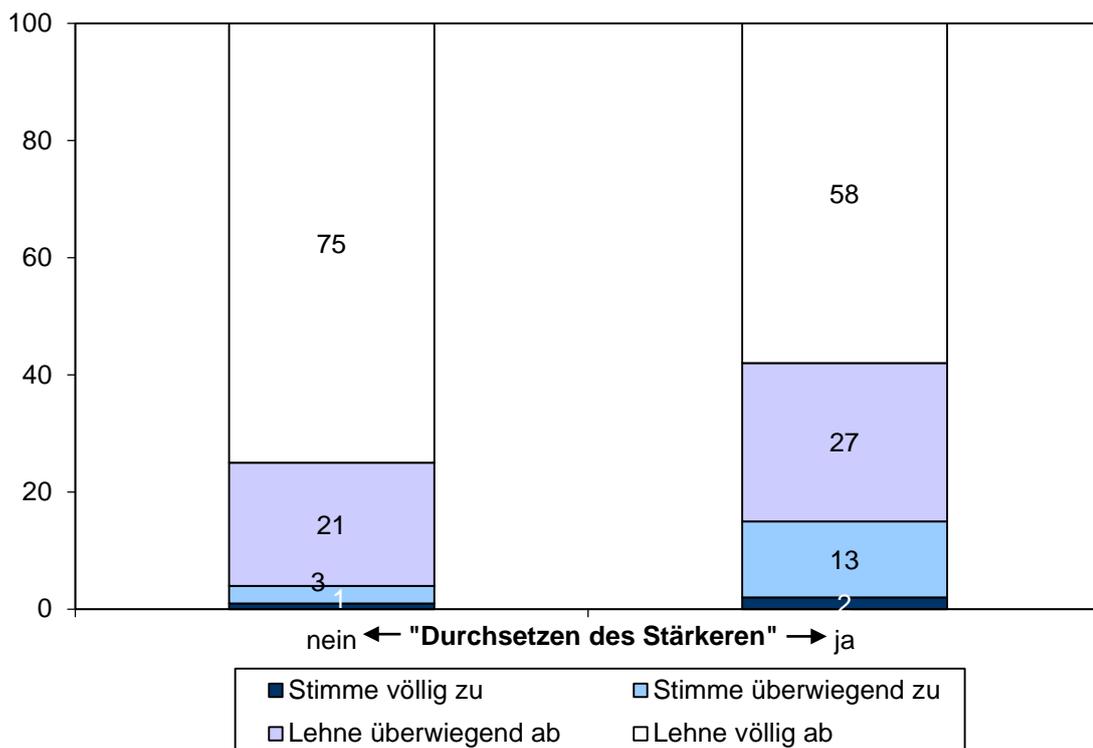
Abb. 80: *Einschätzung: Homosexuelle Beziehungen „unnatürlich“ nach Geschlecht (in Prozent)*



Falsch ist es, die Feststellung einer vermeintlich „unnatürlichen“ Abweichung von konservativen Sexual- und Familiennormen *nicht* als *Ungleichwertigkeitsbehauptung* zu klassifizieren, sondern eine entsprechende Aussage beispielsweise als wertneutrale Einschätzung einiger Befragter (aufgrund von Uniformiertheit usw.) zu sehen, wonach eine solche negative Einschätzung *trotzdem* mit der Toleranz der Befragten gegenüber Nicht-Heterosexuellen einhergehen könne. Denn nach der Semantik der Lebenswelt und der Alltagssprache wird Unnatürlichkeit als *Anormalität* verstanden, das heißt nicht nur als faktische, sondern als normative Abweichung von der Mehrheit – letztendlich als Verstoß gegen vermeintliche „Naturgesetzmäßigkeiten“ der Biologie. Folglich stellen

Sprechakte, in denen Individuen und Personengruppen Unnatürlichkeit zugeschrieben wird, an sich *diskriminierendes Handeln* dar und werden i. d. R. auch von Betroffenen als solches empfunden. Umso erfreulicher ist es, dass mehr als zwei Drittel der Thüringer_innen sich in dieser Hinsicht als tolerant erweisen. Übrigens stimmten im Vergleich zu dem Befund des THÜRINGEN-MONITORS 2013 von den Befragten des Sachsen-Anhalt-Monitors 2012 14 Prozent der identisch formulierten Aussage zur „Unnatürlichkeit“ gleichgeschlechtlicher Beziehungen völlig zu und weitere sieben Prozent stimmten überwiegend zu; allerdings auf einer mit dem THÜRINGEN-MONITOR nicht kompatiblen Antwortskala mit fünf Antwortvorgaben inkl. einer neutralen Mittelkategorie „teils-teils“ (16 Prozent), was einen direkten Vergleich erschwert (Holtmann / Jaeck / Völkl 2012: 96). In Sachsen-Anhalt waren allerdings ganz ähnliche Antwortunterschiede nach Geschlecht, Bildung und Alterskohorten der Befragten wie in Thüringen zu beobachten.

Abb. 81: *Zustimmung: „Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“ nach sozialdarwinistischer Einstellung (in Prozent)*



Die Diskriminierung von Behinderten ist auch in freiheitlich-demokratischen Gegenwartsgesellschaften nicht vollends beseitigt. Die Überwindung ihrer strukturellen Benachteiligung im öffentlichen Leben, im Bildungssektor und im Erwerbsleben unter dem Stichwort der Inklusion ist auch im 21. Jahrhundert Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und politischer Gestaltung. Im August 2013 hat der Beauftragte der Thüringer Landesregierung für Menschen mit Behinderungen seinen Tätigkeitsbericht 2008–2013 vorgelegt, indem u. a. die Umsetzung des gesetzlich verankerten Thüringer Maßnahmenplans zur Gleichstellung und Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen (2012) dargestellt ist (vgl. Tätigkeitsbericht 2013). Die Auffassung, für

Menschen mit geistigen und körperlichen Einschränkungen würde in Deutschland „zu viel Aufwand betreiben“, wird im THÜRINGEN-MONITOR 2013 von 93 Prozent der Befragten (überwiegend oder völlig) zurückgewiesen, nur sechs Prozent stimmen überwiegend zu, ein Prozent stimmt völlig zu.

Die Ablehnung variiert kaum zwischen Befragtengruppen, kann also durchaus als universell verbreitete, „behindertenfreundliche“ Werthaltung angesehen werden. Dabei muss allerdings offen bleiben, ob das Ausmaß der Unterstützung und Inklusion von Menschen mit besonderen Herausforderungen als ausreichend oder von einigen Befragtengruppen noch als defizitär beurteilt wird; hier bieten sich keine eindeutigen Hinweise. Männer stimmen der Aussage allerdings mit zehn Prozent ungefähr doppelt so häufig zu wie Frauen, was auf traditionelle Geschlechterrollen bei der häuslichen Pflege von Angehörigen zurückzuführen sein könnte. Einen erkennbaren Zusammenhang gibt es zudem zwischen der Beurteilung des „Aufwandes“ für Menschen mit besonderen Herausforderungen und biologistisch-sozialdarwinistischen Positionen, die auch im Kontext rechtsextremer Einstellungsmuster stehen, aber in dieser Kombination wiederum nur von wenigen Thüringer_innen vertreten werden (Abb. 81).

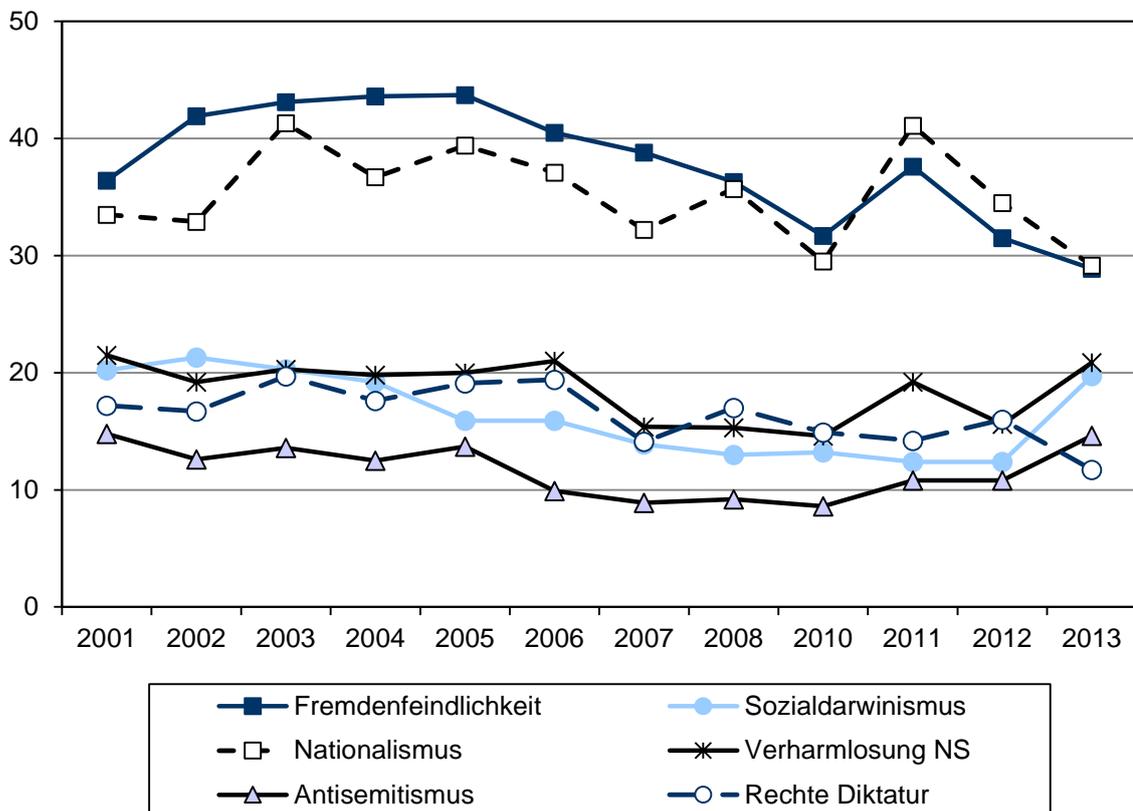
4. Rechtsextremismus

Die Frage nach den Ausprägungen, dem Ausmaß und der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen gehört seit dem Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS zu seinem Kernprogramm. Sie hat einen unmittelbaren Bezug zum Schwerpunktthema der diesjährigen Erhebung, denn die Lebenszufriedenheit und die Lebenssituation der Menschen stehen im systematischen Zusammenhang mit der Bereitschaft, Positionen zu unterstützen, die zum Syndrom des Rechtsextremismus gehören. Insbesondere gilt es dabei, die Frage zu beantworten, wie stark im Denken des Einzelnen und verschiedenen Bevölkerungsgruppen die verfassungsrechtlichen und sozialen Normen im Umgang mit den „Anderen“, den „Fremden“ und den Minderheiten unserer Gesellschaft verankert sind. Der THÜRINGEN-MONITOR hat jedoch nie eine bloße Bestandsaufnahme rechtsextremer Einstellungen unter der Thüringer Bevölkerung angestrebt, sondern immer nach Erklärungen gesucht: Wie entstehen Ausgrenzung, Diskriminierung und deutsch-nationales Überlegenheitsdenken? Warum lehnen Menschen die Demokratie und ihre Werte ab, warum verweigern sie einen verantwortungsvollen Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus?

Deprivation – die tatsächliche (objektive) Benachteiligung oder die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligung – wurde dabei über die Jahre wiederholt als einer der wichtigsten Ursachenkomplexe identifiziert und auch in der im THÜRINGEN-MONITOR 2012 umfassend durchgeführten Kausalanalyse noch einmal bestätigt. Fühlen sich Menschen an den gesellschaftlichen Rand gedrängt, ungerecht behandelt, von der breiteren Gesellschaft abgewertet oder gar diskriminiert und haben sie zudem den Eindruck, dass weder „die Politik“ sich dieser Probleme annimmt, noch ihnen Möglichkeiten zum Einfluss des politischen Geschehens offenstehen, dann reagieren sie ihrerseits mit der Ausgrenzung

und Abwertung von gesellschaftlichen Gruppen, die noch weiter weg von der „Mitte“ zu stehen scheinen, als sie selbst (vgl. TM 2012: 89ff.). Die Ursachenanalyse offenbarte ein Moment des Selbstschutzes, der Verteidigung des eigenen als unsicher wahrgenommenen gesellschaftlichen Status: Solange man auf jemanden herabblickt, kann man sich selbst nicht ganz unten sehen. Es sind grundlegende gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die von den Thüringer_innen auch auf diese Weise verarbeitet werden. Vorurteile werden im Rahmen dieser Verarbeitung lediglich instrumentalisiert – und lassen sich damit auch nicht durch Aufklärung allein abbauen. Dieser Ursachenpfad erklärt freilich nicht allein die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen, zum größeren Teil muss davon ausgegangen werden, dass Vorurteile als das wirken, was sie sind: unhinterfragte, vereinfachende und handlungsweisende Annahmen über Menschengruppen, die als Teil rechtsextremer Orientierungen negativ konnotiert sind und nicht als *notwendige* Vereinfachungen einer komplexen Wirklichkeit gelten können.

Abb. 82: *Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus 2001–2013*
(in Prozent)



Soweit sich Vorurteile nicht durch die Gesetze der kognitiven Ökonomie erklären lassen, werden gesellschaftliche Bewertungsprozesse wirksam. Im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas soll deshalb die Gelegenheit genutzt werden, den Ursachenkomplex der Deprivation und Unzufriedenheit mit den Bedingungen des eigenen Lebens umfassender als in den Jahren zuvor zu analysieren. Doch auch die Ressentiments der Thüringer_innen wurden im Rahmen des aktuellen Schwerpunktthemas breiter erfasst: Neben negativen Einstellungen zu Ausländer_innen allgemein sowie zu Juden und Muslimen, wurden auch Vorurteile und Abwertungen von Sinti und Roma, Asylbewerber_innen,

Abb. 83: *Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung (in Prozent)*

Dimensionen und Statements	
Fremdenfeindlichkeit	
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	42
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	44
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	21
Sozialdarwinismus	
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	32
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	31
Nationalismus und Chauvinismus	
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	45
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	41
Verharmlosung des Nationalsozialismus	
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	21
Antisemitismus	
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	15
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ ¹	32
Rechte Diktatur	
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	12
Islamfeindlichkeit²	
„Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ ^{1 2}	41
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“ ¹	65

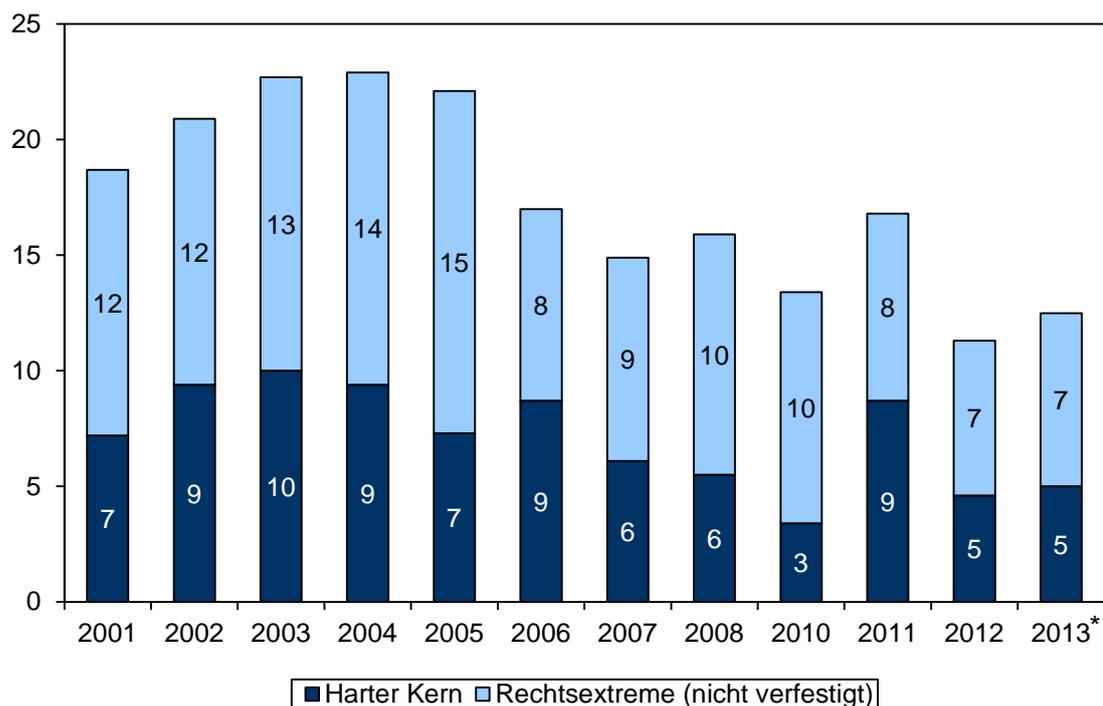
Anmerkung: Antwortkategorien „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst

¹ erstmalig 2012/2013 erhoben und nicht Teil der Rechtsextremismusskala

² Ablehnung der Aussage; Antwortkategorien „Lehne völlig ab“ und „Lehne eher ab“ zusammengefasst

Behinderten, Homosexuellen und Langzeitarbeitslosen erfasst und damit ein Großteil der Dimensionen der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ abgedeckt (vgl. Heitmeyer 2011). Es gilt, diese Einstellungen mit den Dimensionen des Rechtsextremismus abzugleichen: Sind rechtsextreme Orientierungen der Kern eines deutlich breiteren Syndroms und alle menschenfeindlichen Orientierungen Facetten desselben Phänomens? Oder sind sie im Denken der Thüringer_innen unverbunden, werden von verschiedenen Bevölkerungsgruppen getragen und haben entsprechend unterschiedliche Ursachen? Am Beginn der Darstellung steht auch in diesem Bericht eine Fortschreibung der Indikatoren rechtsextremer Einstellungen in Thüringen bis zum Jahr 2013. Hinsichtlich der einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus liegt die Zustimmung auf dem Niveau der Jahre 2010 und 2012, nur sozialdarwinistische Einstellungen verzeichnen einen Anstieg außerhalb des Vertrauensintervalls der Stichprobe (Abb. 82). Ob sich damit ein neuer Trend andeutet, kann jedoch erst durch die Ergebnisse nachfolgender Erhebungen beurteilt werden.

Abb. 84: *Rechtsextremismus 2001–2013: Harter Kern und Befragte mit nicht verfestigten rechtsextremen Einstellungen*
(in Prozent)



*Die Abweichung zwischen den Datenpunkten 2012 und 2013 ist rundungsbedingt.

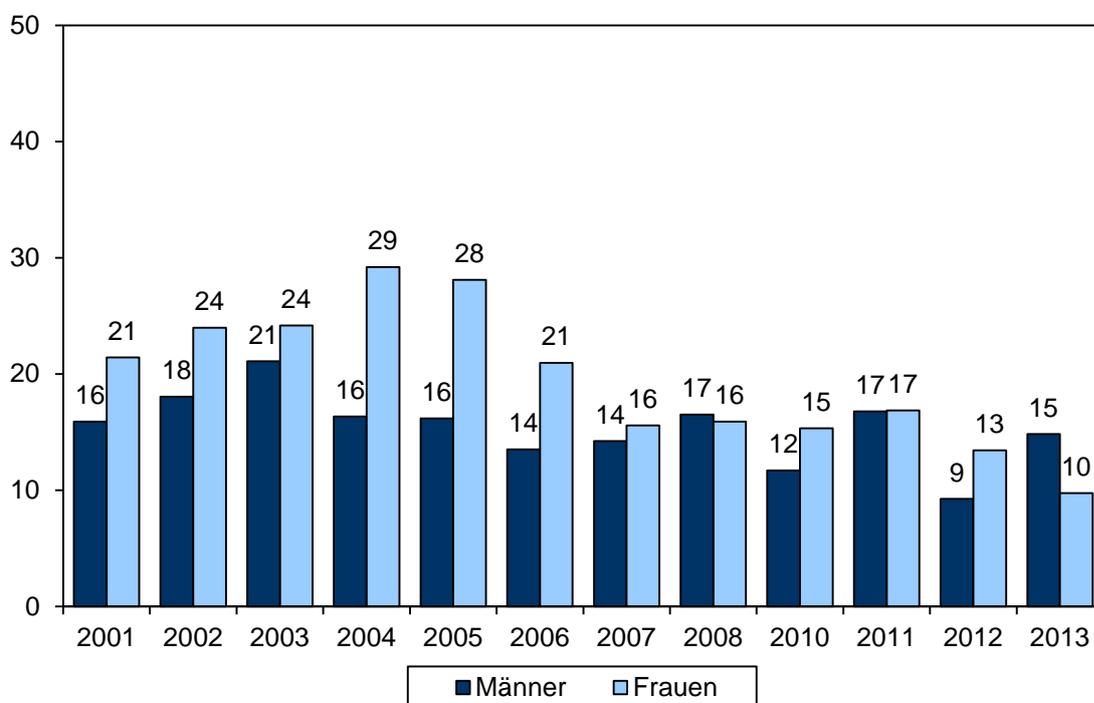
Werden die zehn Fragen der einzelnen Dimensionen (vgl. Abb. 83) zu einer Skala aufsummiert, lässt sich das Niveau rechtsextremer Orientierungen unter der Bevölkerung schätzen.⁷ Dabei gelten Befragte als rechtsextrem eingestellt, die sich insgesamt zu den

⁷ Auf der Rechtsextremismusskala aus den zehn Indikatoren können minimal zehn Punkte und höchstens 40 Skalenpunkte erreicht werden, wobei höhere Werte eine stärkere Ausprägung rechtsextremer Einstellungen indizieren. Befragte mit einem Skalenwert ab 26 gelten als rechtsextrem eingestellt und bei Befragten mit einem Wert ab 30 Skalenpunkten kann von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ausgegangen werden.

Fragen stärker zustimmend als ablehnend positioniert haben. Als „harter Kern“ mit verfestigten rechtsextremen Einstellungen gelten zudem jene Befragte, die mehr als drei Viertel des maximal möglichen Skalenwerts erreichen, also den einzelnen Fragen durchschnittlich mehr als „überwiegend“ zugestimmt haben. Im Vergleich zu den Messungen von 2010 und 2012 ergeben sich für die diesjährige Erhebung keine Verschiebungen: Das Niveau der rechtsextrem eingestellten Thüringer_innen liegt unverändert bei rund zwölf Prozent, bei jeder / jedem Zwanzigsten ist ein geschlossen rechtsextremes Weltbild zu beobachten (Abb. 84). Die Zunahme im Jahr 2011 lässt sich damit weiterhin als Ausreißer bestätigen.

Der seit 2005 zu beobachtende Rückgang rechtsextremer Einstellungen unter den Thüringer_innen ist vor allem auf rückläufige Zustimmungen zu ethnozentristischen Positionen – fremdenfeindlichen und chauvinistischen Orientierungen – zurückzuführen, wenngleich auch die Dimensionen an Rückhalt verloren haben, die den Kern der nationalsozialistischen Ideologie umfassen. Im Hinblick auf die Trägergruppen ist der Rückgang rechtsextremer Einstellungen der Senkung des Anteils rechtsextremer Frauen geschuldet (Abb. 85). Während das Niveau unter den Männern mit 16 Prozent im Jahr 2001 und 15 Prozent in der diesjährigen Messung, trotz einiger Schwankungen in den einzelnen Jahren, langfristig stabil ist, starteten die Frauen bei einem Niveau von 21 Prozent, das in den Jahren 2004 und 2005 mit fast 30 Prozent einen Höchststand erreichte und in 2013 mit zehn Prozent den bisher tiefsten Wert aufweist.

Abb. 85: *Rechtsextrem Eingestellte unter Männern und Frauen 2001–2013*
(in Prozent)



Die nähere Analyse offenbart, dass Frauen in den Jahren 2004 bis 2006, in denen die größten Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen sind, stärker depriviert waren als die Thüringer Männer und auch als es die Thüringer Frauen heute sind. Sie

schätzten ihre finanzielle Situation schlechter ein, hatten eine größere Angst, auf die Verliererseite der Gesellschaft zu geraten, bewerteten, auch daraus resultierend, die Folgen der Einheit für ihr eigenes Leben häufiger negativ und waren stärker davon überzeugt, dass Westdeutsche die Ostdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandeln würden. Es ist deshalb anzunehmen, dass der Rückgang des Niveaus rechtsextremer Orientierungen mit dem Anstieg der Erwerbstätigenquote in Thüringen (unter Männern und Frauen) einhergeht, wobei Frauen von dieser Entwicklung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage stärker profitiert haben als die Thüringer Männer (vgl. Kapitel II sowie TM 2012, Kapitel II). Es ist naheliegend, dass die Verbesserung der ökonomischen Lage der Thüringer Frauen das Ausmaß von ökonomischer Deprivation und Abstiegsängsten gemildert hat und auch dadurch der Anteil rechtsextremer Orientierungen unter ihnen seit 2006 rückläufig ist. Diese Interpretation wird weiterhin dadurch gestützt, dass Frauen in besagten Jahren insbesondere stärkere fremdenfeindliche Einstellungen als die Thüringer Männer aufwiesen. Diese werden stärker von ökonomischer Deprivation begünstigt als die anderen Dimensionen des Rechtsextremismus.

4.1 Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Gutachten zum THÜRINGEN-MONITOR 2012 wurden die Zusammenhänge zwischen den zehn Fragen zum Rechtsextremismus näher untersucht. Wir konnten feststellen, dass sich die Fragen spätestens seit Mitte des letzten Jahrzehnts nicht mehr als Indikatoren eines homogenen Rechtsextremismusphänomens begreifen lassen. Vielmehr unterteilt sich der von ihnen aufgespannte Einstellungsraum in zwei Faktoren. Der verharmlosende Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands, ein sozialdarwinistisches Gesellschaftsbild, Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, rassistische und antisemitische Einstellungen bilden dabei eine Einstellungskomponente, die der **neo-nationalsozialistischen Ideologie** entspricht. Fremdenfeindliche und nationalistisch-chauvinistische Orientierungen bilden gemeinsam den zweiten Faktor und lassen sich zusammenfassend als **Ethnozentrismus** begreifen, also die Abwertung des „Fremden“ bei gleichzeitiger Überhöhung der eigenen nationalen und ethnischen Identität. Die Bedeutung dieses Befundes liegt darin, dass die jeweiligen Einstellungsfragen der zwei Dimensionen untereinander austauschbar sind, diese beiden Faktoren jedoch nicht das Gleiche messen – das rechtsextreme Einstellungssyndrom in Thüringen ist zwei- und nicht ein- oder sechsdimensional. Auch für Gesamtdeutschland bestätigen sich diese zwei Dimensionen des Rechtsextremismus (Heyder / Decker 2011).

Da dieser Befund Auswirkungen auf das Verständnis als „rechtsextrem“ etikettierter Einstellungen hat, wurden in der aktuellen Erhebung zusätzlich zu Indikatoren rechtsextremer Einstellungen weitere Facetten „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ erhoben. Im Einzelnen sind dies antiziganistische Positionen, die Diskriminierung von Asylbewerber_innen, Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, von Behinderten und Langzeitarbeitslosen (Abb. 86, vgl. Kapitel IV.3). Das Niveau dieser menschenfeindlichen Einstellungen in Thüringen entspricht dem bundesdeutschen Durchschnitt (Vergleichsdaten aus Heitmeyer 2011): Sinti und Roma in der eigenen Wohngegend lehnen 35 Prozent der Thüringer_innen ab, in Deutschland waren dies 2011 mit 40

Prozent nur unwesentlich mehr. Die Abwertung dieser Bevölkerungsgruppe ist damit in Deutschland und Thüringen sehr hoch. Nach anderen Angaben liegt der deutschlandweite Anteil von Personen, die Sinti und Roma nicht in ihrer Nachbarschaft akzeptieren, bei 20 bis 29 Prozent; damit ist der Antiziganismus im Deutschland im europäischen Vergleich allerdings noch moderat ausgeprägt (vgl. Halman / Sieben / van Zundert 2012: 108). Asylbewerber_innen getrennt von der restlichen Bevölkerung unterzubringen, wird hingegen nur von knapp einem Fünftel der Thüringer_innen gefordert und liegt damit etwas unter dem bundesweiten Schnitt. Nur eine Minderheit von rund acht Prozent der Thüringer_innen ist der Ansicht, dass für Behinderte in Deutschland zu viel Aufwand betrieben wird, niveaugleich mit der Zustimmung in ganz Deutschland zu dieser Aussage. Ebenfalls auf ungefähr gleichem Niveau befindet sich die Abwertung von Langzeitarbeitslosen in Thüringen: 56 Prozent der Befragten unterstellen Langzeitarbeitslosen, sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben zu machen, bundesweit vertreten sogar 61 Prozent der Bevölkerung dieses (ähnlich formulierte) Vorurteil. Obwohl Arbeitslosigkeit in Thüringen wie in den restlichen ostdeutschen Bundesländern verbreiteter als im bundesdeutschen Durchschnitt ist, verringert dies nicht die Neigung zu einer harschen Beurteilung von Langzeitarbeitslosen (vgl. Kapitel IV.3).

Abb. 86: *Zustimmung zu Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (in Prozent)*

Dimensionen und Statements

Antiziganismus

„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.“ 35

Diskriminierung von Asylbewerber_innen

„Asylbewerber sollten von der übrigen Bevölkerung getrennt untergebracht werden.“ 19

Behindertenabwertung

„Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.“ 8

Homosexuellenfeindlichkeit

„Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.“ 29

Abwertung von Langzeitarbeitslosen

„Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.“ 56

Anmerkung: Antwortkategorien „Stimme völlig zu“ und „Stimme eher zu“ zusammengefasst

Mit der Aufnahme einer Frage zum sekundären Antisemitismus wurde eine Anregung aus der aktuellen Forschung aufgegriffen (Best / Schmidtke 2013). Während primärer

Antisemitismus die Feindlichkeit gegen Juden aufgrund „traditioneller“ und insbesondere rassistischer Vorurteile bezeichnet, erfasst der Begriff des sekundären Antisemitismus das Phänomen der Ablehnung von Juden gerade wegen ihrer Verfolgung und Ermordung während des Nationalsozialismus. Dabei können vier Argumentationsmuster unterschieden werden (Bergmann 2002):

- Mitschuldthese: Dem jüdischen Volk wird selbst die Schuld an seiner Verfolgung im Dritten Reich zugeschrieben. Die komplexe Geschichte der deutsch- und christlich-jüdischen Beziehungen wird ausgeblendet und verkürzt auf die Unterstellung, dass die Verfolgung der Juden nicht grundlos gewesen sein könne.
- Instrumentalisierung des Holocaust: Unter Rückgriff auf das Stereotyp des „geldgierigen Juden“ wird „den“ Juden unterstellt, dass sie die nationalsozialistische Vergangenheit heute ausnutzen, um finanzielle Leistungen von Deutschland zu erhalten.
- Schlussstrich-Mentalität: Juden wird die Rolle der „Störenfriede“ zugeschrieben, da ihr Mahnen an den Holocaust die fortwährende Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit erzwingt, unter die man lieber einen Schlussstrich gezogen sähe.
- Anti-israelische Einstellungen: Hinter diesen steht das Bedürfnis, die Schuld der Deutschen an dem jüdischen Volk mit von Israelis vermeintlich begangenen Menschenrechtsverletzungen im Nahostkonflikt zu relativieren.

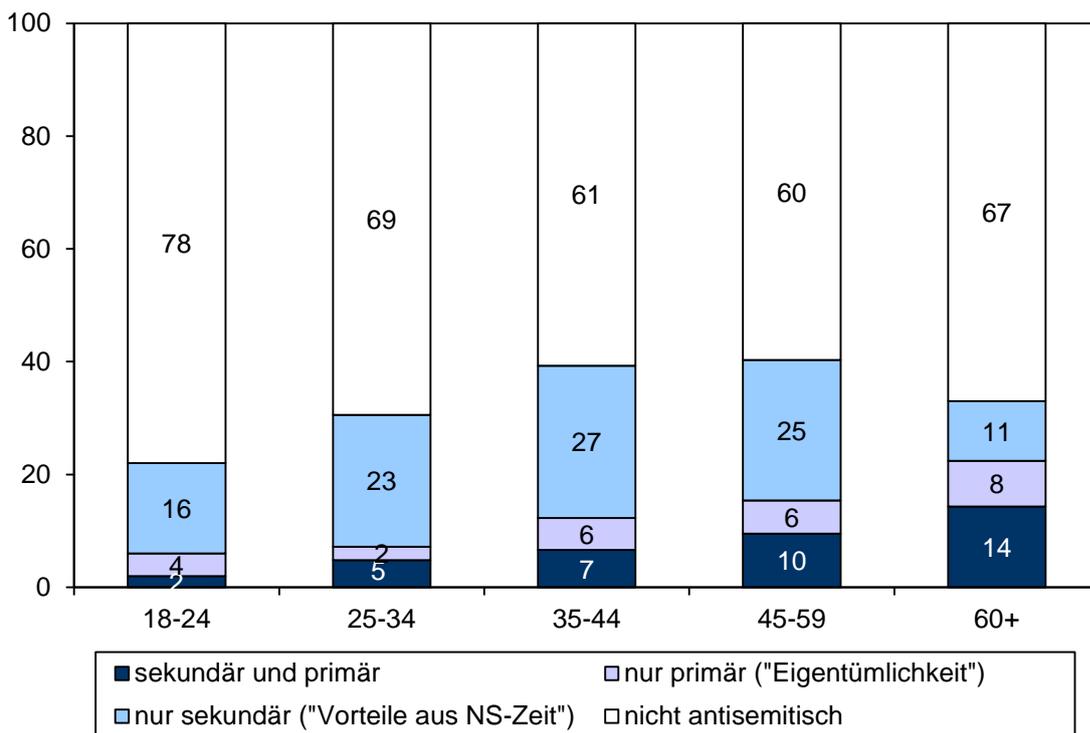
Aufgrund der Fragebogenökonomie wurde zwischen diesen Teilaspekten des sekundären Antisemitismus eine Auswahl getroffen, wobei wir mit Blick auf mögliche bundesdeutsche Vergleichsdaten das Statement „Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ ausgewählt haben (Zick / Küpper / Hövermann 2011: 65). Wie erwartet ist dieses Vorurteil in der Thüringer Bevölkerung deutlich stärker verbreitet als die Neigung zur rassistisch motivierten Ausgrenzung von Juden aufgrund ihrer „Eigentümlichkeit“: mit 32 Prozent sind die sekundär-antisemitischen Einstellungen unter den Thüringer_innen sogar mehr als doppelt so hoch (Abb. 83). Das gesamtdeutsche Niveau fällt mit 49 Prozent Zustimmung zu diesem Vorurteil über Juden sogar noch höher aus (Zick / Küpper / Hövermann 2011: 65).

Werden beide Fragen gemeinsam ausgewertet, wird deutlich, dass die Beschränkung der Messung auf primär-antisemitische Tendenzen das Ausmaß judenabwertender Ressentiments unter den Thüringer_innen unterschätzt: Nur knapp zwei Drittel der Befragten ist ohne Vorbehalte gegenüber Juden. Neun Prozent der Befragten äußern sowohl eine rassistisch gefärbte Abneigung gegen Juden als auch das Vorurteil, diese würden die NS-Vergangenheit ausnutzen. Von einem Fünftel der Befragten wird ausschließlich dieses Vorurteil vertreten, weitere sechs Prozent sind ausschließlich traditionell antisemitisch eingestellt. Der Anteil derer, welche die Antwort auf eine von beiden Einstellungsfragen verweigert haben, liegt mit einem Fünftel deutlich über dem Durchschnitt – ein Anzeichen dafür, dass sich die Befragten entweder der Problematik beider Statements bewusst

sind und/oder sich tatsächlich nicht in der Lage sehen, eine Einschätzung darüber abzugeben, denn Juden sind für viele Menschen in der ostdeutschen Gesellschaft eine kaum präsente Minderheit.

Die Beziehung zwischen beiden Fragen weist eine kumulative Struktur auf: Die neuen Formen des Antisemitismus bilden ein breiteres Grundniveau in der Bevölkerung, das sich bei neun Prozent der Befragten zusätzlich mit überkommenem jüdenfeindlichem Gedankengut vermischt. Ausschließlich dieser "alten" Form des Antisemitismus hängt jedoch nur eine Minderheit der Thüringer_innen an. Der zu vermutende Alters- und Sozialisierungseffekt bestätigt sich (Abb. 87): Unter den Befragten ab 60 Jahren sind primär-antisemitische Einstellungen über- und sekundär-antisemitische Orientierungen unterrepräsentiert, letztere werden vor allem von den mittleren Alterskohorten der 25- bis 59-Jährigen getragen. Beide Vorurteilsdimensionen gemeinsam treten ebenfalls überdurchschnittlich häufig bei der ältesten Kohorte auf. In der jüngsten Befragtengruppe von 18 bis 24 Jahren sind vier von fünf der Befragten ohne antisemitische Ressentiments. Längerfristig deutet sich damit womöglich ein Rückgang des Antisemitismus in Thüringen an.

Abb. 87: Antisemitische Einstellungen nach Alterskohorten (in Prozent)



Ebenfalls im Kontext der Untersuchung rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen wurde in der aktuellen Erhebung wiederholt abgefragt, ob die Thüringer_innen den in Deutschland lebenden Muslimen absprechen, die Werte unseres Grundgesetzes zu akzeptieren (vgl. Best 2013). Für zwei Fünftel der Befragten trifft dies zu, ein wiederholt hoher Anteil. Ergänzt wurde diese Einstellungsfrage um das Statement "Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen." dem 65 Prozent der Thüringer_innen zustimmen. Insgesamt zeigt nur ein Viertel der Befragten keine Distanz gegenüber Muslimen in

Deutschland. Keine andere gesellschaftliche Gruppe ist so starken negativen Vorurteilen ausgesetzt wie die Muslime. Ob es sich hier um das Ergebnis einseitiger Medienberichterstattung oder diffuser Konkurrenzängste handelt, kann hier nicht beantwortet werden. Angesichts eines Anteils von ca. 0,4 Prozent Muslimen in der Thüringer Bevölkerung (vgl. TM 2012: 21) dürften jedoch eigene lebensweltliche Erfahrungen kaum eine Rolle spielen. Diesem Umstand dürfte zugeschrieben sein, dass sich ca. 30 Prozent der Befragten einer Beurteilung von einer oder beiden islam- oder eigentlich muslimfeindlichen Aussagen enthalten.

Abb. 88: *Die Struktur rechtsextremer Einstellungen in Thüringen*

Neo-nationalistische Ideologie		Ethnozentrismus	
<i>Nationalsozialist. Gesellschaftsbild</i>	<i>Antisemitismus</i>	<i>Fremden-/Islamfeindlichkeit</i>	<i>Ausgrenzung</i>
Verharmlosung NS	„Juden passen nicht zu uns“	Fremdenfeindlichkeit	von Asylbewerber_innen
Diktaturaffinität	„Juden ziehen Vorteile aus NS-Zeit“	Islamfeindlichkeit	von Sinti und Roma
Chauvinismus		(Chauvinismus: „Durchsetzen dt. Interessen“)	
Sozialdarwinismus			
Rassismus			

Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, wie die Dimensionen des Rechtsextremismus und verwandter Phänomene „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in Verbindung stehen. Wir haben dazu eine Faktorenanalyse durchgeführt, die auf Grundlage umfassender Auswertungen der Beziehungen zwischen den einzelnen Indikatoren Auskunft über deren Binnenstruktur gibt. Werden die zehn Einstellungsfragen der Rechtsextremismusskala, beide islamfeindlichen und die sekundär-antisemitische Aussage, die Fragen zur Ausgrenzung von Sinti und Roma sowie von Asylbewerber_innen und die Indikatoren einer Abwertung von Behinderten, Homosexuellen und von Langzeitarbeitslosen mit diesem Instrument analysiert, ergibt sich insgesamt ein überraschendes Bild (Abb. 88). Einerseits bestätigt sich der Befund des letzten THÜRINGEN-MONITORS, nach dem es zwei Hauptdimensionen gibt, von denen eine die wesentlichen Ideologeme der nationalsozialistischen Ideologie in sich vereint. Diese gliedert sich wiederum in zwei Faktoren, da sich beide Indikatoren des Antisemitismus von jenen ideologischen Elementen, die als Determinanten eines nationalsozialistischen Gesellschaftsbildes verstanden werden können, signifikant unterscheiden. Dazu gehört die Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen, die Nähe zu einer diktatorischen Regierungsform, chauvinistisch-nationalistische Haltungen sowie sozialdarwinistische Einstellungen und der Rassismus indizierenden Forderung nach einer „Heirat unter Landsleuten“ für Zuwanderer. Daneben existiert eine zweite ethnozentristische Dimension, in der sich alle Einstellungen zusammenfinden, die

“Fremde” abwerten und ausgrenzen: die Ausländer_innen allgemein sowie Muslime, Asylbewerber_innen, zudem die Sinti und Roma. Dass fremden- und islamfeindliche Einstellungen einen gemeinsamen Faktor bilden, deutet darauf hin, dass die Thüringer, wie auch die Deutschen insgesamt (Zick / Küpper / Hövermann 2011: 46), zwischen beiden Gruppen kaum differenzieren: „Ausländer“ werden wesentlich als „Muslime“ verstanden – und vice versa. Die viele Nationalitäten und ethnische wie religiöse Gruppen einschließenden Asylbewerber_innen werden von der Gruppe der „ausländischen Muslime“ getrennt bewertet und weniger stark abgelehnt, vermutlich auch, da sie im Gegensatz zu Muslimen in Deutschland nicht als zahlenmäßig starke Gruppe mit “zu vielen Forderungen” wahrgenommen werden, ähnlich wie Sinti und Roma.

Andererseits jedoch ist auffällig, dass sich die Ausgrenzung von Behinderten, Langzeitarbeitslosen und Homosexuellen nicht in den von den übrigen Fragen und Dimensionen aufgespannten Einstellungsraum einfügen. Die Thüringer_innen scheinen zu unterscheiden zwischen “Deutschen” im ethnischen Sinn, zu denen diese drei Gruppen gehören (können), und Fremden. Ausgrenzung erfahren all diese Bevölkerungsgruppen in Thüringen, jedoch nicht von denselben Personen und somit vermutlich nicht aus den gleichen Motivationen. Es gilt jedoch, dass die Thüringer_innen zwischen Homosexuellen, Behinderten und für längere Zeit Arbeitslosen genau differenzieren, der Zusammenhang zwischen diesen drei Einstellungsfragen ist statistisch unbedeutend. Dieser Befund muss bislang als spezifisch für Thüringen gelten, da der Zusammenhang dieser drei Dimensionen untereinander und mit anderen Facetten „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ für die Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen wurde (Zick / Hövermann / Krause 2011).

Wenngleich im Dritten Reich Homosexuelle, Behinderte und “Arbeitsscheue” verfolgt wurden, gilt außerdem, dass die Abwertung dieser Gruppen innerhalb der heutigen Thüringer Bevölkerung nicht mit der Unterstützung nationalsozialistischer Ideologeme verbunden ist. Auch ist die Aussage “Es gibt wertvolles und unwertes Leben” statistisch nicht verknüpft mit der Auffassung, in Deutschland würde zu viel Aufwand für behinderte Menschen betrieben.⁸ Wer sind nun die Thüringer_innen, die der nationalsozialistischen Ideologie oder ethnozentristischen Auffassungen anhängen im Unterschied zu den Thüringer_innen, die Behinderte, Homosexuelle und Arbeitslose ausgrenzen und herabsetzen? Auch dieser Frage soll in einer Analyse der Ursachen rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen in Thüringen mit besonderem Fokus auf den Komplex der Deprivation nachgegangen werden.

4.2 Abstrakte Vorurteile, konkrete Ursachen?

Gruppenbezogene Vorurteile (z. B. die Abwertung von Langzeitarbeitslosen) beruhen ähnlich wie generalisierte politische und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen (z. B. die Befürwortung diktatorischer Regierungsformen) nicht notwendigerweise auf eigenen Erfahrungen. Es sind Sonderfälle von Stereotypen, die Menschen zur Verarbeitung be-

⁸ Siehe hierzu auch die Auswertung der offenen Frage „Was verstehen Sie unter ‚unwertem Leben‘?“ im Anhang des THÜRINGEN-MONITORS 2013.

ziehungsweise Vereinfachung einer in jedem Augenblick überkomplexen Umwelt benötigen. Vorurteile, negative Stereotypen, werden zwar immer gelernt, beruhen aber nicht zwangsläufig auf eigenen Erfahrungen. Damit sind Vorurteile und Stereotypen ein Sonderfall unter den breiten kognitiven Verarbeitungsprozessen und Verhaltensdispositionen, die im Allgemeinen zusammenfassend als „Einstellungen“ bezeichnet werden (dazu ausführlicher: Heyder / Decker 2011, vgl. auch Best 2013).

Aufgrund dieser Eigenschaft von Vorurteilen gerät die Messung rechtsextremer Einstellungen immer wieder in die Kritik: Warum fragt man die Thüringer_innen, ob sie Deutschland für überfremdet halten, wenn sie dies eigentlich nur für Thüringen oder gar nur ihre eigene Wohnumgebung beurteilen können?⁹ Der Grund hierfür ist, dass negative Stereotype, die in einer Befragungssituation abgerufen werden, auch für politische Zwecke instrumentalisiert werden können. Populistische, radikale und extreme Organisationen oder Parteien argumentieren nicht sachlich und erfahrungsgestützt. Die Entstehungsbedingungen von Vorurteilen und damit auch des rechtsextremen Einstellungssyndroms können besser verstanden werden, wenn deren tatsächlicher Abstraktionsgrad genauer geprüft wird. Der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR hat dazu die Einstellungsfrage, die sich der meisten Kritik aufgrund zu hoher Abstraktion ausgesetzt sieht, in zwei Schritten für die Befragten konkretisiert. Es handelt sich dabei um die Aussage

„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

die von den Befragten ablehnend oder zustimmend bewertet werden sollte. Diese Frage wurde mit den Bezugsrahmen Thüringens und der eigenen Wohnumgebung an anderer Stelle des Fragebogens gespiegelt:

„Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

„Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

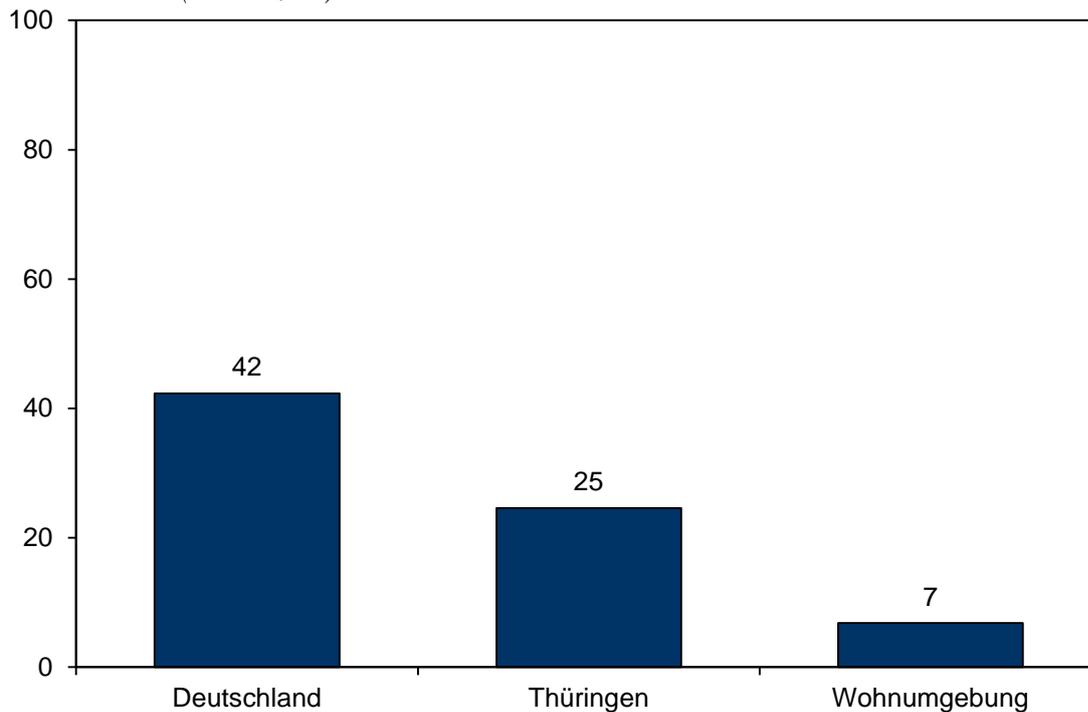
Tatsächlich nimmt die Zustimmung mit steigender Konkretisierung deutlich ab (Abb. 89). Während 42 Prozent der Befragten Deutschland für überfremdet einschätzen, fällt nur noch ein Viertel der Befragten dieses Urteil auch über Thüringen und lediglich sieben Prozent der Thüringer_innen hält auch die eigene Wohnumgebung in einem gefährlichen Maß für überfremdet.

Der regionale Bezugsrahmen wirkt bei den Befragten also tatsächlich als ein Korrektiv, das bei einem Teil von ihnen zu einer Revision der eigenen „Überfremdungsängste“ führt. Dennoch müssen die Zustimmungswerte vor dem Hintergrund interpretiert werden, dass der Ausländer_innenanteil in Thüringen tatsächlich nur 2,3 Prozent beträgt. Dieser Anteil liegt weit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von ca. acht Prozent (Angabe des Statistischen Bundesamtes, Zensus 2011). In den Städten Erfurt, Weimar, Eisenach sowie

⁹ Vergleich: Protokoll der 102. Sitzung des Thüringer Landtags in der 5. Wahlperiode (<http://www.thueringer-landtag.de/imperia/md/content/landtag/plenum/arbeitsfassung/arbeitsfassung102.html>); eingesehen: 6. März 2013)

dem Landkreis Nordhausen liegt der Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei drei bis vier Prozent, in Jena bei ca. sechs Prozent, in Suhl sowie dem Landkreis Sonneberg und dem Ilmkreis bei zwei bis drei Prozent, in der Stadt Gera sowie allen restlichen Gebieten unter zwei Prozent, im Landkreis Sömmerda sogar unter einem Prozent (vgl. Sozialstrukturatlas 2011: 32).

Abb. 89: *„Gefährliche Überfremdung“ Deutschlands, Thüringens und der Wohnumgebung durch Ausländer (in Prozent)*



Die Determinanten der „Überfremdungs“-Fragen mit den Bezugsrahmen Deutschland und Thüringen unterscheiden sich nicht voneinander: Abstiegsängste, die Wahrnehmung, dass die Ostdeutschen von den Westdeutschen diskriminiert werden und man einen geringen Einfluss auf die Regierung hat sowie autoritäre Orientierungen sind neben einem niedrigeren Bildungsabschluss die wichtigsten Erklärungsfaktoren. Indirekt spielt eine schlechte finanzielle Situation, sowohl objektiv als auch in subjektiver Einschätzung eine Rolle. In dem Anteil der Thüringer_innen hingegen, die ihre unmittelbare Wohngegend als überfremdet einschätzen, begegnet uns das Vorurteil nicht mehr als ein negatives Stereotyp, das keinen Abgleich mit der Realität erfahren hat oder erfahren konnte, und auch nicht als ein Instrument zur Kompensation einer schwachen gesellschaftlichen Position, sondern als ein durch „Weltanschauung“ geprägtes Urteil, das sich dementsprechend nicht durch die üblichen Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen erklären lässt. Mit der konkretesten Einstellungsfrage wurden somit die abstraktesten Vorurteile gemessen.

Auch im Hinblick auf die Bestimmungsgrößen, die rechtsextreme Einstellungen verursachen, ist es wichtig zu fragen, auf welcher Ebene diese Einflussgrößen ansetzen. Im letztjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde gezeigt, dass die konkrete individuelle Lebenslage wie die wirtschaftliche Situation, der Beschäftigungsstatus und damit zusammenhängend die Einschätzung, nicht den gerechten Anteil zum Leben zu erhalten sowie die Angst, auf

die Verliererseite des Lebens zu geraten, rechtsextreme Orientierungen begünstigen. Verstärkt werden diese Einflussfaktoren durch die Wahrnehmung, dass Ostdeutsche von Westdeutschen wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden und „Leute wie ich“ keinen Einfluss auf die Regierung haben. Letztere Faktoren sind keine Beschreibung oder Bewertung der individuellen Situation eines Befragten, sondern geben Auskunft über dessen Gesellschaftsbild und sind somit abstraktere Merkmale. In diesen Ergebnissen und den Zusammenhängen der Determinanten untereinander deutet sich an, dass die Wahrnehmung individueller Bedrohung im ökonomisch-materiellen Bereich zu einem negativen Gesellschaftsbild führt, dass seinerseits die Empfänglichkeit für die neo-nationalsozialistische Ideologie und ethnozentrische Einstellungen deutlich erhöht. Durch die Schwerpunktsetzung des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS kann dieses Modell erweitert und überprüft werden.

Neben der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen und einer schlechten Einschätzung der eigenen finanziellen Situation, wurden in der diesjährigen Befragung die negative Einschätzung der eigenen Zukunftsaussichten, die Furcht vor einem zukünftigen Statusverlust und die weniger gute Bewertung der Lebensbedingungen in der eigenen Umgebung als Indikatoren individueller wirtschaftlicher Deprivation erfasst. Auf gesellschaftlicher Ebene gespiegelt wird die Einschätzung der eigenen Lebenslagen der Befragten durch ihre Beurteilung des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik, der wirtschaftlichen Lage Thüringens sowie die Zukunftstauglichkeit des Thüringer Wirtschaftssystems und den Lebensbedingungen in Thüringen. Weiterhin wurde im gegenwärtigen THÜRINGEN-MONITOR die soziale Integration der Befragten durch die Kontakthäufigkeit zu Familienmitgliedern, Nachbarn und Freunden erfasst (vgl. Kapitel III.2). Auch wurde erfasst, ob sich die Befragten zurzeit in einer Partnerschaft befinden und einen Menschen in ihrem Leben haben, an den sie sich vertrauensvoll wenden können, wenn sie Probleme haben. Die Sozialintegration im Nahbereich wird durch die Frage ergänzt, ob man sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlt. Hiermit erfasst der THÜRINGEN-MONITOR ein abstrakteres Gefühl der Befragten im Hinblick auf ihre Integration in die gesellschaftliche Gemeinschaft, die über die unmittelbare soziale Integration hinausweist. Auch die Bewertung des Gesellschaftssystems wurde auf diese Weise unter zwei Aspekten erhoben, indem die Thüringer_innen einmal danach gefragt wurden, ob sie selbst den gerechten Anteil zum Leben erhalten und außerdem, ob sie die Gesellschaftsordnung in Deutschland sowie in Thüringen für gerecht halten. Wenngleich damit nur ein Aspekt der Gesellschaftsordnung erfasst wird, ist es doch einer der wichtigsten (vgl. Kapitel III.4.1). Das Verhältnis zur Politik wird im THÜRINGEN-MONITOR seit je her komplementär gemessen über die Selbsteinschätzung der Befragten, politische Fragen gut oder schlecht einschätzen zu können sowie eine Einschätzung darüber, ob „Leute wie ich“ auf die Regierung Einfluss nehmen können oder nicht. Zuletzt wurde auch der Aspekt der „Einheitsbewältigung“ durch die Frage abgedeckt, ob die Wiedervereinigung für die Befragten persönlich mehr Vor- oder Nachteile gebracht habe und, auch hier als Spiegelung auf der gesellschaftlichen Ebene, ob die Ostdeutschen von den Westdeutschen abwertend behandelt würden. Diese Merkmale erfassen die relevantesten Erklärungsansätze rechtsextremer Einstellungen: individuelle sowie kollektive ökonomische Depriva-

tion, unter der auch der Gerechtigkeitsaspekt, im Sinn der Verteilungsgerechtigkeit, gefasst wird, soziale und gesellschaftliche Desintegration, politische Entfremdung und der Komplex spezifisch ostdeutscher Benachteiligungsgefühle als lang anhaltender Nachklang der deutschen Trennung und Wiedervereinigung (für die theoretische Herleitung sowie ausführlicher Darstellung dieser Erklärungskonzepte siehe THÜRINGEN-MONITOR 2012, Kapitel IV.4.4).

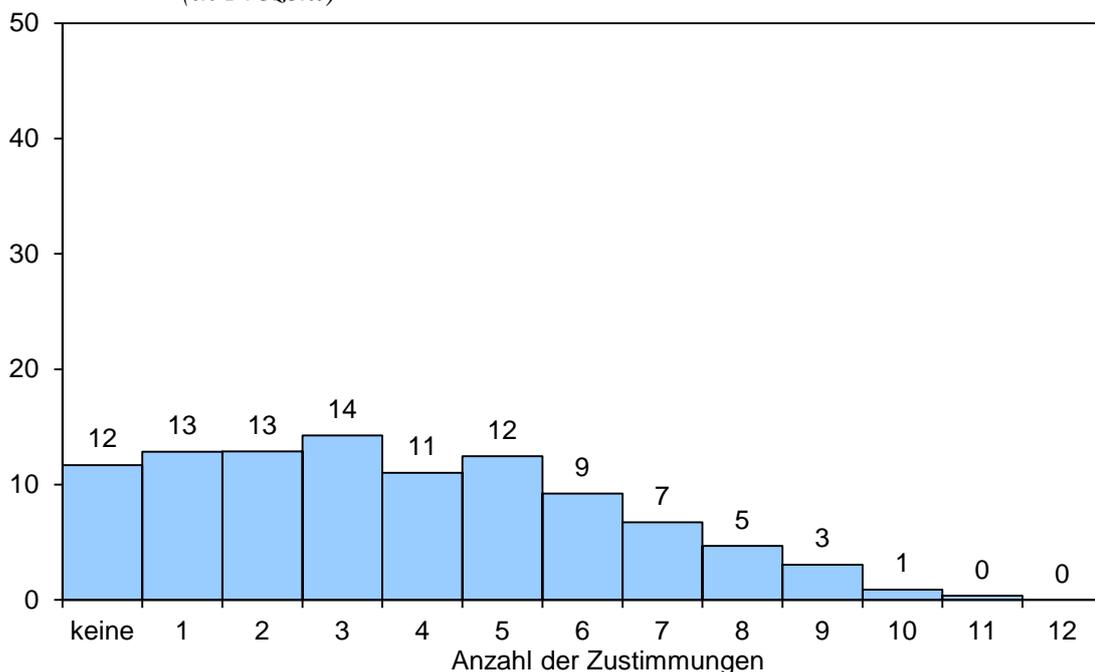
Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurden die Annahmen überprüft, dass die Position, welche die Thüringer_innen zu ihrer Gesellschaft einnehmen wesentlich von ihrer individuellen wirtschaftlichen Lage geprägt ist und auch die Position, auf die sie sich in dieser Gesellschaft verwiesen sehen, ihre eigene ökonomische Situation reflektiert. Eine hohe objektive und subjektive wirtschaftliche Benachteiligung, so unsere Annahme, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Betroffenen an den gesellschaftlichen Rand gedrängt sehen, von der Mehrheitsgesellschaft abgewertet fühlen und Menschen wie sich selbst wenig politische Einflussmöglichkeiten zugestehen, dementsprechend bewerten sie diese Gesellschaft als ungerecht. Diese Kombination sollte schließlich die Neigung zu Ethnozentrismus und der neo-nationalsozialistischen Ideologie erhöhen, da diese Ordnungsvorstellungen über die Gesellschaft und das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen enthält, denen die Möglichkeit zur Verbesserung des eigenen ökonomischen und damit gesellschaftlichen Status zugerechnet wird (vgl. TM 2012, Kapitel III).

Die empirische Überprüfung bestätigt diese Annahmen weitestgehend. Im ökonomischen Bereich ist die individuelle Situation entscheidend für die Übernahme rechtsextremer Positionen, nicht jedoch die Bewertungen der Wirtschaftslage und des Wirtschaftssystems von Thüringen oder Deutschland. Selbst die Einschätzung der Lebensbedingungen der eigenen Wohnumgebung wirken sich nicht auf die Nähe (oder Ferne) zur rechtsextremen Ideologie aus. Auch dies verdeutlicht, dass es die unmittelbare ökonomische Bedrohung der eigenen (Haushalts-)Lage ist, welche den Nährboden für rechtsextreme Einstellungen bildet. Diese Bedrohungslage begünstigt die Wahrnehmung der Gesellschaftsordnung als ungerecht, dies fördert sowohl aus der individuellen Perspektive der Befragten als auch vor dem Hintergrund eines allgemein negativen Urteils über die gesellschaftliche Gerechtigkeit die Hinwendung zu rechtsextremen Positionen. Der relevante Bezugsrahmen ist hierbei Deutschland und nicht die gesellschaftliche Ordnung Thüringens. Entscheidend für die Positionierung zur rechtsextremen Ideologie im Bereich der Sozialintegration ist die gesellschaftliche Ebene und nicht die Häufigkeit sozialer Kontakte, das Leben in einer Partnerschaft oder die Möglichkeit, sich mit den eigenen Problemen an eine Vertrauensperson wenden zu können. Rechtsextrem Eingestellte fühlen sich demnach nicht im sozialen Nahbereich, sondern gesellschaftlich desintegriert. Dieses Empfinden steht vor dem Hintergrund der individuellen ökonomischen Bedrohung und der Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit. Beides begünstigt auch das Urteil, die Westdeutschen würden die Ostdeutschen diskriminieren, ein weiterer relevanter Erklärungsfaktor des Rechtsextremismus in Thüringen. Die individuelle Bewertung der Folgen der deutschen Einheit hingegen spielt keine Rolle. Die Wahrnehmung einer ungerechten und die Ostdeutschen diskriminierenden Gesellschaft begünstigt schließlich das negative Urteil über

die politischen Einflussmöglichkeiten. Das heißt, auch im Bereich der Politik ist die gesellschaftliche und nicht die individuelle Ebene – die politische Eigenkompetenzzuschreibung – von Bedeutung. Die individuelle wirtschaftliche Bedrohung vor dem Hintergrund einer geringen formalen Bildung prägt ein negatives Gesellschaftsbild und führt dazu, dass sich die Thüringer_innen an deren Rand gedrängt sehen. Diese Problemlage erklärt die Positionierung der Befragten zu den Rechtsextremismusfragen zu 30 Prozent.

Die Gültigkeit des Modells lässt einmal mehr einen Aspekt von Vorurteilen erkennen, der in der psychologisch-kognitiven Forschung nicht selten vernachlässigt wird: ihr strategisches Moment. Sie sind nicht *nur* Vereinfachungen, die keinen Abgleich mit der Realität erfahren haben, sondern haben den Zweck, konkrete Eigeninteressen zu schützen – dafür spricht ihre Fundierung in der wirtschaftlich geschwächten Position des Einzelnen, die mit unterdurchschnittlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt einhergeht. Ebenfalls zu erkennen ist ein Motiv dafür, warum diese Vorurteile von den Befragten nicht mit der Wirklichkeit der Verhältnisse abgeglichen werden: sie fühlen sich selbst als Opfer von negativen Stereotypen der zudem als ungerecht empfundenen Mehrheitsgesellschaft, die sie an den Rand zu drängen scheint, und verweigern noch schlechter gestellten Gruppen, was man ihnen in subjektiver Wahrnehmung ebenfalls nicht zugesteht.

Abb. 90: *Verteilungshäufigkeit gruppenbezogener Vorurteile¹⁰*
(in Prozent)



Von diesen Erklärungsansätzen unterscheiden sich die Hintergründe der Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Homosexuellen. Für die beiden letztgenannten Gruppen kann mithilfe des entwickelten Ursachenmodells nicht erklärt werden, warum diese Menschen von einem Teil der Thüringer_innen ausgegrenzt und diskriminiert werden (vgl. Kapitel IV.3). Für die negative Einstellung zu Langzeitarbeitslosen zeichnen

¹⁰ Die Verteilungshäufigkeit wurde konservativ geschätzt, das heißt Antwortverweigerungen wurden als Ablehnung eines Vorurteils interpretiert.

sich jedoch drei voneinander unabhängige Ursachen ab. Einmal die zu erwartende „Solidarisierung“ von selbst zur Befragungszeit arbeitslosen Thüringer_innen, die aufgrund dieser Betroffenheit das Vorurteil lediglich unterdurchschnittlich häufig teilen. Weiterhin, und dies ist nicht unbedingt erwartungskonform, haben geringer gebildete (aber nicht arbeitslose) Thüringer_innen dieses Vorurteil stärker verinnerlicht als der Durchschnitt. Dies kann als eine „Abgrenzung nach unten“ interpretiert werden: obwohl die eigenen Arbeitsmarktchancen entsprechend des Bildungsgrades ebenfalls unterdurchschnittlich sind, will man selbst nicht zu denen gehören, die der Gesellschaft eine Last sind, sondern leistet seinen Beitrag. Ein dritter Ursachenpfad führt jedoch von der positiven Einschätzung der eigenen finanziellen Situation, hoher Wohn- sowie Lebenszufriedenheit zu einer erhöhten Tendenz, die Gruppe der Langzeitarbeitslosen herabzusetzen. Hier zeigt sich eine Art des Wohlstandschauvinismus, der den eigenen Lebensstandard rechtfertigt, indem er Menschen in weniger guten Lagen den Willen zu deren Verbesserung abspricht und soziale Ungleichheiten zum Problem individueller Motivationslagen oder Persönlichkeitsstrukturen erklärt (vgl. auch Heitmeyer 2011). Gemeinsam erklären diese drei Ursachenpfade 25 Prozent von der Verbreitung der Abwertung von Langzeitarbeitslosen in der Thüringer Bevölkerung.

Dennoch steht die Diskriminierung dieser Gruppe in Thüringen ebenso wie Homophobie und die Abwertung Behinderter sowohl auf Einstellungsebene als auch in Hinblick auf die Trägergruppen dieser Vorurteile außerhalb des Rechtsextremismussyndroms. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich Vorurteile gegen verschiedene Gruppen in allen Bereichen der Bevölkerung finden und es kaum soziale, ökonomische oder persönlichkeitsbezogene Bedingungen gibt, unter denen sich eine Resistenz gegenüber der Abwertung des „Anderen“ entwickelt. Mit den fünf Fragen zur Akzeptanz von Roma und Sinti, Asylbewerber_innen, Homosexuellen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen, sowie zwei Fragen zum Antisemitismus, zwei weiteren Fragen zur Islamfeindlichkeit und drei Fragen zur Fremdenfeindlichkeit, von denen eine als Rassismusindikator interpretiert werden kann, beinhaltet das Fragenprogramm des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS insgesamt zwölf Einstellungsfragen zur Erfassung gruppenspezifischer Vorurteile. Die Auszählung der Zustimmungshäufigkeiten zu diesen zwölf Indikatoren zeigt (Abb. 90), dass nur zwölf Prozent der Thüringer Bevölkerung frei von Vorurteilen sind oder diese durch eine Verweigerung der Antwort zumindest nicht explizit geäußert haben. Fast drei Viertel der Thüringer_innen äußern sich bei einer bis fünf Fragen abwertend und ein Sechstel bei sieben bis zehn Einstellungsfragen. Allerdings hat keine_r der Befragten allen zwölf Fragen zugestimmt. Wird eine strengere Interpretation vorgenommen, so verbleiben lediglich sechs Prozent der Befragten, die jedes Vorurteil *explizit* ablehnen und auch nicht die Antwort verweigern. „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, in ihren hier erfassten Aspekten, ist in Thüringen weniger noch als das Rechtsextremismussyndrom ein Problem gesellschaftlicher „Randgruppen“, sondern durchzieht die breite Mitte der Bevölkerung ebenso wie ihre politischen und sozialen Extreme. Bevölkerungsgruppen, denen kein rechtsextremes Weltbild zugeschrieben werden muss, sind im typischsten Fall nicht frei von Ressentiments gegenüber Minderheiten und schwächeren Gruppen der Gesellschaft, sondern haben Vorurteile gegen andere Gruppen, die bei der Messung des Rechtsextremismus nicht beachtet werden.

V. Fazit

Während die Erhebung des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS noch vor einer Bedrohungskulisse von Euro- und Finanzmarktkrisen stattfand, gab es in diesem Jahr keinen akuten Anlass zu Befürchtungen um die Stabilität der Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Dies war ein günstiger Zeitpunkt für eine Befragung zu dem Schwerpunktthema der Zukunftserwartungen, Lebensziele und Lebensbedingungen. Ein negativ konnotiertes Ereignis mit einem Bezug zu Thüringen bildete allerdings der Prozess um die Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, der in den Maiwochen, in denen die Befragung zum THÜRINGEN-MONITOR durchgeführt wurde, begann, und der bei den Befragten ein erhebliches, wohl auch durch Regionalbezüge der vermutlichen Tätergruppe genährtes Interesse auslöste. Auf das Befragtenverhalten zum Themenkomplex des Rechtsextremismus hat diese Rahmung aber keine erkennbaren Auswirkungen gehabt.

Die Indikatoren zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung Thüringens setzten den seit mehreren Jahren anhaltenden günstigen Trend fort, wobei allerdings das Bruttoinlandsprodukt in 2012 nach zwei Wachstumsjahren leicht rückläufig war. In den weiterhin relativ günstigen Arbeitsmarktdaten und bei der positiven Einkommensentwicklung, die in unmittelbarer Weise die Lebenssituation der Befragten prägen, hat dieser Rückgang allerdings keine Spuren hinterlassen. Die eigene finanzielle Lage wird von inzwischen 70 Prozent der Befragten als günstig oder sehr günstig eingeschätzt, was nach einem stetigen Anstieg im vergangenen Jahr fünf einen Höchstwert bedeutet. Auch die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Thüringens erreicht 2013 wieder einen Höchstwert. Diese Bewertungen der Befragten werden durch die sich fortsetzende Steigerung der Erwerbstätigenquote und die weiterhin abnehmende Erwerbslosenquote gestützt. Die demographische Entwicklung mit deutlichen Abnahmen der Stärke der nachrückenden Alterskohorten dämpft insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit. Dies hat zu einem Überhang an Ausbildungsplätzen geführt, stützt aber den Arbeitsmarkt insgesamt und auch hier tendenziell benachteiligte Gruppen. In dieses Bild passt sich der Befund ein, dass die große Mehrzahl der Thüringer Erwerbstätigen (83 Prozent) ihre Arbeitsplätze für sicher hält. Dies ist für die Attraktivität des Thüringer Arbeitsmarkts von Bedeutung, denn auch bei den jüngsten Geburtskohorten ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes ein wichtiges Kriterium der Berufswahl. Angesichts der demographischen Entwicklung ist es von besonderem Belang, die im hohen Maß migrationsbereiten jüngeren Geburtskohorten durch attraktive Arbeitsmarktbedingungen an Thüringen zu binden. Hier kann es als ein Warnzeichen gelten, dass das Arbeitsplatzangebot im Freistaat von jüngeren Thüringer_innen deutlich negativer als von den übrigen Altersgruppen beurteilt wird. Die in der Vergangenheit bei den Arbeitsmarktindikatoren zu beobachtende Benachteiligung von Frauen ist mit Blick auf die Erwerbstätigenquote weitgehend, bei der Erwerbslosenquote völlig verschwunden. Wir konnten zeigen, dass diese Entwicklung mit einer Veränderung der

Einstellungen der befragten Frauen koinzidiert, bei denen Gefühle sozialer Benachteiligung und Ressentiments gegenüber Ausländer_innen, die Mitte des letzten Jahrzehnts einen Höhepunkt erreicht hatten, deutlich zurückgegangen sind. Der hier angedeutete Zusammenhang zwischen einer Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt für Frauen und dem Abbau ihrer Ressentiments gegenüber als bedrohlich empfundenen Fremdgruppen leistet auch einen Erklärungsbeitrag für den sich zeitgleich vollziehenden Rückgang rechtsextremer Einstellungen in Thüringen seit Mitte des letzten Jahrzehnts. Die Anteilswerte als rechtsextrem eingestufte Befragte haben sich von einem Niveau, das 2003 und 2004 bei 23 Prozent lag, auf heute (2012 und 2013) zwölf Prozent der Befragten nahezu halbiert und auf diesem Niveau stabilisiert. Diese Entwicklung ist zu einem erheblichen Anteil einem noch stärkeren Rückgang bei den weiblichen Befragten zuzuschreiben, bei denen der Anteilswert von Rechtsextremen 2004 bei 29 Prozent (Männer: 16 Prozent) auf heute (2013) zehn Prozent (Männer: 15 Prozent) gefallen ist. Es fügt sich in diesen Erklärungsansatz ein, dass der Rückgang des Rechtsextremismus in Thüringen vor allem der Abnahme der Ausländerfeindlichkeit sowie chauvinistischer Einstellungen zuzuschreiben ist und diese wiederum stärker als andere Komponenten des Rechtsextremismus von wahrgenommener und tatsächlicher sozialer Benachteiligung geprägt ist.

Aber auch bei anderen Komponenten des Rechtsextremismus, wie etwa bei der Sympathie für eine „nationale Diktatur“ sind langfristige Rückgänge zu beobachten, wobei bei der Vertretung demokratiefeindlicher oder demokratieskeptischer Positionen die Zusammenhänge mit der sozialen Lage der Befragten nur schwach ausgeprägt sind. Hier erweisen sich Geschichtsbilder, insbesondere Bezüge zur deutschen Diktaturvergangenheit als wirksamer. Dabei wirken positive Bewertungen der DDR und des Nationalsozialismus in die gleiche, Diktaturneigung und Demokratieskepsis verstärkende Richtung. Auch stehen DDR-Nostalgie und NS-Apologik in einem positiven korrelativen Zusammenhang. Positiv ist die Neigung zu einer „nationalen Diktatur“ auch mit dem Wunsch zu einer „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ korreliert. Diese Befunde lassen sich nur schwer mit einer Lokalisierung „rechtsextremer“ Positionen auf den Koordinaten der Links-Rechts-Ausrichtung unseres Parteiensystems vereinen. Einer solchen Verortung entziehen sich auch die Befragten: Wie in den vergangenen Jahren, ordnet sich die große Mehrheit der als „rechtsextrem“ etikettierten Thüringer_innen selbst nicht dem rechten Flügel, sondern mit einer relativen Mehrheit der Linken zu. Unschärfen bei der inhaltlichen Bestimmung des Rechtsextremismus zeigen sich auch mit Blick auf die Komponenten, aus denen der Index zur Messung des Rechtsextremismus gebildet wird. Es lassen sich hier zwei Dimensionen unterscheiden, von denen eine traditionelle Elemente der nationalsozialistischen Ideologie, die andere ethnozentrische, das heißt fremdenfeindliche und chauvinistische Elemente enthält. Es erschwert die Interpretation der Befunde, beide Einstellungsdimensionen zu einem Indexwert zusammenzufügen.

Geradezu diffus wird die Befundlage, wenn wir weitere Indikatoren „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2012) in die Betrachtung einbeziehen. Rechtsextremismus, Homophobie, Vorbehalte gegenüber Behinderten und Langzeitarbeitslosen hängen nur schwach oder nicht miteinander zusammen und werden von unterschiedlichen Befragtengruppen unterstützt. Nur eine kleine Minderheit von sechs Prozent der Befrag-

ten stimmt explizit keiner der diskriminierenden Aussagen zu, kann sich also von Ressentiments gegenüber den im THÜRINGEN-MONITOR 2013 berücksichtigten Minderheiten frei wähnen. Diese Ambivalenzen, Inkonsistenzen und Gemengelagen in den Einstellungen der Befragten können keineswegs zur Beruhigung beitragen. Sie verweisen vielmehr auf schlummernde Gefahrenpotenziale einer fallweisen Mobilisierung von Ressentiments gegenüber einzelnen Minderheiten, die nur schwer antizipiert und nicht flächendeckend bekämpft werden können. „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in Thüringen ist also wie Rechtsextremismus nicht als ein geschlossenes Einstellungssyndrom zu identifizieren und eindeutig bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zuzuordnen. Das Fehlen klar abgrenzender Zielgruppen und Weltbilder erschwert die Bekämpfung der mit Rechtsextremismus und „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ verbundenen Einstellungen und Ideologien. Dies gilt auch für die Ausrichtung öffentlicher Kampagnen. Dazu ein paradoxer Einzelbefund: 33 Prozent der auf Grundlage der „Konsensdefinition“ als rechtsextrem identifizierten Befragten geben an, dass sie an einer „Demonstration gegen Neonazis“ teilnehmen würden, fünf Prozent behaupten, dies schon einmal getan zu haben.

Zusammenfassend kann mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS festgestellt werden, dass sich in den Antworten der Thüringer Bevölkerung ein hohes Maß an Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Thüringen und mit der eigenen Lebensqualität – sowohl in privaten als auch in beruflichen und gesellschaftlichen Kontexten – widerspiegelt. Allerdings ist auffällig, dass einzelne Lebensaspekte, z. B. die Arbeitsmarktsituation und das Bildungsangebot, in der unmittelbaren Lebensumwelt kritischer bewertet werden als für den gesamten Freistaat. Diese subjektiven Wohlfahrtsindikatoren deuten auf leicht unterschiedliche Lebensbedingungen in Thüringen hin, beispielsweise zwischen eher ländlich und eher städtisch geprägten Regionen. Des Weiteren sind teilweise erhebliche Defizite hinsichtlich der Inklusion und Inklusionsbereitschaft in einigen Bevölkerungsteilen unübersehbar, die sich auch auf allgemeine Werte und Orientierungen auswirken. Insbesondere eine benachteiligte sozioökonomische Situation und die gefühlte gesellschaftliche Deprivation und Exklusion sind Einflussgrößen, die die Lebenszufriedenheit beeinträchtigen. Vorstellungen von einem gelingenden Leben und von Gerechtigkeit stehen dabei in einem Wechselspiel mit den Chancenstrukturen sozialer Inklusion und Partizipation. Ausschlaggebend sind letztendlich die gleichen Faktoren, die sich auch auf die politische Kultur im Freistaat, die Akzeptanz der demokratisch-freiheitlichen Grundordnung und die Zufriedenheit der Thüringer Bevölkerung mit dem Politikbetrieb auswirken.

Positiv ist hervorzuheben, dass diese Einstellungen auch dem Wertewandel unterliegen, wie sich u. a. anhand des toleranz- und akzeptanzorientierten Antwortverhaltens jüngerer Befragtengruppen offenbart. Schließlich besitzen die Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft eine *normative Prägekraft*, welche die Einstellungen der *Individuen* in ihren sozialen Kontexten beeinflusst und die insbesondere bei der zivilgesellschaftlichen und politischen Sozialisation heranwachsender Generationen ihre Wirkung entfaltet. Insofern gilt: wie die Thüringer_innen leben und leben werden, hängt unmittelbar davon ab, wie sie leben wollen.

Literatur

- ALLBUS (2011): GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2010. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4610 Datenfile Version 1.1.0, doi:10.4232/1.10760
- Allport, G.W. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge, MA: Addison-Wesley.
- Asbrock, Frank et al. (2012): Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leicht macht. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 10. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp, S. 199–219.
- Bergmann, Werner (2002): *Geschichte des Antisemitismus*. München: Beck.
- Best, Heinrich (2013): Urteile und Vorurteile der Bevölkerung über Fremde im Spiegel des Thüringen-Monitors. Tagung „Thüringen diskriminierungsfrei!“, Thüringer Staatskanzlei, 8. Mai 2013. Online verfügbar unter: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/bzg/vortrag_prof_best.pdf
- Best, Heinrich / Franziska Schmidtke (2013): Protokoll des Workshops „Erträge und Tendenzen der Rechtsextremismusforschung“, 03./04. Mai 2013. (unveröffentlicht)
- Best, Heinrich et al. (2010): Jenaer Parlamentarierbefragung. Ausgewählte Ergebnisse. Teilprojekt A3 „Delegationseleiten nach dem Systemumbruch“ des Sonderforschungsbereiches 580, Friedrich-Schiller-Universität Jena. Online http://www.sfb580.uni-jena.de/typo3/uploads/media/Gesamtergebnis_der_Jenaer_Parlamentarierbefragung_2010.pdf
- Boos-Nünning, Ursula (1972): *Dimensionen der Religiosität. Zur Operationalisierung und Messung religiöser Einstellungen*. München: Kaiser.
- Braun, M. / E. Scholz (2008). Einstellungen zur Arbeit und Arbeit und Arbeitszufriedenheit. In Statistisches Bundesamt (Hrsg.). *Datenreport 2008. Der Sozialbericht für Deutschland*. Kapitel 5 – Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit, S. 140–144.
- Deutscher Bundestag (2013 / Hrsg.): *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*, 17. Wahlperiode, 03.05.2013, Drucksache des Deutschen Bundestags 17/13300.
- Dienel, Christiane / Christine von Blanckenburg (2011): *Ehrenamtliches Engagement in Thüringen. Studie zum Engagementpotenzial und strategischen Handlungsfeldern*. Studie im Auftrag der Thüringer Ehrenamtsstiftung. (= http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/12-03-27_Bericht_Ehrenamt_Thueringen.pdf)
- Diener, E., R.A. Emmons, R.J. Larsen / S. Griffin (1985): The Satisfaction with Life Scale. *Journal of Personality Assessment*, 49, 71–75.
- Ducki, A. (2006): Anforderungen in der Arbeitswelt und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit. In: Kaufmännische Krankenkasse (KKH) (Hrsg.). *Stress?*

Weissbuch Prävention. Ursachen, Erklärungsmodelle und präventive Ansätze. Heidelberg: Springer, 141–147.

- Flüchtlingsrat (2013): Flüchtlingsrat Thüringen Info, Heft 3 / 2013, Nr. 55, Juni 2013.
- Gensicke, Thomas / Sabine Geiss (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009: Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. TNS Infratest Sozialforschung, München.
- Gerlach, K. / G. Stephan (2001): Lebenszufriedenheit und Erwerbsstatus: Ost- und Westdeutschland im Vergleich. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 34, H. 4, 515–528.
- Giesselmann, Marco et al. (2013): Measuring Well-Being: W3 Indicators to Complement GDP. DIW Economic Bulletin, 5/2013, S. 10–19.
- Groß, Eva / Andreas Zick / Daniela Krause (2012): Von der Ungleichwertigkeit zur Ungleichheit: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Ungleichheit, Ungleichwertigkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, 2. Jahrgang, 16–17/2012, April 2012, S. 11–18.
- Halman, Loek / Inge Sieben / Marga van Zundert (2012): The atlas of European values: Trends and traditions at the turn of the century. European Values Studies. Leiden: Brill.
- Heitmeyer, Wilhelm (2010a/Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 8. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2010b/Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entscheidenden Jahrzehnt. In: Ebd. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15–41.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011/Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012/Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.
- Heyder, Aribert / Oliver Decker (2011): Rechtsextremismus – Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Andreas Langenohl und Jürgen Schraton (Hrsg.): (Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert. Marburg: Metropolis-Verl, S. 189–222.
- Holtmann, Everhard / Tobias Jaeck / Kerstin Völkl (2012): Sachsen-Anhalt-Monitor 2012: Mitten im Land. Blicke auf das Eigene und das Fremde. Erhebung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH. Halle (Saale): Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. / Institut für Politikwissenschaft und Japanologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Inglehart, Ronald (1998): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt am Main / New York.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2013): Internationaler Gerechtigkeitsmonitor 2013. Ein Vergleich von 28 Ländern für die Jahre 2000 bis 2012 über sechs

- Gerechtigkeitsdimensionen. Kurzstudie für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH Berlin.
- Kokont Jena (Hrsg. / 2012): Antisemitismus am Beispiel Thüringen und Jena: Geschichte, Erscheinungsformen und Virulenz. (Kokont Jena – Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und Kontaktbüro des Runden Tisches für Demokratie.) Brochüre.
- Kühnel, Steffen / Jürgen Leibold (2007): Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? In: Monika Wohlrab-Sahr / Levent Tezcan (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt, Sonderband 17. München: Nomos, S. 135–154.
- Landesprogramm (2010): Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Erfurt: Thüringer Ministerium für Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.
- Leibold, Jürgen / Steffen Kühnel (2008): Islamophobie oder Kritik am Islam? In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt a.M.: Edition Suhrkamp, S. 95–115.
- Neckel, Sighard / Ferdinand Sutterlüty (2005): Negative Klassifikationen – Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden.
- Neumann, M. / J. Schmidt (2013): Glücksfaktor Arbeit. Was bestimmt unsere Lebenszufriedenheit?, RHI-Diskussion, Nr. 20, München. Prinz, A. / Kasten, T. (2008). Ökonomik des subjektiven Wohlbefindens: Was determiniert die Zufriedenheit von Ost- und Westdeutschen? In: Loerwald, D., Wiesweg, M. & Zoerner, A. (Hrsg.). Ökonomik und Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. 116–130.
- Pettigrew, Thomas F. / L. R. Tropp (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90/2006, S. 751–783.
- Rauchfleisch, Udo (1994): Schwule, Lesben, Bisexuelle. Lebensweisen, Vorurteile, Einsichten. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.
- Schöppner K.-P. / Raffelhüschen, B. (2012) Deutsche Post Glücksatlas 2012, München.
- Sozialstrukturatlas (2011): Basisinformationen über die Lebenslagen der Bevölkerung in Thüringen. Herausgegeben vom Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Erfurt, Mai 2011.
- Statistisches Bundesamt (2012): Geburten in Deutschland. Broschüre – Zahlen und Fakten zur Geburtenentwicklung 2012. Online abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/BroschuereGeburtenDeutschland0120007129004.pdf?__blob=publicationFile
- Statistisches Jahrbuch Thüringen (2012): Zahlen – Daten – Fakten. Herausgegeben vom Thüringer Landesamt für Statistik, 20. Jahrgang. Erfurt. Online abrufbar unter: http://www.tls.thueringen.de/webshop/pdf/2012/40101_2012_00.pdf
- Stroebe, W. / K. Jonas / M. Hewstone (2002 / Hrsg.): Sozialpsychologie. Eine Einführung. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin u. a.: Springer.

- Tätigkeitsbericht (2013): Tätigkeitsbericht 2008–2013 des Beauftragten der Thüringer Landesregierung für Menschen mit Behinderungen. Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Erfurt, 28. August 2013. Online unter: http://www.thueringen.de/imperia/md/content/bb/bmb_t__tigkeitsbericht_interaktiv_barrierefrei.pdf
- Zick, Andreas / Beate Küpper (2012): Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), a.a.O., S. 152–176.
- Zick, Andreas / Beate Küpper / Andreas Hövermann (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Zick, Andreas / Andreas Hövermann / Daniela Krause (2011): Die Abwertung von Ungleichheiten. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 64–86.
- Zimbardo, Philip G. (1992): Psychologie, 5., neu übersetzte und bearbeitete Auflage. Berlin u. a.: Springer.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten, Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft, Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen, Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben, Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz, Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> abrufbar.

Anhang: Tabellarische Übersichten

- A 1 Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen
- A 2 Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern
- A 3 Wirtschaftliche Lage Thüringens
- A 4 Eigene finanzielle Situation
- A 5 Gerechter Anteil zum Leben
- A 6 Angst vor sozialem Abstieg
- A 7 Vor- oder Nachteile durch Einheit
- A 8 Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche
- A 9 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 10 Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren
- A 11 Dilemma Freiheit oder Gleichheit
- A 12 Dilemma Freiheit oder Sicherheit
- A 13 Interesse an Politik
- A 14 Institutionenvertrauen: Bundesregierung
- A 15 Institutionenvertrauen: Landesregierung
- A 16 Institutionenvertrauen: Gerichte
- A 17 Institutionenvertrauen: Polizei
- A 18 Politische Eigenkompetenz
- A 19 Fehlender Einfluss auf Regierung
- A 20 Demokratiezufriedenheit
- A 21 Demokratie besser als andere Staatsideen
- A 22 Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
- A 23 Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen
- A 24 Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten
- A 25 Politische Partizipation: In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 26 Politische Partizipation: An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 27 Politische Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 28 Politische Partizipation: Für Ziele kämpfen, auch mit Gewalt
- A 29 Politische Partizipation: An einer Demonstration gegen Neonazis teilnehmen
- A 30 Links-Rechts-Selbsteinstufung
- A 31 Identifikation

- A 32 Zufriedenheit: Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden
- A 33 Zufriedenheit: Wenn ich mein Leben wiederholen könnte, würde ich fast nichts anders machen
- A 34 Ich glaube an die Existenz eines höheren Wesens
- A 35 Zufriedenheit Partnerschaft
- A 36 Vertrauensperson
- A 37 Gesellschaftliche Desintegration
- A 38 In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht
- A 39 Zufriedenheit Wohnsituation
- A 40 Persönliches Glück: in einer gerechten Gesellschaft leben
- A 41 Persönliches Glück: Familie, Freunde und Partnerschaft
- A 42 Persönliches Glück: Sparsamkeit und Selbstdisziplin
- A 43 Persönliches Glück: hoher Lebensstandard und Leben genießen
- A 44 Persönliches Glück: ein Beruf oder eine Lebensaufgabe
- A 45 Persönliches Glück: Freiheit zur Selbstverwirklichung
- A 46 Kontrollüberzeugung: Selbstwirksamkeit versus „äußere Umstände“
- A 47 Einschätzung persönliche Zukunft
- A 48 Mobilitätsneigung
- A 49 Thüringen: Berufsaussichten
- A 50 Thüringen: Bildungsangebote
- A 51 Thüringen: Freizeit und Kulturangebote
- A 52 Thüringen: Umweltbedingungen
- A 53 Thüringen: Lebensbedingungen
- A 54 Umgebung: Berufsaussichten
- A 55 Umgebung: Bildungsangebote
- A 56 Umgebung: Freizeit- und Kulturangebote
- A 57 Umgebung: Umweltbedingungen
- A 58 Umgebung: Lebensbedingungen
- A 59 Ehrenamtliches Engagement
- A 60 Wichtigster Aspekt bei der Arbeits-/Berufswahl
- A 61 Zufriedenheit mit Arbeitsaufgaben
- A 62 Zufriedenheit mit Einkommen
- A 63 Zufriedenheit mit Flexibilität der Arbeitszeiten
- A 64 Ich erfahre von der Gesellschaft Anerkennung und Wertschätzung
- A 65 Familie und Beruf: Es fällt schwer Familie und Beruf zu vereinbaren

- A 66 Familie und Beruf: Wichtigste Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit
- A 67 Wirtschaftssystem in Deutschland
- A 68 Thüringer Wirtschaft
- A 69 Bewertung politische Ziele (Finanzen, Wachstum, soziale Ungleichheit)
- A 70 Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist staatliche Aufgabe
- A 71 Gerechtigkeitsvorstellungen
- A 72 Gesellschaftsordnung Deutschland
- A 73 Gesellschaftsordnung Thüringen
- A 74 Einfluss sozialer Herkunft auf Schulerfolg
- A 75 Mehr tun, dass junge Leute aus sozial schwachen Familien studieren
- A 76 Bereit höhere Preise für Produkte für umweltfreundliche Produkte zu bezahlen
- A 77 Ich bin dagegen höhere Strompreise zu zahlen
- A 78 Ein Schwerverbrecher kann nicht dieselben Rechte beanspruchen
- A 79 Wir brauchen eine starke Hand
- A 80 Gehorsam und Disziplin wichtig
- A 81 Ich hätte Probleme mit Sinti und Roma in meiner Wohngegend
- A 82 Asylbewerber getrennt von Bevölkerung unterbringen
- A 83 Für Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben
- A 84 Homosexuelle Beziehungen sind unnatürlich
- A 85 Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich ein schönes Leben
- A 86 Muslime akzeptieren unsere Werte
- A 87 Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen
- A 88 Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet
- A 89 Thüringen durch viele Ausländer überfremdet
- A 90 Wohnumgebung durch viele Ausländer überfremdet
- A 91 Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
- A 92 Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten
- A 93 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A 94 Der Stärkere sollte sich durchsetzen
- A 95 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
- A 96 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
- A 97 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- A 98 Juden passen nicht so recht zu uns
- A 99 Juden versuchen heute Vorteile aus ihrem Opferstatus zu ziehen
- A 100 Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform

Tabelle A1

Thüringen braucht Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht zu scheuen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	46	26	17	5	4	2
Geschlecht							
männlich	497	46	23	19	6	4	2
weiblich	515	46	29	15	4	3	2
Alter							
18-24 Jahre	52	28	35	32	2	0	3
25-34 Jahre	147	37	33	24	5	1	0
35-44 Jahre	136	49	21	10	7	7	5
45-59 Jahre	291	46	29	16	4	5	1
60 Jahre und älter	386	51	22	15	5	3	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	53	19	14	5	4	5
10. Klasse	467	46	26	18	5	4	1
Abitur	108	42	33	21	2	2	0
(Fach-)Hochschule	117	31	41	20	5	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	43	29	18	6	4	1
in Ausbildung	51	38	34	25	2	0	1
arbeitslos	71	37	32	15	8	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	53	21	15	4	3	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	47	24	16	1	10	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	41	29	20	9	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	39	43	14	3	1	0
Landw./Selbst./Freib.	62	63	17	14	5	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	42	28	19	6	3	3
evangelisch	261	54	21	14	4	6	1
katholisch	74	60	23	13	1	3	0

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A2

Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	15	20	30	16	6	12
Geschlecht							
männlich	497	19	22	31	15	4	9
weiblich	515	12	19	30	17	8	15
Alter							
18-24 Jahre	52	8	17	40	23	0	13
25-34 Jahre	147	18	14	33	18	10	7
35-44 Jahre	136	23	26	30	5	12	4
45-59 Jahre	291	15	23	27	19	7	9
60 Jahre und älter	386	13	19	30	15	4	19
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	18	14	27	20	6	15
10. Klasse	467	15	22	31	14	7	10
Abitur	108	13	24	34	11	4	13
(Fach-)Hochschule	117	12	29	31	13	7	8
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	20	21	30	16	7	6
in Ausbildung	51	5	29	35	14	0	16
arbeitslos	71	3	15	29	20	17	16
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	13	20	29	15	4	17
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	27	14	29	14	9	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	18	22	30	16	5	8
höh.-leit. Ang./Beamte	55	19	31	30	16	1	2
Landw./Selbst./Freib.	62	22	22	28	7	18	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	14	21	31	17	7	11
evangelisch	261	15	20	31	16	6	13
katholisch	74	29	22	20	6	4	18

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A3**Wirtschaftliche Lage Thüringens**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	4	66	25	3	2
Geschlecht						
männlich	497	3	68	24	4	2
weiblich	515	4	63	27	2	3
Alter						
18-24 Jahre	52	6	56	34	0	3
25-34 Jahre	147	5	63	30	2	0
35-44 Jahre	136	3	69	25	3	0
45-59 Jahre	291	4	65	24	4	3
60 Jahre und älter	386	2	67	24	4	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	4	62	26	5	3
10. Klasse	467	4	64	27	3	2
Abitur	108	2	80	16	0	2
(Fach-)Hochschule	117	2	69	24	3	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	4	66	24	3	2
in Ausbildung	51	5	71	20	0	4
arbeitslos	71	3	47	33	17	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	3	67	26	2	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	2	59	27	6	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	6	68	24	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	7	77	14	1	0
Landw./Selbst./Freib.	62	0	70	27	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	4	62	30	3	2
evangelisch	261	4	74	16	5	2
katholisch	74	3	71	18	2	6

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A4**Eigene finanzielle Situation**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	9	60	25	6	1
Geschlecht						
männlich	497	7	65	23	4	2
weiblich	515	10	55	26	8	0
Alter						
18-24 Jahre	52	7	67	20	6	0
25-34 Jahre	147	9	49	29	9	5
35-44 Jahre	136	11	63	26	0	0
45-59 Jahre	291	12	55	26	5	1
60 Jahre und älter	386	5	65	22	7	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	4	60	28	7	2
10. Klasse	467	11	55	26	7	1
Abitur	108	6	71	21	2	0
(Fach-)Hochschule	117	11	68	16	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	12	62	22	2	1
in Ausbildung	51	6	65	21	8	0
arbeitslos	71	2	27	46	17	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	5	62	24	8	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	12	66	20	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	9	60	27	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	25	67	8	0	1
Landw./Selbst./Freib.	62	20	58	16	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	10	56	27	7	1
evangelisch	261	6	65	24	5	1
katholisch	74	8	78	9	4	2

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

Tabelle A5**Gerechter Anteil zum Leben**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte mehr als gerechten Anteil	erhalte gerechten Anteil	erhalte etwas weniger	erhalte sehr viel weniger	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	3	36	47	11	3
Geschlecht						
männlich	497	1	33	52	10	3
weiblich	515	4	39	42	11	4
Alter						
18-24 Jahre	52	15	44	32	9	0
25-34 Jahre	147	1	37	47	12	2
35-44 Jahre	136	2	34	49	10	5
45-59 Jahre	291	5	36	43	13	3
60 Jahre und älter	386	0	36	51	8	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	1	38	49	7	4
10. Klasse	467	3	30	49	15	3
Abitur	108	7	53	32	2	6
(Fach-)Hochschule	117	2	44	44	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	2	32	52	10	3
in Ausbildung	51	15	48	25	11	1
arbeitslos	71	0	49	26	20	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	2	37	48	9	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	3	28	48	16	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	2	32	57	7	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	1	54	44	1	0
Landw./Selbst./Freib.	62	8	39	38	11	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	3	34	48	12	2
evangelisch	261	1	43	44	7	6
katholisch	74	5	34	49	7	5

Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A6**Angst vor sozialem Abstieg**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	18	21	23	35	3
Geschlecht						
männlich	497	17	21	24	37	1
weiblich	515	20	21	22	33	5
Alter						
18-24 Jahre	52	1	23	31	41	3
25-34 Jahre	147	19	24	29	26	1
35-44 Jahre	136	9	15	22	54	1
45-59 Jahre	291	24	24	22	29	2
60 Jahre und älter	386	19	19	21	36	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	24	26	18	28	4
10. Klasse	467	19	20	26	32	3
Abitur	108	6	16	27	48	3
(Fach-)Hochschule	117	11	11	23	54	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	13	20	25	39	2
in Ausbildung	51	2	20	26	53	0
arbeitslos	71	32	41	16	9	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	23	18	21	33	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	19	19	23	38	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	14	26	26	33	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	11	6	22	56	5
Landw./Selbst./Freib.	62	16	6	37	41	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	21	22	22	33	2
evangelisch	261	15	21	24	35	6
katholisch	74	7	11	24	54	4

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Tabelle A7**Vor- oder Nachteile durch Einheit**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	70	9	19	2
Geschlecht					
männlich	497	76	6	15	3
weiblich	515	64	12	23	2
Alter					
18-24 Jahre	52	74	7	0	19
25-34 Jahre	147	64	9	19	9
35-44 Jahre	136	76	4	19	1
45-59 Jahre	291	69	7	24	0
60 Jahre und älter	386	69	13	17	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	60	11	27	2
10. Klasse	467	70	9	18	3
Abitur	108	81	7	8	4
(Fach-)Hochschule	117	85	5	9	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	76	6	16	2
in Ausbildung	51	83	6	0	11
arbeitslos	71	34	15	42	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	67	12	20	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	70	5	23	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	75	7	16	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	82	6	10	2
Landw./Selbst./Freib.	62	81	6	13	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	66	8	22	3
evangelisch	261	76	10	14	0
katholisch	74	79	13	6	2

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A8**Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	24	29	22	22	2
Geschlecht						
männlich	497	21	29	26	22	2
weiblich	515	28	29	18	23	3
Alter						
18-24 Jahre	52	14	41	27	19	0
25-34 Jahre	147	30	31	21	17	1
35-44 Jahre	136	16	25	27	30	3
45-59 Jahre	291	23	29	22	24	2
60 Jahre und älter	386	28	28	20	21	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	38	30	13	18	1
10. Klasse	467	20	30	23	23	3
Abitur	108	13	26	31	29	1
(Fach-)Hochschule	117	12	26	35	25	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	20	27	24	27	3
in Ausbildung	51	7	30	40	24	0
arbeitslos	71	40	31	21	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	29	31	17	19	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	27	32	16	24	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	19	27	27	24	4
höh.-leit. Ang./Beamte	55	14	26	36	20	4
Landw./Selbst./Freib.	62	16	19	24	39	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	27	28	22	21	3
evangelisch	261	19	35	22	22	2
katholisch	74	14	22	26	36	3

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Tabelle A9**DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	17	32	26	17	9
Geschlecht						
männlich	497	17	27	30	19	8
weiblich	515	16	37	22	15	10
Alter						
18-24 Jahre	52	0	26	36	18	20
25-34 Jahre	147	10	25	28	17	21
35-44 Jahre	136	19	30	31	17	3
45-59 Jahre	291	21	34	22	18	6
60 Jahre und älter	386	17	35	24	15	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	28	30	18	11	13
10. Klasse	467	14	37	26	17	7
Abitur	108	3	24	37	25	11
(Fach-)Hochschule	117	5	26	37	24	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	13	33	29	17	8
in Ausbildung	51	10	15	40	19	15
arbeitslos	71	28	28	12	13	19
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	20	34	22	16	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	26	33	17	10	15
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	11	31	33	20	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	5	26	39	24	6
Landw./Selbst./Freib.	62	8	38	32	17	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	15	36	24	15	9
evangelisch	261	23	26	23	17	11
katholisch	74	9	17	45	25	4

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A10

**Wir sollten zur sozialistischen Ordnung
zurückkehren**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	7	14	27	49	3
Geschlecht						
männlich	497	6	10	27	55	2
weiblich	515	7	17	27	44	5
Alter						
18-24 Jahre	52	0	8	43	41	8
25-34 Jahre	147	3	17	28	49	2
35-44 Jahre	136	10	17	17	56	0
45-59 Jahre	291	5	19	20	54	3
60 Jahre und älter	386	9	9	33	45	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	14	14	32	35	5
10. Klasse	467	4	15	24	54	3
Abitur	108	1	15	27	55	2
(Fach-)Hochschule	117	2	7	24	66	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	3	12	26	55	3
in Ausbildung	51	2	8	37	53	0
arbeitslos	71	13	33	28	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	10	13	27	46	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	6	9	21	57	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	3	14	25	56	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	1	12	27	60	0
Landw./Selbst./Freib.	62	0	12	30	58	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	8	13	27	49	3
evangelisch	261	5	15	25	51	3
katholisch	74	1	14	32	50	4

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Tabelle A11**Dilemma Freiheit oder Gleichheit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Gleichheit	beides gleich- ermäßen	Freiheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	36	6	57	1
Geschlecht					
männlich	497	31	5	63	1
weiblich	515	40	8	51	0
Alter					
18-24 Jahre	52	28	0	72	0
25-34 Jahre	147	31	9	60	0
35-44 Jahre	136	27	3	70	1
45-59 Jahre	291	41	6	52	1
60 Jahre und älter	386	38	8	53	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	37	10	53	0
10. Klasse	467	38	4	56	1
Abitur	108	27	5	68	0
(Fach-)Hochschule	117	31	8	59	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	33	7	60	1
in Ausbildung	51	21	0	79	0
arbeitslos	71	44	1	55	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	40	8	51	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	42	5	51	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	31	8	60	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	25	2	73	0
Landw./Selbst./Freib.	62	19	6	75	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	38	6	55	1
evangelisch	261	33	6	60	1
katholisch	74	27	10	62	1

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Tabelle A12**Dilemma Freiheit oder Sicherheit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sicherheit	beides gleichermaßen	Freiheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	71	7	21	1
Geschlecht					
männlich	497	63	9	27	2
weiblich	515	79	5	16	0
Alter					
18-24 Jahre	52	62	3	35	0
25-34 Jahre	147	62	3	35	0
35-44 Jahre	136	67	4	29	0
45-59 Jahre	291	78	7	14	1
60 Jahre und älter	386	73	9	17	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	72	10	16	1
10. Klasse	467	75	5	19	1
Abitur	108	61	5	34	0
(Fach-)Hochschule	117	63	6	30	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	68	6	25	1
in Ausbildung	51	60	0	40	0
arbeitslos	71	71	15	14	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	77	7	15	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	71	7	20	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	74	4	21	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	60	3	36	1
Landw./Selbst./Freib.	62	51	5	43	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	73	5	20	1
evangelisch	261	67	12	20	0
katholisch	74	67	1	31	0

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Tabelle A13**Interesse an Politik**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	10	24	38	18	10	0
Geschlecht							
männlich	497	14	31	29	14	12	0
weiblich	515	6	18	46	22	9	0
Alter							
18-24 Jahre	52	10	9	43	23	15	0
25-34 Jahre	147	7	11	51	23	9	0
35-44 Jahre	136	10	27	36	18	9	0
45-59 Jahre	291	8	22	44	13	12	0
60 Jahre und älter	386	12	32	28	19	9	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	7	23	33	22	16	0
10. Klasse	467	9	21	42	19	9	0
Abitur	108	12	22	43	15	8	0
(Fach-)Hochschule	117	20	40	29	8	3	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	9	23	41	17	10	0
in Ausbildung	51	10	19	48	18	5	0
arbeitslos	71	5	23	45	18	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	12	27	30	19	12	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	8	18	45	17	12	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	7	17	46	20	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	16	20	46	16	2	0
Landw./Selbst./Freib.	62	13	53	20	7	7	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	10	23	39	20	8	0
evangelisch	261	10	26	33	14	17	0
katholisch	74	8	30	39	17	7	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Tabelle A14**Institutionenvertrauen: Bundesregierung**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	7	27	35	17	13	1
Geschlecht							
männlich	497	7	27	31	15	18	1
weiblich	515	6	27	39	18	9	2
Alter							
18-24 Jahre	52	1	39	42	11	3	4
25-34 Jahre	147	4	13	44	17	21	0
35-44 Jahre	136	9	25	42	11	12	1
45-59 Jahre	291	3	32	33	17	14	1
60 Jahre und älter	386	11	28	30	19	11	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	10	27	25	21	15	2
10. Klasse	467	4	26	40	14	15	1
Abitur	108	8	30	39	17	5	2
(Fach-)Hochschule	117	6	26	43	15	10	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	4	21	40	15	18	1
in Ausbildung	51	3	40	39	15	3	0
arbeitslos	71	3	35	31	22	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	11	31	30	18	9	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	3	26	31	13	26	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	5	19	46	17	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	4	29	42	18	7	0
Landw./Selbst./Freib.	62	7	23	29	14	27	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	4	26	37	17	14	1
evangelisch	261	13	28	31	17	8	3
katholisch	74	8	28	32	14	18	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A15

Institutionenvertrauen: Landesregierung

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	9	26	42	14	7	2
Geschlecht							
männlich	497	10	24	41	16	9	1
weiblich	515	8	27	42	13	5	4
Alter							
18-24 Jahre	52	3	42	45	5	0	4
25-34 Jahre	147	11	19	47	17	5	1
35-44 Jahre	136	8	26	44	13	7	1
45-59 Jahre	291	5	26	45	15	9	0
60 Jahre und älter	386	13	25	36	14	8	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	14	23	35	15	8	5
10. Klasse	467	6	26	44	15	8	1
Abitur	108	12	27	49	8	3	2
(Fach-)Hochschule	117	5	28	43	17	6	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	7	22	47	15	8	1
in Ausbildung	51	5	42	45	7	0	0
arbeitslos	71	6	31	33	22	9	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	13	27	36	13	7	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	8	24	47	9	11	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	8	20	47	17	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	1	33	44	17	4	0
Landw./Selbst./Freib.	62	4	22	51	17	6	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	7	26	43	16	8	1
evangelisch	261	17	26	35	12	7	4
katholisch	74	4	21	56	8	2	8

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A16

Institutionenvertrauen: Gerichte

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	17	30	33	8	7	5
Geschlecht							
männlich	497	20	27	32	7	10	4
weiblich	515	14	33	33	9	5	6
Alter							
18-24 Jahre	52	27	40	25	5	1	3
25-34 Jahre	147	22	30	33	2	12	1
35-44 Jahre	136	22	32	36	5	1	3
45-59 Jahre	291	15	33	34	10	4	3
60 Jahre und älter	386	13	26	32	9	11	10
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	18	22	33	6	12	10
10. Klasse	467	15	32	35	9	6	3
Abitur	108	20	39	27	8	2	3
(Fach-)Hochschule	117	16	38	29	8	6	3
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	16	31	36	6	8	3
in Ausbildung	51	37	35	20	7	0	1
arbeitslos	71	16	36	32	7	2	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	16	28	31	10	8	8
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	24	18	38	9	7	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	15	35	35	5	7	4
höh.-leit. Ang./Beamte	55	14	43	36	5	3	0
Landw./Selbst./Freib.	62	13	33	31	3	18	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	16	33	34	7	6	4
evangelisch	261	20	25	31	9	7	8
katholisch	74	12	21	32	8	17	10

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A17

Institutionenvertrauen: Polizei

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	22	42	24	5	4	3
Geschlecht							
männlich	497	23	40	24	5	6	3
weiblich	515	22	44	24	5	3	3
Alter							
18-24 Jahre	52	25	35	24	11	2	3
25-34 Jahre	147	21	32	37	2	8	0
35-44 Jahre	136	26	48	17	7	2	0
45-59 Jahre	291	19	48	23	5	3	1
60 Jahre und älter	386	23	39	22	4	5	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	22	39	23	2	7	7
10. Klasse	467	23	41	24	7	3	1
Abitur	108	25	40	27	6	2	0
(Fach-)Hochschule	117	17	52	24	4	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	22	41	27	5	5	1
in Ausbildung	51	27	39	20	13	1	0
arbeitslos	71	16	48	33	4	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	23	42	19	4	5	6
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	19	35	26	8	10	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	27	40	29	3	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	14	49	31	1	5	0
Landw./Selbst./Freib.	62	14	62	18	3	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	19	42	25	5	5	3
evangelisch	261	31	40	21	4	3	1
katholisch	74	19	46	21	5	2	7

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A18**Politische Eigenkompetenz**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	29	45	18	6	2
Geschlecht						
männlich	497	40	45	13	2	1
weiblich	515	18	45	24	10	3
Alter						
18-24 Jahre	52	11	52	27	9	0
25-34 Jahre	147	11	54	22	10	2
35-44 Jahre	136	33	42	19	5	2
45-59 Jahre	291	33	45	15	5	2
60 Jahre und älter	386	33	42	17	6	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	30	39	22	8	2
10. Klasse	467	27	46	18	6	2
Abitur	108	20	56	16	6	2
(Fach-)Hochschule	117	38	49	9	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	27	47	17	7	1
in Ausbildung	51	18	53	23	3	2
arbeitslos	71	21	50	21	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	34	40	18	5	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	35	32	25	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	22	52	16	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	30	52	12	1	5
Landw./Selbst./Freib.	62	34	57	4	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	27	48	19	5	1
evangelisch	261	35	41	13	8	3
katholisch	74	26	32	30	8	4

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Tabelle A19**Fehlender Einfluss auf Regierung**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	44	29	15	12	1
Geschlecht						
männlich	497	36	31	18	14	0
weiblich	515	51	26	12	10	1
Alter						
18-24 Jahre	52	31	32	31	6	0
25-34 Jahre	147	44	26	19	12	0
35-44 Jahre	136	28	34	14	23	1
45-59 Jahre	291	45	29	13	12	1
60 Jahre und älter	386	50	27	13	10	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	55	26	11	9	0
10. Klasse	467	46	29	13	11	1
Abitur	108	23	31	28	17	2
(Fach-)Hochschule	117	24	30	23	23	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	40	26	17	16	1
in Ausbildung	51	13	40	39	8	0
arbeitslos	71	51	35	7	6	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	50	28	11	9	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	47	29	12	12	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	42	27	16	12	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	29	26	25	21	0
Landw./Selbst./Freib.	62	22	30	19	29	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	45	30	13	11	1
evangelisch	261	42	26	20	12	0
katholisch	74	38	25	14	24	0

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Tabelle A20**Demokratiezufriedenheit**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	2	45	41	10	1
Geschlecht						
männlich	497	2	47	39	12	0
weiblich	515	3	44	43	9	2
Alter						
18-24 Jahre	52	3	54	36	6	0
25-34 Jahre	147	2	42	40	14	1
35-44 Jahre	136	2	55	35	8	0
45-59 Jahre	291	2	36	49	13	0
60 Jahre und älter	386	3	50	38	8	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	2	43	43	11	2
10. Klasse	467	2	42	44	11	1
Abitur	108	4	61	27	7	1
(Fach-)Hochschule	117	3	54	34	8	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	2	46	39	13	0
in Ausbildung	51	6	59	30	5	0
arbeitslos	71	0	18	72	10	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	3	48	39	8	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	0	33	50	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	1	50	37	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	2	50	42	6	0
Landw./Selbst./Freib.	62	7	53	28	11	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	3	42	44	11	1
evangelisch	261	1	51	35	10	2
katholisch	74	3	59	36	2	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A21**Demokratie besser als andere Staatsideen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	22	52	14	4	7
Geschlecht						
männlich	497	23	55	13	5	4
weiblich	515	21	49	16	3	10
Alter						
18-24 Jahre	52	23	57	9	7	3
25-34 Jahre	147	20	51	22	4	3
35-44 Jahre	136	23	56	17	2	3
45-59 Jahre	291	18	53	16	6	7
60 Jahre und älter	386	25	50	10	3	12
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	20	41	17	6	16
10. Klasse	467	22	55	16	4	4
Abitur	108	23	66	8	3	1
(Fach-)Hochschule	117	29	62	5	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	23	54	14	7	3
in Ausbildung	51	21	66	7	4	2
arbeitslos	71	7	55	18	8	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	24	48	15	1	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	20	50	21	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	23	54	16	3	4
höh.-leit. Ang./Beamte	55	26	58	12	4	0
Landw./Selbst./Freib.	62	26	49	7	18	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	21	54	16	4	6
evangelisch	261	25	51	11	4	10
katholisch	74	24	45	11	12	8

Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.

Tabelle A22**Politische Partizipation: An einen Politiker wenden**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	14	39	47	1
Geschlecht					
männlich	497	16	40	44	0
weiblich	515	11	37	50	1
Alter					
18-24 Jahre	52	3	53	44	0
25-34 Jahre	147	14	44	42	0
35-44 Jahre	136	19	40	42	0
45-59 Jahre	291	11	37	51	1
60 Jahre und älter	386	15	36	48	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	9	32	57	2
10. Klasse	467	11	43	46	0
Abitur	108	19	42	40	0
(Fach-)Hochschule	117	30	38	31	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	15	40	45	0
in Ausbildung	51	9	43	48	0
arbeitslos	71	7	52	41	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	14	35	50	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	9	32	59	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	13	41	45	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	21	50	28	1
Landw./Selbst./Freib.	62	29	44	27	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	14	36	50	0
evangelisch	261	15	43	40	2
katholisch	74	6	47	48	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Sich an einen Politiker wenden.

Tabelle A23**Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	42	46	11	1
Geschlecht					
männlich	497	42	47	11	0
weiblich	515	43	45	11	2
Alter					
18-24 Jahre	52	36	55	6	3
25-34 Jahre	147	48	46	6	0
35-44 Jahre	136	52	40	7	0
45-59 Jahre	291	44	47	9	0
60 Jahre und älter	386	37	46	16	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	37	47	14	2
10. Klasse	467	40	49	10	1
Abitur	108	54	35	11	0
(Fach-)Hochschule	117	56	40	4	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	45	47	8	1
in Ausbildung	51	55	41	3	0
arbeitslos	71	42	54	3	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	38	43	17	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	41	47	12	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	47	49	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	51	36	13	0
Landw./Selbst./Freib.	62	44	43	12	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	40	48	12	0
evangelisch	261	50	39	8	2
katholisch	74	40	49	11	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer Unterschriftensammlung teilnehmen.

Tabelle A24**Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	6	10	83	1
Geschlecht					
männlich	497	7	12	81	0
weiblich	515	5	9	85	1
Alter					
18-24 Jahre	52	3	19	78	0
25-34 Jahre	147	1	20	79	0
35-44 Jahre	136	5	15	80	0
45-59 Jahre	291	7	7	86	0
60 Jahre und älter	386	8	6	85	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	6	7	85	2
10. Klasse	467	4	10	86	0
Abitur	108	3	19	77	0
(Fach-)Hochschule	117	15	14	70	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	4	12	84	0
in Ausbildung	51	4	22	74	0
arbeitslos	71	3	8	89	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	9	7	83	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	3	9	88	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	3	12	85	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	7	22	72	0
Landw./Selbst./Freib.	62	6	14	80	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	5	11	84	0
evangelisch	261	8	11	79	2
katholisch	74	2	8	90	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer politischen Partei mitarbeiten.

Tabelle A25

**Politische Partizipation: In einer
Bürgerinitiative mitarbeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	12	55	32	1
Geschlecht					
männlich	497	12	57	31	0
weiblich	515	12	53	34	2
Alter					
18-24 Jahre	52	10	66	25	0
25-34 Jahre	147	4	67	29	0
35-44 Jahre	136	18	60	22	0
45-59 Jahre	291	9	58	31	1
60 Jahre und älter	386	14	45	39	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	11	48	39	2
10. Klasse	467	10	59	32	0
Abitur	108	13	58	27	1
(Fach-)Hochschule	117	19	58	21	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	9	59	31	1
in Ausbildung	51	20	62	19	0
arbeitslos	71	7	67	26	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	14	48	37	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	6	55	39	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	9	61	29	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	18	60	18	3
Landw./Selbst./Freib.	62	12	62	25	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	11	58	30	1
evangelisch	261	12	48	38	2
katholisch	74	13	53	34	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.

Tabelle A26

**Politische Partizipation: An einer
genehmigten Demonstration
teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	23	39	37	1
Geschlecht					
männlich	497	27	39	34	0
weiblich	515	20	39	39	2
Alter					
18-24 Jahre	52	26	48	26	0
25-34 Jahre	147	32	32	36	0
35-44 Jahre	136	24	48	28	0
45-59 Jahre	291	23	44	32	1
60 Jahre und älter	386	20	33	46	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	17	31	51	2
10. Klasse	467	21	46	33	1
Abitur	108	37	35	28	0
(Fach-)Hochschule	117	37	39	23	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	22	44	33	1
in Ausbildung	51	49	29	22	0
arbeitslos	71	22	50	28	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	22	32	45	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	25	36	38	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	22	51	26	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	36	35	28	0
Landw./Selbst./Freib.	62	15	41	44	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	24	42	34	0
evangelisch	261	22	32	44	3
katholisch	74	25	33	41	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A27

Politische Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	3	15	80	2
Geschlecht					
männlich	497	3	20	75	1
weiblich	515	3	10	85	2
Alter					
18-24 Jahre	52	6	24	70	0
25-34 Jahre	147	4	26	71	0
35-44 Jahre	136	3	19	76	2
45-59 Jahre	291	1	15	82	2
60 Jahre und älter	386	4	9	85	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	2	13	82	3
10. Klasse	467	1	13	84	1
Abitur	108	8	27	63	2
(Fach-)Hochschule	117	5	20	73	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	2	17	79	2
in Ausbildung	51	10	26	64	0
arbeitslos	71	0	13	87	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	4	12	82	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	1	16	81	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	2	18	79	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	4	26	70	0
Landw./Selbst./Freib.	62	3	22	74	1
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	3	16	79	1
evangelisch	261	3	11	83	3
katholisch	74	4	16	78	2

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A28**Politische Partizipation: Für Ziele kämpfen, auch mit Gewalt**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	1	7	91	1
Geschlecht					
männlich	497	1	9	89	1
weiblich	515	0	5	93	2
Alter					
18-24 Jahre	52	2	7	91	0
25-34 Jahre	147	0	8	91	0
35-44 Jahre	136	2	15	82	1
45-59 Jahre	291	0	5	94	0
60 Jahre und älter	386	0	5	93	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	0	6	92	2
10. Klasse	467	1	7	91	1
Abitur	108	0	7	93	0
(Fach-)Hochschule	117	0	7	92	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	1	6	92	1
in Ausbildung	51	2	6	92	0
arbeitslos	71	0	16	84	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	1	6	91	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	0	4	96	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	1	7	91	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	0	10	90	0
Landw./Selbst./Freib.	62	0	7	93	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	1	8	91	1
evangelisch	261	0	5	93	2
katholisch	74	0	5	93	2

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.

Tabelle A29

**Politische Partizipation: An einer
Demonstration gegen Neonazis
teilnehmen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	11	52	35	1
Geschlecht					
männlich	497	16	50	33	1
weiblich	515	7	54	37	2
Alter					
18-24 Jahre	52	18	45	36	1
25-34 Jahre	147	24	32	44	0
35-44 Jahre	136	16	47	36	0
45-59 Jahre	291	8	61	29	1
60 Jahre und älter	386	7	56	36	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	9	47	43	2
10. Klasse	467	9	56	34	1
Abitur	108	20	48	31	1
(Fach-)Hochschule	117	22	54	24	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	14	51	34	1
in Ausbildung	51	31	41	27	1
arbeitslos	71	8	48	45	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	6	56	37	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	10	52	36	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	15	56	28	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	22	37	41	0
Landw./Selbst./Freib.	62	11	48	41	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	14	52	33	1
evangelisch	261	7	51	39	2
katholisch	74	4	55	41	0

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer Demonstration gegen Neonazis teilnehmen?

Tabelle A30**Links-Rechts-Selbsteinstufung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	weit rechts	etwas rechts	in der Mitte	etwas links	weit links	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	2	12	36	34	8	8
Geschlecht							
männlich	497	3	17	39	30	7	4
weiblich	515	2	7	33	38	9	11
Alter							
18-24 Jahre	52	3	11	27	45	8	6
25-34 Jahre	147	4	21	31	25	14	5
35-44 Jahre	136	1	13	40	37	4	5
45-59 Jahre	291	4	11	35	35	7	9
60 Jahre und älter	386	1	9	38	35	8	9
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	1	10	45	29	6	8
10. Klasse	467	3	13	35	33	7	8
Abitur	108	3	11	24	45	11	6
(Fach-)Hochschule	117	2	11	23	45	13	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	4	13	38	29	8	8
in Ausbildung	51	3	8	30	47	12	0
arbeitslos	71	0	22	23	41	6	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	1	9	36	38	8	8
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	1	11	48	30	3	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	7	14	32	29	10	9
höh.-leit. Ang./Beamte	55	1	17	31	32	10	9
Landw./Selbst./Freib.	62	2	11	48	26	10	3
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	3	11	36	34	10	6
evangelisch	261	1	15	34	36	3	11
katholisch	74	0	8	44	35	2	9

In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?

Tabelle A31**Identifikation**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	nichts davon	Europäerin	Deutsche(r)	Ostdeutsche(r)	Thüringer(in)	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	1	8	25	13	53	0
Geschlecht							
männlich	497	2	10	25	12	51	0
weiblich	515	0	5	25	14	55	0
Alter							
18-24 Jahre	52	0	9	48	9	33	0
25-34 Jahre	147	2	5	29	17	47	0
35-44 Jahre	136	1	13	30	10	47	1
45-59 Jahre	291	2	5	19	14	59	0
60 Jahre und älter	386	0	8	24	12	56	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	320	0	7	23	11	59	0
10. Klasse	467	2	5	22	13	57	0
Abitur	108	1	13	39	14	33	0
(Fach-)Hochschule	117	2	14	30	15	38	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	486	2	8	26	14	49	0
in Ausbildung	51	0	13	42	2	42	0
arbeitslos	71	0	2	11	11	76	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	0	8	24	13	54	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	163	2	5	18	13	61	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	2	4	31	14	48	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	1	12	25	13	48	1
Landw./Selbst./Freib.	62	2	22	28	14	33	1
Religionsgemeinschaft							
keine, andere	677	1	7	24	13	54	0
evangelisch	261	1	8	25	12	55	0
katholisch	74	0	13	37	15	35	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A32

**Zufriedenheit: Ich bin mit meinem Leben
insgesamt zufrieden**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	51	42	6	2	0
Geschlecht						
männlich	497	46	47	5	2	0
weiblich	515	56	37	6	2	0
Alter						
18-24 Jahre	52	45	47	9	0	0
25-34 Jahre	147	40	51	4	5	0
35-44 Jahre	136	48	43	8	2	0
45-59 Jahre	291	51	42	5	2	0
60 Jahre und älter	386	57	37	6	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	52	42	6	0	0
10. Klasse	467	49	41	7	3	0
Abitur	108	50	47	1	1	0
(Fach-)Hochschule	117	55	40	4	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	53	43	2	2	0
in Ausbildung	51	48	48	4	0	0
arbeitslos	71	17	60	20	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	55	37	7	1	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	52	43	2	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	50	47	3	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	62	38	0	0	0
Landw./Selbst./Freib.	62	63	28	6	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	48	44	6	2	0
evangelisch	261	56	39	5	1	0
katholisch	74	62	35	2	1	0

Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden.

Tabelle A33

Zufriedenheit: Wenn ich mein Leben wiederholen könnte, würde ich fast nichts anders machen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	31	34	19	13	2
Geschlecht						
männlich	497	31	33	19	15	1
weiblich	515	32	35	20	11	3
Alter						
18-24 Jahre	52	21	50	25	4	0
25-34 Jahre	147	32	32	27	9	0
35-44 Jahre	136	27	37	21	14	1
45-59 Jahre	291	25	38	18	18	1
60 Jahre und älter	386	39	29	16	11	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	38	28	19	12	3
10. Klasse	467	27	34	21	17	1
Abitur	108	32	42	14	9	3
(Fach-)Hochschule	117	31	45	17	5	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	27	36	22	14	1
in Ausbildung	51	23	46	16	15	0
arbeitslos	71	6	49	20	24	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	43	28	16	10	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	34	27	17	22	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	27	35	29	6	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	26	51	12	10	2
Landw./Selbst./Freib.	62	30	37	12	20	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	29	35	21	13	1
evangelisch	261	37	32	17	13	2
katholisch	74	29	33	12	18	8

Wenn ich mein Leben wiederholen könnte, würde ich fast nichts anders machen.

Tabelle A34**Ich glaube an die Existenz eines höheren Wesens**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	21	15	11	52	1
Geschlecht						
männlich	497	17	13	13	57	0
weiblich	515	24	17	10	46	2
Alter						
18-24 Jahre	52	8	17	25	49	1
25-34 Jahre	147	15	22	19	43	2
35-44 Jahre	136	12	10	13	64	1
45-59 Jahre	291	17	18	11	53	1
60 Jahre und älter	386	30	11	6	50	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	30	17	6	45	2
10. Klasse	467	16	14	12	58	1
Abitur	108	17	14	22	44	2
(Fach-)Hochschule	117	19	13	13	53	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	15	15	14	55	1
in Ausbildung	51	13	13	25	48	1
arbeitslos	71	11	19	12	57	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	29	14	6	48	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	10	20	5	66	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	17	15	16	49	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	11	15	24	50	0
Landw./Selbst./Freib.	62	28	12	15	44	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	8	12	12	66	2
evangelisch	261	42	22	9	26	0
katholisch	74	57	18	10	9	5

Ich glaube an die Existenz eines höheren Wesens.

Tabelle A35**Zufriedenheit Partnerschaft**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	47	7	0	0	45
Geschlecht						
männlich	497	50	8	0	0	42
weiblich	515	44	7	0	0	49
Alter						
18-24 Jahre	52	24	8	0	0	68
25-34 Jahre	147	53	4	0	1	41
35-44 Jahre	136	51	10	0	0	40
45-59 Jahre	291	49	9	1	0	42
60 Jahre und älter	386	45	7	0	0	48
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	41	5	0	0	54
10. Klasse	467	48	8	0	0	43
Abitur	108	50	9	0	1	40
(Fach-)Hochschule	117	55	8	2	1	34
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	57	8	0	1	34
in Ausbildung	51	28	8	0	0	63
arbeitslos	71	32	9	0	0	59
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	39	7	0	0	54
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	58	5	0	1	36
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	52	9	1	1	38
höh.-leit. Ang./Beamte	55	60	7	0	1	32
Landw./Selbst./Freib.	62	66	10	0	0	24
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	45	6	1	0	48
evangelisch	261	45	11	0	0	43
katholisch	74	68	6	0	0	25

Ich bin mit meiner Partnerschaft zufrieden.

Tabelle A36**Vertrauensperson**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	79	18	2	1	0
Geschlecht						
männlich	497	75	22	2	1	0
weiblich	515	83	15	2	1	0
Alter						
18-24 Jahre	52	86	14	0	0	0
25-34 Jahre	147	81	16	3	0	0
35-44 Jahre	136	84	13	0	2	0
45-59 Jahre	291	75	23	1	2	0
60 Jahre und älter	386	78	18	2	1	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	78	19	3	0	0
10. Klasse	467	77	19	1	2	0
Abitur	108	81	17	0	1	0
(Fach-)Hochschule	117	85	12	1	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	74	22	2	1	0
in Ausbildung	51	93	7	0	0	0
arbeitslos	71	78	18	1	3	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	83	15	1	1	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	70	24	3	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	75	22	3	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	88	11	0	2	0
Landw./Selbst./Freib.	62	79	21	0	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	79	18	1	1	0
evangelisch	261	78	19	2	0	0
katholisch	74	81	14	2	2	0

Ich habe Menschen, an die ich mich vertrauensvoll wenden kann, wenn ich Probleme habe.

Tabelle A37**Gesellschaftliche Desintegration**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	4	10	25	61	1
Geschlecht						
männlich	497	4	10	26	60	0
weiblich	515	4	10	23	62	1
Alter						
18-24 Jahre	52	3	3	31	63	0
25-34 Jahre	147	4	12	28	56	0
35-44 Jahre	136	9	6	12	74	0
45-59 Jahre	291	3	12	29	56	0
60 Jahre und älter	386	3	10	23	61	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	5	14	24	55	2
10. Klasse	467	5	9	25	60	1
Abitur	108	0	4	31	65	0
(Fach-)Hochschule	117	2	5	18	75	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	3	8	23	66	0
in Ausbildung	51	0	4	30	67	0
arbeitslos	71	4	34	21	41	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	6	8	26	58	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	4	6	26	65	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	2	10	28	60	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	1	3	12	83	0
Landw./Selbst./Freib.	62	4	6	20	71	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	6	11	24	59	0
evangelisch	261	1	10	25	65	0
katholisch	74	1	1	23	68	7

Ich fühle mich zunehmend von der Gesellschaft ausgeschlossen.

Tabelle A38

In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	4	8	28	60	1
Geschlecht						
männlich	497	2	9	30	59	0
weiblich	515	6	7	25	60	1
Alter						
18-24 Jahre	52	0	10	36	55	0
25-34 Jahre	147	6	7	31	55	1
35-44 Jahre	136	1	4	21	74	0
45-59 Jahre	291	3	9	32	57	0
60 Jahre und älter	386	6	9	25	59	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	7	8	29	56	2
10. Klasse	467	3	8	26	62	1
Abitur	108	2	3	33	63	0
(Fach-)Hochschule	117	3	12	28	57	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	3	7	25	64	0
in Ausbildung	51	0	11	25	64	0
arbeitslos	71	2	4	48	46	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	6	9	27	56	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	4	8	22	66	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	3	7	31	58	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	0	4	22	74	0
Landw./Selbst./Freib.	62	5	9	19	68	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	4	8	27	60	1
evangelisch	261	4	6	31	57	2
katholisch	74	3	9	26	62	0

In meinem Alltag fühle ich mich von Kriminalität bedroht.

Tabelle A39**Zufriedenheit Wohnsituation**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	70	24	4	2	0
Geschlecht						
männlich	497	66	28	4	2	0
weiblich	515	75	19	4	2	0
Alter						
18-24 Jahre	52	40	42	18	0	0
25-34 Jahre	147	52	30	10	8	0
35-44 Jahre	136	71	25	0	5	0
45-59 Jahre	291	71	25	4	0	0
60 Jahre und älter	386	81	17	2	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	73	22	3	1	0
10. Klasse	467	68	24	4	3	0
Abitur	108	64	28	7	1	0
(Fach-)Hochschule	117	78	19	2	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	69	23	4	3	0
in Ausbildung	51	47	39	15	0	0
arbeitslos	71	60	31	10	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	76	21	2	1	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	71	27	1	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	65	25	6	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	80	13	6	1	0
Landw./Selbst./Freib.	62	75	16	2	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	68	25	5	2	0
evangelisch	261	76	21	2	1	0
katholisch	74	76	20	4	0	0

Insgesamt bin ich mit meiner Wohnsituation zufrieden.

Tabelle A40**Persönliches Glück: in einer gerechten Gesellschaft leben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher unwichtig	Sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	73	25	1	0	1
Geschlecht						
männlich	497	71	25	1	0	2
weiblich	515	74	24	1	0	0
Alter						
18-24 Jahre	52	65	34	1	0	0
25-34 Jahre	147	74	25	1	0	0
35-44 Jahre	136	71	26	3	0	0
45-59 Jahre	291	73	26	1	0	0
60 Jahre und älter	386	74	23	1	0	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	79	18	0	0	2
10. Klasse	467	72	26	1	0	0
Abitur	108	65	33	2	0	0
(Fach-)Hochschule	117	65	30	3	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	71	27	2	0	0
in Ausbildung	51	73	26	1	0	0
arbeitslos	71	84	16	0	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	73	24	1	0	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	78	21	1	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	69	30	1	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	69	25	5	0	1
Landw./Selbst./Freib.	62	71	27	2	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	74	24	1	0	0
evangelisch	261	67	29	1	0	3
katholisch	74	83	16	1	0	0

Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Ihr persönliches Glück? Sind sie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig? In einer gerechten Gesellschaft zu leben.

Tabelle A41**Persönliches Glück: Familie, Freunde und Partnerschaft**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher unwichtig	Sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	86	13	1	0	0
Geschlecht						
männlich	497	85	14	1	0	0
weiblich	515	88	12	1	0	0
Alter						
18-24 Jahre	52	90	10	0	0	0
25-34 Jahre	147	90	10	0	0	0
35-44 Jahre	136	88	12	0	0	0
45-59 Jahre	291	88	10	1	0	0
60 Jahre und älter	386	82	16	1	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	84	16	0	0	0
10. Klasse	467	86	12	2	0	0
Abitur	108	92	8	0	0	0
(Fach-)Hochschule	117	89	10	1	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	88	12	1	0	0
in Ausbildung	51	96	4	0	0	0
arbeitslos	71	89	10	1	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	83	16	1	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	87	12	2	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	88	12	0	0	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	96	4	0	0	0
Landw./Selbst./Freib.	62	85	15	0	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	85	14	1	0	0
evangelisch	261	87	13	1	0	0
katholisch	74	96	4	0	0	0

Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Ihr persönliches Glück? Sind sie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig? Familie, Freunde und Partnerschaft.

Tabelle A42**Persönliches Glück: Sparsamkeit und Selbstdisziplin**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher unwichtig	Sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	49	41	9	0	0
Geschlecht						
männlich	497	50	40	9	0	0
weiblich	515	48	43	8	1	0
Alter						
18-24 Jahre	52	23	51	26	1	0
25-34 Jahre	147	37	44	16	2	0
35-44 Jahre	136	40	43	17	0	0
45-59 Jahre	291	44	50	6	0	1
60 Jahre und älter	386	64	33	3	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	65	30	4	0	0
10. Klasse	467	47	46	7	0	0
Abitur	108	29	45	24	2	0
(Fach-)Hochschule	117	31	51	16	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	42	47	10	1	0
in Ausbildung	51	27	43	30	0	0
arbeitslos	71	61	29	11	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	59	37	4	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	38	57	5	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	41	46	12	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	38	42	17	2	0
Landw./Selbst./Freib.	62	56	31	13	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	47	43	9	0	0
evangelisch	261	57	35	7	1	0
katholisch	74	43	45	10	1	0

Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Ihr persönliches Glück? Sind sie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig? Sparsamkeit und Selbstdisziplin.

Tabelle A43

**Persönliches Glück: hoher Lebensstandard
und Leben genießen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher unwichtig	Sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	16	51	28	4	1
Geschlecht						
männlich	497	18	54	23	3	1
weiblich	515	13	48	34	5	0
Alter						
18-24 Jahre	52	9	69	22	0	0
25-34 Jahre	147	18	48	34	0	0
35-44 Jahre	136	20	55	26	0	0
45-59 Jahre	291	15	50	27	7	1
60 Jahre und älter	386	15	49	29	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	21	42	28	8	1
10. Klasse	467	13	53	32	2	1
Abitur	108	17	61	19	2	1
(Fach-)Hochschule	117	12	60	25	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	14	54	28	4	1
in Ausbildung	51	7	63	30	0	0
arbeitslos	71	22	41	30	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	17	48	29	5	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	14	56	25	4	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	16	51	32	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	19	56	23	2	0
Landw./Selbst./Freib.	62	6	55	25	14	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	16	53	28	2	1
evangelisch	261	17	47	27	8	1
katholisch	74	7	46	35	12	0

Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Ihr persönliches Glück? Sind sie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig? Einen hohen Lebensstandard zu haben und das Leben zu genießen.

Tabelle A44**Persönliches Glück: ein Beruf oder eine Lebensaufgabe**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher unwichtig	Sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	77	19	2	1	1
Geschlecht						
männlich	497	75	23	2	0	1
weiblich	515	79	16	3	1	1
Alter						
18-24 Jahre	52	64	36	0	0	0
25-34 Jahre	147	82	16	2	0	0
35-44 Jahre	136	82	18	0	0	0
45-59 Jahre	291	80	17	2	1	0
60 Jahre und älter	386	72	20	4	1	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	77	17	3	1	2
10. Klasse	467	78	19	2	0	1
Abitur	108	72	27	1	0	0
(Fach-)Hochschule	117	78	20	1	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	81	18	1	0	0
in Ausbildung	51	77	23	0	0	0
arbeitslos	71	79	15	7	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	72	21	4	1	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	82	17	1	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	81	18	0	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	77	19	4	0	0
Landw./Selbst./Freib.	62	87	13	0	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	79	19	1	0	1
evangelisch	261	73	20	4	2	2
katholisch	74	74	17	6	1	1

Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Ihr persönliches Glück? Sind sie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig? Ein Beruf oder eine Lebensaufgabe, in der man aufgeht.

Tabelle A45

Persönliches Glück: Freiheit zur Selbstverwirklichung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr wichtig	Eher wichtig	Eher unwichtig	Sehr unwichtig	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	57	33	8	1	2
Geschlecht						
männlich	497	61	30	6	1	1
weiblich	515	52	36	9	1	2
Alter						
18-24 Jahre	52	46	48	6	0	0
25-34 Jahre	147	65	28	7	0	0
35-44 Jahre	136	60	32	8	0	0
45-59 Jahre	291	56	36	7	1	1
60 Jahre und älter	386	54	31	9	2	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	62	24	10	2	3
10. Klasse	467	55	36	7	1	1
Abitur	108	57	38	4	2	0
(Fach-)Hochschule	117	51	41	7	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	61	32	6	1	0
in Ausbildung	51	50	39	11	0	0
arbeitslos	71	68	20	11	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	50	36	8	2	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	62	32	5	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	57	35	7	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	61	29	6	2	3
Landw./Selbst./Freib.	62	67	32	2	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	56	36	8	0	1
evangelisch	261	61	25	8	1	5
katholisch	74	51	35	5	8	0

Wie wichtig sind die folgenden Aspekte für Ihr persönliches Glück? Sind sie sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig? Freiheit zur Selbstverwirklichung.

Tabelle A46**Kontrollüberzeugung: Selbstwirksamkeit versus „äußere Umstände“**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Jeder ist seines Glückes Schmied	beides gleichermaßen	Äußere Umstände sind entscheidend	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	42	24	32	1
Geschlecht					
männlich	497	41	23	36	0
weiblich	515	43	25	29	3
Alter					
18-24 Jahre	52	31	48	19	2
25-34 Jahre	147	48	27	24	1
35-44 Jahre	136	44	32	24	0
45-59 Jahre	291	44	21	35	0
60 Jahre und älter	386	40	19	38	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	42	16	38	3
10. Klasse	467	42	25	33	1
Abitur	108	41	35	25	0
(Fach-)Hochschule	117	45	33	21	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	43	26	31	0
in Ausbildung	51	39	33	29	0
arbeitslos	71	40	28	30	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	42	20	35	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	37	24	39	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	42	26	32	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	53	35	12	0
Landw./Selbst./Freib.	62	51	19	29	0
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	41	25	33	1
evangelisch	261	48	19	30	2
katholisch	74	36	27	30	8

Die einen sagen, jeder ist seines Glückes Schmied. Die anderen sagen, dass es vor allem die äußeren Umstände sind, die darüber entscheiden, ob man glücklich wird oder nicht. Was denken Sie persönlich? Ist jeder seines Glückes Schmied oder sind äußere Umstände entscheidend?

Tabelle A47**Einschätzung persönliche Zukunft**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	13	71	11	1	4
Geschlecht						
männlich	497	13	71	11	1	4
weiblich	515	13	71	11	1	4
Alter						
18-24 Jahre	52	18	76	6	0	0
25-34 Jahre	147	12	71	11	1	5
35-44 Jahre	136	18	77	4	0	1
45-59 Jahre	291	16	68	14	3	0
60 Jahre und älter	386	8	71	12	1	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	12	68	13	0	8
10. Klasse	467	12	71	13	2	2
Abitur	108	19	77	3	0	1
(Fach-)Hochschule	117	14	75	8	2	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	14	76	8	1	2
in Ausbildung	51	26	74	1	0	0
arbeitslos	71	16	51	28	5	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	9	68	14	1	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	13	70	11	2	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	12	79	8	0	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	20	77	2	1	0
Landw./Selbst./Freib.	62	15	70	15	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	12	71	12	2	4
evangelisch	261	13	71	11	0	5
katholisch	74	14	76	7	1	2

Wenn Sie an Ihre eigene Zukunft denken: Würden Sie sagen, dass Ihre Zukunft sehr schlecht, eher schlecht, eher gut oder sehr gut aussieht?

Tabelle A48**Mobilitätsneigung**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sicher aus Thüringen fortziehen	wahrscheinlich aus Thüringen fortziehen	wahrscheinlich in Thüringen bleiben	sicher in Thüringen bleiben	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	2	5	21	71	1
Geschlecht						
männlich	497	3	6	24	67	0
weiblich	515	1	5	18	75	1
Alter						
18-24 Jahre	52	10	29	47	11	1
25-34 Jahre	147	3	13	42	41	1
35-44 Jahre	136	2	5	30	62	1
45-59 Jahre	291	3	3	15	78	1
60 Jahre und älter	386	0	2	10	88	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	0	6	17	77	0
10. Klasse	467	2	2	20	74	1
Abitur	108	6	16	31	46	2
(Fach-)Hochschule	117	3	7	24	65	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	3	5	28	64	1
in Ausbildung	51	15	27	35	20	3
arbeitslos	71	0	7	23	69	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	0	3	10	87	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	2	5	23	68	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	3	2	34	61	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	2	9	31	57	1
Landw./Selbst./Freib.	62	3	15	15	67	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	2	7	25	65	1
evangelisch	261	3	3	10	84	0
katholisch	74	3	6	15	77	0

Einige Leute überlegen sich, ob Sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen? Werden Sie sicher in Thüringen bleiben, wahrscheinlich hier bleiben, oder werden Sie wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen.

Tabelle A49**Thüringen: Berufsaussichten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	6	55	27	5	7
Geschlecht						
männlich	497	6	60	27	4	3
weiblich	515	7	50	27	6	11
Alter						
18-24 Jahre	52	7	53	36	0	5
25-34 Jahre	147	3	47	40	8	3
35-44 Jahre	136	7	67	21	1	3
45-59 Jahre	291	10	51	29	8	2
60 Jahre und älter	386	5	56	21	3	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	6	54	20	8	13
10. Klasse	467	8	56	29	3	4
Abitur	108	3	54	35	3	4
(Fach-)Hochschule	117	6	51	34	4	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	6	55	30	6	3
in Ausbildung	51	7	58	26	2	7
arbeitslos	71	11	43	39	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	6	56	21	4	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	5	57	28	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	7	55	31	3	4
höh.-leit. Ang./Beamte	55	4	50	31	8	6
Landw./Selbst./Freib.	62	9	53	25	10	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	5	56	29	5	4
evangelisch	261	10	50	24	4	11
katholisch	74	4	58	22	2	14

Einmal ganz allgemein betrachtet: Meinen Sie, dass Thüringen sehr gute oder gute Berufsaussichten bietet, oder bietet Thüringen eher schlechte oder sehr schlechte Berufsaussichten?

Tabelle A50**Thüringen: Bildungsangebote**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	16	59	12	2	11
Geschlecht						
männlich	497	16	61	11	2	11
weiblich	515	15	57	13	2	12
Alter						
18-24 Jahre	52	16	72	6	1	5
25-34 Jahre	147	12	74	10	2	3
35-44 Jahre	136	16	60	19	0	5
45-59 Jahre	291	17	50	15	3	14
60 Jahre und älter	386	16	59	9	2	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	17	58	8	3	14
10. Klasse	467	14	57	16	2	11
Abitur	108	20	66	6	2	6
(Fach-)Hochschule	117	16	63	14	1	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	13	60	13	3	10
in Ausbildung	51	21	72	1	1	5
arbeitslos	71	14	53	20	0	12
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	19	57	11	1	13
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	12	51	10	7	20
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	17	63	14	0	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	11	71	13	3	3
Landw./Selbst./Freib.	62	10	64	17	4	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	16	58	13	1	12
evangelisch	261	17	57	10	4	11
katholisch	74	7	80	7	0	6

Einmal ganz allgemein betrachtet: und die Bildungsangebote? Sind die in Thüringen sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A51**Thüringen: Freizeit und Kulturangebote**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	20	59	17	2	3
Geschlecht						
männlich	497	18	59	20	2	1
weiblich	515	22	59	13	1	4
Alter						
18-24 Jahre	52	27	56	17	0	0
25-34 Jahre	147	19	61	17	3	0
35-44 Jahre	136	20	56	24	0	0
45-59 Jahre	291	20	61	15	1	3
60 Jahre und älter	386	20	58	15	2	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	20	58	13	4	5
10. Klasse	467	18	59	20	1	1
Abitur	108	33	50	16	0	1
(Fach-)Hochschule	117	18	65	14	1	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	18	59	18	4	2
in Ausbildung	51	27	66	7	0	0
arbeitslos	71	25	61	14	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	21	57	17	0	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	20	59	11	6	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	18	58	21	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	20	62	14	1	3
Landw./Selbst./Freib.	62	23	53	23	0	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	20	60	16	2	2
evangelisch	261	19	55	19	2	5
katholisch	74	29	59	11	0	1

Einmal ganz allgemein betrachtet: und die Freizeit- und Kulturangebote? Sind die in Thüringen sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A52**Thüringen: Umweltbedingungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	16	71	8	1	4
Geschlecht						
männlich	497	16	73	8	1	1
weiblich	515	15	70	8	1	7
Alter						
18-24 Jahre	52	29	58	4	0	9
25-34 Jahre	147	22	70	6	2	0
35-44 Jahre	136	20	72	4	0	4
45-59 Jahre	291	14	71	10	1	3
60 Jahre und älter	386	11	73	9	1	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	9	76	9	0	6
10. Klasse	467	18	69	9	2	3
Abitur	108	24	65	4	0	6
(Fach-)Hochschule	117	18	73	6	0	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	17	71	7	1	4
in Ausbildung	51	39	51	6	0	4
arbeitslos	71	18	68	14	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	10	74	9	1	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	15	73	7	0	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	17	74	5	0	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	19	62	14	0	4
Landw./Selbst./Freib.	62	17	71	8	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	15	72	9	1	3
evangelisch	261	16	71	8	0	5
katholisch	74	15	66	4	0	14

Einmal ganz allgemein betrachtet: und die Umweltbedingungen? Sind die in Thüringen sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A53**Thüringen: Lebensbedingungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	13	73	12	1	2
Geschlecht						
männlich	497	14	72	11	1	2
weiblich	515	12	74	12	0	2
Alter						
18-24 Jahre	52	21	63	13	0	3
25-34 Jahre	147	12	71	14	2	0
35-44 Jahre	136	12	81	6	0	0
45-59 Jahre	291	14	67	15	1	3
60 Jahre und älter	386	11	77	10	0	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	12	73	14	0	2
10. Klasse	467	13	72	11	1	2
Abitur	108	16	74	10	0	1
(Fach-)Hochschule	117	13	75	10	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	12	74	11	1	2
in Ausbildung	51	23	65	12	0	0
arbeitslos	71	16	52	31	0	1
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	12	76	9	0	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	16	71	10	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	11	77	10	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	17	66	16	0	1
Landw./Selbst./Freib.	62	11	73	10	6	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	14	72	12	1	2
evangelisch	261	12	71	14	0	3
katholisch	74	6	90	4	1	0

Einmal ganz allgemein betrachtet: und die Lebensbedingungen? Sind die in Thüringen sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A54**Umgebung: Berufsaussichten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	6	38	37	12	6
Geschlecht						
männlich	497	6	43	36	12	3
weiblich	515	6	34	39	12	9
Alter						
18-24 Jahre	52	8	39	48	6	0
25-34 Jahre	147	7	42	40	11	0
35-44 Jahre	136	7	44	45	4	1
45-59 Jahre	291	8	37	34	20	2
60 Jahre und älter	386	4	36	35	10	15
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	3	32	36	17	12
10. Klasse	467	7	39	39	11	4
Abitur	108	8	46	40	5	0
(Fach-)Hochschule	117	10	45	33	7	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	8	41	41	9	1
in Ausbildung	51	9	48	37	5	0
arbeitslos	71	3	23	42	32	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	3	37	32	13	15
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	6	35	44	14	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	9	43	40	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	12	49	23	16	0
Landw./Selbst./Freib.	62	6	37	38	18	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	6	38	40	12	5
evangelisch	261	6	39	30	13	11
katholisch	74	6	42	40	4	7

Und wie ist das in Ihrer Umgebung? Meinen Sie, dass es in Ihrer Umgebung sehr gute oder gute Berufsaussichten gibt, oder gibt es da eher schlechte oder sehr schlechte Berufsaussichten?

Tabelle A55**Umgebung: Bildungsangebote**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	13	51	21	5	11
Geschlecht						
männlich	497	12	57	18	3	9
weiblich	515	13	45	23	7	12
Alter						
18-24 Jahre	52	20	51	26	4	0
25-34 Jahre	147	12	67	14	5	2
35-44 Jahre	136	15	52	27	3	3
45-59 Jahre	291	12	47	25	9	7
60 Jahre und älter	386	12	47	17	4	21
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	10	45	19	7	20
10. Klasse	467	12	51	23	6	8
Abitur	108	21	59	18	2	0
(Fach-)Hochschule	117	17	58	18	2	5
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	12	57	20	5	5
in Ausbildung	51	33	52	10	4	0
arbeitslos	71	5	48	36	6	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	12	44	20	5	19
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	7	54	20	8	12
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	16	59	19	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	12	64	15	7	3
Landw./Selbst./Freib.	62	10	54	30	5	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	12	51	23	5	9
evangelisch	261	15	46	17	7	15
katholisch	74	10	66	13	0	11

Und wie ist das in Ihrer Umgebung? und die Bildungsangebote? Sind die in Ihrer Umgebung sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A56**Umgebung: Freizeit- und Kulturangebote**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	15	49	27	7	1
Geschlecht						
männlich	497	14	51	27	7	1
weiblich	515	16	48	28	7	2
Alter						
18-24 Jahre	52	19	48	26	6	0
25-34 Jahre	147	13	51	30	6	0
35-44 Jahre	136	14	50	31	5	0
45-59 Jahre	291	14	45	29	11	1
60 Jahre und älter	386	16	52	24	6	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	12	55	23	8	2
10. Klasse	467	13	46	32	8	1
Abitur	108	26	42	27	4	0
(Fach-)Hochschule	117	19	53	23	5	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	15	46	30	8	1
in Ausbildung	51	25	44	23	8	0
arbeitslos	71	11	57	29	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	14	53	24	7	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	12	49	28	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	14	47	34	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	20	46	21	12	0
Landw./Selbst./Freib.	62	24	41	25	10	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	14	51	28	7	0
evangelisch	261	14	47	29	9	3
katholisch	74	23	49	22	3	3

Und wie ist das in Ihrer Umgebung? und die Freizeit- und Kulturangebote? Sind die in Ihrer Umgebung sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A57**Umgebung: Umweltbedingungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	18	70	10	1	2
Geschlecht						
männlich	497	17	73	9	0	1
weiblich	515	19	67	11	1	2
Alter						
18-24 Jahre	52	23	60	7	0	9
25-34 Jahre	147	24	62	11	2	1
35-44 Jahre	136	22	69	9	0	0
45-59 Jahre	291	19	69	9	1	2
60 Jahre und älter	386	12	76	11	0	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	15	72	12	0	1
10. Klasse	467	17	69	11	1	2
Abitur	108	27	67	4	0	3
(Fach-)Hochschule	117	21	70	8	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	22	66	9	1	2
in Ausbildung	51	30	62	4	0	4
arbeitslos	71	10	79	11	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	13	75	11	0	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	20	67	10	0	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	21	69	9	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	29	58	12	0	1
Landw./Selbst./Freib.	62	25	66	5	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	17	69	11	1	2
evangelisch	261	18	73	8	0	1
katholisch	74	24	68	6	0	2

Und wie ist das in Ihrer Umgebung? und die Umweltbedingungen? Sind die in Ihrer Umgebung sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A58**Umgebung: Lebensbedingungen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	16	71	11	1	1
Geschlecht						
männlich	497	16	73	10	0	1
weiblich	515	16	69	12	1	1
Alter						
18-24 Jahre	52	26	60	8	0	6
25-34 Jahre	147	14	70	13	3	0
35-44 Jahre	136	21	70	9	0	0
45-59 Jahre	291	17	69	10	1	2
60 Jahre und älter	386	13	75	12	0	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	8	76	16	0	0
10. Klasse	467	18	70	9	2	1
Abitur	108	31	58	8	0	3
(Fach-)Hochschule	117	16	75	8	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	17	73	7	1	2
in Ausbildung	51	38	55	8	0	0
arbeitslos	71	11	56	32	0	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	13	74	12	0	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	18	73	6	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	15	75	8	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	25	67	3	1	4
Landw./Selbst./Freib.	62	10	73	11	4	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	16	69	12	1	2
evangelisch	261	13	76	11	0	0
katholisch	74	21	76	2	1	0

Und wie ist das in Ihrer Umgebung? und die Lebensbedingungen? Sind die in Ihrer Umgebung sehr gut, eher gut, eher schlecht sehr schlecht?

Tabelle A59**Ehrenamtliches Engagement**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	23	77	0
Geschlecht				
männlich	497	24	76	0
weiblich	515	22	78	0
Alter				
18-24 Jahre	52	23	77	0
25-34 Jahre	147	17	83	0
35-44 Jahre	136	24	76	0
45-59 Jahre	291	25	74	1
60 Jahre und älter	386	23	77	0
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	320	15	85	0
10. Klasse	467	23	76	0
Abitur	108	30	70	1
(Fach-)Hochschule	117	36	64	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	486	25	75	0
in Ausbildung	51	32	68	0
arbeitslos	71	11	85	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	21	79	0
Berufsgruppe				
Arbeiter	163	11	89	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	24	76	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	35	63	2
Landw./Selbst./Freib.	62	50	50	0
Religionsgemeinschaft				
keine, andere	677	18	81	0
evangelisch	261	28	72	0
katholisch	74	46	54	0

Sind Sie in Ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig?

Tabelle A60**Wichtigster Aspekt bei der Arbeits-/Berufswahl**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	flexible Arbeitszeiten	interessante Aufgabe	sicherer Arbeitsplatz	hohes Einkommen	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	7	35	46	8	4
Geschlecht						
männlich	497	5	36	44	11	3
weiblich	515	9	34	48	5	4
Alter						
18-24 Jahre	52	6	48	33	10	2
25-34 Jahre	147	12	39	37	11	1
35-44 Jahre	136	10	35	47	8	0
45-59 Jahre	291	4	39	42	10	5
60 Jahre und älter	386	7	30	54	5	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	8	16	62	6	7
10. Klasse	467	7	37	43	10	3
Abitur	108	6	57	29	7	0
(Fach-)Hochschule	117	4	62	25	7	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	8	40	38	11	3
in Ausbildung	51	1	67	25	8	0
arbeitslos	71	12	26	55	7	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	6	28	56	5	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	8	27	46	13	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	7	40	43	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	4	65	26	4	1
Landw./Selbst./Freib.	62	10	51	20	15	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	6	34	48	9	3
evangelisch	261	8	34	45	6	7
katholisch	74	12	53	32	2	2

Für die Arbeit und die Wahl des Berufs können einem ja unterschiedliche Dinge wichtig sein. Welches der folgenden Dinge ist oder war für Sie das wichtigste?

Tabelle A61**Zufriedenheit mit Arbeitsaufgaben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	21	24	2	0	52
Geschlecht						
männlich	497	23	27	3	0	47
weiblich	515	18	22	2	1	57
Alter						
18-24 Jahre	52	5	13	6	0	76
25-34 Jahre	147	32	38	4	2	24
35-44 Jahre	136	49	30	2	0	19
45-59 Jahre	291	26	41	4	0	29
60 Jahre und älter	386	5	6	0	0	89
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	8	13	1	0	78
10. Klasse	467	26	30	3	1	40
Abitur	108	28	30	2	0	40
(Fach-)Hochschule	117	28	29	3	1	40
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	43	51	5	1	0
in Ausbildung	51	0	0	0	0	100
arbeitslos	71	0	0	0	0	100
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	0	0	0	0	100
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	34	55	4	0	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	42	49	6	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	49	41	3	0	7
Landw./Selbst./Freib.	62	49	30	4	0	18
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	22	28	3	1	47
evangelisch	261	17	16	2	0	65
katholisch	74	26	20	1	0	53

Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Aspekten Ihrer Arbeit? Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit Ihren beruflichen Aufgaben?

Tabelle A62**Zufriedenheit mit Einkommen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	6	28	10	4	52
Geschlecht						
männlich	497	7	30	12	5	46
weiblich	515	4	26	8	3	58
Alter						
18-24 Jahre	52	0	18	3	0	79
25-34 Jahre	147	9	40	19	9	24
35-44 Jahre	136	10	55	10	6	19
45-59 Jahre	291	8	41	18	4	29
60 Jahre und älter	386	2	5	2	3	89
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	0	10	7	4	78
10. Klasse	467	8	35	12	4	40
Abitur	108	6	38	11	6	40
(Fach-)Hochschule	117	14	35	8	4	40
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	12	58	21	9	0
in Ausbildung	51	0	0	0	0	100
arbeitslos	71	0	0	0	0	100
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	0	0	0	0	100
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	9	51	27	6	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	10	62	19	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	25	48	16	4	7
Landw./Selbst./Freib.	62	11	44	8	19	18
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	6	31	11	4	47
evangelisch	261	4	21	7	2	65
katholisch	74	7	20	6	13	53

Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Aspekten Ihrer Arbeit? Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit Ihrem Einkommen?

Tabelle A63**Zufriedenheit mit Flexibilität der Arbeitszeiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	20	19	6	2	52
Geschlecht						
männlich	497	23	20	7	3	47
weiblich	515	16	19	5	2	58
Alter						
18-24 Jahre	52	6	8	3	4	79
25-34 Jahre	147	28	31	9	7	25
35-44 Jahre	136	42	23	13	3	19
45-59 Jahre	291	26	34	9	2	29
60 Jahre und älter	386	5	4	1	0	89
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	7	9	5	1	78
10. Klasse	467	24	25	7	3	41
Abitur	108	31	21	6	1	41
(Fach-)Hochschule	117	29	23	6	3	40
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	41	40	13	5	1
in Ausbildung	51	0	0	0	0	100
arbeitslos	71	0	0	0	0	100
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	0	0	0	0	100
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	28	39	20	4	8
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	39	42	11	6	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	41	42	5	4	7
Landw./Selbst./Freib.	62	62	17	3	1	18
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	22	22	7	3	47
evangelisch	261	13	15	4	2	66
katholisch	74	23	13	7	2	55

Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Aspekten Ihrer Arbeit? Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden? Wie ist das mit der Flexibilität Ihrer Arbeitszeiten?

Tabelle A64

Ich erfahre von der Gesellschaft Anerkennung und Wertschätzung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	25	44	16	9	5
Geschlecht						
männlich	497	30	43	18	7	2
weiblich	515	21	45	15	12	7
Alter						
18-24 Jahre	52	11	52	30	3	4
25-34 Jahre	147	22	37	26	13	2
35-44 Jahre	136	23	53	11	11	1
45-59 Jahre	291	25	37	19	14	5
60 Jahre und älter	386	29	48	10	5	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	28	43	13	8	8
10. Klasse	467	27	42	17	11	3
Abitur	108	15	56	18	8	3
(Fach-)Hochschule	117	20	48	19	8	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	25	45	17	10	3
in Ausbildung	51	13	51	32	3	1
arbeitslos	71	16	28	29	18	9
übrige Nicht-Erwerbstat.	403	29	46	11	8	7
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	27	44	14	12	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	25	44	19	9	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	15	56	17	12	0
Landw./Selbst./Freib.	62	39	27	21	10	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	24	45	17	9	5
evangelisch	261	20	48	16	12	5
katholisch	74	50	28	13	7	2

Für das, was ich für andere tue, erfahre ich von der Gesellschaft Anerkennung und Wertschätzung.

Tabelle A65**Familie und Beruf: Es fällt schwer Familie und Beruf zu vereinbaren**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	15	25	18	36	7
Geschlecht						
männlich	497	14	25	18	36	7
weiblich	515	16	24	18	36	6
Alter						
18-24 Jahre	52	9	37	28	19	6
25-34 Jahre	147	22	22	25	22	9
35-44 Jahre	136	13	29	15	42	0
45-59 Jahre	291	17	24	18	36	5
60 Jahre und älter	386	12	23	14	41	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	15	22	12	37	14
10. Klasse	467	17	25	19	35	4
Abitur	108	12	25	22	39	2
(Fach-)Hochschule	117	10	29	24	35	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	17	22	22	34	4
in Ausbildung	51	9	29	33	25	3
arbeitslos	71	5	30	9	38	18
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	15	26	13	38	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	19	19	18	37	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	19	21	22	35	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	12	35	22	32	0
Landw./Selbst./Freib.	62	24	32	23	21	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	14	28	19	33	6
evangelisch	261	15	18	15	44	8
katholisch	74	19	19	15	34	12

Es fällt mir oder jemandem aus meinem familiären Umfeld schwer, die Anforderungen von Familie und Beruf miteinander zu vereinen.

Tabelle A66

**Familie und Beruf: Wichtigste Maßnahme zur
besseren Vereinbarkeit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	keines dieser Angebote	längere Elternzeit	flexiblere Arbeitszeiten	bessere Tagesbetreuung von Kindern	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	2	6	39	48	6
Geschlecht						
männlich	497	2	5	38	47	7
weiblich	515	1	7	40	49	4
Alter						
18-24 Jahre	52	0	6	71	18	4
25-34 Jahre	147	3	9	44	39	6
35-44 Jahre	136	2	7	38	54	0
45-59 Jahre	291	1	2	45	47	5
60 Jahre und älter	386	1	7	29	54	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	1	7	28	54	10
10. Klasse	467	2	6	43	45	4
Abitur	108	1	1	51	43	3
(Fach-)Hochschule	117	2	4	43	47	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	1	7	46	41	4
in Ausbildung	51	1	2	60	35	1
arbeitslos	71	2	4	54	38	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	2	5	25	60	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	0	3	46	44	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	1	7	50	41	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	6	3	34	50	7
Landw./Selbst./Freib.	62	2	22	34	40	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	2	4	38	52	5
evangelisch	261	2	5	42	43	8
katholisch	74	0	23	39	32	5

Welche der folgenden Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist am wichtigsten? Eine bessere Tagesbetreuung von Kindern, flexiblere Arbeitszeiten oder längere Elternzeit?

Tabelle A67**Wirtschaftssystem in Deutschland**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	8	61	22	2	7
Geschlecht						
männlich	497	12	65	19	2	2
weiblich	515	5	56	24	3	11
Alter						
18-24 Jahre	52	6	69	18	1	6
25-34 Jahre	147	8	55	32	1	3
35-44 Jahre	136	8	68	20	1	3
45-59 Jahre	291	9	55	29	5	2
60 Jahre und älter	386	8	63	13	2	14
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	12	59	14	3	12
10. Klasse	467	7	58	28	3	5
Abitur	108	7	71	19	1	3
(Fach-)Hochschule	117	7	66	22	3	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	9	59	26	2	4
in Ausbildung	51	5	68	26	1	0
arbeitslos	71	18	45	23	10	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	6	64	16	2	12
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	5	60	28	4	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	9	61	24	1	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	4	68	25	4	0
Landw./Selbst./Freib.	62	24	48	25	0	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	5	63	25	3	4
evangelisch	261	13	57	14	2	14
katholisch	74	18	50	21	2	9

Wie gut oder schlecht funktioniert Ihrer Meinung nach das Wirtschaftssystem in Deutschland? Ist das Wirtschaftssystem in Deutschland sehr gut, eher gut, oder ist es eher schlecht oder sehr schlecht?

Tabelle A68**Thüringer Wirtschaft**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	3	63	21	1	11
Geschlecht						
männlich	497	3	67	23	0	7
weiblich	515	4	59	20	2	16
Alter						
18-24 Jahre	52	3	53	35	0	9
25-34 Jahre	147	4	62	28	2	4
35-44 Jahre	136	2	66	25	0	7
45-59 Jahre	291	4	66	19	2	9
60 Jahre und älter	386	4	60	17	1	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	2	68	14	2	14
10. Klasse	467	5	61	23	1	10
Abitur	108	2	59	26	0	13
(Fach-)Hochschule	117	3	56	31	1	8
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	4	65	22	2	8
in Ausbildung	51	5	52	28	0	14
arbeitslos	71	2	65	25	4	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	3	61	19	0	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	3	65	20	3	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	4	69	20	0	7
höh.-leit. Ang./Beamte	55	1	59	31	1	8
Landw./Selbst./Freib.	62	4	62	26	4	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	4	65	23	1	8
evangelisch	261	3	60	17	3	17
katholisch	74	4	56	16	0	24

Und wie gut ist die Thüringer Wirtschaft für die Zukunft gerüstet: sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

Tabelle A69

Bewertung politische Ziele (Finanzen, Wachstum, soziale Ungleichheit)

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sanierung der Staatsfinanzen	Wirtschaftliches Wachstum	Verringerung der sozialen Ungleichheit	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	19	28	47	6
Geschlecht					
männlich	497	22	28	45	4
weiblich	515	16	28	48	8
Alter					
18-24 Jahre	52	11	28	58	3
25-34 Jahre	147	17	28	53	2
35-44 Jahre	136	16	31	46	7
45-59 Jahre	291	21	30	48	2
60 Jahre und älter	386	21	26	42	11
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	22	31	36	10
10. Klasse	467	15	28	52	5
Abitur	108	19	21	58	2
(Fach-)Hochschule	117	28	25	43	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	19	28	49	4
in Ausbildung	51	10	25	65	0
arbeitslos	71	14	45	36	5
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	22	25	43	9
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	16	26	54	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	18	30	48	4
höh.-leit. Ang./Beamte	55	28	30	42	1
Landw./Selbst./Freib.	62	39	15	44	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	19	30	48	3
evangelisch	261	18	26	43	13
katholisch	74	26	21	44	9

Die Sanierung der Staatsfinanzen, das wirtschaftliche Wachstum und die Verringerung der sozialen Ungleichheit gelten allesamt als wichtige politische Ziele. Wenn Sie diese Ziele bewerten müssten, welches Ziel käme für Sie an erster Stelle?

Tabelle A70

**Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen
ist staatliche Aufgabe.**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	33	32	17	15	2
Geschlecht						
männlich	497	27	28	21	23	1
weiblich	515	40	37	13	8	3
Alter						
18-24 Jahre	52	26	47	19	6	2
25-34 Jahre	147	36	32	15	15	2
35-44 Jahre	136	27	31	24	17	0
45-59 Jahre	291	34	32	18	13	3
60 Jahre und älter	386	34	31	14	18	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	49	24	8	17	1
10. Klasse	467	30	34	19	14	3
Abitur	108	16	44	25	12	3
(Fach-)Hochschule	117	20	35	26	18	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	27	32	22	17	2
in Ausbildung	51	20	40	24	16	0
arbeitslos	71	46	34	11	5	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	41	31	11	16	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	30	30	17	22	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	34	33	22	7	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	21	32	34	11	1
Landw./Selbst./Freib.	62	11	27	20	41	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	34	34	16	13	2
evangelisch	261	34	30	18	16	2
katholisch	74	26	22	20	31	1

Wie ist das mit die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist in erster Linie eine staatliche Aufgabe.

Tabelle A71

Gerechtigkeitsvorstellungen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	nichts davon	in der der Wohlstand unter allen Menschen möglichst gleichverteilt wird	in der alle Menschen gleiche Chancen haben, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten	in der vor allem Leistung belohnt wird	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	0	15	65	18	1
Geschlecht						
männlich	497	0	13	63	24	0
weiblich	515	0	16	68	13	2
Alter						
18-24 Jahre	52	0	17	67	13	3
25-34 Jahre	147	0	30	43	26	1
35-44 Jahre	136	0	9	74	16	1
45-59 Jahre	291	0	11	67	22	0
60 Jahre und älter	386	0	14	70	15	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	0	18	63	17	2
10. Klasse	467	0	15	65	19	1
Abitur	108	1	8	72	18	1
(Fach-)Hochschule	117	0	8	71	19	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	0	18	56	25	1
in Ausbildung	51	0	10	76	14	0
arbeitslos	71	0	11	76	13	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	0	13	74	12	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	0	19	56	25	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	0	16	60	22	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	0	17	56	28	0
Landw./Selbst./Freib.	62	0	13	58	29	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	0	15	66	17	2
evangelisch	261	0	16	64	20	0
katholisch	74	0	7	65	27	1

Es gibt ja verschiedene Vorstellungen, was eine gerechte Gesellschaft ist. Was würden Sie sagen: Ist eine Gesellschaft gerecht, in der vor allem Leistung belohnt wird, in der alle Menschen gleiche Chancen haben, ihre Lebensmöglichkeiten zu gestalten, in der der Wohlstand unter allen Menschen möglichst gleichverteilt wird oder nichts davon?

Tabelle A72**Gesellschaftsordnung Deutschland**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	eher gerecht	teils-teils	eher ungerecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	33	9	56	2
Geschlecht					
männlich	497	39	7	53	1
weiblich	515	27	11	59	4
Alter					
18-24 Jahre	52	39	0	58	3
25-34 Jahre	147	27	2	70	1
35-44 Jahre	136	33	15	52	1
45-59 Jahre	291	33	7	59	2
60 Jahre und älter	386	34	12	50	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	30	12	54	3
10. Klasse	467	29	8	61	2
Abitur	108	42	5	51	2
(Fach-)Hochschule	117	45	7	47	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	33	6	59	2
in Ausbildung	51	50	0	50	0
arbeitslos	71	18	8	75	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	33	14	51	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	22	5	73	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	35	7	56	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	40	1	55	3
Landw./Selbst./Freib.	62	47	8	42	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	31	6	61	1
evangelisch	261	35	16	46	3
katholisch	74	38	9	44	9

Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung in Deutschland? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu, oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu?

Tabelle A73**Gesellschaftsordnung Thüringen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	eher gerecht	teils-teils	eher ungerecht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	41	8	43	8
Geschlecht					
männlich	497	46	5	46	2
weiblich	515	36	11	41	13
Alter					
18-24 Jahre	52	43	0	48	9
25-34 Jahre	147	34	4	60	2
35-44 Jahre	136	39	13	44	4
45-59 Jahre	291	39	7	47	6
60 Jahre und älter	386	46	9	34	11
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	320	43	7	37	12
10. Klasse	467	35	9	50	5
Abitur	108	50	5	39	6
(Fach-)Hochschule	117	49	7	40	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	486	37	7	50	6
in Ausbildung	51	56	0	38	6
arbeitslos	71	41	4	52	3
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	44	11	35	11
Berufsgruppe					
Arbeiter	163	35	7	51	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	38	9	48	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	38	1	57	4
Landw./Selbst./Freib.	62	50	5	43	2
Religionsgemeinschaft					
keine, andere	677	38	8	50	5
evangelisch	261	47	9	30	13
katholisch	74	44	7	33	16

Und in Thüringen? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu, oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu?

Tabelle A74**Einfluss sozialer Herkunft auf Schulerfolg**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	21	40	24	11	4
Geschlecht						
männlich	497	20	40	23	13	4
weiblich	515	23	40	24	9	5
Alter						
18-24 Jahre	52	15	48	24	1	12
25-34 Jahre	147	29	34	25	11	1
35-44 Jahre	136	20	49	21	7	3
45-59 Jahre	291	18	46	20	13	3
60 Jahre und älter	386	22	33	26	13	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	26	27	24	16	8
10. Klasse	467	19	45	22	11	2
Abitur	108	17	49	29	3	3
(Fach-)Hochschule	117	23	44	25	6	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	22	41	22	14	2
in Ausbildung	51	22	50	21	1	6
arbeitslos	71	8	52	28	3	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	24	35	25	11	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	18	47	17	18	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	21	41	26	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	24	43	28	5	1
Landw./Selbst./Freib.	62	34	37	11	14	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	21	42	23	11	3
evangelisch	261	21	31	30	13	5
katholisch	74	27	53	9	4	8

Was denken Sie: Hängt der Schulerfolg eines Kindes in Thüringen sehr stark, stark, weniger stark oder gar nicht von seiner sozialen Herkunft ab?

Tabelle A75**Mehr tun, dass junge Leute aus sozial schwachen Familien studieren**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	66	26	4	3	1
Geschlecht						
männlich	497	63	26	5	3	2
weiblich	515	69	25	3	2	1
Alter						
18-24 Jahre	52	56	36	7	0	0
25-34 Jahre	147	64	28	7	0	1
35-44 Jahre	136	59	30	6	2	3
45-59 Jahre	291	63	27	4	4	2
60 Jahre und älter	386	74	21	2	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	74	23	0	3	0
10. Klasse	467	63	26	5	3	2
Abitur	108	62	26	8	2	2
(Fach-)Hochschule	117	61	31	6	3	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	58	30	6	4	3
in Ausbildung	51	64	29	7	0	0
arbeitslos	71	71	24	3	2	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	76	20	2	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	59	30	2	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	60	30	6	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	55	31	10	5	0
Landw./Selbst./Freib.	62	66	19	6	5	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	64	28	5	2	2
evangelisch	261	71	20	3	5	2
katholisch	74	71	23	2	3	0

Es muss mehr dafür getan werden, dass junge Leute aus sozial schwachen Familien studieren.

Tabelle A76

Bereit höhere Preise für Produkte für umweltfreundliche Produkte zu bezahlen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	36	40	14	9	1
Geschlecht						
männlich	497	32	37	19	10	1
weiblich	515	39	42	10	8	1
Alter						
18-24 Jahre	52	12	57	23	8	0
25-34 Jahre	147	24	41	22	14	0
35-44 Jahre	136	42	41	13	4	0
45-59 Jahre	291	37	39	11	12	1
60 Jahre und älter	386	41	37	14	6	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	37	42	13	8	1
10. Klasse	467	35	37	17	9	2
Abitur	108	34	41	14	11	1
(Fach-)Hochschule	117	41	42	8	8	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	33	39	16	11	1
in Ausbildung	51	25	47	25	3	0
arbeitslos	71	31	51	17	1	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	42	37	11	9	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	38	38	14	9	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	32	36	20	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	35	50	7	7	0
Landw./Selbst./Freib.	62	37	41	6	15	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	32	43	15	9	1
evangelisch	261	42	33	15	8	2
katholisch	74	48	34	9	9	0

Ich bin bereit, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, wenn sie weniger umweltbelastend sind.

Tabelle A77**Ich bin dagegen höhere Strompreise zu zahlen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	49	19	16	14	1
Geschlecht						
männlich	497	51	16	18	13	2
weiblich	515	47	22	15	15	1
Alter						
18-24 Jahre	52	16	28	36	16	4
25-34 Jahre	147	49	25	15	11	0
35-44 Jahre	136	41	18	23	17	1
45-59 Jahre	291	54	15	17	14	0
60 Jahre und älter	386	52	19	12	15	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	54	20	13	10	2
10. Klasse	467	52	17	15	16	1
Abitur	108	33	25	28	14	0
(Fach-)Hochschule	117	39	21	21	19	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	52	18	15	14	1
in Ausbildung	51	11	28	37	22	1
arbeitslos	71	55	28	13	4	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	50	17	16	15	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	50	13	22	14	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	51	20	12	16	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	39	24	22	15	0
Landw./Selbst./Freib.	62	58	12	19	11	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	48	20	18	13	1
evangelisch	261	50	15	12	19	3
katholisch	74	52	22	13	13	0

Ich bin dagegen, aufgrund der Energiewende höhere Strompreise zu zahlen.

Tabelle A78

Ein Schwerverbrecher kann nicht dieselben Rechte beanspruchen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	32	17	16	31	4
Geschlecht						
männlich	497	27	16	16	39	2
weiblich	515	36	18	16	24	6
Alter						
18-24 Jahre	52	15	19	34	29	4
25-34 Jahre	147	22	20	24	30	4
35-44 Jahre	136	29	22	14	33	2
45-59 Jahre	291	34	16	13	33	3
60 Jahre und älter	386	37	15	13	30	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	41	14	12	29	4
10. Klasse	467	33	19	15	29	4
Abitur	108	16	22	26	32	5
(Fach-)Hochschule	117	18	15	20	44	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	29	19	16	34	3
in Ausbildung	51	9	16	32	41	1
arbeitslos	71	38	28	26	8	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	37	13	13	31	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	42	13	9	33	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	22	23	19	33	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	21	19	22	33	5
Landw./Selbst./Freib.	62	26	16	11	47	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	31	20	16	30	4
evangelisch	261	35	13	15	34	2
katholisch	74	26	9	18	36	11

Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.

Tabelle A79**Wir brauchen eine starke Hand**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	33	27	14	22	3
Geschlecht						
männlich	497	29	29	15	25	2
weiblich	515	38	26	12	19	5
Alter						
18-24 Jahre	52	22	44	21	13	0
25-34 Jahre	147	26	37	18	16	4
35-44 Jahre	136	30	29	11	29	1
45-59 Jahre	291	33	28	14	21	4
60 Jahre und älter	386	39	21	13	24	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	46	27	9	16	3
10. Klasse	467	32	29	13	22	4
Abitur	108	20	22	24	30	4
(Fach-)Hochschule	117	17	24	22	35	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	28	28	18	23	3
in Ausbildung	51	22	32	14	32	0
arbeitslos	71	37	35	10	10	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	40	24	10	22	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	39	25	12	21	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	26	32	18	19	4
höh.-leit. Ang./Beamte	55	28	20	27	23	1
Landw./Selbst./Freib.	62	19	25	20	35	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	33	29	13	23	3
evangelisch	261	35	25	17	19	4
katholisch	74	33	22	11	26	8

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A80**Gehorsam und Disziplin wichtig**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	27	33	21	18	1
Geschlecht						
männlich	497	28	34	23	14	1
weiblich	515	25	32	19	21	2
Alter						
18-24 Jahre	52	13	37	35	15	0
25-34 Jahre	147	9	37	35	19	0
35-44 Jahre	136	17	42	18	22	0
45-59 Jahre	291	24	31	21	23	1
60 Jahre und älter	386	41	30	16	12	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	41	27	20	12	1
10. Klasse	467	24	37	19	19	1
Abitur	108	9	36	26	27	1
(Fach-)Hochschule	117	16	31	31	22	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	19	35	26	19	1
in Ausbildung	51	4	33	32	31	0
arbeitslos	71	23	42	16	19	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	39	29	15	14	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	33	26	24	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	13	36	28	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	13	46	22	16	3
Landw./Selbst./Freib.	62	21	45	18	14	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	24	32	26	17	1
evangelisch	261	34	35	12	17	3
katholisch	74	25	37	12	25	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A81

Ich hätte Probleme mit Sinti und Roma in meiner Wohngegend

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	17	16	24	37	6
Geschlecht						
männlich	497	18	15	27	36	4
weiblich	515	16	17	22	38	8
Alter						
18-24 Jahre	52	2	15	41	38	3
25-34 Jahre	147	11	15	31	42	1
35-44 Jahre	136	14	21	20	34	11
45-59 Jahre	291	22	18	22	31	6
60 Jahre und älter	386	18	13	23	40	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	17	12	29	38	5
10. Klasse	467	19	18	21	35	8
Abitur	108	13	16	26	44	0
(Fach-)Hochschule	117	12	16	27	38	7
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	19	17	21	37	6
in Ausbildung	51	4	17	32	44	2
arbeitslos	71	23	28	22	22	6
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	15	12	28	39	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	27	17	19	32	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	15	17	24	37	8
höh.-leit. Ang./Beamte	55	17	15	33	34	1
Landw./Selbst./Freib.	62	18	12	26	39	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	16	17	26	35	6
evangelisch	261	21	14	22	38	5
katholisch	74	9	14	19	54	3

Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.

Tabelle A82**Asylbewerber getrennt von Bevölkerung unterbringen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	6	12	24	54	4
Geschlecht						
männlich	497	7	13	26	53	2
weiblich	515	5	12	22	55	6
Alter						
18-24 Jahre	52	0	15	29	53	3
25-34 Jahre	147	2	8	21	68	1
35-44 Jahre	136	6	13	18	61	1
45-59 Jahre	291	9	11	32	44	4
60 Jahre und älter	386	5	14	21	53	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	9	15	22	47	8
10. Klasse	467	5	14	27	53	2
Abitur	108	4	7	18	70	1
(Fach-)Hochschule	117	4	6	22	63	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	6	10	27	55	2
in Ausbildung	51	0	12	20	68	0
arbeitslos	71	8	14	26	38	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	6	14	22	53	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	8	9	35	46	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	4	11	26	57	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	6	12	19	61	2
Landw./Selbst./Freib.	62	9	5	22	63	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	6	10	27	53	5
evangelisch	261	7	22	19	49	3
katholisch	74	2	5	18	75	0

Asylbewerber sollten von der übrigen Bevölkerung getrennt untergebracht werden.

Tabelle A83**Für Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	1	6	22	67	3
Geschlecht						
männlich	497	2	8	21	66	2
weiblich	515	0	4	23	68	4
Alter						
18-24 Jahre	52	0	3	35	59	3
25-34 Jahre	147	0	9	28	62	1
35-44 Jahre	136	0	6	15	75	3
45-59 Jahre	291	3	6	24	64	4
60 Jahre und älter	386	1	6	19	69	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	1	6	23	64	5
10. Klasse	467	2	7	21	68	3
Abitur	108	1	5	23	70	2
(Fach-)Hochschule	117	2	5	21	69	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	2	6	24	65	3
in Ausbildung	51	0	0	30	69	0
arbeitslos	71	0	6	29	65	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	1	7	17	70	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	3	10	21	60	7
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	1	5	26	66	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	0	5	20	73	1
Landw./Selbst./Freib.	62	0	0	24	71	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	1	6	25	66	2
evangelisch	261	1	7	15	70	7
katholisch	74	2	5	20	73	0

Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.

Tabelle A84**Homosexuelle Beziehungen sind unnatürlich**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	18	10	18	51	4
Geschlecht						
männlich	497	23	14	17	45	2
weiblich	515	13	6	18	57	5
Alter						
18-24 Jahre	52	1	12	21	63	3
25-34 Jahre	147	11	5	22	61	1
35-44 Jahre	136	10	9	14	67	1
45-59 Jahre	291	14	14	18	50	4
60 Jahre und älter	386	29	9	16	41	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	31	9	18	37	5
10. Klasse	467	14	12	18	54	3
Abitur	108	6	3	19	72	0
(Fach-)Hochschule	117	12	13	15	57	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	15	9	17	56	2
in Ausbildung	51	3	9	21	67	0
arbeitslos	71	14	13	29	34	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	24	11	15	45	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	15	9	17	56	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	14	8	19	57	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	9	11	15	65	0
Landw./Selbst./Freib.	62	22	8	15	51	3
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	14	8	19	55	4
evangelisch	261	26	16	15	41	2
katholisch	74	24	5	12	50	8

Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.

Tabelle A85

Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich ein schönes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	24	29	25	17	5
Geschlecht						
männlich	497	26	25	22	20	6
weiblich	515	22	32	28	14	4
Alter						
18-24 Jahre	52	13	37	39	12	0
25-34 Jahre	147	27	38	19	16	1
35-44 Jahre	136	27	36	23	11	3
45-59 Jahre	291	28	29	25	15	3
60 Jahre und älter	386	22	22	26	22	9
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	34	25	21	13	7
10. Klasse	467	24	33	24	17	3
Abitur	108	16	27	33	18	5
(Fach-)Hochschule	117	9	25	34	26	6
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	30	30	25	12	3
in Ausbildung	51	7	49	34	10	0
arbeitslos	71	11	33	36	20	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	23	24	22	23	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	44	22	18	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	26	34	25	10	6
höh.-leit. Ang./Beamte	55	24	33	31	10	3
Landw./Selbst./Freib.	62	26	28	35	10	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	25	30	24	18	4
evangelisch	261	23	27	27	16	7
katholisch	74	22	26	31	15	7

Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.

Tabelle A86**Muslime akzeptieren unsere Werte**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	15	32	20	13	20
Geschlecht						
männlich	497	18	38	18	12	13
weiblich	515	12	26	21	13	27
Alter						
18-24 Jahre	52	20	34	35	6	5
25-34 Jahre	147	15	40	22	13	10
35-44 Jahre	136	14	40	19	14	13
45-59 Jahre	291	19	27	20	13	22
60 Jahre und älter	386	12	30	16	14	28
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	13	33	16	13	24
10. Klasse	467	14	29	22	14	21
Abitur	108	20	34	22	12	11
(Fach-)Hochschule	117	18	37	15	10	19
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	17	32	20	12	19
in Ausbildung	51	18	43	27	8	4
arbeitslos	71	25	45	6	9	14
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	10	29	20	16	25
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	19	24	24	16	18
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	14	33	22	9	22
höh.-leit. Ang./Beamte	55	19	41	23	8	9
Landw./Selbst./Freib.	62	24	33	15	19	9
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	14	31	21	14	20
evangelisch	261	14	35	18	11	22
katholisch	74	25	33	13	6	23

Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Tabelle A87**Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	26	26	13	16	20
Geschlecht						
männlich	497	24	28	14	19	15
weiblich	515	27	25	11	12	24
Alter						
18-24 Jahre	52	6	24	40	24	6
25-34 Jahre	147	20	27	23	24	6
35-44 Jahre	136	19	28	11	25	16
45-59 Jahre	291	22	28	9	16	24
60 Jahre und älter	386	35	25	7	8	25
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	35	24	4	9	27
10. Klasse	467	24	29	13	14	19
Abitur	108	12	25	25	29	9
(Fach-)Hochschule	117	17	24	23	25	12
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	23	26	14	19	19
in Ausbildung	51	0	27	38	35	0
arbeitslos	71	40	29	15	3	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	30	26	7	11	25
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	23	24	8	25	20
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	18	29	16	18	19
höh.-leit. Ang./Beamte	55	24	26	18	24	8
Landw./Selbst./Freib.	62	33	21	17	12	17
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	24	26	14	17	18
evangelisch	261	30	29	9	10	22
katholisch	74	24	21	12	16	28

Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.

Tabelle A88**Bundesrepublik durch viele Ausländer überfremdet**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	16	25	22	33	5
Geschlecht						
männlich	497	15	18	24	41	2
weiblich	515	17	31	20	26	7
Alter						
18-24 Jahre	52	3	28	25	45	0
25-34 Jahre	147	7	22	32	38	1
35-44 Jahre	136	13	28	18	40	1
45-59 Jahre	291	17	27	22	30	4
60 Jahre und älter	386	21	22	19	30	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	27	29	18	22	4
10. Klasse	467	14	27	23	31	6
Abitur	108	5	16	25	52	2
(Fach-)Hochschule	117	5	13	25	55	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	13	24	23	37	3
in Ausbildung	51	2	23	21	54	0
arbeitslos	71	23	31	22	24	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	20	25	20	27	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	20	31	17	30	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	9	23	25	38	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	11	25	25	38	1
Landw./Selbst./Freib.	62	6	16	33	43	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	14	26	22	34	4
evangelisch	261	23	23	21	29	4
katholisch	74	6	17	26	41	9

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A89**Thüringen durch viele Ausländer überfremdet**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	8	16	27	45	5
Geschlecht						
männlich	497	10	12	26	50	2
weiblich	515	6	19	28	40	8
Alter						
18-24 Jahre	52	0	10	39	48	3
25-34 Jahre	147	11	13	34	42	0
35-44 Jahre	136	4	15	22	58	2
45-59 Jahre	291	9	20	24	44	3
60 Jahre und älter	386	8	15	25	42	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	14	23	24	30	9
10. Klasse	467	6	16	28	47	3
Abitur	108	2	7	28	63	1
(Fach-)Hochschule	117	3	6	25	65	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	8	14	26	50	2
in Ausbildung	51	0	6	30	63	0
arbeitslos	71	10	31	33	23	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	8	17	26	40	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	15	15	23	45	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	7	16	31	45	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	8	8	22	62	0
Landw./Selbst./Freib.	62	4	5	23	69	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	7	17	26	45	4
evangelisch	261	9	14	30	42	6
katholisch	74	6	10	19	56	9

Thüringen ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A90**Wohnumgebung durch viele Ausländer überfremdet**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	3	4	17	76	1
Geschlecht						
männlich	497	2	4	21	73	0
weiblich	515	4	3	13	78	2
Alter						
18-24 Jahre	52	0	6	17	74	3
25-34 Jahre	147	3	0	26	70	0
35-44 Jahre	136	4	5	13	78	0
45-59 Jahre	291	5	4	14	76	1
60 Jahre und älter	386	2	3	17	77	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	6	5	23	65	2
10. Klasse	467	2	3	15	79	1
Abitur	108	0	3	14	83	0
(Fach-)Hochschule	117	0	1	11	87	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	2	4	18	75	1
in Ausbildung	51	0	5	16	80	0
arbeitslos	71	7	0	15	78	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	4	4	16	76	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	4	3	13	80	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	2	4	23	71	1
höh.-leit. Ang./Beamte	55	0	4	14	81	0
Landw./Selbst./Freib.	62	2	4	21	73	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	4	5	17	73	1
evangelisch	261	1	1	18	78	2
katholisch	74	0	1	9	91	0

Meine Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A91

**Ausländer kommen, um Sozialstaat
auszunutzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine An- gabe
Gesamt	1012	11	31	29	25	4
Geschlecht						
männlich	497	12	31	29	26	2
weiblich	515	10	31	29	24	7
Alter						
18-24 Jahre	52	2	28	29	38	3
25-34 Jahre	147	14	29	31	26	1
35-44 Jahre	136	12	19	31	37	1
45-59 Jahre	291	11	38	24	20	7
60 Jahre und älter	386	11	31	32	21	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	18	32	28	16	5
10. Klasse	467	9	34	29	23	4
Abitur	108	4	22	31	42	2
(Fach-)Hochschule	117	5	23	30	38	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	9	33	27	28	4
in Ausbildung	51	2	18	31	50	0
arbeitslos	71	4	37	28	24	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	16	29	32	17	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	14	40	17	24	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	8	33	32	24	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	13	19	25	34	9
Landw./Selbst./Freib.	62	12	11	33	43	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	13	32	30	22	3
evangelisch	261	8	31	29	26	6
katholisch	74	6	19	24	44	8

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A92

Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	9	12	15	61	3
Geschlecht						
männlich	497	7	11	16	62	4
weiblich	515	10	13	15	60	2
Alter						
18-24 Jahre	52	0	9	18	73	0
25-34 Jahre	147	4	3	18	69	6
35-44 Jahre	136	9	7	13	69	1
45-59 Jahre	291	8	14	14	61	4
60 Jahre und älter	386	12	15	16	54	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	19	17	13	48	4
10. Klasse	467	5	12	14	65	4
Abitur	108	3	2	23	73	0
(Fach-)Hochschule	117	3	5	19	71	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	3	8	17	69	4
in Ausbildung	51	2	1	13	83	0
arbeitslos	71	10	15	27	45	2
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	16	17	12	52	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	11	7	18	57	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	3	8	18	69	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	3	7	13	76	1
Landw./Selbst./Freib.	62	1	9	6	83	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	10	10	17	59	4
evangelisch	261	7	15	13	63	2
katholisch	74	4	11	13	71	0

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A93**Es gibt wertvolles und unwertes Leben**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	12	18	5	60	5
Geschlecht						
männlich	497	13	21	5	58	3
weiblich	515	11	15	4	62	7
Alter						
18-24 Jahre	52	11	13	1	72	3
25-34 Jahre	147	5	25	4	66	0
35-44 Jahre	136	11	18	7	63	1
45-59 Jahre	291	13	16	6	58	6
60 Jahre und älter	386	14	18	4	56	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	16	29	0	44	11
10. Klasse	467	14	16	8	59	3
Abitur	108	4	9	3	84	1
(Fach-)Hochschule	117	3	4	5	86	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	14	15	5	63	3
in Ausbildung	51	0	19	3	77	0
arbeitslos	71	9	46	7	29	9
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	12	17	3	59	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	26	14	2	53	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	9	14	8	67	2
höh.-leit. Ang./Beamte	55	8	11	2	79	1
Landw./Selbst./Freib.	62	19	15	3	60	1
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	14	18	5	59	4
evangelisch	261	7	20	4	60	9
katholisch	74	14	9	3	69	4

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A94**Der Stärkere sollte sich durchsetzen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	10	20	24	44	2
Geschlecht						
männlich	497	8	21	21	49	1
weiblich	515	12	19	27	39	3
Alter						
18-24 Jahre	52	7	15	29	48	0
25-34 Jahre	147	11	19	21	48	1
35-44 Jahre	136	10	17	24	47	2
45-59 Jahre	291	12	20	27	37	4
60 Jahre und älter	386	9	21	22	45	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	17	25	14	39	4
10. Klasse	467	8	19	28	43	1
Abitur	108	6	15	29	50	1
(Fach-)Hochschule	117	3	13	30	53	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	9	18	27	44	2
in Ausbildung	51	3	9	34	54	0
arbeitslos	71	11	33	14	35	7
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	13	20	21	44	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	15	23	27	32	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	10	17	28	44	0
höh.-leit. Ang./Beamte	55	6	10	32	49	3
Landw./Selbst./Freib.	62	3	11	16	68	2
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	10	19	25	43	1
evangelisch	261	11	21	22	42	4
katholisch	74	6	17	19	57	0

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

Tabelle A95

**Deutsche Interessen gegenüber Ausland
durchsetzen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	20	23	20	31	6
Geschlecht						
männlich	497	20	26	19	31	4
weiblich	515	20	20	21	31	8
Alter						
18-24 Jahre	52	9	28	38	21	4
25-34 Jahre	147	16	25	34	24	1
35-44 Jahre	136	19	21	24	34	3
45-59 Jahre	291	16	25	20	33	5
60 Jahre und älter	386	26	20	12	32	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	31	24	16	21	8
10. Klasse	467	18	24	21	32	6
Abitur	108	10	22	26	38	3
(Fach-)Hochschule	117	6	17	26	48	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	16	22	25	33	4
in Ausbildung	51	7	22	34	37	0
arbeitslos	71	31	30	16	15	8
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	24	23	14	30	9
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	23	27	21	28	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	13	24	28	31	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	12	27	21	40	1
Landw./Selbst./Freib.	62	8	10	31	45	6
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	21	22	21	31	5
evangelisch	261	20	25	16	28	10
katholisch	74	9	19	25	42	3

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A96**Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	12	26	22	33	7
Geschlecht						
männlich	497	15	28	23	31	3
weiblich	515	9	24	22	34	11
Alter						
18-24 Jahre	52	1	30	24	45	1
25-34 Jahre	147	10	20	30	36	4
35-44 Jahre	136	13	20	18	48	1
45-59 Jahre	291	12	31	22	31	4
60 Jahre und älter	386	15	25	21	26	13
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	22	26	23	16	12
10. Klasse	467	10	29	20	36	6
Abitur	108	4	18	30	47	1
(Fach-)Hochschule	117	3	18	24	53	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	11	22	26	38	3
in Ausbildung	51	5	16	30	46	3
arbeitslos	71	14	48	7	18	13
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	15	27	20	27	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	19	20	26	31	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	6	23	27	42	3
höh.-leit. Ang./Beamte	55	9	25	23	38	5
Landw./Selbst./Freib.	62	26	21	17	36	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	10	27	26	32	5
evangelisch	261	15	22	14	36	13
katholisch	74	19	27	19	29	6

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A97**Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	6	13	15	59	6
Geschlecht						
männlich	497	5	15	18	60	3
weiblich	515	8	12	13	58	9
Alter						
18-24 Jahre	52	1	23	25	46	5
25-34 Jahre	147	6	20	29	41	4
35-44 Jahre	136	12	9	13	65	1
45-59 Jahre	291	9	18	12	57	4
60 Jahre und älter	386	3	8	12	66	11
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	12	16	16	44	12
10. Klasse	467	4	16	15	60	4
Abitur	108	2	7	16	73	2
(Fach-)Hochschule	117	2	2	14	80	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	5	14	19	58	4
in Ausbildung	51	1	7	27	63	2
arbeitslos	71	7	38	14	41	0
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	9	9	9	62	11
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	9	18	14	54	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	5	11	20	59	4
höh.-leit. Ang./Beamte	55	6	13	16	65	1
Landw./Selbst./Freib.	62	4	7	28	60	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	7	14	16	59	4
evangelisch	261	5	13	13	56	13
katholisch	74	3	6	20	65	6

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A98**Juden passen nicht so recht zu uns**

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	5	9	16	60	10
Geschlecht						
männlich	497	5	7	17	62	8
weiblich	515	5	10	15	59	12
Alter						
18-24 Jahre	52	3	2	14	79	2
25-34 Jahre	147	2	4	15	73	6
35-44 Jahre	136	7	4	12	73	4
45-59 Jahre	291	3	10	22	58	7
60 Jahre und älter	386	6	11	14	50	18
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	10	9	17	47	17
10. Klasse	467	2	9	16	62	9
Abitur	108	0	7	15	76	2
(Fach-)Hochschule	117	2	5	13	77	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	2	8	13	71	7
in Ausbildung	51	0	1	15	84	0
arbeitslos	71	12	7	40	37	4
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	7	11	16	49	17
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	5	11	17	56	11
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	1	6	12	76	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	0	6	18	74	1
Landw./Selbst./Freib.	62	9	2	15	71	4
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	4	9	16	63	8
evangelisch	261	7	10	17	50	16
katholisch	74	1	2	13	73	11

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A99

Juden versuchen heute Vorteile aus ihrem Opferstatus zu ziehen

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	13	15	23	36	13
Geschlecht						
männlich	497	16	14	24	37	8
weiblich	515	10	15	21	36	18
Alter						
18-24 Jahre	52	6	12	25	54	3
25-34 Jahre	147	9	19	33	30	9
35-44 Jahre	136	9	23	21	38	9
45-59 Jahre	291	14	17	25	33	11
60 Jahre und älter	386	16	9	18	38	19
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	16	11	25	31	18
10. Klasse	467	14	17	21	36	12
Abitur	108	9	21	23	42	6
(Fach-)Hochschule	117	6	13	22	48	11
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	9	18	26	36	11
in Ausbildung	51	5	8	23	61	4
arbeitslos	71	28	23	22	18	10
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	16	10	19	37	18
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	13	11	26	36	14
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	7	24	26	33	10
höh.-leit. Ang./Beamte	55	5	17	30	38	10
Landw./Selbst./Freib.	62	7	11	25	52	5
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	11	16	24	36	13
evangelisch	261	20	11	22	33	14
katholisch	74	10	17	12	48	13

Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.

Tabelle A100

Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Stimme völlig zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend ab	Lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Gesamt	1012	3	8	12	71	6
Geschlecht						
männlich	497	3	9	13	75	1
weiblich	515	3	7	11	67	11
Alter						
18-24 Jahre	52	4	4	16	70	6
25-34 Jahre	147	1	4	16	76	3
35-44 Jahre	136	0	7	13	77	3
45-59 Jahre	291	6	9	14	64	7
60 Jahre und älter	386	3	9	9	71	8
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	320	4	12	10	64	9
10. Klasse	467	3	7	14	70	6
Abitur	108	1	3	13	80	3
(Fach-)Hochschule	117	3	4	11	80	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	486	3	4	14	74	5
in Ausbildung	51	4	3	13	79	2
arbeitslos	71	8	10	13	55	15
übrige Nicht-Erwerbstät.	403	3	12	10	69	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	163	2	9	12	70	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	232	3	5	15	72	5
höh.-leit. Ang./Beamte	55	0	5	12	77	6
Landw./Selbst./Freib.	62	7	0	9	85	0
Religionsgemeinschaft						
keine, andere	677	2	8	14	71	6
evangelisch	261	7	8	10	68	7
katholisch	74	0	8	7	78	7

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.